

Landesbank Berlin Holding  
GESCHÄFTSBERICHT 2007



## Konzernkennzahlen – Auf einen Blick

		2007	2006 <sup>1)</sup>	2005 <sup>2)</sup>	2004
<b>GuV-Rechnung</b>					
Zinsüberschuss	Mio. €	815	743	890	915
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	Mio. €	-53	118	192	255
Provisionsüberschuss	Mio. €	297	368	322	308
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	Mio. €	3	3	-12	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten <sup>3)</sup>	Mio. €	-45	186	167	102
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	-4	50	61	50
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	Mio. €	12	-4	-1	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	Mio. €	119	636	221	122
Verwaltungsaufwendungen	Mio. €	965	1.115	1.130	1.140
<b>Operatives Ergebnis vor Restrukturierung</b>	Mio. €	<b>285</b>	<b>749</b>	<b>326</b>	<b>102</b>
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	Mio. €	6	35	-50	-27
<b>Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern</b>	Mio. €	<b>291</b>	<b>784</b>	<b>276</b>	<b>75</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	Mio. €	71	97	-4	-33
<b>Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern</b>	Mio. €	<b>220</b>	<b>687</b>	<b>280</b>	<b>108</b>
<b>Bilanz</b>					
Bilanzsumme	Mio. €	142.147	141.625	144.403	130.302
Eigenkapital inklusive Bilanzgewinn /-verlust	Mio. €	2.831	2.624	1.901	1.957
Stille Einlagen (nom.)	Mio. €	700	700	1.100	1.100
Risikopositionen KWG	Mio. €	50.491	44.901	40.924	41.691
<b>Kennzahlen</b>					
Cost-Income-Ratio	%	80,6	56,3	68,6	76,2
Eigenkapitalrendite vor Steuern	%	11,5	35,3	13,0	3,7
Gesamtkennziffer nach KWG (Stichtag) <sup>4)</sup>	%	15,0	10,6	11,6	11,1
Kernkapitalquote nach KWG (Stichtag) <sup>4)</sup>	%	11,8	7,2	8,1	7,5
<b>Aktie</b>					
Gewinn je Aktie	€	0,20	0,67	0,28	0,09
Börsenkapitalisierung (Stichtag)	Mio. €	6.366	7.851	2.906	1.963
Aktienkurs 1.1.–31.12. (Schlusskurs Frankfurter Börse)					
höchst	€	8,18	7,96	3,51	2,08
tiefst	€	5,25	3,11	2,02	1,80
<b>Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)</b>	Anzahl	5.965	5.960	7.336	7.782

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

<sup>2)</sup> Vergleichszahlen gemäß Anpassung im Geschäftsbericht 2006

<sup>3)</sup> bis 2005 als Handelsergebnis bezeichnet

<sup>4)</sup> ab 2007 für die RVG-Gruppe, nach Feststellung der Jahresabschlüsse

# Ratingübersicht

	Moody's		Fitch		dbrs
<b>Ungarantierte Verbindlichkeiten</b>					
Langfrist-Rating	A1		AA-		A (high)
Kurzfrist-Rating	P-1		F-1+		R-1 (middle)
Ausblick	stabil		stabil		stabil
<b>Finanzkraft</b>					
Finanzkraft	D+		C/D		-
<b>Garantierte Verbindlichkeiten</b>					
Langfrist-Rating	Aa1		AAA		-
Kurzfrist-Rating	P-1		F-1+		-
Ausblick	stabil		stabil		-
<b>Pfandbriefe</b>					
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa		AAA		-
Hypothekendarlehen	Aaa		-		-

Stand: April 2008

# Unternehmensprofil

**Die Landesbank Berlin Holding AG** ist eine börsennotierte Finanzholding mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Sie ist die Muttergesellschaft der Landesbank Berlin AG. Die Landesbank Berlin ist eine Universalbank, in der das gesamte Geschäft gebündelt ist. Historischer Kern der Landesbank Berlin ist die im Jahr 1818 gegründete Berliner Sparkasse. Vom Tag ihrer Gründung an bis heute erfüllt die Berliner Sparkasse damit ununterbrochen einen öffentlichen Auftrag im Dienst der Stadt. Am Bankplatz Berlin ist die Bank Marktführer und steht für Kundennähe, Fairness, Sicherheit und Modernität.

**Unser Geschäftsmodell** basiert auf vier Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem wir als innovatives, kundennahes Institut eine herausragende Stellung einnehmen, den ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft sowie dem Immobilienfinanzierungsgeschäft, das bundesweit auf die Anforderungen von Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichtet ist.

**Unseren Privatkunden** steht das flächendeckende Filialnetz der Berliner Sparkasse zur Verfügung, das durch moderne Vertriebswege wie Online Banking, Call-Center und Selbstbedienungsmedien ergänzt wird. Mit unseren Bankprodukten für Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie für Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement stellen wir unseren Kunden ein umfassendes Angebot bereit. Vermögende Privatkunden betreuen wir mit ihren Anlage- und Finanzierungswünschen in VermögensanlageCentern.

**Im Firmenkundengeschäft** zählt die Landesbank Berlin zu den führenden Bankpartnern für Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen. Für kompetente und individuelle Betreuung sorgen erfahrene Berater in den Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin sowie in den FirmenkundenCentern der Berliner Sparkasse. Zudem steht unseren Gewerbekunden mit der BusinessLine ein moderner und effizienter Vertriebsweg zur Verfügung. Die Kompetenzzentren Auslandsgeschäft, Leasing und Factoring, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking runden die Angebotspalette im Firmenkundengeschäft ab.

**Zentrale Aufgabe unseres Kapitalmarktgeschäfts** ist die Intensivierung der Kundenhandels- und Sales-Aktivitäten. Die Bank profiliert sich als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für Privatanleger. Insbesondere bei strukturierten Produkten und Fonds sowie bei Finanzierungen im mittel- und osteuropäischen Raum verfügen wir über anerkannte Expertise.

**Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung** bündelt die Landesbank Berlin ihre Kompetenzen für individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp betreuen wir institutionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und Developer im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Im Markt für gewerbliche Immobilienfinanzierungen zählt der Konzern Landesbank Berlin zu den größten Anbietern in Deutschland.

# Inhalt

<b>Management</b> .....	2
Aktionärsbrief .....	3
Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG .....	6
Corporate Governance Bericht .....	11
Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG .....	16
<b>Aus dem Unternehmen</b> .....	26
Strategische Geschäftsfelder .....	27
Private Kunden .....	28
Firmenkunden .....	32
Kapitalmarktgeschäft .....	36
Immobilienfinanzierung .....	39
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	42
Aktie der Landesbank Berlin Holding AG .....	43
<b>Konzernlagebericht</b> .....	45
Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick .....	46
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007 .....	58
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2007 .....	69
Schlussfolgerung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG .....	69
Risikobericht .....	70
Prognosebericht / Ausblick .....	95
<b>Jahresabschluss des Konzerns</b> .....	99
Gewinn- und Verlustrechnung .....	100
Bilanz .....	101
Entwicklung des Konzerneigenkapitals .....	102
Kapitalflussrechnung .....	103
Anhang .....	105
Organe der Landesbank Berlin Holding AG .....	180
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	182
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	183
Wichtige Adressen .....	184
Abkürzungsverzeichnis .....	187



# Management

3	.....	Aktionärsbrief
6	.....	Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG
11	.....	Corporate Governance Bericht
	.....	Organe der Landesbank Berlin Holding AG
16	.....	und der Landesbank Berlin AG

## Aktionärsbrief

### Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das Jahr 2007 war für den Konzern Landesbank Berlin Holding AG ein sehr ereignisreiches, zeitweise geprägt von einem intensiven Veräußerungsprozess, aus dem die deutschen Sparkassen als neuer Hauptaktionär hervorgingen. Der Vorstand der Bank begrüßt dieses Ergebnis, weil es der Bank sowohl die nötige Stabilität als auch zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten sichert.

Es war jedoch für die gesamte Bankenbranche ein außergewöhnlich schwieriges Jahr. Nach einem geschäftlich für unser Haus sehr erfolgreichen ersten Halbjahr, in dem alle Geschäftsfelder zum Teil deutliche Zuwächse verzeichnen konnten, haben sich im Zuge der seit August 2007 spürbaren Finanzkrise die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Dennoch konnte die Landesbank Berlin im vergangenen Geschäftsjahr ihre ambitionierten Ziele erreichen. Mit einem operativen Konzernergebnis vor Steuern von 291 Mio. € konnte das um Sondereffekte bereinigte Vorjahresergebnis von 283 Mio. € knapp übertroffen werden.

Dieser Erfolg ist unter anderem auf die weiter gewachsene Vertriebs- und Ertragsstärke der Bank zurückzuführen. Unserer Berliner Sparkasse gelang es, ihre Position im hart umkämpften Berliner Markt noch auszubauen und in wichtigen Segmenten Marktanteile zu gewinnen. Gleichzeitig haben wir in Zukunftsthemen investiert und die Kundenbasis beispielsweise durch die Mehrheitsbeteiligung bei der Direktbank „netbank“ und Anfang dieses Jahres durch einen Erwerb in der Sparte Absatzfinanzierung deutlich gestärkt.

Auch bei den Immobilienfinanzierungen konnte unser Konzern erfreulich zulegen und die Erwartungen deutlich übertreffen. Wir freuen uns, dass wir von unserer guten Reputation im Markt und darüber hinaus von einer verbesserten Margensituation profitieren können.

## Aktionärsbrief

Nicht zuletzt möchten wir beispielhaft die erfreulichen Entwicklungen im Zertifikate- und Fondsgeschäft nennen. Der Absatz von Zertifikaten konnte stark gesteigert werden und auch unsere Fondsgesellschaft LBB-Invest verzeichnete bei Publikumsfonds einen nennenswerten Volumenzuwachs. In diesen weiterhin wichtigen Märkten verfügen wir im täglichen Geschäft mit unseren Kunden über anerkannte Expertise und Servicequalität.

Sehr geehrte Aktionärinnen, sehr geehrte Aktionäre, unsere Investitions- und Kreditentscheidungen haben wir stets an den strikten Leitlinien und der Risikotragfähigkeit unseres Geschäftsmodells orientiert. Für Sie ist es wichtig zu wissen: In dem von massiven Wertverlusten betroffenen Subprime-Segment der Hypothekenkredite in den USA ist die Bank nicht investiert. So befinden sich in einigen Anlagen lediglich indirekte Subprime-Bestandteile in einer Größenordnung von nur rund 40 Mio. €. Darüber hatten wir unmittelbar nach Ausbruch der Subprime-Krise Mitte letzten Jahres bereits informiert. Die notwendigen Abschreibungen sind im vorliegenden Konzernergebnis bereits verarbeitet. Gleichzeitig haben die massive Vertrauenskrise des Finanzsektors und damit verbundene Bewertungskorrekturen von Wertpapieren natürlich Auswirkungen auch auf unseren Jahresabschluss. Auch über diese wichtigen Aspekte informieren wir in diesem Geschäftsbericht.

Mit dem Ergebnis 2007 zeigt sich, dass sich unser ausgewogenes Geschäftsmodell auch unter schwierigen Rahmenbedingungen bewährt. Alle vier Geschäftsfelder, also Private Kunden, Firmenkunden, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierungsgeschäft, haben im Geschäftsjahr 2007 Beiträge zum insgesamt erfreulichen Gesamtergebnis geleistet, über das wir mit diesem Geschäftsbericht ausführlich berichten können.



Sehr geehrte Damen und Herren, im vergangenen Geschäftsjahr konnten wir erstmals nach Jahren der Restrukturierung wieder eine Dividende zahlen. Aus Sicht des Vorstands besteht nun zudem der nötige Spielraum, der Hauptversammlung eine Erhöhung der Dividende auf nun 10 Eurocent pro Aktie vorzuschlagen.

Die Landesbank Berlin wird ihre Möglichkeiten weiterhin aktiv nutzen. Wir agieren umsichtig und risikobewusst in einem herausfordernden Marktumfeld, das zweifellos weiterhin von anhaltenden Unsicherheiten an den Finanzmärkten geprägt sein wird. Gleichzeitig arbeitet die Bank mit ihren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hart daran, ihre Marktposition insbesondere im Kundengeschäft weiter auszubauen. Die Ergebnisse, die wir in dieser besonderen Situation erzielen, und das Vertrauen, das Sie in uns setzen, motivieren uns, in der eingeschlagenen Richtung zielstrebig weiterzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



Hans-Jörg Vetter



Dr. Thomas Veit

# Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2007 in sechs Plenums- und insgesamt vier Ausschuss-Sitzungen sowie mittels schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bank und des Konzerns befasst, die Geschäftsführung des Vorstands überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Dabei hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation sowie die Compliance informieren lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Zwischen den Sitzungen wurden aktuelle Einzelthemen und anstehende Entscheidungen in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Aufgrund weitgehend identischer Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Landesbank Berlin Holding AG (LBB Holding AG) und der Landesbank Berlin AG (LBB AG) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse regelmäßig jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

## Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit

Die erste Hälfte des Geschäftsjahres 2007 war besonders vom Wechsel des Eigentümers geprägt. Der Aufsichtsrat hat sich umfassend über den Verlauf des Privatisierungsprozesses informieren lassen.

Am 8. August 2007 erfolgte der Eigentumsübergang der Anteile des Landes Berlin an der Landesbank Berlin Holding AG an die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. Aufgrund der neuen Mehrheitsverhältnisse wurden die zehn Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat am 30. August 2007 mit Wirkung zum 1. September 2007 durch das Amtsgericht neu bestellt. Anstelle von Herrn Dr. h. c. Klaus G. Adam, der sein Amt mit Wirkung zum 31. August 2007 niedergelegt hatte, wählte der Aufsichtsrat Herrn Heinrich Haasis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, mit Wirkung vom 13. September 2007 zu seinem neuen Vorsitzenden. Bezüglich der weiteren personellen Veränderungen im Aufsichtsrat wird auf den Punkt „Personalia“ im hinteren Teil dieses Berichts verwiesen.

Als weitere wesentliche Aufgabe hatte sich der Aufsichtsrat noch in seiner alten Zusammensetzung über den Vollzug der Ausgliederung der Berliner Bank aus dem Konzern sowie über die erfolgreiche Übernahme der netbank AG unterrichten lassen und zusammen mit dem Vorstand intensiv darüber beraten und nach Prüfung seine Zustimmung erteilt.

### Sitzungen des Aufsichtsrats

Am 23. März 2007 erfolgten im Rahmen der Bilanzsitzung neben der Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2006 vorrangig die Beratung über den HGB-Jahresabschluss der Landesbank Berlin Holding AG zum 31. Dezember 2006, der vom Aufsichtsrat festgestellt wurde, sowie der Beschluss über den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns 2006. Ferner wurde der Jahresbericht 2006 der Revision behandelt. Weitere Besprechungspunkte waren der Corporate Governance Bericht einschließlich der aktuellen Entsprechenserklärung sowie die Effizienzprüfung der Aufsichtstätigkeit des Aufsichtsrats im Jahre 2006, bei der der Aufsichtsrat ohne den Vorstand tagte.

In der Sitzung vom 11. Mai 2007 wurde vom Aufsichtsrat der IFRS-Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006 gebilligt sowie über den Konzernlagebericht beraten. Außer der Berichterstattung über die Ergebnisse der Geschäftsfelder 2006 und die aktuelle Geschäftsentwicklung im ersten Quartal 2007 wurde insbesondere die Risikostrategie erörtert. Darüber hinaus wurde in dieser Sitzung umfassend über den Stand der planmäßig verlaufenden Gesamtbankprivatisierung informiert. Neben der Vorbereitung der Veräußerung der Landesbank Berlin Holding AG im Wege des Paketverkaufs wurde gleichzeitig ein Verkauf über die Börse verfolgt (Dual Track). Ferner erfolgte die Zustimmung des Aufsichtsrats zu der strategischen Beteiligung an der netbank AG.

Gegenstand der Sitzung vom 6. Juli 2007 war neben der ausführlichen Information über den weiteren Verlauf der Gesamtbankprivatisierung der Bericht des Vorstands über die aktuelle Geschäftsentwicklung zum 31. März 2007.

Wie bereits erwähnt, wählte der Aufsichtsrat nach dem Wechsel des Hauptanteilseigners in der konstituierenden Sitzung vom 13. September 2007 aus seiner Mitte Herrn Heinrich Haasis zu seinem Vorsitzenden. Daneben erfolgten aufgrund der Neubesetzung des Aufsichtsrats auf Anteilseignervertreterseite Ergänzungswahlen zum Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss sowie zum Vermittlungsausschuss.

Gegenstand der Sitzung des Aufsichtsrats am 21. September 2007 waren insbesondere die aktuelle Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2007, der Halbjahresabschluss 2007 sowie die Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder.

In seiner Sitzung am 13. Dezember 2007 informierte der Vorstand den Aufsichtsrat über die Geschäftsentwicklung per 30. September 2007, die Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder sowie über die Ergebnisse der Depotprüfung und der Prüfung nach § 36 WpHG 2006/2007. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand die Mittelfristplanung für den Zeitraum 2008 bis 2012. Daneben hat sich der Aufsichtsrat mit der Festlegung der Prüfungsschwerpunkte für die Abschlussprüfung befasst. Ferner stimmte er der Einzahlung in die Kapitalrücklagen der Landesbank Berlin AG in Höhe von 400 Mio. € durch die Landesbank Berlin Holding AG zu und erörterte die Überarbeitung der Entsprechenserklärung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK).

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2007 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen. Außerhalb der Aufsichtsratssitzungen wurden im Geschäftsjahr 2007 drei Beschlüsse im Umlaufverfahren herbeigeführt.

# Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

## Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance sowie mit den den Vorstand betreffenden Personalangelegenheiten. Viermal trat der BPS-Ausschuss im Berichtsjahr zur Vorbereitung von Beschlussfassungen des Aufsichtsrats zusammen, bereitete hierzu einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Plenumsitzung inhaltlich vor – vor allem die intensive Vorberatung und Prüfung des Jahresabschlusses – und vertiefte strategische Fragen und Vorgänge von besonderer Bedeutung. Ein Beschluss wurde durch den BPS-Ausschuss im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. An seinen Sitzungen zur Bilanzvorberatung nahmen auch die Vertreter des Abschlussprüfers teil.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende „Vermittlungsausschuss“ musste auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zusammentreten.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen. Alle Mitglieder des BPS-Ausschusses haben im Berichtsjahr an mindestens der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

## Corporate Governance

Die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) wurde vom Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen erörtert. Vorstand und Aufsichtsrat haben aufgrund der Änderungen des DCGK vom Juni 2007 im Dezember 2007 eine neue Entsprechenserklärung abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für die Aufsichtsräte der LBB Holding AG und der LBB AG ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht erstellt. Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter [www.lbb-holding.de](http://www.lbb-holding.de) hinterlegt.

Unter Verwendung eines individuell auf die Gegebenheiten des Aufsichtsrats der LBB Holding AG abgestimmten Fragebogens hat der Aufsichtsrat die Effizienz seiner Aufsichtstätigkeit geprüft und nach dessen Auswertung Verbesserungsvorschläge erörtert und hierzu Beschlüsse gefasst. Die Ergebnisse der Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie einen ausführlichen Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand finden Sie auf den Seiten 11 ff. und 48 ff. des Geschäftsberichts.

## Jahresabschluss 2007

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB Holding AG mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 sowie der Konzernabschluss der LBB Holding AG mit dem Konzernlagebericht wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Prüfungen zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt haben.

Der Jahresabschluss der LBB Holding AG wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der LBB Holding AG nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht bzw. dem Konzernlagebericht nach eingehender Vorprüfung durch den BPS-Ausschuss den Mitgliedern des Aufsichtsrats nebst dem Bericht des Abschlussprüfers zur Prüfung und zur anschließenden Beschlussfassung vorgelegt. Zuvor informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer über den Inhalt und den Ablauf der Prüfung.

Wie in den Vorjahren nahmen die Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2007 sowohl an den Sitzungen des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses, in denen die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an den Bilanzsitzungen des Aufsichtsrats teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich gemäß DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen das Prüfungsergebnis ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der LBB Holding AG und des Konzerns LBB Holding AG zum 31. Dezember 2007 in seinen Sitzungen vom 17. März 2008 bzw. vom 25. April 2008 gebilligt. Der Jahresabschluss der LBB Holding AG gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt. Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2007 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 112.539 T€ wie folgt zu verwenden: Ausschüttung des Betrags von 99.933 T€ zur Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,10 € je dividendenberechtigter Stückaktie und Gewinnvortrag von 12.606 T€.

Der Aufsichtsrat hat außerdem eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2007 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die im Zeitpunkt ihrer Vornahme bekannt waren, die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

## Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben.

### Personalia

In der Zusammensetzung des Vorstands haben sich keine personellen Veränderungen ergeben.

Im Aufsichtsrat gab es im Geschäftsjahr 2007 folgende personelle Veränderungen: Im Zusammenhang mit dem Wechsel des Hauptaktionärs legten die Herren Senator Dr. Thilo Sarrazin und Senator Harald Wolf ihr Amt zum 28. August 2007 und die Herren Dr. h. c. Klaus G. Adam, Dr. h. c. Axel Berger, Thomas Dobkowitz, Dr. Michael Endres, Dr. Thomas Guth, Dr. Hannes Rehm, Dr. Heinz-Gerd Stein und Bernd Wrede zum 31. August 2007 nieder.

Auf Antrag des Vorstands vom 30. August 2007 wurden nach § 104 AktG die Herren Dietmar P. Binkowska, Gregor Böhmer, Hans Jörg Duppré, Heinrich Haasis, Jürgen Hilse, Claus Friedrich Holtmann, Thomas Mang, Peter Schneider, Friedrich Schubring-Giese und Dr. Harald Vogelsang mit Wirkung zum 1. September 2007 durch das Amtsgericht als neue Anteilseignervertreter bestellt.

An die Stelle der bisher dem Aufsichtsrat der LBB Holding AG angehörenden Arbeitnehmervertreterin Frau Claudia Fieber ist am 1. Januar 2007 das gewählte Ersatzmitglied Frau Astrid Maurer, Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG, getreten.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern dieses Gremiums für ihr Engagement und die konstruktive Begleitung des Unternehmens besonders in der zurückliegenden schwierigen Phase der vergangenen Jahre sowie für den eingebrachten Sachverstand und die gute Zusammenarbeit. Der besondere Dank gilt dem langjährigen Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Dr. h. c. Klaus G. Adam, der den Aufsichtsrat mit hoher Kompetenz und herausragendem Engagement in den letzten Jahren der gelungenen Sanierung und bis zum erfolgreichen Abschluss des Verkaufsverfahrens geführt hat.

Der Dank des Aufsichtsrats gilt insbesondere auch den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für die im zurückliegenden Jahr geleistete Arbeit und ihren besonderen persönlichen Einsatz.

Berlin, im April 2008



Heinrich Haasis  
Vorsitzender

## Corporate Governance Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich der Bedeutung verlässlicher und effizienter Regeln zur Führung und Kontrolle der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften bewusst. Beide Organe messen dem Thema Corporate Governance nach erfolgreichem Abschluss des Restrukturierungs- und Verkaufsprozesses weiterhin eine hohe Bedeutung bei. Dabei handeln Aufsichtsrat und Vorstand in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Aktionäre und der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzernunternehmen und damit letztlich auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für die Gesellschaft ein wichtiger Faktor zur weiteren Festigung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzernunternehmen beachten unabhängig von ihrer Rechtsform die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), soweit die Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbildes von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB AG) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (LBB Holding AG) und der LBB AG.

Die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

### Vorstand

Die Vorstände der LBB Holding AG und der LBB AG bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin. Dabei entwickelt der jeweilige Vorstand die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und stellt ihre Umsetzung sicher.

Die beiden Vorstandsgremien informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihres Unternehmens, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung.

Weder der Vorstand der LBB Holding AG noch der der LBB AG unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten, so dass hierzu keine Informationspflichten bestehen. Die Zusammensetzung der beiden Vorstandsgremien und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind auf Seite 48 dargestellt.

## Corporate Governance Bericht

### Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der LBB Holding AG besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die bisherigen Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat der LBB Holding AG haben nach Veräußerung der Anteile des Landes Berlin an die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, ihr Amt niedergelegt. Durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 30. August 2007 sind die neuen Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. September 2007 bestellt worden. Die Arbeitnehmer werden im Aufsichtsrat der LBB Holding AG weiterhin durch die entsprechend den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes gewählten Aufsichtsratsmitglieder vertreten; zum 1. Januar 2007 ist ein gewähltes Ersatzmitglied in den Aufsichtsrat nachgerückt. Der Aufsichtsrat der LBB AG besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je acht Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Mitglieder der Anteilseignervertreter wurden im Geschäftsjahr 2007 nach Abschluss des Verkaufsprozesses aufgrund der Niederlegung ihrer Amtsvorgänger im Rahmen einer außerordentlichen Hauptversammlung neu gewählt. Auf Seiten der Arbeitnehmervertreter gab es keine Veränderungen. Die Aufsichtsratsgremien der LBB AG und der LBB Holding AG sind somit wiederum nahezu personenidentisch besetzt.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte sind namentlich auf den Seiten 16 und 17 des Geschäftsberichts aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der LBB Holding AG und der LBB AG beraten und überwachen den jeweiligen Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die Interessenkonflikten vorbeugen sollen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte aus der Mitte der Aufsichtsratsmitglieder Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss gibt es im Aufsichtsrat der LBB AG zusätzlich einen Kreditausschuss.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2007 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der LBB Holding AG bzw. dem der LBB AG zu entnehmen. Die beiden Aufsichtsratsgremien unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben – wie auch in den Vorjahren – keinen Interessenkonflikten, so dass diesbezüglich keine Informationspflichten bestehen.



Der Aufsichtsrat der börsennotierten LBB Holding AG wie auch – auf freiwilliger Basis – der Aufsichtsrat ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft LBB AG haben im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Checkliste durchgeführt, in der alle DCGK-relevanten Fragestellungen behandelt und von jedem Aufsichtsratsmitglied einer individuellen Bewertung unterzogen wurden. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung der Befragung im Aufsichtsratsplenium kamen beide Gremien zu der Einschätzung, dass die Effizienz der Aufsichtsratsstätigkeit gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden konnte. Die noch bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden jeweils dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht – wie auch für die Mitglieder des Vorstands – eine Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D & O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

## Transparenz

Die Mitglieder des Vorstands der LBB Holding AG haben im Geschäftsjahr 2007 meldepflichtige Geschäfte in Aktien der LBB Holding AG durch Annahme des öffentlichen Übernahmeangebots der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, vom 1. August 2007, vorgenommen. Gemäß der gesetzlichen Regelung in § 15a WpHG sowie der Vorgabe in Ziffer 6.6 DCGK wurden diese Geschäfte von den betreffenden Organmitgliedern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitgeteilt und auf der Internetseite der LBB Holding AG unverzüglich wie folgt veröffentlicht:

### VORSTAND

Handelstag	Name	Funktion	Bezeichnung des Wertpapiers	ISIN	Börsen- platz	Stück- zahl	Geschäfts- art	Kurs / Preis	Volumen
11.10.2007	Hans-Jörg Vetter	Vorstands- vorsitzender	Landesbank Berlin Holding AG (Stücknotiz)	DE0008023227	außer- börslich	30.000	Verkauf	6,81 EUR	204.300 EUR
11.10.2007	Dr. Thomas Veit	Vorstand	Landesbank Berlin Holding AG (Stücknotiz)	DE0008023227	außer- börslich	20.000	Verkauf	6,81 EUR	136.200 EUR

Annahme des öffentlichen Übernahmeangebots der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin  
Emittent: Landesbank Berlin Holding AG, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin

Auch Mitglieder des Vorstands der LBB AG, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der LBB Holding AG wahrnehmen, haben Geschäfte in Aktien der LBB Holding AG durch Annahme des öffentlichen Übernahmeangebots der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, vom 1. August 2007 vorgenommen. Diese Geschäfte sind nach den gesetzlichen Regelungen nicht meldepflichtig, daher handelt es sich nicht um eine Mitteilung nach § 15a WpHG, sondern um eine freiwillige Darstellung aus Gründen der Transparenz.

# Corporate Governance Bericht

## VORSTAND

Handelstag	Name	Funktion	Bezeichnung des Wertpapiers	ISIN	Börsen- platz	Stück- zahl	Geschäfts- art	Kurs / Preis	Volumen
11.10.2007	Serge Demolière	Vorstand	Landesbank Berlin Holding AG (Stücknotiz)	DE0008023227	außer- börslich	20.150	Verkauf	6,81 EUR	137.222 EUR
11.10.2007	Dr. Johannes Evers	Vorstand	Landesbank Berlin Holding AG (Stücknotiz)	DE0008023227	außer- börslich	20.900	Verkauf	6,81 EUR	142.329 EUR
11.10.2007	Hans Jürgen Kularz	Vorstand	Landesbank Berlin Holding AG (Stücknotiz)	DE0008023227	außer- börslich	20.000	Verkauf	6,81 EUR	136.200 EUR

Annahme des öffentlichen Übernahmeangebots der Erwerbgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin  
Emittent: Landesbank Berlin Holding AG, Alexanderplatz 2, 10178 Berlin

Da, wie bereits oben dargestellt, Vorstand und Aufsichtsrat der nicht börsennotierten LBB AG die Anwendung der Corporate Governance Grundsätze auf freiwilliger Basis beschlossen haben, beziehen sich diese Angaben zu den Directors Dealings zugleich auf die Organmitglieder der LBB AG. Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder lag nicht vor.

### Vergütungsbericht

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht im Geschäftsbericht für das Fiskaljahr 2007 dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im Konzernlagebericht ab Seite 48 und mit den personalisierten Angaben zu den Bezügen des Vorstands und des Aufsichtsrats im Konzernanhang ab Seite 170 des Geschäftsberichts enthalten.

### Bilanzierung

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2007 für die LBB Holding AG wie auch für die LBB AG nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der LBB Holding AG und der LBB AG werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Konzern- und Jahresabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaft informiert. Für den Konzernabschluss der LBB Holding AG ist dieser den Seiten 70 bis 94 zu entnehmen.

### Finanzpublizität

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der LBB Holding AG in Form von Jahres- und Zwischenberichten (Finanzberichten) informiert. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und möglichst gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

### Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 14. Juni 2007 haben Vorstand und Aufsichtsrat der LBB Holding AG die Entsprechenserklärung der LBB Holding AG aktualisiert und im Dezember 2007 abgegeben.

Abweichend von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex konnte der Konzern die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, in der Vergangenheit und auch für das Geschäftsjahr 2007 aufgrund der Komplexität im Zusammenhang mit der Umstellung auf IAS/IFRS noch nicht erfüllen. Die Anforderung zur Veröffentlichung der IAS/IFRS-Zwischenberichte binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums konnte der Konzern ab dem zweiten Quartal des Geschäftsjahres 2007 erfüllen.

Von der Bildung eines Nominierungsausschusses wurde abgesehen. Planmäßig werden im Geschäftsjahr 2008 keine neuen Aufsichtsratsmitglieder zu wählen sein.

Der Antrag auf gerichtliche Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseignervertreter war nicht bis zur nächsten Hauptversammlung befristet, um die Kontinuität der Aufsichtsratsarbeit nach dem Abschluss der Restrukturierung und der Privatisierung sicherstellen zu können.

Vor diesem Hintergrund wurde die aktualisierte Entsprechenserklärung mit Stand Dezember 2007 auf der Internetseite der Bank veröffentlicht.

Die auf der Grundlage des DCGK in der Fassung vom 14. Juni 2007 abgegebene Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG hat folgenden Wortlaut:

§ 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entsprach/entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 Von folgenden Empfehlungen des Kodex weicht die Landesbank Berlin Holding AG ab:

- (a) Die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, konnte der Konzern in der Vergangenheit und kann er auch für das Geschäftsjahr 2007 nicht erfüllen. Die Anforderung zur Veröffentlichung der IAS/IFRS-Zwischenberichte binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraumes konnte im Geschäftsjahr 2007 ab dem zweiten Quartal erfüllt werden, auch für die zukünftigen Berichtszyklen soll diese Anforderung erfüllt werden (Ziff. 7.1.2 DCGK).
- (b) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).
- (c) Die Amtszeit der durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 30. August 2007 bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG ist nicht bis zur nächsten Hauptversammlung befristet (Ziff. 5.4.3 DCGK).

Vorstand und Aufsichtsrat  
der Landesbank Berlin Holding AG sowie der Landesbank Berlin AG

# Organe der Landesbank Berlin Holding AG und der Landesbank Berlin AG

## Vorstand

**Hans-Jörg Vetter**  
Vorsitzender  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG

**Dr. Thomas Veit**  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG

**Serge Demolière**  
Landesbank Berlin AG

**Dr. Johannes Evers**  
Landesbank Berlin AG

**Hans Jürgen Kulartz**  
Landesbank Berlin AG

**Martin K. Müller**  
Landesbank Berlin AG

## Aufsichtsrat

**Heinrich Haasis**  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Vorsitzender  
Präsident des Deutschen Sparkassen-  
und Giroverbands

**Bärbel Wulff \***  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
stellv. Vorsitzende  
Vorsitzende des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG

**Dietmar P. Binkowska**  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

**Gregor Böhmer**  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Geschäftsführender Präsident des Sparkassen-  
und Giroverbands Hessen-Thüringen

**Dagmar Brose \***  
Landesbank Berlin Holding AG  
Referentin im Bereich Finanzen  
der Landesbank Berlin AG

**Hans Jörg Duppré**  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landrat des Landkreises Südwestpfalz

**Christina Förster \***  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di  
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**Sascha Händler \***

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,  
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank  
Berlin AG

**Jürgen Hilse**

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

**Claus Friedrich Holtmann**

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen  
Sparkassenverbands

**Michael Jänichen \***

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Bereichsleiter Firmenkunden  
der Landesbank Berlin AG

**Daniel Kasteel \***

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Thomas Mang**

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

**Astrid Maurer \***

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG,  
Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

**Andreas Rohde \***

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Peter Schneider**

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Präsident des Sparkassenverbands  
Baden-Württemberg

**Friedrich Schubring-Giese**

Landesbank Berlin Holding AG  
Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer  
Bayern

**Joachim Tonndorf \***

Landesbank Berlin Holding AG  
ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di  
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**Dr. Harald Vogelsang**

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding  
und der Hamburger Sparkasse AG

**Frank Wolf \***

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di  
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\* Arbeitnehmervertreter

# Privatkunden- geschäft



**DIE BERLINER SPARKASSE IST MARKTFÜHRERIN IM GESCHÄFT MIT PRIVATEN KUNDEN UND EINE DER GRÖSSTEN SPARKASSEN DEUTSCHLANDS. JEDER ZWEITE BERLINER SCHENKT DER BANK SEIN VERTRAUEN.**

- **PERSÖNLICHE BERATUNG AN MEHR ALS 150 STANDORTEN IN BERLIN.**
- **UNIVERSAL- UND DIREKT BANK IN EINEM. LEISTUNGSFÄHIGER UND MODERNER MULTIKANALVERTRIEB MIT ONLINE BANKING, CALL-CENTER UND SELBSTBEDIENUNGS-MEDIEN.**
- **UMFASSENDES ANGEBOT. BANKPRODUKTE FÜR ALTERSVORSORGE, VERMÖGENSAUFBAU, KONSUM- UND IMMOBILIENFINANZIERUNG SOWIE FÜR ZAHLUNGSVERKEHR UND LIQUIDITÄTSMANAGEMENT.**
- **MODERNE VERMÖGENSANLAGECENTER. BETREUUNG VON VERMÖGENDEN PRIVATKUNDEN BEI ANLAGE- UND FINANZIERUNGSWÜNSCHEN.**
- **GRÖSSTE EMITTENTIN IM ÜBERREGIONALEN KREDITKARTENGESCHÄFT. INNOVATIONSFÜHRER MIT TRENDBESTIMMENDEN NEUENTWICKLUNGEN.**

# Privatkunden- geschäft



Ob es um eine lang ersehnte Anschaffung, den Vermögensaufbau oder den Traum vom Eigenheim geht. Wir verstehen uns als Partner und unterstützen unsere Kunden bei der Umsetzung ihrer Pläne. Für uns steht dabei immer die Individualität der Leistung im Vordergrund. Darauf aufbauend erarbeiten wir eine maßgeschneiderte Lösung. Unsere Kunden können einfache Transaktionen schnell, bequem und zeitlich unabhängig über modernste Technik abwickeln und parallel persönliche Beratung in Anspruch nehmen. Aus der langjährigen Erfahrung und dem Zusammenwirken unterschiedlicher Professionen finden unsere Berater überzeugende Lösungen für sämtliche Finanzfragen. Wir stellen an unsere Dienstleistungen einen hohen Qualitätsanspruch. Im Jahr 2007 haben wir unsere Öffnungszeiten in den PrivatkundenCentern verlängert, um Beratungen verstärkt auch am Abend oder an Samstagen anbieten zu können. Zudem haben wir unseren Online-Auftritt mit zahlreichen neuen Abschlussmöglichkeiten ausgestattet. Wir sind nah, wir sind da, wir sind ein Teil von Berlin.



# Firmenkunden- geschäft



**DIE KOMPLEXITÄT MANCH BERATUNGSINTENSIVER FINANZIERUNGS- UND ANLAGEFRAGEN ERFORDERT EINE KOMPETENTE BETREUUNG. DAFÜR SORGEN UNSERE ERFAHRENEN KUNDENBETREUER.**

- **KOMPETENTER, ANERKANNTER UND ZUVERLÄSSIGER PARTNER FÜR DEN MITTELSTAND UND FÜR GEWERBEKUNDEN IM KERNMARKT BERLIN/ BRANDENBURG. FAIR, PARTNERSCHAFTLICH, PERSÖNLICH.**
- **UMFASSENDES PRODUKT- UND LEISTUNGSANGEBOT FÜR DIE BEDARFSLAGEN DER REGIONAL ANSÄSSIGEN UNTERNEHMEN.**
- **FLÄCHENDECKENDES GESCHÄFTSSTELLENNETZ, HOHE FLEXIBILITÄT UND ERREICHBARKEIT DURCH MULTIKANALVERTRIEB.**
- **STARKE MARKTPPOSITION MIT REGIONALER FOKUSSIERUNG UND GROSSER REICHWEITE.**
- **MARKTFÜHRENDE STELLUNG IM GRÜNDUNGSGESCHÄFT. SPEZIAL-KNOW-HOW FÜR WACHSTUMSBRANCHEN. PROFESSIONELLE BETREUUNG DER UNTERNEHMEN VON DER GRÜNDUNG, ÜBER DIE ETABLIERUNG BIS ZUR EXPANSION.**





# Firmenkunden- geschäft



Unseren Kunden bieten wir tief verwurzeltes regionales Know-how, persönliche Betreuung, ein umfassendes Leistungsspektrum, kurze Entscheidungswege, beste Branchenkenntnisse und vielfältige Kontakte. Wir haben die richtige Lösung, egal ob eine Investition finanziert oder Geschäfte mit dem Ausland abgewickelt werden sollen. Von der Gründung, über die Expansion bis hin zum Generationenwechsel – jede dieser Phasen in der Geschichte eines Unternehmens ist von existenzieller Bedeutung und erfordert die passende Finanzdienstleistung. Wir unterstützen unsere Kunden dabei, die notwendigen Schritte rechtzeitig und umfassend vorzubereiten. Mit der BusinessLine steht unseren Kunden eine flexible und bequeme Geschäftsverbindung per Telefon und Internet zur Verfügung. Die BusinessLine wurde entwickelt, um einfaches Handling mit hochwertiger, zuverlässiger Beratung und hoher Erreichbarkeit zu verbinden. Die Service- und Beratungsqualität der BusinessLine und unserer FirmenkundenCenter ist vom TÜV Rheinland bestätigt worden. All das erreichen wir mit unserem hohen Qualitätsanspruch und umsetzungsstarken Mitarbeitern.



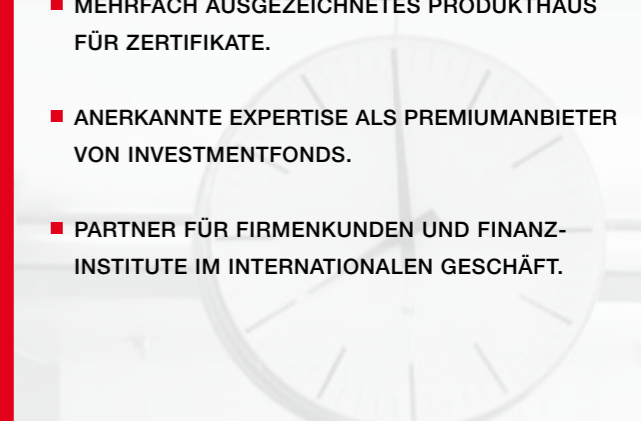
# Kapitalmarkt- geschäft



**DIE BANK IST EIN NAMHAFTER UND KOMPETENTER ANBIETER INNOVATIVER KAPITALMARKTPRODUKTE AUCH FÜR PRIVATANLEGER.**

- BREITE PALETTE VON STANDARDISIERTEN UND MASSGESCHNEIDERTEN KAPITALMARKTPRODUKTEN UND -DIENSTLEISTUNGEN.
- KONSEQUENTE AUSRICHTUNG AUF DIE INDIVIDUELLEN KUNDENANFORDERUNGEN.
- INNOVATIONSSTÄRKE UND FLEXIBILITÄT BEI DER ENTWICKLUNG ATTRAKTIVER UND LEISTUNGSSTARKER PRODUKTE.
- MEHRFACH AUSGEZEICHNETES PRODUKTHAUS FÜR ZERTIFIKATE.
- ANERKANNTE EXPERTISE ALS PREMIUMANBIETER VON INVESTMENTFONDS.
- PARTNER FÜR FIRMENKUNDEN UND FINANZINSTITUTE IM INTERNATIONALEN GESCHÄFT.

01. JAN 2009



NEW YORK

LONDON

BERLIN

HONG KONG

TOKYO

# Kapitalmarkt- geschäft



01.01.2008



NEW YORK

LONDON

BERLIN

HONG KONG

TOKYO

Im Kapitalmarktgeschäft sind wir auf ausgewählte Aktivitäten fokussiert, in denen wir über führende Expertise verfügen. Hier bieten wir unseren Kunden ein weites Spektrum von attraktiven wie innovativen Produkten und Dienstleistungen an. Wir begleiten, individuell und produktübergreifend. Kundenbedürfnisse können wir so optimal erfassen und mit maßgeschneiderten Lösungen darauf eingehen. Ob für anspruchsvolle private Interessenten oder für institutionelle Anleger. Wir verstehen uns als zuverlässiger Anbieter von Produkten im Rahmen von Handels- und Exportfinanzierungen für unsere deutsche sowie internationale Kundschaft. Langjährige Erfahrung und umfassendes Länder-Know-how begründen unsere Markt Reputation. Wir pflegen ein weltweites Netzwerk von lokalen Handelspartnern und bieten damit den direkten Marktzugang zu allen relevanten Handelsplätzen für Aktien und Derivate. Mit der LBB-Invest verfügen wir über einen anerkannten Fondsanbieter für private und institutionelle Kunden, der sich in der Spitzengruppe der deutschen Kapitalanlagegesellschaften etabliert hat.

# Immobilien- finanzierung



**DAS GESCHÄFTSFELD VERBINDET DIE BERLIN HYP UND DIE LANDESBANK BERLIN. ES ARBEITET FÜR DEN KUNDEN WIE EIN EINZIGES INSTITUT.**

- **IN AUSGEWÄHLTEN, WIRTSCHAFTSSTARKEN WACHSTUMSREGIONEN DEUTSCHLANDS UND EUROPAS FOKUSSIERT AUF DIE ANFORDERUNGEN ERFAHRENER UND BONITÄTSSTARKER PRIVATER UND GEWERBLICHER INVESTOREN UND WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFTEN.**
- **SCHLANKE STRUKTUREN, KURZE ENTSCHEIDUNGSWEGE SOWIE PRODUKTFLEXIBILITÄT, SCHNELLIGKEIT UND EXZELLENTER SERVICE.**
- **MASSGESCHNEIDERTE FINANZIERUNGS-LÖSUNGEN FÜR DIE KUNDEN FLANKIERT VON EINER WETTBEWERBSFÄHIGEN KONDITIONIERUNG.**
- **FINANZIERUNG VON WOHNWIRTSCHAFTLICH ODER GEMISCHT GENUTZTEN OBJEKTEN SOWIE BÜRO-, EINZELHANDELS- UND LOGISTIK-IMMOBILIEN MIT ÜBERZEUGENDEN KONZEPTEN.**

# Immobilien- finanzierung



Ob Kauf, Neubau oder Bestandsfinanzierung – für unterschiedliche Vorhaben entwickeln wir individuelle Immobilienfinanzierungen aus einer Hand, die optimal auf das jeweilige Projekt abgestimmt werden. Dazu gehören beispielsweise die Ermittlung idealer Finanzierungsstrukturen, die Einbindung von Derivaten zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken und zur Portfoliosteuerung. Mit unserer Tochtergesellschaft, der Berlin Hyp, stehen wir einerseits für die Kultur eines überschaubaren Spezialinstituts. Andererseits bietet die Landesbank Berlin die gesamte Leistungspalette einer Universalbank. Immobilienfinanzierungsexpertise haben beide Seiten. Eine umfassende persönliche Betreuung, ein breites Servicespektrum sowie Verlässlichkeit kennzeichnen das Tagesgeschäft. Im Konsortialbereich sind wir hervorragend vernetzt und unterhalten langjährige wechselseitige Geschäftsbeziehungen zu anderen Kreditinstituten. Für Einzelobjekte stehen wir ebenso mit Finanzierungsmitteln zur Verfügung wie für großvolumige und komplexe Portfoliotransaktionen. Unsere Neugeschäftsaktivitäten sind auf die wirtschaftlichen Ballungszentren Deutschlands und auf ausgewählte europäische Standorte ausgerichtet.



# Aus dem Unternehmen

27	.....	Strategische Geschäftsfelder
28	.....	Private Kunden
32	.....	Firmenkunden
36	.....	Kapitalmarktgeschäft
39	.....	Immobilienfinanzierung
42	.....	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
43	.....	Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

## Strategische Geschäftsfelder

Das Geschäftsmodell der Landesbank Berlin basiert auf den vier Geschäftsfeldern Privatkundengeschäft, Firmenkundengeschäft, Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung. Mit dieser strategischen Aufstellung ist die LBB eine leistungsstarke Universalbank für Berlin-Brandenburg. In allen Geschäftsfeldern nimmt sie in ihrer Kernregion führende Marktpositionen

ein. In Teilbereichen wie etwa dem Kreditkartengeschäft, bei Publikumsfonds oder bei Handels- und Exportfinanzierungen für Osteuropa zählt sie auch überregional zu den führenden Anbietern. In der deutschen Hauptstadt ist die Landesbank Berlin die Nummer eins unter den Finanzdienstleistern und steht für Kundennähe, Solidität und Innovation.

## Private Kunden

Das Privatkundengeschäft der Landesbank Berlin wird im Wesentlichen von der Berliner Sparkasse betrieben. Gemessen an der Zahl der Kundenverbindungen ist sie die größte Sparkasse in Deutschland und mit großem Abstand die Nummer eins unter den Anbietern umfassender Bankdienstleistungen für private Kunden in Berlin. Jeder zweite Berliner ist Kunde der Landesbank.

Das Geschäftsfeld Private Kunden konnte im Jahr 2007 in einem weiter verschärften Wettbewerbsumfeld an die erfreuliche Neugeschäftsentwicklung der Vorjahre anknüpfen und somit seine Vertriebskraft weiter steigern. Immer mehr Menschen entscheiden sich für die Berliner Sparkasse als ihre Hauptbankverbindung: So nahm 2007 die Zahl der Kunden mit Privatgirokonto um 6.500 zu. Durch den Erwerb der Mehrheit an der netbank AG konnte zudem der immer wichtigere Vertriebsweg Internet gestärkt werden.

Höhere Aufwendungen für Marktinvestitionen führten im Geschäftsfeld zwar kurzfristig zu einem Ergebnismrückgang. Sie schaffen aber die Voraussetzungen für die langfristige Fortsetzung und Verstärkung der guten Geschäftsentwicklung.

### PRIVATE KUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2007 <sup>1)</sup>	31.12.2006
Tages- und Termingelder	0	1
Kontokorrentkredite	298	307
Geldmarktnahe Kredite	400	263
Immobilienkredite	1.554	1.901
Andere Kredite (z.B. Konsumentenkredite)	997	987
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>3.249</b>	<b>3.459</b>

### PRIVATE KUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2007 <sup>1)</sup>	31.12.2006
Sichteinlagen	3.441	2.989
Tagesgelder	17	17
Termineinlagen / Sparbriefe	572	273
Spareinlagen	6.718	6.488
Cash direkt	735	670
<b>Summe Kundeneinlagen</b>	<b>11.483</b>	<b>10.437</b>

<sup>1)</sup> einschließlich der im Jahr 2007 erworbenen netbank AG



### Berliner Konjunktur weiterhin verhalten

Das Bruttoinlandsprodukt Berlins zeigte 2007 mit einem Zuwachs von 2,0 % eine leichte Aufwärtsentwicklung. Damit ist die Berliner Wirtschaftsleistung zum dritten Mal in Folge wieder spürbar gestiegen, liegt aber im Vergleich der Bundesländer noch im hinteren Drittel.

Die wirtschaftliche Situation der privaten Kunden verbesserte sich insgesamt nur wenig: Die verfügbaren Einkommen lagen in Berlin unverändert unter dem Bundesdurchschnitt, dies gilt auch für die Sparquote. Die Zahl der Privatinsolvenzen blieb mit 6.023 auf einem hohen Niveau.

### Bestand an Ratenkrediten weiter gewachsen

Die Landesbank Berlin hat auch 2007 das Geschäft mit Ratenkrediten/Allzweckdarlehen ausgebaut. Der Bestand alleine dieser Kreditart lag per Jahresende mit 543,2 Mio. € um 10 % über dem Niveau am gleichen Stichtag des Vorjahres. Das Neugeschäft bei Ratenkrediten/Allzweckdarlehen erreichte dabei 363,4 Mio. € (2006: 364,7 Mio. €). Einer der Vertriebschwerpunkte ist weiterhin der im Jahr 2005 eingeführte Autokredit, der einen Anteil von 12 % am gesamten Neugeschäft erreichte.

In der privaten Baufinanzierung setzte die Landesbank Berlin ihren Wachstumskurs fort und sicherte somit ihre führende Position im Berliner Markt: Das valutierte Neugeschäft stieg 2007 um 26 % auf 166,1 Mio. €.

Das Kreditvolumen des Geschäftsfelds erreichte insgesamt 3,185 Mrd. € per 31. Dezember 2007 und lag damit um 8 % unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist wesentlich auf den Verkauf von Kreditportfolios und auf das Auslaufen von Geschäften zurückzuführen, die nicht zur strategischen Ausrichtung des Geschäftsfelds passen.

### Positive Resonanz auf Zertifikate-Angebot

Trotz eines starken Wettbewerbsdrucks gelang es 2007, die Einlagenvolumina der Landesbank Berlin insgesamt um 5 % auf 10,94 Mrd. € auszuweiten. Das Depotvolumen (inklusive LBB-Invest-Konten und DekaBank-Depots) ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (-2 %).

Besonders erfolgreich entwickelte sich erneut das Zertifikate-Geschäft, das eine Steigerung des Bruttoabsatzes um 6 % auf 351 Mio. € erreichte. Die Landesbank Berlin hat sich in dem stark wachsenden Zertifikatemarkt in den vergangenen Jahren eine Position als innovatives Produkthaus erarbeitet, dessen Angebote auf eine gute Resonanz bei den Kunden stoßen. Im Jahr 2007 wurde die erfolgreiche FlexInvest-Familie um neue Produktvarianten erweitert, bei denen die Marktentwicklungen für risiko- und renditeorientierte Strategien genutzt wurden.

## Private Kunden

### **Versicherungs- und Bauspargeschäft im Aufwind**

Das Versicherungsgeschäft der Landesbank Berlin zeigte auch 2007 ein erfreuliches Wachstum. Die nettopolicierte Beitragssumme (Lebens- und Rentenversicherungen inklusive fondsgebundener Verträge und Direktversicherungen öffentlicher Dienst) erhöhte sich um 12 % auf 245,8 Mio. €.

Das Bauspargeschäft erreichte einen Zuwachs der Bausparsumme um 8 % auf 295,8 Mio. €.

### **324.000 neue Kreditkarten ausgegeben**

Die Landesbank Berlin ist weiterhin die größte Emittentin von Kreditkarten in Deutschland. Diese Spitzenstellung ist nicht zuletzt auf die Vielzahl von erfolgreichen Markenkooperationsprogrammen zurückzuführen, bei denen die Bank mit zahlreichen bekannten Unternehmen aus Handel und Dienstleistungsgewerbe zusammenarbeitet (Co-Brandings). Dadurch kommen die Kunden in den Genuss von Produktneuheiten mit klaren Zusatznutzen wie Rabatte

oder Serviceleistungen. So bestehen zum Beispiel Partnerschaften mit dem ADAC, dem Online-Händler Amazon, der Fluggesellschaft Air Berlin und mit Microsoft Xbox.

Auch 2007 entwickelte sich das Kreditkartengeschäft erfolgreich. Die Zahl der ausgegebenen Kreditkarten stieg auf mehr als 1,8 Mio. Karten nach 1,5 Mio. Karten zum Ende des Vorjahres. Auf eine besonders positive Resonanz stieß dabei das Co-Branding mit dem Online-Händler Amazon, das in den ersten sieben Monaten seit dem Start im November 2006 bereits einen Bestand von über 100.000 Karten erreichte und damit die Erwartungen deutlich übertraf.

### **Internetbanking durch netbank AG ausgebaut**

Am 11. Juli 2007 übernahm die Landesbank Berlin AG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2007 eine strategische Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG mit Sitz in Hamburg. Die netbank ist eine reine Internetbank, die ein breites Spektrum an Bank- und Wertpapierdienstleistungen sowie banknahe Produkte wie beispielsweise Versicherungen offeriert. Sie betreute Ende 2007 rund 87.000 Kunden. Durch die Akquisition baut die LBB ihre Präsenz im wichtigen Vertriebskanal Internet aus und intensiviert zudem das Geschäft mit Kreditkartenkunden.

### Kundennahes Vertriebsnetz

Voraussetzung für einen intensiven Kontakt zu den Kunden ist ein leistungsfähiges und enges Vertriebs- und Servicenetz. Der stationäre Vertrieb der Berliner Sparkasse verfügte im Jahr 2007 über 148 PrivatkundenCenter, 27 VermögensanlageCenter, drei ImmobilienCenter sowie ein Center für Private Banking. Damit kann die Berliner Sparkasse eine flächendeckende Versorgung mit hochqualifizierten Beratungsleistungen überall in der Hauptstadt gewährleisten. Hinzu kommen 21 Selbstbedienungsstandorte, an denen die

Kunden unabhängig von den Öffnungszeiten der Filialen Bankgeschäfte vornehmen können, welche durch weitere 75 Geldautomaten ergänzt werden.

Dieses Qualitätsversprechen gilt auch für das Online Banking: Der Internetauftritt der Sparkasse wurde im Jahr 2007 grundlegend überarbeitet, mit zusätzlichen Funktionen ausgestattet und in seiner Übersichtlichkeit verbessert.

### PERSPEKTIVEN 2008

Ungeachtet des bereits hohen Marktanteils im Berliner Markt von rund 40 % beim ersten Girokonto steht die weitere Stärkung der Marktposition durch die Gewinnung neuer Kunden und die Vertiefung der Geschäftsbeziehungen zu bestehenden Kunden ganz oben auf der Agenda. Dabei werden sich die Landesbank Berlin bzw. die Berliner Sparkasse weiterhin nicht am aggressiven Preis- und Konditionenwettbewerb in diesem Marktsegment beteiligen. Stattdessen wird der Weg fortgesetzt, die Kunden durch attraktive Produkte, persönliche Beratung und guten Service zu überzeugen, angemessene und faire Preise für Produkte und Dienstleistungen zu zahlen.

Im Vordergrund der Vertriebsaktivitäten werden unverändert Konsumentenkredite und das Wertpapiergeschäft stehen. Durch verstärkte Kombinierung von Angeboten (Cross-Selling) soll zudem die Vertriebseffizienz erhöht werden. Das Girokonto-Angebot wird 2008 weiter verbessert, um den Kundenbedürfnissen noch besser zu entsprechen und das Wachstum der Hauptbankverbindungen fortzusetzen.

## Firmenkunden

Mit knapp 62.500 Gewerbekunden und mittelständischen Firmenkunden zählt die Landesbank Berlin zu den führenden Marktteilnehmern im Firmenkundengeschäft in der Kernregion Berlin-Brandenburg. Ein breites Leistungsspektrum, von Basisleistungen bis zu individuellen, beratungsintensiven Anlage- und Finanzierungskonzepten, eine hohe Betreuungsqualität sowie umfassende Kenntnisse des regionalen Markts zeichnen das Firmenkundengeschäft der Bank aus.

Das Geschäftsfeld konnte im Jahr 2007 in einem weiterhin verhaltenen wirtschaftlichen Umfeld seine starke Marktposition festigen. Insgesamt wurden im Kerngeschäft knapp 700 Kunden gewonnen. Die Produkt- und Leistungspalette des Firmenkundengeschäfts wurde unter Berücksichtigung der Bedarfslagen in den einzelnen Kundensegmenten weiter optimiert, insbesondere unter Qualitätsgesichtspunkten. Kompetenz und eine hohe Beratungsqualität bei Existenzgründungen haben eine marktführende Stellung im Gründungsgeschäft Berlins erneut bestätigt.

### FIRMENKUNDEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Tages- und Termingelder	926	565
Kontokorrentkredite	183	196
Geldmarktnahe Kredite	0	20
Immobilienkredite	957	990
Andere Kredite	3.767	4.056
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>5.833</b>	<b>5.827</b>

### FIRMENKUNDEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Sichteinlagen	1.287	1.431
Tagesgelder	588	531
Termineinlagen / Sparbriefe	1.081	459
Spareinlagen	260	417
Cash direkt	299	321
<b>Summe Kundeneinlagen</b>	<b>3.515</b>	<b>3.159</b>

Vor dem Hintergrund der über längere Zeit gedämpften Kreditnachfrage von Unternehmen in der Kernregion, marktbedingter Einlagenumschichtungen sowie des intensiven Konditionenwettbewerbs war der Zinsüberschuss rückläufig. Dem standen ein Ausbau des Provisionsergebnisses und eine erneut sehr günstige Entwicklung der Risikokosten gegenüber. Insgesamt verzeichnete das Geschäftsfeld 2007 eine deutliche Ergebnissteigerung.

### **Anspruchsvolles Marktumfeld**

Trotz des konjunkturellen Aufschwungs und Anzeichen für ein verbessertes Geschäftsklima zeigten die in der Region ansässigen Unternehmen im Jahr 2007 weiterhin eine zurückhaltende Investitionsneigung und eine verhaltene Kreditnachfrage, die erst im vierten Quartal wieder anzog. Zugleich nahm der Wettbewerb der Finanzdienstleister an Intensität zu: Die Wettbewerber haben ihre Aktivitäten in Berlin in allen Bereichen des Firmenkundengeschäfts für Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen ausgeweitet. In diesem schwierigen Marktumfeld hat die Landesbank Berlin erneut ein Nettowachstum der Kundenzahlen verzeichnen können.

Die Wirtschaftskraft und die Produktivitätsentwicklung in der Region Berlin-Brandenburg blieben auch 2007 im Bundesvergleich unterdurchschnittlich.

Allerdings gelingt es Berlin zunehmend, die Hauptstadtregion als wettbewerbsfähigen, attraktiven Dienstleistungsstandort mit einer hervorragenden Wissenschaftslandschaft und hoher Forschungsintensität zu positionieren. Dabei gewinnen vor allem technologieorientierte Wachstumsbranchen, wie etwa Gesundheit, Medien, Verkehr, Energie und Umwelt, an Bedeutung. Auf diese Entwicklung stellt sich auch die Landesbank Berlin durch den Aufbau bzw. Ausbau entsprechender Branchenkompetenz ein.

### **Marktkonform verhaltenes Aktivgeschäft**

Die bis zum Ende des dritten Quartals 2007 zurückhaltende Kreditnachfrage sowie ein hoher Selbstfinanzierungsgrad der Unternehmen schlugen sich bei der Landesbank Berlin in einem Rückgang des Kreditneugeschäfts bei Darlehen nieder. Dabei hielt die Landesbank auch 2007 an dem Grundsatz fest, einer strengen Risikopolitik den Vorrang vor Volumenzwachstum zu geben. Gleichzeitig war eine verstärkte Nachfrage nach kurzfristigen Finanzierungen zu verzeichnen.

### **Einlagenwachstum entspricht dem Branchentrend**

Das Einlagengeschäft des Geschäftsfelds zeigte 2007 mit einem Volumenwachstum von 11 % auf 3,5 Mrd. € erneut eine erfreuliche Entwicklung. Damit entsprach die Landesbank Berlin beim Einlagenwachstum der inländischen Unternehmen der allgemeinen Branchenentwicklung am Bankplatz Berlin-Brandenburg. Das Wachstum der Kundeneinlagen bei der LBB dokumentiert das Vertrauen der Firmenkunden zu ihrer Bank, die Qualität des ganzheitlichen Betreuungskonzepts sowie die Wertehaltigkeit der Geschäftsverbindung.

## Firmenkunden

### Angebotspalette ausgeweitet

Um eine umfassende und bedarfsgerechte Betreuung von Gewerbetreibenden und mittelständischen Unternehmen zu gewährleisten, hat die Landesbank Berlin ihr Produkt- und Leistungsspektrum permanent an neue Marktanforderungen und Kundenwünsche angepasst und die Angebotspalette erweitert. Dazu gehört die klarere Differenzierung der Leistungen je nach Zielgruppe und Nachfrage, wie zum Beispiel im Zahlungsverkehr, bei Finanzierungslösungen, bei der Beratung zu unternehmerischen Konzepten und bei innovativen Kapitalmarktprodukten. Die enge Verzahnung mit Produktexperten in anderen Geschäftsfeldern der Landesbank Berlin, wie zum Beispiel im Vermögensanlage- und Derivategeschäft, rundet den Marktauftritt ab. Der Absatz von Derivaten hat sich im Firmenkundensegment 2007 positiv entwickelt.

Daneben wurden Angebote von Tochtergesellschaften, wie der LBB-Invest, oder strukturierte Leistungen von Kooperationspartnern beim Leasing und im Versicherungsgeschäft intensiv genutzt. Auch diese Aktivitäten unterstreichen den ganzheitlichen Betreuungsansatz im Firmenkundensegment.

Ferner wurde das Angebot an Girokonten differenzierter ausgestaltet, um Preise und Leistungen besser an die Nachfrageprofile und das jeweilige Nutzungsverhalten der Kundengruppen anzupassen.

Die permanenten Prozessoptimierungen zeigten weitere Wirkungen durch Reduzierungen auf der Kostenseite. Zugleich konnte die Landesbank Berlin mit der Kampagne zur Entscheidung über eine Kreditvergabe für Firmenkunden innerhalb von 48 Stunden, sofern die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind, ihre hohe Servicequalität in den Mittelpunkt stellen.

### Betreuungs- und Vertriebskonzept mit hohen Maßstäben

Die Landesbank Berlin hat mit ihrem innovativen Steuerungs-, Betreuungs- und Vertriebskonzept in den letzten Jahren einen vollständig modernisierten Vertriebswegemix geschaffen. Die klare Zuordnung der Kunden zu den Vertriebskanälen BusinessLine, FirmenkundenCenter und Direktionen Firmenkunden findet bei den Kunden eine positive Resonanz. Während die Gewerbekunden in der BusinessLine bzw. in den FirmenkundenCentern betreut werden, haben die vier Direktionen die Kundenverantwortung für mittelständische Unternehmen. Die 2005 eingeführte BusinessLine der Berliner Sparkasse als ein innovativer telefonischer Direktbankvertriebsweg für Gewerbekunden mit qualifizierter Beratung und verlängerten Servicezeiten hat eine breite Marktakzeptanz erlangt.

Nachdem der TÜV Rheinland bereits 2006 die Service- und Beratungsqualität der BusinessLine geprüft und zertifiziert hatte, wurde dieses Qualitätssiegel 2007 erneut bestätigt. Darüber hinaus hat der TÜV Rheinland im Jahr 2007 auch den Vertriebsweg FirmenkundenCenter für seine gute Service- und Beratungsqualität zertifiziert. Die Zertifizierung

kompletter Vertriebskanäle im Firmenkundengeschäft zeigt die Bereitschaft der LBB, sich durch eine bundesweite, unabhängige Prüfinstanz an hohen Qualitäts- und Leistungsmaßstäben messen zu lassen.

#### **PERSPEKTIVEN 2008**

Die Landesbank Berlin wird auch im Geschäftsjahr 2008 ihre spezifischen Stärken im Wettbewerb einsetzen und ihre Chancen konsequent nutzen. Die starke Präsenz in der Kernregion Berlin-Brandenburg und der enge Dialog mit den Firmenkunden sind dabei besondere Stärken der Bank. Im Vordergrund steht eine weitere Verbesserung der Marktdurchdringung durch Akquisition von Neukunden sowie im Bestandsgeschäft. Der Ausbau des Aktiv- und des provisionstragenden Dienstleistungsgeschäfts wird auch durch die stetige Optimierung der Produktpalette beziehungsweise die Anpassung des Leistungsangebots an die Kundenwünsche flankiert werden. Dem durch „Basel II“ erhöhten Informationsbedarf der Firmen begegnet die LBB durch eine intensive Kommunikation der Ratingergebnisse. An den Grundsätzen einer streng ertrags- und risikoorientierten Geschäftspolitik wird auch 2008 festgehalten.

## Kapitalmarktgeschäft

**Im Kapitalmarktgeschäft bietet die Landesbank Berlin innovative Kapitalmarktprodukte für Finanzinstitute, institutionelle Anleger und private Kunden. Über eine im Markt anerkannte Expertise verfügt sie insbesondere bei strukturierten Produkten und Fonds sowie Finanzierungen im mittel- und osteuropäischen Raum.**

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft hat 2007 konsequent die Strategie fortgesetzt, das kundenbasierte Geschäft, das einer geringeren Volatilität unterliegt als der Eigenhandel, auszubauen. Das umfangreiche Spektrum von Produkten und Dienstleistungen, das von Treasury-Produkten, über Spezial- und Publikumsfonds bis zu komplexen, strukturierten Finanzinstrumenten reicht, traf erneut auf eine positive Resonanz im Markt.

Die Geschäftsentwicklung wurde jedoch durch die allgemeinen Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten massiv beeinträchtigt, die Folge der Krise von wohnwirtschaftlichen Immobilienfinanzierungen minderer Qualität (Subprime) in den USA waren.

### KAPITALMARKTGESCHÄFT – KREDITE

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Forderungen an Kreditinstitute	18.156	20.106
Summe Forderungen an Kunden	2.198	1.809
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	12.817	11.912
Finanzanlagen	35.666	32.299

### KAPITALMARKTGESCHÄFT – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38.662	33.529
Summe Kundeneinlagen	3.540	3.555
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.742	6.672
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	9.972	9.668



Bedingt durch Auflösungen von Wertberichtigungen entwickelte sich der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge positiv. Durch Verluste aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten lag das Ergebnis des Geschäftsfelds um 93 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

### **Jahr im Zeichen der Subprime-Krise**

Entsprechend ihrer strengen Risikopolitik hat sich die Landesbank Berlin nicht direkt in dem Segment von Subprime-Finanzierungen engagiert. Deshalb ergaben sich 2007 auch keine unmittelbaren Belastungen aus diesem Marktsegment.

Die durch die Subprime-Krise ausgelösten Vertrauensverluste bei bestimmten Wertpapierkategorien, die zu signifikanten Störungen an den internationalen Finanzmärkten führten, blieben dennoch nicht ohne Folgen für die Handels- und Investmentstrategien der Bank. Nach massiver Ausweitung der Credit Spreads und Liquiditätseinschränkungen kam es zu erheblichen Volatilitäten in den Aktien- und Zinsmärkten; zeitweilig fand keine funktionierende Preisbildung mehr statt.

Dies führte zu Verlusten in den Eigenhandelsaktivitäten, trotz des in den letzten Jahren entwickelten breiten Spektrums an Strategien. Auch die hochwertigen Assets in unseren Investmentstrategien hatten deutliche Bewertungsverluste hinzunehmen, die teilweise unmittelbar ergebnisrelevant sind. Aufgrund der Qualität der Assets erwarten wir hier aber unverändert keine Ausfälle.

### **LBB-Invest weiter auf Wachstumskurs**

Die LBB-Invest ist in den vergangenen Jahren mit ihren Spezial- und Publikumsfonds in die Spitzengruppe der deutschen Kapitalanlagegesellschaften aufgestiegen. Grundsatz der einzigen Fondsgesellschaft mit Sitz in Berlin ist es, eine überschaubare Palette an hochwertigen, spezialisierten Fondsprodukten anzubieten und gleichzeitig flexibel auf die sich wandelnden Märkte und Kundenbedürfnisse einzugehen.

Im Jahr 2007 erreichte der Nettomittelzufluss 1,6 Mrd. € und lag damit um rund 400 Mio. € über dem Vorjahreswert. Nach der Statistik des Bundesverbands Investment und Asset Management (BVI) lag die LBB-Invest damit unter allen Kapitalanlagegesellschaften mit Absatz in Deutschland auf Platz 8. Das gesamte Fondsvolumen vergrößerte sich von 11,3 Mrd. € per Ende 2006 auf 12,8 Mrd. € per Ende 2007.

### **Strukturierte Produkte stark nachgefragt**

Im Jahr 2007 betrug der Bruttoabsatz in Zertifikaten und strukturierten Produkten 1,9 Mrd. € und lag damit 430 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Das Leistungsspektrum des Geschäftsfelds beinhaltet vor allem individuelle Produkte und Produktlösungen. Die Landesbank Berlin versteht sich dabei als Pionier und hat in den vergangenen Jahren einige wichtige Produktinnovationen für diesen jungen Markt geliefert, die teilweise auch prämiert wurden. So wurde unter anderem das Vietnam Opportunity Zertifikat der LBB mit dem Publikumspreis beim angesehenen Zertifikate Award 2007 ausgezeichnet.

# Kapitalmarktgeschäft

## Bewährte Drei-Säulen-Struktur

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft umfasst die Tätigkeitsbereiche Treasury & Trading, Client Business und Internationales Geschäft.

Treasury & Trading bündelt die Handels- und Anlageaktivitäten aus Treasury und Eigenhandel. Es hat damit eine zentrale Funktion für die Liquiditätssicherung und Refinanzierung des Gesamtkonzerns.

Client Business fasst alle Kundenaktivitäten produktübergreifend zusammen. Im Jahr 2007 wurde die Organisation durch die Trennung von Vertrieb und Produktion in jeweils eigene Bereiche weiterentwickelt. Die Arbeitsteilung ermöglicht, dass sich der Vertrieb vollständig auf die Erfassung und Abstimmung der Kundenwünsche konzentrieren kann, was die Vertriebseffizienz erhöht.

Das Internationale Geschäft stellt Firmenkunden und Finanzinstituten maßgeschneiderte Finanzierungsinstrumente für die Märkte Zentral- und Südosteuropas sowie für die Länder der GUS einschließlich Zentralasien bereit.

Im Jahr 2007 wurde das Geschäftsvolumen deutlich ausgeweitet, insbesondere bei der Exportfinanzierung. Das zuletzt stark rückläufige Commodity Trade Finance Geschäft wurde dagegen eingestellt.

## PERSPEKTIVEN 2008

Oberstes Ziel bleibt, den Ertragsanteil des Kundengeschäfts weiter zu erhöhen, sich dadurch unabhängiger von den Entwicklungen der Kapital- und Finanzmärkte zu machen und damit die Ergebnisvolatilität des Geschäftsfelds zu reduzieren. Die LBB-Invest soll ihre Marktstellung durch den Ausbau der Produktpalette und durch Vertriebsvereinbarungen mit externen Partnern weiter ausbauen. Ungeachtet der internen Optimierungen wird die Geschäftsentwicklung 2008 jedoch in erheblichem Umfang davon abhängen, inwieweit es zu einer Beruhigung an den internationalen Finanzmärkten kommt.

## Immobilienfinanzierung

Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung bündelt die Landesbank Berlin die Kompetenzen für individuelle Finanzierungslösungen für gewerbliche Immobilienprojekte. Mit den beiden Marken Landesbank Berlin und Berlin Hyp werden institutionelle Investoren, Wohnungsbaugesellschaften und Developer im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten betreut. Der Konzern LBB zählt in Deutschland zu den größten Anbietern im Markt für gewerbliche Immobilienfinanzierungen.

Das Geschäftsfeld knüpfte 2007 an die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre an. Das kontrahierte Neugeschäftsvolumen lag mit 10,2 Mrd. € deutlich über dem Vorjahresniveau (+ 44 %) und übertraf die Erwartungen. Dazu trugen auch die Ende 2006 gestarteten Auslandsaktivitäten bei. Die schwierige Situation an den Finanzmärkten hat darüber hinaus im zweiten Halbjahr zusätzliche Neugeschäftschancen eröffnet, da die Finanzierungsnachfrage das Angebot übertraf. Der Margendruck reduzierte sich ebenfalls. Auch die Auflösung in der Risikovorsorge und ein erhöhter Provisionsüberschuss trugen dazu bei, dass das operative Ergebnis des Geschäftsfelds von 147 Mio. € im Vorjahr auf 255 Mio. € signifikant gesteigert wurde.

### IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – KREDITE

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Immobilienkredite	24.399	24.955
Andere Kredite (Kommunalkredite)	8.635	10.234
<b>Summe Forderungen an Kunden</b>	<b>33.034</b>	<b>35.189</b>

### IMMOBILIENFINANZIERUNGEN – EINLAGEN

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Sichteinlagen	406	396
Tagesgelder	140	110
Termineinlagen/Sparbriefe	6.910	5.883
Spareinlagen		12
Cash direkt	4	1
<b>Summe Kundeneinlagen</b>	<b>7.460</b>	<b>6.402</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>21.010</b>	<b>21.117</b>

# Immobilienfinanzierung

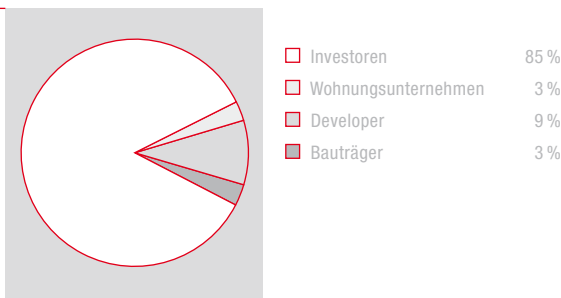
## Neugeschäft über Vorjahr und über Erwartungen

Das Geschäftsfeld erreichte 2007 ein kontrahiertes Neugeschäft von 10,2 Mrd. € nach 7,1 Mrd. € im Vorjahr. Im Inland konzentrierte sich die LBB unverändert auf wirtschaftliche Ballungszentren als Zielmärkte. Trotz des starken Neugeschäfts blieb

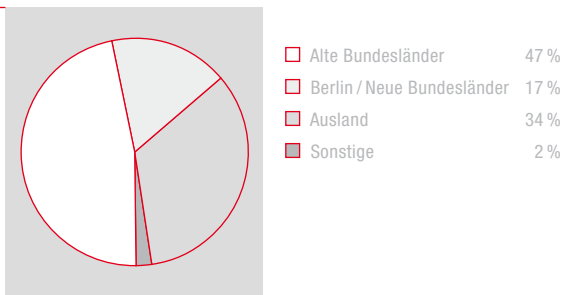
der Bestand des Geschäftsfelds an Immobilienkrediten per 31. Dezember 2007 mit 24,4 Mrd. € (31. Dezember 2006: 25,0 Mrd. €) nahezu konstant, da der Bestand an Risikokrediten deutlich stärker als geplant abgebaut werden konnte. Die Qualität des Bestands konnte dadurch stark verbessert werden.

In der Struktur des Neugeschäfts nach Kundensegmenten hat sich die Schwerpunktsetzung auf Investoren weiter verstärkt. Auch durch die neuen Standorte konnte 2007 ein Drittel des Neugeschäftsvolumens im Ausland kontrahiert werden. Dafür reduzierte sich der Umfang der Geschäfte in Berlin und im Umland leicht. Die Neugeschäftsverteilung nach Objektarten hat sich 2007 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Einzelheiten dazu sind den nebenstehenden Grafiken zu entnehmen.

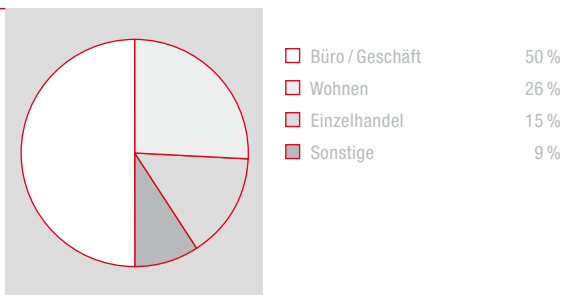
Neugeschäft 2007 nach Kundensegmenten



Neugeschäft 2007 nach Beleihungsgebieten



Neugeschäft 2007 nach Objektarten



## Positive Margenentwicklung

Das Geschäft im ersten Halbjahr 2007 war vor allem von einem anhaltend großen Interesse ausländischer Investoren am deutschen Immobilienmarkt geprägt. Die Landesbank Berlin und die Berlin Hyp konnten dabei die sich bietenden Geschäftschancen nutzen und die Kundenbasis weiter ausbauen. Als Erfolgsfaktor im Wettbewerb wirkte sich dabei erneut die konsequent auf die Kundenanforderungen ausgerichtete Prozess- und Ablauforganisation aus, die schnelle Entscheidungswege ermöglicht.

In der zweiten Jahreshälfte eröffneten sich für das Geschäftsfeld infolge der Krise an den Finanzmärkten zusätzliche Neugeschäftsmöglichkeiten. Die LBB konnte im Gegensatz zu vielen Wettbewerbern ihre Finanzierungsangebote jederzeit aufrechterhalten und somit Angebotslücken im Markt schließen. Diese Entwicklung, aber auch der wachsende Anteil von Projektentwicklungsgeschäften und die Zunahme von Beleihungen im Ausland führten zu einem Anstieg der durchschnittlichen Marge im Neugeschäft.

### Risikostruktur weiter verbessert

Die LBB hat auch 2007 konsequent an dem Grundsatz festgehalten, auf Geschäfte, die nicht den internen Rentabilitäts- und Risikokriterien entsprechen, zu verzichten. Insgesamt haben die Verwerfungen an den Finanzierungsmärkten das Verständnis der Marktteilnehmer für eine adäquate Bepreisung von Risiken verstärkt – eine Entwicklung, die der Grundeinstellung der LBB entspricht.

Das Volumen an risikobehafteten Finanzierungen (Work-Out-Portfolio) wurde 2007 aufgrund erfolgreicher Sanierungs- oder Abwicklungstätigkeiten durch den Verkauf kleinerer Pakete deutlich reduziert. Die insgesamt verbesserte Risikostruktur erlaubte die Auflösung von Risikovorsorgepositionen, was zu einem positiven Risikovorsorgesaldo führte.

### Erfolgreicher Start im Ausland

Die LBB hat im Jahr 2007 erfolgreich den Sprung ins benachbarte Ausland vollzogen. Nachdem bereits Ende 2006 ein Vertriebsteam in London seine Tätigkeit aufgenommen hatte, folgte im Berichtsjahr die Eröffnung von weiteren Büros in Prag und Warschau. Ferner wurde eine Vertriebskooperation in den Niederlanden eingegangen, die den gesamten Benelux-Markt abdeckt.

Die Auslandsaktivitäten, bei denen die gleichen Kundengruppen wie in Deutschland adressiert werden, dienen der Sicherung des künftigen Volumen- und Ertragswachstums, aber auch der regionalen Diversifizierung und damit der Risikostreuung. Im Jahr 2007 hat der Anteil des im Ausland generierten Geschäfts deutlich zugenommen.

### PERSPEKTIVEN 2008

Die Landesbank Berlin wird in der Immobilienfinanzierung ihren erfolgreichen strategischen Weg fortsetzen. Das Rückgrat bildet unverändert ein leistungsfähiger und kundennaher Vertrieb in den inländischen Ballungsräumen, der je nach regionalen Marktpotenzialen gezielt verstärkt wird. Die Expansion im europäischen Ausland wird weiter vorangetrieben, um in den einzelnen Ländern sukzessive relevante Marktpositionen aufzubauen. Darüber hinaus wird die Ausweitung des Auslandsgeschäfts in neue Märkte geprüft. Eine wichtige Aufgabe ist zudem die kontinuierliche Anpassung der Produkt- und Servicepalette des Geschäftsbereichs an die sich wandelnden Kundenbedürfnisse als Folge struktureller Veränderungen in der gewerblichen Immobilienfinanzierung.

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Nach dem Ende der Sanierungs- und Restrukturierungsphase haben wir die Maßnahmen Mitarbeiterqualifizierung und Nachwuchsförderung sowie Beschäftigungsfähigkeit konsequent weiterentwickelt.

Besonderen Wert legen wir auf die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die ständige Erweiterung und Vertiefung von Fachwissen gewährleistet ein Agieren auf fachlich hohem Niveau. Führungskräfte werden durch spezielle Trainings in ihrer anspruchsvollen Aufgabe unterstützt, Nachwuchskräfte für Führungspositionen werden in einem einjährigen Programm auf die Übernahme ihrer Führungsaufgabe umfassend vorbereitet. Zusätzlich können Spezialisten ihre Persönlichkeits- und Methodenkompetenz kontinuierlich weiterentwickeln.

Gleichzeitig haben wir auch 2007 die Einstellungszahlen für die Ausbildung von Bankkaufleuten und für das duale Studium an den Berufsakademien weiter erhöht. Zusätzlich wurden verstärkt Hochschulabsolventen eingestellt. Erfolgreiche Nachwuchskräfte vermehrt zu übernehmen, sichert auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine gute, in die Zukunft gerichtete, ausgewogene und stabile Mitarbeiterstruktur.

Zudem haben wir mit den Arbeitnehmervertretungen des Konzerns eine Vereinbarung zur Beschäftigungsfähigkeit geschlossen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird die Gelegenheit gegeben, sich auf verändernde Anforderungen des Berufslebens umfassend vorzubereiten. Im Mittelpunkt steht die kontinuierliche Förderung von Mitarbeitern sowie die Eröffnung und Gestaltung neuer beruflicher Perspektiven, um in einem Umfeld schnellen Wandels und zunehmender Konkurrenz dauerhaft erfolgreich im Markt zu sein.

Wie schon im Vorjahr hat uns auch das Geschäftsergebnis 2007 ermöglicht, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Jahresprämie zu gewähren, die 50 % eines Monatsgehalts im Tarifbereich beziehungsweise 20 % eines Monatsgehalts im außertariflichen Bereich ausmacht.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Vertretern sehr für die engagierte Umsetzung der operativen Ziele 2007. Ohne ihren außerordentlichen Einsatz wäre das nicht möglich gewesen.

## Aktie der Landesbank Berlin Holding AG

Nach Abschluss des Bieterverfahrens für den vom Land Berlin gehaltenen Anteil an der Landesbank Berlin Holding AG ging der Aktienkurs deutlich zurück. Im April 2008 notiert die Aktie knapp unter 6 €.

Unser neuer Haupteigentümer sprach gegenüber den verbleibenden Aktionären ein so genanntes befreiendes Übernahmeangebot aus, das einen Kaufpreis der LBBH-Aktie von 6,81 € beinhaltet. Vorstand und Aufsichtsrat der LBB Holding gaben dazu eine Stellungnahme ab, in der sie erklärten, das Angebot zu unterstützen, und den Aktionären eine Annahme empfahlen.

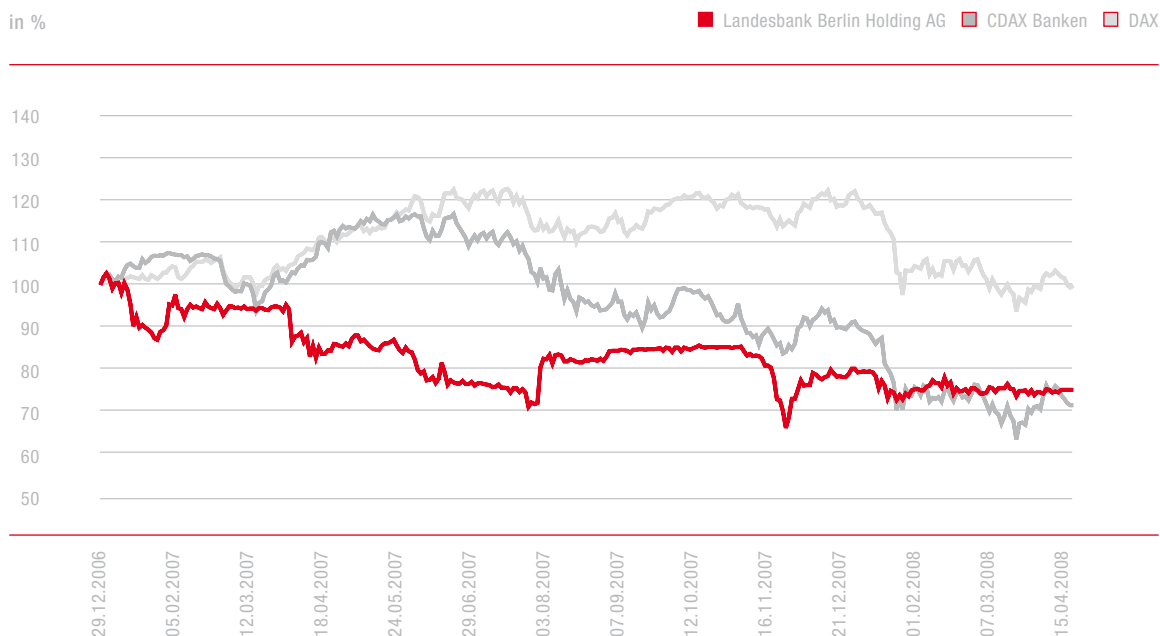
Bis zum Ablauf der erweiterten Frist zur Annahme des Übernahmeangebots am 1. November 2007 ist die Mehrheit der freien Aktionäre der LBB Holding dieser Empfehlung gefolgt, so dass sich der Streubesitz nur noch auf 1,4 % beläuft.

Für die Treue unserer teils langjährigen Aktionäre, die das Angebot angenommen haben, und derjenigen, die weiterhin unsere Aktie halten, möchten wir uns auch an dieser Stelle herzlich bedanken.

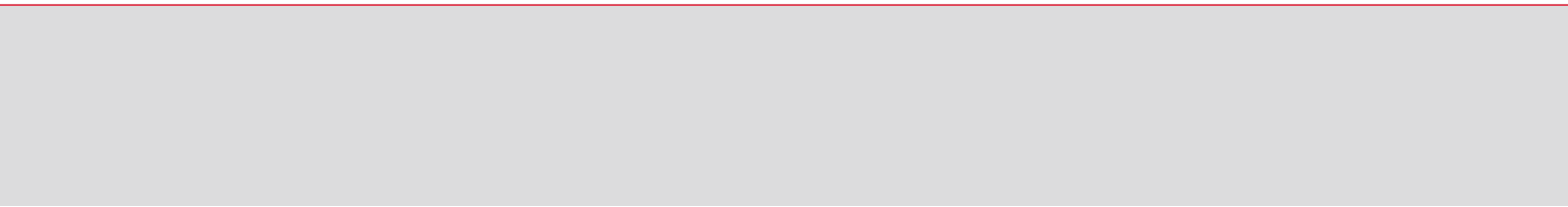
Wir gehen davon aus, dass nicht nur die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2007, sondern auch die der folgenden Jahre eine nachhaltige Dividendenfähigkeit unseres Unternehmens begründen.

### KURSENTWICKLUNG IM VERGLEICH ZU DAX UND CDAX BANKEN

Schlusskurs 29.12.2006 = 100 %



Die Aktie der Landesbank Berlin Holding AG ist an den Börsen Berlin-Bremen, Frankfurt und Düsseldorf im amtlichen Handel (General Standard) notiert.







# Konzernlagebericht

Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick .....	46
Unternehmensdarstellung .....	46
Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB .....	55
Allgemeiner Verlauf im Überblick .....	55
<b>Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007 .....</b>	<b>58</b>
Ertragslage .....	59
Segmentergebnisse .....	62
Vermögenslage .....	65
Finanzlage .....	68
Auswirkungen der Konsolidierung .....	68
<b>Ereignisse nach dem 31. Dezember 2007 .....</b>	<b>69</b>
<b>Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG .....</b>	<b>69</b>
<b>Risikobericht .....</b>	<b>70</b>
Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling .....	70
Gesamtrisikosteuerung .....	71
Adressenausfallrisiken .....	74
Liquiditätsrisiken .....	83
Marktpreisrisiken .....	85
Immobilienrisiken .....	89
Operationelle Risiken .....	89
Sonstige Risiken .....	94
<b>Prognosebericht / Ausblick .....</b>	<b>95</b>
Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage .....	95
Geschäftliche Ausrichtung .....	96
Entwicklung der Geschäftssegmente .....	96
Soll / Ist-Vergleich .....	98
Schätzverfahren .....	98
Mittelfristplanung .....	98
Zusammenfassung / Gesamtaussage .....	98

# Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick

## Unternehmensdarstellung

### Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns stellt sich zum 31. Dezember 2007 wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) mit Sitz in Berlin. Mehrheitsaktionär ist seit dem 8. August 2007 die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote – zum 31. Dezember 2007 – von 88,0%.

Die Anteile des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands Körperschaft des öffentlichen Rechts (DSGV ö.K.) übernahm nach Jahresresultimo die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft). Die Holding firmierte bis Mitte 2006 als Bankgesellschaft Berlin AG, deren Vermögen im Wege der Ausgliederung rückwirkend zum 1. Januar 2006 nahezu vollständig auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden war.

- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ging aus der Landesbank Berlin – Girozentrale – hervor, nachdem diese gemäß Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 mit Wirkung zum 1. Januar 2006 aus einer Anstalt öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war.
- Die LBB hält die wichtigen strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der BankenService GmbH (BankenService) und an der Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden, dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Zu den Einheiten der Corporate Center zählen zum Beispiel Informationstechnologie, Controlling, Risikocontrolling, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Konzern Landesbank Berlin			
Private Kunden	Firmenkunden	Kapitalmarktgeschäft	Immobilienfinanzierung
Corporate Center			

Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern ist im Berichtsjahr um 28 gesunken. Die Mitarbeiterkapazität ist nahezu unverändert. Der Frauenanteil im Konzern lag am 31. Dezember 2007 bei

62,1 % der Gesamtbelegschaft. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 3,6 % bzw. um Altersaustritte bereinigt mit 2,4 % erfreulich gering.

## Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick

### Vorstand und Ressortverteilung

Der Vorstand der Holding setzt sich zum 31. Dezember 2007 aus den Herren Hans-Jörg Vetter und Dr. Thomas Veit zusammen.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2007 wie folgt geregelt:

#### Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender)  
Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Unternehmensentwicklung  
Personal  
Revision  
Recht

#### Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Immobilienfinanzierung  
Finanzen  
Organisation  
Informationstechnologie

#### Serge Demolière

Landesbank Berlin AG  
Kapitalmarktgeschäft

#### Dr. Johannes Evers

Landesbank Berlin AG  
Private Kunden

#### Uwe Kruschinski

Landesbank Berlin AG  
(zum 30. Juni 2007  
ausgeschieden)  
bis dahin:  
Kreditgeschäft  
Risikobetreuung

#### Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG  
Firmenkunden

#### Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG  
Risikococontrolling  
Controlling  
Compliance  
Kreditgeschäft  
Risikobetreuung  
BankenService GmbH

### Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding sowie ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichts nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt die Struktur und die Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Konzernlageberichts nach § 315 Abs. 2 Nr. 4 HGB und des Konzernanhangs nach § 314 Abs. 1 Nr. 6 a Satz 5 bis 8 HGB sind.

### Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung von Struktur und Höhe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist bei der Holding wie auch bei der LBB jeweils der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Der BPS-Ausschuss legt die Eckpunkte der Dienstverträge, insbesondere die Gehälter und die anderen Vergütungsbestandteile, für den Vorstand fest. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse der in der

eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlten Einkommen festgesetzt.

Die einzelnen sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Den Vorstand der Holding bilden der Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter und Herr Dr. Thomas Veit. Sie sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB, auf die nahezu das gesamte Geschäft der Holding übertragen worden ist. Unabhängig von ihrer organischen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdienstverträge von Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit sowie die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5.000 € je Vorstandsmitglied bzw. 6.000 € für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahre 2007 132.000 € als Aufwandsersatz an die LBB erstattet.

Im Berichtsjahr ist Herr Uwe Kruschinski zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied des Vorstands der LBB ausgeschieden.

Hinsichtlich ihrer Bezüge sind in den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

#### Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit in Bezug auf die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtremiums sowie die wirtschaftliche Lage, den Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds überprüft. Die letzte entsprechende Überprüfung wurde im März 2007 vorgenommen.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland in Betracht zu ziehen sind sowie ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht dabei nicht.

#### Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Tantieme richtet sich in ihrer Höhe nach den Kriterien für das feste Jahresgehalt sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der Holding und der LBB und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist hierbei die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrags garantiert. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere auf der Grundlage einer individuellen Leistungsbeurteilung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. Ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

## Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick

### Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den durch die private Nutzung entstehenden geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern durch den Arbeitgeber.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden Director & Officers-Versicherungen trägt die Holding.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Martin K. Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

### Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2007 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 7.496 T€ bezogen (im Geschäftsjahr 2006: 6.396 T€). Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.242 T€, die im Geschäftsjahr 2008 zur Auszahlung kommt (Vorjahresvergleichszahl: 2.331 T€). Weiter sind in der Gesamtvergütung die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 2.325 T€ enthalten, die im Jahr 2007 gezahlt wurden (Vorjahresvergleichszahl: 1.030 T€).

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

### Versorgungszusagen:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Hans-Jörg Vetter, Herrn Dr. Thomas Veit und Herrn Serge Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Johannes Evers, Herrn Hans Jürgen Kulartz und Herrn Martin K. Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Serge Demolière, Herrn Dr. Johannes Evers und Herrn Hans-Jörg Vetter oder die LBB gekündigt werden. Herr Dr. Thomas Veit und Herr Hans Jürgen Kulartz können ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Martin K. Müller setzt die Zahlung des Ruhegehalts im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr, wobei für jedes Vorstandsmitglied vertraglich ein Höchstsatz vereinbart ist. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltsfähige Anteil der Festbezüge, der grundsätzlich 100 %, bei Herrn Serge Demolière 69 % beträgt.

Im Einzelnen:

	Erworbener Versorgungs- anspruch per 31.12.2007 in %	Höchstsatz  in %
Herr Demolière	47	60
Herr Dr. Evers	56	75
Herr Kulartz	54	75
Herr Kruschinski <sup>1)</sup>	58	70
Herr Müller	40	70
Herr Dr. Veit	50	60
Herr Vetter	56	60

<sup>1)</sup> zum 30. Juni 2007 ausgeschieden

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit steht entsprechend ihren Dienstverträgen unter der Voraussetzung, dass über die künftige Geschäftspolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vorstandsmitgliedern einerseits und dem Aufsichtsrat oder dem Mehrheitsaktionär andererseits bestehen, die sich nicht beilegen lassen, ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Im Jahr 2007 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands nach IFRS 754 T€ (Vorjahr: 1.981 T€) zurückgestellt. Der Teilwert der für den Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen (IFRS) betrug zum Bilanzstichtag 11.840 T€ (Vorjahr: 14.735 T€).

Durch das Ausscheiden von Herrn Uwe Kruschinski als amtierendes Vorstandsmitglied zum 30. Juni 2007 werden die Pensionsrückstellungen für seine Person nunmehr unter denen für ehemalige Vorstandsmitglieder ausgewiesen.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2007 insgesamt im Volumen von 388 T€ (zum 31. Dezember 2006: 1.186 T€).

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.160 T€ gezahlt (im Geschäftsjahr 2006: 6.456 T€).

Der Teilwert der für diese Personengruppe in 2007 gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen beträgt 90.661 T€ (zum 31. Dezember 2006: 94.397 T€).

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen bzw. Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

## Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick

### Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding jährlich eine feste Vergütung sowie einen an den Erfolg des Unternehmens gekoppelten Vergütungsbestandteil.

Die für den Aufsichtsrat der LBB geltenden Vergütungsregeln sind in § 11 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung; eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

#### ■ Feste Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,- € bzw. bei der LBB AG in Höhe von 10.500,- €.

#### ■ Erfolgsabhängige Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder der Holding erhalten neben der festen Jahresvergütung eine erfolgsabhängige Vergütung von 550,- € je halbes Prozent Dividende, soweit die Dividende 4 % auf das Grundkapital übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

#### ■ Ausschussvergütung:

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrats sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils 15.000,- €, die Stellvertreter jeweils 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Herr Dr. h. c. Axel Berger ist auch Mitglied des Aufsichtsrats der Berlin Hyp, einem Tochterunternehmen der LBB. Für diese Tätigkeit erhält er von der Berlin Hyp eine Vergütung in Höhe von 10.500,- € (für das Geschäftsjahr 2006: 3.911,- €).



Wie oben bezüglich des Vorstands dargestellt, besteht auch zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden D & O-Versicherungen trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres jeweils nach den Hauptversammlungen der Gesellschaften. Dementsprechend wird die Jahresvergütung für 2007 an die Aufsichtsratsmitglieder der Holding bzw. der LBB nach dem jeweiligen Beschluss der Hauptversammlung beider Gesellschaften über die Gewinnverwendung und über die Entlastung des Aufsichtsrats gezahlt werden.

■ Aufsichtsrat Holding:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2007 Gesamtbezüge in Höhe von 374 T€ zu zahlen (Vorjahr: 421 T€); jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ Aufsichtsrat LBB:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2007 Gesamtbezüge in Höhe von 251 T€ zu zahlen (Vorjahr: 225 T€); jeweils ohne Umsatzsteuer.

■ Aufsichtsrat Holding (Konzern):

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB Holding AG und der Aufsichtsräte anderer Konzernunternehmen einschließlich der Ausschüsse sind an die Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB Holding AG für das Geschäftsjahr 2007 Gesamtbezüge in Höhe von 636 T€ zu zahlen (Vorjahr: 647 T€); jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2007 insgesamt im Volumen von 98 T€ (zum 31. Dezember 2006: 120 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt bzw. gewährt.

### Segmente

Das Bankgeschäft des Konzerns wird in den folgenden strategischen Geschäftssegmenten sowie den unterstützenden Corporate Centern betrieben.

#### Private Kunden

Das Geschäft mit Privaten Kunden wird am Standort Berlin mit der Marke „Berliner Sparkasse“ betrieben. Damit ist die LBB in ihrer Kernregion Berlin klarer Marktführer im Privatkundengeschäft. Die Produktschwerpunkte im Privatkundengeschäft liegen im Führen von Girokonten, der Anlageberatung und Vermögensverwaltung, der Konsumentenfinanzierung sowie der privaten Baufinanzierung. Das bundesweit gemeinsam mit Co-Branding-Partnern betriebene Kreditkartengeschäft bildet einen weiteren Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten. Über die im Berichtsjahr erworbene Mehrheitsbeteiligung an der netbank AG (netbank) ist die LBB zudem im Direktbankgeschäft aktiv.

# Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick

## Firmenkunden

Das Firmenkundengeschäft, das insbesondere das Geschäft mit Gewerbetreibenden und vorwiegend mittelständischen Firmen sowie mit der öffentlichen Hand umfasst, hat seinen Schwerpunkt in Berlin und Brandenburg. Es wird mit den Marken „Landesbank Berlin“ und „Berliner Sparkasse“ betrieben. Im Firmenkundengeschäft werden mit dem Zahlungsverkehr und dem Anlagegeschäft die klassischen Bankdienstleistungen für mittlere Firmenkunden und Gewerbetreibende angeboten. Zudem steht die LBB mit Betriebsmittel-, Investitions- und Handelsfinanzierungen zur Verfügung. Ergänzt wird das Angebot unter anderem durch die Produkte Auslandszahlungsverkehr, Leasing und Factoring, Electronic Banking sowie durch Beratung zu Unternehmensgründungen und -nachfolgen. Im Gewerbekundengeschäft und im mittelständischen Firmenkundengeschäft ist die LBB einer der führenden Marktteilnehmer.

## Kapitalmarktgeschäft (KMG)

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft der LBB umfasst die Bereiche Client Distribution, Client Production, Treasury & Trading und Internationales Geschäft sowie die dem Geschäftsfeld zu 100 % zugeordnete Beteiligung LBB-INVEST. Zum Geschäftsfeld KMG gehören weiterhin operative Einheiten an den Auslandsstandorten London und Luxemburg.

Das Client Business konzipiert (Client Production) und vertreibt (Client Distribution) schwerpunktmäßig Aktien-, Zins- und Währungsprodukte. Die Angebotspalette der LBB-INVEST umfasst sowohl Publikumsfonds als auch Spezial-Sondervermögen für institutionelle Investoren. Treasury & Trading steuert die Liquidität und Refinanzierung des Konzerns und generiert Erträge aus Handels- und Investmentstrategien.

Das Internationale Geschäft konzentriert sich auf Export Credit Agency-gedekte und -ungedekte Exportfinanzierungen, Handelsfinanzierungen und kommerzielles Auslandsgeschäft sowie Kreditgeschäft mit Banken, Unternehmen und Staaten in der Zielregion Mittel- und Osteuropa.

## Immobilienfinanzierung

Das Segment Immobilienfinanzierung umfasst das bundesweite gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft, welches durch die LBB und die Berlin Hyp in enger vertrieblicher und organisatorischer Verbindung betrieben wird. Zur Nutzung zusätzlicher Chancen im Ausland wurden in London, Warschau und Prag Büros eröffnet und für den Benelux-Markt wurde in den Niederlanden eine Vertriebskoordination eingegangen. Die Geschäftstätigkeit der Berlin Hyp wird in diesem Segment vollständig abgebildet (Ausnahme: Buchwertänderungen aus Derivaten zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos). Schwerpunkt der Geschäftsaktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung sind Finanzierungen auf objektgedeckter Basis. Die Refinanzierung erfolgt über die Emission von Pfandbriefen. Hauptkunden des Geschäftsfelds sind Investoren und Wohnungsbau-gesellschaften. Den überwiegend mittelständischen Kunden wird die gesamte Palette der Immobilienfinanzierungen angeboten, wobei sich flexible und innovative Problemlösungen mit kurzen Entscheidungswegen als besondere Stärke in diesem Segment erwiesen haben. Im Größenvergleich rangiert das Geschäftsfeld im oberen Mittelfeld der Branche.

## Weitere Segmente in der Konzernberichterstattung

Neben den Geschäftssegmenten werden in der Konzern-Segmentrechnung die Segmente „Corporate Investments“ sowie „Sonstiges / Konsolidierung“ dargestellt. In letzterem Segment werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern abgebildet.

### Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.554 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme.

Hinsichtlich der Beteiligungen am Kapital wird auf den Abschnitt „Organisatorische und rechtliche Struktur“ verwiesen.

Für die Ernennung und Abberufung des Vorstands gelten die gesetzlichen Bestimmungen des § 84 AktG. Für die Änderung der Satzung gelten die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG.

Die Hauptversammlung vom 23. August 2007 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 23. August 2007 bis zum 30. September 2008 die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Bezüglich der Angaben zum „Change of Control“, die mit den Mitgliedern des Vorstands getroffen wurden, wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

### Allgemeiner Verlauf im Überblick

#### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturlage blieb in Deutschland 2007 positiv, obwohl im ersten Halbjahr zunächst Ausgabeneinschränkungen der Privathaushalte zu verzeichnen waren. Zur zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich das Wachstumstempo wieder.

Wachsende Ausfälle bei Immobilienkrediten in den USA ließen im zweiten Halbjahr die Risikoaufschläge bei einer Vielzahl von Finanzinstrumenten ansteigen. Der amerikanische Wohnimmobilienmarkt verzeichnete in der Folge deutliche Preisrückgänge. Dieses und höhere Zins- und Tilgungslasten der Privathaushalte strahlten zum Jahresende zunehmend auf andere Wirtschaftsbereiche aus. Der deutsche Außenbeitrag blieb davon zunächst jedoch unberührt. Er weitete sich im Trend sogar noch aus, da die Nachfrage aus anderen Weltregionen und der stetige Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euroraums bislang für ausgleichende Impulse sorgten.

Darüber hinaus hielten auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte an. Gut ausgelastete Fertigungskapazitäten bildeten starke Investitionsanreize. Die Zunahme der Beschäftigung half, die Konsumdelle nach der zum 1. Januar 2007 erfolgten Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zu überwinden.

Die Konjunktur in Berlin konnte sich im Jahr 2007 weiter verbessern. Das Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8 %. Starke Impulse gingen vor allem von den unternehmensnahen Dienstleistungen, dem Verarbeitenden Gewerbe sowie von der Exportwirtschaft aus.

Die insgesamt positive konjunkturelle Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Personalplanung der Unternehmen. Rund 30.000 Menschen mehr als im Vorjahr waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Damit lag der Beschäftigungszuwachs in Berlin erneut über dem Bundesdurchschnitt. Auch der Rückgang der Arbeitslosenquote fiel in Berlin stärker aus als für das Bundesgebiet insgesamt. Das Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf) liegt aber weiter um 17 % unter dem Bundesdurchschnitt.

# Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick

## **Neuaustrichtung und Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung**

### **EU-Beihilfeverfahren**

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen über die Ausrichtung und Restrukturierung des Konzerns abgeben.

Von diesen Zusagen war im Berichtsjahr nur noch eine einzige umzusetzen: Die Veräußerung der 80,95 % Anteile des Landes Berlin an der Holding in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren. Das Land Berlin leitete den entsprechenden Veräußerungsprozess ein, indem es am 19. Januar 2007 seine Anteile öffentlich zum Verkauf ausschrieb. In den folgenden Monaten bereitete das Land Berlin sowohl einen Paketverkauf seiner Anteile in Höhe von 80,95 % im Wege eines Bieterverfahrens als auch eine Platzierung an der Börse vor. Am 15. Juni 2007 schloss das Land Berlin einen Kaufvertrag mit der S-Erwerbsgesellschaft ab. Dieser Kaufvertrag wurde am 8. August 2007 vollzogen.

Darüber hinaus kaufte die S-Erwerbsgesellschaft am Markt weitere Aktienanteile in Höhe von 7,06 %. Zudem hatte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband Körperschaft des öffentlichen Rechts (DSGV ö.K.) Aktienpakete in Höhe von rund 10,0 % und 0,63 % an der Holding erworben. Die Anteile des DSGV ö.K. übernahm nach Jahresultimo die S-Beteiligungsgesellschaft. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft zum 1. Januar 2008 zusammen 98,64 %.

Mit dem Verkauf der Anteile an der Holding erfüllten die Bundesregierung, das Land Berlin und die Holding die letzte der Zusagen gegenüber der Europäischen Kommission. Damit ist das EU-Beihilfeverfahren abgeschlossen. Die Bundesregierung hat dies in ihrem offiziellen Schriftverkehr mit der Europäischen Kommission festgehalten. Die Europäische Kommission hat dies ihrerseits bestätigt, indem sie gegenüber der Bundesregierung erklärte, alle erforderlichen Informationen erhalten zu haben und keine weiteren Auskünfte zu benötigen.

### **Weitere Maßnahmen**

Auch nachdem 2005 die Sanierungs- und Restrukturierungsphase offiziell beendet wurde, hat die LBB Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnisstruktur konsequent fortgesetzt.

Für den gesamten Konzern konnte Ende 2007 ein geschäftsfeldübergreifendes Projekt zur Verbesserung der Transparenz und Steuerung des IT-Zentralbudgets erfolgreich abgeschlossen werden. Unter anderem wurden die Stellhebel zur Beeinflussung der IT-Kosten identifiziert und das IT-Kostenreporting umfassend optimiert. Im Rahmen dieses Projekts konnte das Kostenniveau dauerhaft um rund 30,9 Mio. € p. a. gesenkt werden. Davon sind 28,9 Mio. € bereits in 2007 realisiert, weitere Einsparungen in Höhe von mindestens 2,0 Mio. € werden für 2008 erwartet.

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurde das erfolgreiche Ertragssteigerungsprogramm des Vorjahres fortgesetzt. Aufbauend auf einem bereits hohen Grad an Prozesseffizienz wurde in eine nachhaltige Stärkung der Vertriebskraft investiert. Ebenso hat die Berliner Sparkasse die Umsetzung ihres Qualitäts- und Serviceverständnisses weiter vorangetrieben. Die Einführung erweiterter Öffnungszeiten in den Filialen optimierte das Angebot an die Kunden und trug dazu bei, die führende Marktstellung zu sichern.

Die Weiterentwicklung der wertorientierten Steuerung der Vertriebsaktivitäten stand im Geschäftsfeld Firmenkunden im Mittelpunkt. Hierzu gehörten die Ausgestaltung strukturierter Beratungsprozesse, die Optimierung der Preisgestaltung und die Ausrichtung des Produkt- und Leistungsprofils auf die Kundennachfrage in den Vertriebswegen. Als erste Bank in Deutschland hat die Berliner Sparkasse ein TÜV-Zertifikat für geprüfte Service- und Beratungsqualität für zwei komplette Vertriebswege (Business-Line, FirmenkundenCenter) erhalten. Dies untermauert den hohen Anspruch an Qualität und Leistung im Firmenkundengeschäft.

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft zeigte 2007 ein weiter dynamisches Wachstum im Kundengeschäft. Die Aktivitäten in der Emission und Distribution speziell strukturierter Produkte wurden stark ausgebaut. Zur besseren Fokussierung und Spezialisierung sowie zur Steigerung der Effizienz wurde der Bereich Client Business in die Bereiche Client Business Distribution und Client Business Production aufgeteilt. Der Bereich Client Business Distribution ist für die Emission und Distribution von Produkten, die Sekundärmarktpflege sowie für die Betreuung des Retailkundenvertriebs zuständig. Der Bereich Client Business Production konzentriert sich primär auf den Handel mit institutionellen Kunden, die Konstruktion von strukturierten Produkten und das Asset Management Research.

In der Immobilienfinanzierung wurde im Jahr 2007 das Neugeschäft im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter ausgebaut. Im Jahr 2007 wurden – neben dem in London bestehenden Standort – in Warschau und Prag Büros eröffnet und für den Benelux-Markt eine Vertriebskooperation in den Niederlanden eingegangen, um die Wachstumschancen in diesen Märkten zu nutzen. Daneben hat das Geschäftsfeld seine Marktposition im Kernmarkt auch mit Aufbau der Vertriebskapazität weiter ausgebaut. Bei der Messung und Steuerung der Vertriebsleistung wurden neben den Neugeschäftsvolumina verstärkt wertorientierte Parameter herangezogen.

## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007

Im Geschäftsjahr 2007 machte sich nach zunächst gutem Verlauf die Krise an den Anleihemärkten deutlich negativ bemerkbar. Spread-Ausweitungen, insbesondere bei Emissionen von Banken, führten zu erheblichen Bewertungsverlusten im Wertpapierportfolio. Im primär betroffenen Subprime-Segment der Hypothekenkredite in den USA ist die LBB direkt nicht engagiert. Mittelbar über strukturierte Wertpapiere (CDO of ABS) getätigte Engagements in einer Größenordnung von unter 40 Mio. € belasten das Ergebnis 2007 mit etwa 15 Mio. €.

Nach Zustimmung aller zuständigen Aufsichts- und Wettbewerbsbehörden wurde der Verkauf der 80,95%igen Anteile des Landes Berlin an die S-Erwerbsgesellschaft am 8. August 2007 vollzogen.

In Folge führte die Veränderung der Eigentümerstruktur auch zu Veränderungen der personellen Besetzung des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG. Durch den Verkauf hat sich auch der Kreis der nahestehenden Unternehmen und Personen der Landesbank Berlin Holding AG zum 31. Dezember 2007 deutlich verkleinert; ausgeschieden sind das Land Berlin – als Alteigentümer – und sein Interessensbereich, hinzu kamen die S-Erwerbsgesellschaft – als neuer Eigentümer – sowie die Regionalverbandsgesellschaft mbH und deren Geschäftsführer.

Im Anschluss an die Hauptversammlung vom 23. August 2007 wurde eine Dividende von 0,06 € je Aktie an die Aktionäre ausgeschüttet. Das entspricht einer Ausschüttungssumme von 60 Mio. €.

Im Rahmen des Haftungsverbunds der Sparkassen-Finanzgruppe hat die Bank an einer Stützungsaktion für die IKB Deutsche Industriebank AG mitgewirkt. Daneben ist sie an einer konzertierten Aktion des DSGV für die SachsenLB beteiligt.

## Ertragslage

in Mio.€	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Zinsüberschuss	815	743	10
Zinserträge	6.210	5.535	12
Zinsaufwendungen	5.395	4.792	13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-53	118	< -100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	868	625	39
Provisionsüberschuss	297	368	-19
Provisionserträge	429	459	-7
Provisionsaufwendungen	132	91	45
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	3	3	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	-45	186	< -100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-4	50	< -100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	12	-4	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	119	636	-81
Verwaltungsaufwendungen	965	1.115	-13
<b>Operatives Ergebnis vor Restrukturierung</b>	<b>285</b>	<b>749</b>	<b>-62</b>
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	6	35	-83
<b>Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern</b>	<b>291</b>	<b>784</b>	<b>-63</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	71	97	-27
<b>Konzernjahresüberschuss / Ergebnis nach Steuern</b>	<b>220</b>	<b>687</b>	<b>-68</b>
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	19	25	-24
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	201	662	-70

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Das operative Ergebnis/Ergebnis vor Steuern reduzierte sich gegenüber dem Vorjahreswert um 493 Mio. € auf 291 Mio. €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den Vorjahresvergleichszahlen noch die Erträge und die Aufwendungen der Berliner Bank sowie der Abgangserfolg für diese Gesellschaft und positive Steuereffekte enthalten sind. Das Ergebnis wurde getragen durch den stabilen Zinsüberschuss, die erfreuliche Entwicklung der Risikovorsorge und die weiterhin rückläufigen Verwaltungsaufwendungen.

Die Veränderung des Steueraufwands ist auch geprägt durch die einmalige Belastung mit latenten Steuern insbesondere aufgrund der Änderung des Körperschaftsteuersatzes im Unternehmenssteuerreformgesetz 2008. Danach erzielte der Konzern ein Ergebnis nach Steuern von 220 Mio. € nach 687 Mio. € im Vorjahr.

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten des Konzerns dargestellt:

## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
<b>Zinserträge</b>			
Zinserträge aus Forderungen	3.205	3.559	- 10
Zinserträge aus Finanzanlagen	1.868	1.328	41
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	25	23	9
Sonstige Zinserträge	1.112	625	78
Summe der Zinserträge	6.210	5.535	12
<b>Zinsaufwendungen</b>			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	3.807	3.531	8
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	63	92	- 32
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	2	2	0
Sonstige Zinsaufwendungen	1.523	1.167	31
Summe der Zinsaufwendungen	5.395	4.792	13
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>815</b>	<b>743</b>	<b>10</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Der **Zinsüberschuss** lag mit 815 Mio. € über dem Vorjahresniveau von 743 Mio. €. Der in 2006 enthaltene Anteil der Berliner Bank von 138 Mio. € konnte mehr als kompensiert werden. Die Vorjahresvergleichszahlen sind um insgesamt 107 Mio. € reduziert. Dies betrifft vor allem die Ausweisänderung bei den handelsinduzierten Zinsen, die in den angepassten Vorjahreszahlen die Zinsaufwendungen erhöhen.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Darstellung in der Note 58.

Den Wertberichtigungen wurden 381 Mio. € zugeführt. Dem steht eine Auflösung von 434 Mio. € gegenüber, so dass bei der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** ein Ertrag von 53 Mio. € ausgewiesen werden konnte. Hier wirken sich weiterhin das konsequente Risikomanagement und der Abbau risikobezogener Positionen aus.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	434	460	- 6
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	381	578	- 34
<b>Gesamt</b>	<b>- 53</b>	<b>118</b>	<b>&lt; - 100</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Der **Provisionsüberschuss** verringerte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 71 Mio. € auf 297 Mio. € (- 19 %). Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in den Vorjahreszahlen die

Provisionen der Berliner Bank (78 Mio. €) enthalten sind. Zudem erfolgten zunächst erhöhte Akquisitionsaufwendungen im Kreditkartengeschäft, die erst später zu entsprechenden Erträgen führen werden.



in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Provisionserträge			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	176	185	-5
Zahlungsverkehr / Kontoführung	115	143	-20
Kreditgeschäft	35	32	9
Kartengeschäft	76	65	17
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	14	23	-39
Sonstige Provisionserträge	13	11	18
Summe der Provisionserträge	429	459	-7
Provisionsaufwendungen			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	53	33	61
Zahlungsverkehr / Kontoführung	9	12	-25
Kreditgeschäft	7	5	40
Kartengeschäft	45	27	67
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	14	12	17
Sonstige Provisionsaufwendungen	4	2	100
Summe der Provisionsaufwendungen	132	91	45
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>297</b>	<b>368</b>	<b>-19</b>

Die Struktur des Provisionsüberschusses ist geprägt durch Ergebnisbeiträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft bzw. dem Zahlungsverkehr und der Kontoführung.

Das **Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen** (Hedge Accounting) blieb im Vergleich zum Vorjahreswert (3 Mio. €) unverändert und zeigt das Bewertungsergebnis aus effektiven Fair Value Hedges.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten** wird mit -45 Mio. € nach 186 Mio. € in der Vergleichsperiode ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde im Rahmen einer Ausweisänderung um 106 Mio. € angepasst, die sich auf die handelsinduzierten Zinsen bezieht. Die Ergebnis-komponenten sind von den Verwerfungen an den internationalen Kapitalmärkten im zweiten Halbjahr des Geschäftsjahres geprägt.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** verringerte sich um 54 Mio. € auf -4 Mio. €. Darin sind per Saldo Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen von

37 Mio. € sowie Aufwendungen aus Bewertungen von 41 Mio. € enthalten.

Das **Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen** erhöhte sich auf 12 Mio. € (Vorjahr: -4 Mio. €). Neben dem laufenden Ergebnis von 3 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €) waren Effekte aus Bewertungsveränderungen von 9 Mio. € (Vorjahr: -7 Mio. €) zu berücksichtigen.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** hat sich um 517 Mio. € auf 119 Mio. € vermindert. Der Vergleichswert des Vorjahres war wesentlich durch den Abgangserfolg der Berliner Bank (452 Mio. €), durch die Veräußerung von Sachanlagen (44 Mio. €) sowie Steuereffekte geprägt. Für Substanz- und Verkehrssteuern sowie für Zinsen aus Ertragsteuern ergab sich im Geschäftsjahr ein Ertragsausweis von insgesamt 12 Mio. € (Vorjahr: 64 Mio. €). Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen weist insgesamt einen Aufwand von 17 Mio. € aus.

## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007

Die **Verwaltungsaufwendungen** blieben mit 965 Mio. € unter dem Vorjahresniveau von 1.115 Mio. € und setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Personalaufwendungen	511	589	-13
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	66	74	-11
Andere Verwaltungsaufwendungen	388	452	-14
<b>Gesamt</b>	<b>965</b>	<b>1.115</b>	<b>-13</b>

Der **Personalaufwand** belief sich auf 511 Mio. € nach 589 Mio. € im Vergleichsjahr. Die Veränderung lässt sich im Wesentlichen auf den Rückgang der Mitarbeiterzahl durch den Abgang der Berliner Bank per 31. Dezember 2006 zurückführen. Die Abschreibungen und die anderen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8 Mio. € bzw. 64 Mio. €. Der Rückgang der Abschreibungen auf Sachanlagen korrespondiert mit dem rückläufigen Bestand an Sachanlagen.

Der **Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen** resultiert aus Aufwendungen aus der Aufzinsung von Restrukturierungsrückstellungen sowie Erträgen aus der Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** werden insgesamt mit einem Aufwand von 71 Mio. € ausgewiesen. Darin ist ein Ertragsausweis von 10 Mio. € für tatsächliche Steuern enthalten, der neben dem Aufwand für das laufende Geschäftsjahr von 39 Mio. € einen Ertrag für Vorperioden von 49 Mio. € enthält. Für die latenten Steuern erfolgt ein Aufwandsausweis von 81 Mio. €.

Das **vierte Quartal des Geschäftsjahres** war von den Auswirkungen an den internationalen Kapitalmärkten beeinflusst. Das im Vergleich zu den Vorquartalen negative Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten konnte durch den verbesserten Zinsüberschuss sowie die Risikoversorge kompensiert werden, so dass für das vierte Quartal ein positives operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern mit einem Betrag von 10 Mio. € ausgewiesen wird.

### Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** lag der Zinsüberschuss mit 340 Mio. € trotz des schwierigen Marktumfelds nur leicht unter dem Wert des Vorjahreszeitraums, Gleiches gilt für den Provisionsüberschuss in Höhe von 198 Mio. €. Dieser Erfolg ist maßgeblich auf die Vertriebs- und Ertragsstärke der Berliner Sparkasse zurückzuführen, die ihre Position im hart umkämpften Berliner Markt weiter ausbauen konnte.

Das Volumenwachstum insbesondere der Einlagen (Stichtagsbestand +5 % im Vergleich zum 31. Dezember 2006) ging dabei marktbedingt mit einer Verringerung der Margen einher. Diese Entwicklung korreliert auch mit jüngsten Marktforschungsstudien, die dem Merkmal „möglichst hoher Zinssatz“ eine hohe Bedeutung bei der Geldanlageentscheidung testieren. Gleichzeitig stieg das valuierte Neugeschäft bei der Baufinanzierung um 26 %. Die Zahl der Kunden mit Privatgirokonto im Regionalgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr um nahezu 6.500 Kunden gesteigert werden. Beim Provisionsüberschuss Wertpapiere setzte sich die positive Entwicklung fort (+3 % im Vergleich zum 31. Dezember 2006), was sich zudem am verbesserten Bruttoabsatz von Zertifikaten (+6 %) ablesen lässt. Positiv entwickelte sich auch der Absatz von Versicherungsprodukten mit einer Steigerung der nettopolicierten Beitragssumme von 12 % gegenüber dem Vorjahr. Das stark wachsende überregionale Kreditkartengeschäft war durch die erforderlichen Marktinvestitionen für gestiegene Verwaltungsaufwendungen für Marketing und Geschäftsbetrieb verantwortlich. Die Risikokosten hingegen konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesenkt werden.

Darüber hinaus wurde mit der Beteiligung an der netbank in weitere zukunftssträngige Bereiche investiert.

Das Segment **Firmenkunden** konnte seine starke Marktposition festigen. Die zinstragenden Forderungen an Kunden konnten ebenso wie die Kundeneinlagen gegenüber dem Vorjahr ausgebaut werden, neue Gewerbe- und Firmenkunden wurden gewonnen. Dennoch verringerte sich der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr, was im Wesentlichen auf die Margenverengung im Einlagengeschäft zurückzuführen war. Hingegen profitierte das Geschäftsfeld von dem günstigen Verlauf der Kreditrisikovorsorge. Der Provisionsüberschuss lag leicht über dem Vorjahresniveau. Im Ergebnis aus Finanzanlagen wirkte sich

in 2006 eine Zahlung aus einem Besserungsschein einer Beteiligung als Einmaleffekt aus. Das sonstige betriebliche Ergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2006 insbesondere durch den Verkauf einer Beteiligung.

Das Ergebnis des Segments **Kapitalmarktgeschäft** ist im Geschäftsjahr 2007 geprägt von den Auswirkungen der Subprime-Krise in den USA. Die resultierende Vertrauenskrise hat zu eingeschränkter Liquidität, massiven Credit Spread-Ausweitungen und extremer Volatilität an den Zins- und Aktienmärkten geführt.

Auch die hochwertigen Assets aus den Investitionsstrategien wurden von den Credit Spread-Steigerungen getroffen. Die in der IFRS-Neubewertungsrücklage abgebildeten Bewertungskorrekturen belaufen sich auf 320 Mio. €. Trotz eines breiten Spektrums an Strategien und Portfolios haben die Handelsaktivitäten massiv gelitten. Die aufgetretenen Verluste konnten nicht durch die stetigen, nicht volatilen Erträge aus dem Kundengeschäft und den Investitionsstrategien überkompensiert werden.

Im Geschäftsjahr 2007 erzielte das Kapitalmarktgeschäft ein operatives Ergebnis von 7 Mio. € und lag damit um 93 Mio. € unter dem Ergebnis des Vorjahres. Die Abweichung resultiert vor allem aus einem um 128 Mio. € geringeren Saldo aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten. Bedingt durch Impairments auf Fonds und Beteiligungen lag das Ergebnis aus Finanzanlagen 17 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Demgegenüber standen ein – trotz der Bildung von 19 Mio. € zusätzlichen Portfoliowertberichtigungen – um 37 Mio. € besseres Risikoergebnis im Kreditgeschäft sowie ein im Vergleich zum Vorjahr um 6 Mio. € geringerer Verwaltungsaufwand.

Die Maßnahmen zur Kundengewinnung und Vertriebsintensivierung wurden in 2007 kontinuierlich weiterverfolgt und ausgebaut. So betrug der Bruttoabsatz in Zertifikaten in 2007 1,9 Mrd. € gegenüber 1,45 Mrd. € im Vorjahr. Die LBB-INVEST erreichte in 2007 einen Nettomittelzufluss bei Publikumsfonds von ca. 1,6 Mrd. € und konnte den Vorjahreswert somit um 0,4 Mrd. € übertreffen.

Im Auslandskreditgeschäft, das im Wesentlichen durch staatliche Exportkreditversicherungen (ECA) gedeckt ist, konnte das Volumen im Jahresverlauf deutlich ausgeweitet werden. Infolgedessen liegen die Zins- und Provisionserträge über dem Vorjahresergebnis.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erreichte im Berichtszeitraum ein operatives Ergebnis von 255 Mio. €. Im Vorjahresvergleich bedeutet das eine Steigerung um 73 % (Vorjahr: 147 Mio. €). Der Saldo aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten stieg um 19 Mio. €. In der Risikovorsorge konnten Auflösungen vorgenommen werden: Hier spiegelt sich die strategiegemäße Risikoentwicklung des Kreditbestands wider. Gleichzeitig verbesserte sich der Provisionsüberschuss durch das hohe Neugeschäft erheblich.

Das Neugeschäft übertraf mit rund 10,2 Mrd. € (inklusive Sondergeschäften in Höhe von 3,6 Mrd. €) den Vorjahreswert von rund 7,1 Mrd. € (inklusive Sondergeschäften in Höhe von 3,4 Mrd. €) sehr deutlich. Die positive Neugeschäftsentwicklung der Vorjahre konnte somit fortgesetzt werden. Die Neugeschäftsverteilung nach Objektnutzungsarten, Beleihungsgebieten und Kundensegmenten wie auch die Entwicklung der Neugeschäftsmargen entsprachen den Zielsetzungen des Segments. Im Neugeschäft wurde an der risikobegrenzenden Strategie des Segments weiterhin konsequent festgehalten.

Im Segment **Corporate Investments** werden 2006 ausschließlich die Ergebnisse der damals veräußerten Berliner Bank ausgewiesen.

Im Segment **Sonstiges/Konsolidierung** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 33 Mio. € (Vorjahr: 40 Mio. €).

Das operative Ergebnis verzeichnete im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 497 Mio. € auf – 110 Mio. €. Das Vorjahresergebnis war geprägt durch den Verkaufserlös der veräußerten Berliner Bank in Höhe von 438 Mio. € sowie einen hohen positiven Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen (35 Mio. €).

Die Anzahl der Vollzeit Arbeitsplätze in den Corporate Centern beträgt 2.083 gegenüber 1.856 im Vorjahr. Davon entfallen rund 1.250 auf das Transaction Banking (Organisation, Informationstechnologie, BankenService GmbH). Der Zuwachs von 227 resultiert überwiegend aus der Verlagerung des Direktbank-Service aus der Landesbank Berlin in die BankenService GmbH. Dies führt umgekehrt zu rückläufigen Mitarbeiterkapazitäten im Segment Private Kunden, jedoch in geringerem Umfang, da per 31. Dezember 2007 gegenüber dem Vorjahr die Mitarbeiter der netbank enthalten sind. Wesentliche Auswirkungen auf die Ergebnisse beider Segmente gibt es nicht.

## Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2006 hat sich die Bilanzsumme mit 142,1 Mrd. € (31. Dezember 2006: 141,6 Mrd. €) nur geringfügig verändert. Den Rückgängen bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden steht eine Erhöhung der Finanzanlagen gegenüber.

### AKTIVA

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Barreserve	986	955	3
Forderungen an Kreditinstitute	26.514	28.357	-6
Forderungen an Kunden	47.003	50.904	-8
Risikovorsorge	-1.411	-1.825	23
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	397	318	25
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	13.637	14.652	-7
Finanzanlagen	50.696	43.538	16
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	129	74	74
Immaterielle Vermögenswerte	665	650	2
Sachanlagen	583	613	-5
Investment Properties	82	83	-1
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	85	128	-34
Latente Ertragsteueransprüche	800	798	0
Sonstige Aktiva	1.915	2.270	-16
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	66	110	-40
<b>Gesamt</b>	<b>142.147</b>	<b>141.625</b>	<b>0</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Die Forderungen an Kreditinstitute lagen mit 26,5 Mrd. € um 6 % unter dem Vorjahresvergleichswert. Dies lässt sich auf die reduzierten Ausleihungen bzw. Anlagen am Geld- und Kapitalmarkt zurückführen. Die Kommunaldarlehen entwickelten sich mit +0,7 Mrd. € positiv. Die übrigen Positionen waren rückläufig.

Die Forderungen an Kunden reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 3,9 Mrd. € oder 8 % auf 47,0 Mrd. €. Dies war unter anderem auf Portfolioverkäufe zurückzuführen. Besonders stark wirkte sich die Reduzierung bei den Kommunaldarlehen mit 4,2 Mrd. € aus.

## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007

Die vorgenannten Portfolioabgänge sowie Auflösungen bei den Wertberichtigungen führten insgesamt auch zu einem Rückgang des Bestands an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft um 0,4 Mrd. € auf nunmehr 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €).

Die **positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** befinden sich mit einem Wert von 0,4 Mrd. € nahezu auf Vorjahresniveau (0,3 Mrd. €).

Neben Bestandsveränderungen wirkte sich die Veränderung des Zinsniveaus auf die Wertansätze der derivativen Finanzinstrumente aus. Die Marktwerte der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögenswerte** reduzierten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2006 um 1,1 Mrd. € auf 13,6 Mrd. € (Vorjahr: 14,7 Mrd. €).

Die **Finanzanlagen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7,2 Mrd. € auf insgesamt 50,7 Mrd. €. Der Zugang resultierte vor allem aus dem Aufbau strategischer Positionen bei Anleihen und Schuldverschreibungen.

Die nach der **Equity-Methode** bewerteten **Anteile** hatten einen Wert von 129 Mio. € nach 74 Mio. € im Vorjahr. Veränderungen ergaben sich durch die Einbeziehung von drei weiteren Gesellschaften in 2007.

Die **immateriellen Vermögenswerte** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag nur geringfügig. Sie enthalten Geschäfts- und Firmenwerte von 595 Mio. €. Die Veränderung ist mit 21 Mio. € auf den Zugang der netbank zurückzuführen.

Die **Sachanlagen** reduzierten sich von 613 Mio. € auf 583 Mio. € oder um 5 %. Wesentliche Ursache hierfür war die Umgliederung von zwei Gebäuden (20 Mio. €) zu den Investment Properties.

Fremdgenutzte Immobilien (**Investment Properties**) haben mit 82 Mio. € (Vorjahr: 83 Mio. €) ein fast unverändertes Volumen. Neben den Umgliederungen aus den Sachanlagen waren Abgänge in Höhe von 21 Mio. € zu verzeichnen.

Die **tatsächlichen Ertragsteueransprüche** liegen mit insgesamt 85 Mio. € um 43 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die **latenten Ertragsteueransprüche** erhöhten sich um 2 Mio. € auf 800 Mio. €.

Der Rückgang der **Sonstigen Aktiva** um 355 Mio. € auf 1.915 Mio. € ist im Wesentlichen auf die reduzierten Forderungen aus gestellten Sicherheiten zurückzuführen.

Der Ausweis unter **zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögensgegenständen und Abgangsguppen** betrifft hauptsächlich die beabsichtigte Veräußerung von Beteiligungen.

## PASSIVA

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.686	48.935	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.552	28.367	4
Verbriefte Verbindlichkeiten	30.517	32.358	-6
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	985	1.090	-10
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	21.893	21.434	2
Rückstellungen	1.270	1.463	-13
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	199	167	19
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	32	73	-56
Sonstige Passiva	1.018	1.778	-43
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	1	8	-88
Nachrangkapital	3.163	3.328	-5
davon: Stille Einlagen	700	700	0
Eigenkapital	2.831	2.624	8
Gezeichnetes Kapital	2.554	2.554	0
Kapitalrücklage	77	77	0
Gewinnrücklagen	-143	-395	64
Neubewertungsrücklagen	-182	137	<-100
Rücklage aus Währungsumrechnung	-2	1	<-100
Anteile im Fremdbesitz	414	97	>100
Bilanzgewinn / -verlust	113	153	-26
<b>Gesamt</b>	<b>142.147</b>	<b>141.625</b>	<b>0</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mrd. € oder 4 % auf 50,7 Mrd. €. Es wurde vermehrt auf die Refinanzierung am Geldmarkt zurückgegriffen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mrd. € oder 4 % auf 29,6 Mrd. €. Einen hohen Anteil an diesen Steigerungen hatten die öffentlichen Namenspfandbriefe mit rund 0,9 Mrd. €.

Vor dem Hintergrund der Krise an den Kapitalmärkten reduzierte sich das Volumen der **Verbrieften Verbindlichkeiten** von 32,4 Mrd. € um 1,9 Mrd. € oder 6 % auf 30,5 Mrd. €. Hiervon entfallen auf die begebenen Öffentlichen Pfandbriefe 15,3 Mrd. € und auf die Schuldverschreibungen 8,1 Mrd. €.

Die **negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten** blieben mit 985 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (1,1 Mrd. €) nahezu unverändert.

Das Volumen der **erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Verpflichtungen** erhöhte sich unter anderem aufgrund von Bestandsveränderungen und des veränderten Zinsniveaus um 0,5 Mrd. € auf 21,9 Mrd. €.

Die **Rückstellungen** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd. € auf 1,3 Mrd. € reduziert. Auflösungen und Inanspruchnahmen in Höhe von 0,3 Mrd. € stehen Zuführungen von 0,1 Mrd. € gegenüber.

Die **tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen** erhöhten sich um 32 Mio. € auf 199 Mio. €.

## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007

Die **latenten Ertragsteuerverpflichtungen** fielen um 41 Mio. € auf 32 Mio. €.

Der Posten **Sonstige Passiva** beinhaltet unter anderem Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten. Im Vorjahresvergleichswert war noch eine Rückzahlungsverpflichtung für eine stille Einlage in Höhe von 0,4 Mrd. € enthalten.

Die zur **Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordneten Verbindlichkeiten** verringerten sich um 7 Mio. € auf nur noch 1 Mio. € und betreffen Verpflichtungen aus zur Veräußerung anstehenden Beteiligungen.

Bei der Bewertung der **Pensionsverpflichtungen** nach IAS 19 wurden die Entwicklungen des Rechnungszinses (auf 5,7 %, Vorjahr: 4,5 %), des Rententrends (auf 1,0 % bis 3,0 %, Vorjahr: 1,0 % bis 2,5 %) sowie des Gehaltstrends (unverändert 2,5 % bis 3,0 %) und das vom Bundesrat verabschiedete Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze (RVAGAnpG) berücksichtigt. Die Auswirkungen vor latenten Steuern erhöhen das Eigenkapital um 101 Mio. €.

Die per 31. Dezember 2007 auf Ebene der RVG-Gruppe gemeldete **Gesamtkennziffer** betrug 15,04 % (SolvV); die **Kernkapitalquote** lag bei 11,80 % (SolvV) – nach Feststellung der Abschlüsse.

Der Posten **Nachrangkapital** beinhaltet nachrangige Verbindlichkeiten und stille Einlagen.

Das **Eigenkapital** des Konzerns erhöhte sich im Vergleich zum 31. Dezember 2006 um 207 Mio. €. Wesentliche Effekte waren die Veränderung der Gewinnrücklage (+252 Mio. €), die Veränderung der Neubewertungsrücklage (-319 Mio. €) sowie die Anteile im Fremdbesitz (+317 Mio. €). Wir verweisen auf die Darstellung der Entwicklung des Eigenkapitals.

Im Berichtsjahr wurden zur Risikounterbeteiligung Kreditsicherungsavale (**unbefristete Ausfallbürgschaften**) herausgegeben. Es handelt sich dabei um drei Portfolios mit einem Volumen von 3,3 Mrd. €.

### Finanzlage

Auf eine detaillierte Analyse der Kapitalflussrechnung wird verzichtet, da aus dieser keine steuerungsrelevanten Impulse abgeleitet werden. Ziele des Finanzmanagements sind das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben sowie aufsichtsrechtlicher Normen. Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem KWG abgeleiteten Grundsätzen, die wir im Risikobericht dargestellt haben. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Die Bank hat in 1994 ein externes Emissionsvehikel „Checkpoint Charlie“ gegründet, welches langfristige Anleihen erwirbt und sich durch die Ausgabe kurzfristiger Geldmarktpapiere refinanziert. Beginnend mit dem ersten Abschluss nach IFRS für das Geschäftsjahr 2005 wurde dieses Vehikel auch in den Konzernabschluss einbezogen. Infolge der Krise an den Anleihemärkten wird die Refinanzierung in Höhe von 1,2 Mrd. € inzwischen nahezu vollständig durch die Bank bereitgestellt.

Die Refinanzierungssituation der LBB erlaubte – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte. Bei weiterem Anhalten der krisenhaften Bedingungen ist jedoch für 2008 ein Anstieg der Refinanzierungskosten nicht auszuschließen.

### Auswirkungen der Konsolidierung

Die Posten der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie das Konzern-Bilanzvolumen werden maßgeblich durch die LBB und die Berlin Hyp bestimmt. Bezogen auf den Summenabschluss entfallen 88,3 % (Vorjahr: 90,4 %) der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften.



## Ereignisse nach dem 31. Dezember 2007

Die LBB hat mit Wirkung zum 2. Januar 2008 die Sparte Absatzfinanzierung von der BHW Bank Aktiengesellschaft erworben. Der Erwerb umfasst einen Stamm von 179.000 Kunden mit Privatarlehen und 125.000 Kreditkarten sowie rund 8.300 aktive Händlerbeziehungen. Das Kreditvolumen liegt bei rund 485 Mio. €.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Berliner Bank konnten die noch offenen Fragen hinsichtlich der endgültigen Kaufpreisfestsetzung mit dem Käufer am 4. Februar 2008 endgültig geklärt werden.

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 0,10 € je Aktie zu zahlen.

## Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Holding einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen (1. Januar 2007 – 7. August 2007) einerseits sowie mit der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG und der Regionalverbandsgesellschaft mbH (8. August 2007 – 31. Dezember 2007) andererseits eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Der Risikobericht des Konzerns enthält erstmalig sowohl die nach DRS 5-10 als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note 61 (Risikomanagement) enthalten.

Die Landesbank Berlin Holding AG nimmt als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100%igen Beteiligung an der LBB.

Aufgrund der Überleitung der Risiken in die LBB im Jahr 2006 und der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich zum übergeordneten Unternehmen der Finanzholding-Gruppe wurde und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach zusammengeführt wurden, resultiert seitdem die weitgehende Übereinstimmung der Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding.

Angesichts der Turbulenzen an den Kapitalmärkten, die durch die Subprime-Krise ausgelöst wurden, waren unsere Verfahren und Methoden zum Risikomanagement im Berichtsjahr einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt.

Wir haben die Herausforderungen insbesondere im Marktpreisrisiko und im Liquiditätsrisiko gut bewältigt, indem wir unsere Positionen insgesamt eher konservativ ausgesteuert und die Entwicklung der Ergebnisse und Risikokennziffern täglich reportet und analysiert haben.

## Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung des Konzerns. Die Risikosteuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch festgehaltenen Risikopolitik des Vorstands.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese mit Blick auf die Übernahme von Risiken. Hierzu zählt die Festlegung konzern einheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzern einheitlichen Methodik messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern Landesbank Berlin Holding als auch den Konzern Landesbank Berlin und somit auch für die Einzelinstitute gilt, stellt als Grundlage für die Unternehmensstrategie detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

## Gesamt-Risikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung des Konzerns erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen, Controlling und Risikocontrolling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Anhand des Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert der Vorstand monatlich die Gesamtrisiko- und Ertragslage und prüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikoarten unterschieden:

- Adressenausfallrisiken  
(inklusive Anteilseignerrisiken)
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken  
(Cashflow und Fair Value),  
Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Die Risikoarten werden in monetäre (quantitative Berücksichtigung im Gesamtbankrisiko) und nicht monetäre (Liquiditätsrisiko und sonstige Risiken, keine Risikokapitalunterlegung) Risiken unterschieden. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller Vermögenswertverluste, die noch nicht berücksichtigt sind, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen. Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept (interner Konsolidierungskreis), das regelmäßig überprüft wird.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Auf Basis der Ergebnisse einer erweiterten Analyse wurde die Korrelationsmatrix im Berichtsjahr leicht angepasst und unter anderem die bisherige Korrelation zwischen Markt- und Kreditrisiken erhöht. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtrisiko gegenübergestellt wird.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt. Darüber hinaus wird der Wegfall jeglicher Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten als ein Krisenszenario auf Gesamtebene definiert. Im Berichtsjahr wurden die Szenariobetrachtungen für die einzelnen Risikoarten weiterentwickelt und in das Reporting integriert.

# Risikobericht

## Interne Kapitaladäquanz

Um die Gesamtbanksteuerung weiter zu verbessern, wird Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Im Berichtsjahr hat die Bank das Kapitalmanagement-Komitee eingeführt. Die Aufgabe dieses Komitees besteht in erster Linie darin, konzernweit Maßnahmen zu koordinieren, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

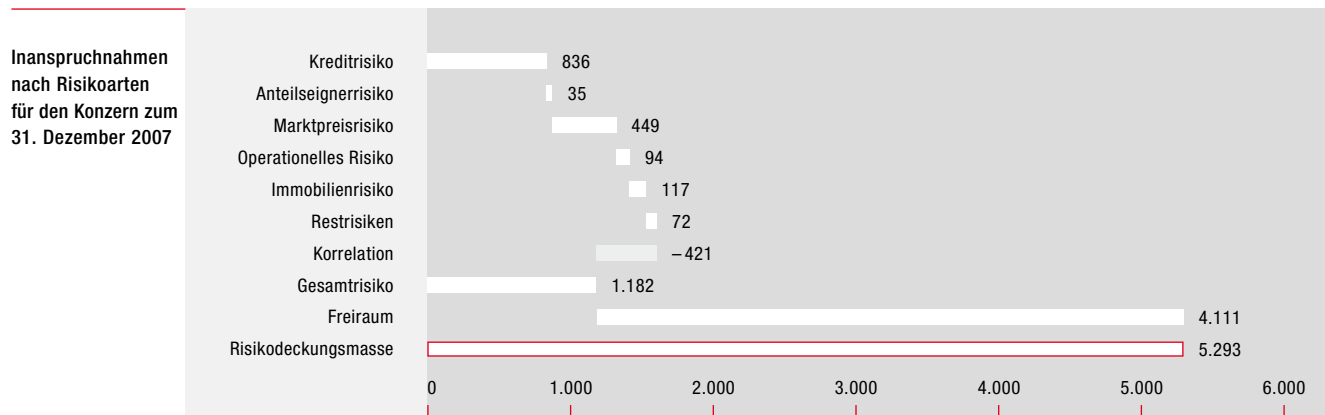
Die interne ökonomische Risikodeckungsmasse wird auf Basis der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel definiert. Zusätzlich werden die Effekte aus der Feststellung des Jahresabschlusses und die Erträge für das laufende Geschäftsjahr berücksichtigt. In der ökonomischen Risikodeckungsmasse werden die Nachrangverbindlichkeiten vollständig angerechnet. Per 31. Dezember 2007 ergab sich auf Konzernebene eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 5.293 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2007 4.898 Mio. €.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

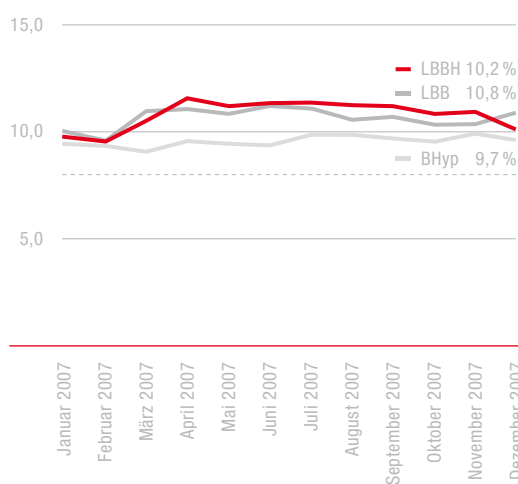
Auf LBB- und Konzernebene gab es im Berichtsjahr auch im Zeitraum erhöhter Risikowerte im Zusammenhang mit der US-Subprime-Krise jederzeit einen ausreichenden Freiraum, sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite.

Die prozentuale Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2007 im Konzern wie folgt dar:

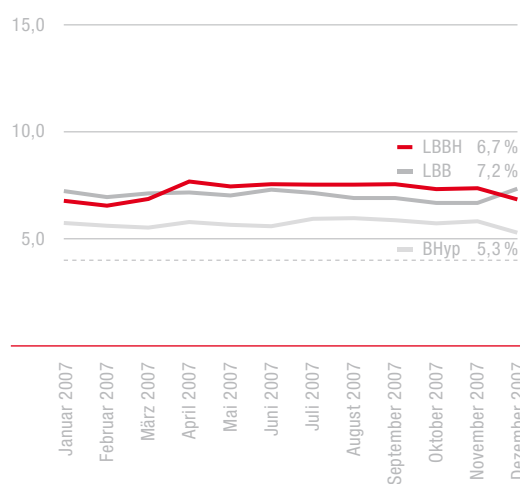
in Mio. €



## GESAMTKENNZIFFER (SOLVV)



## KERNKAPITALQUOTE (SOLVV)



### Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

Die Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutengruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung – SolvV), basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Baseler Accords (Basel II), ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbengesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGV ö.K. (Kommanditist) gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen hier die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Holding aus.

Der Konzern hat erstmalig zum Stichtag 31. März 2007<sup>1)</sup> eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung erstellt. Hierbei kommt für die LBB und die LBB International S.A. der auf internen Ratingverfahren basierende Ansatz (IRBA) für das Kreditrisiko zum

Tragen. Neben den bisher unterlegungspflichtigen Risiken (Adressenausfall und Marktpreis) ist nunmehr auch das operationelle Risiko separat mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die Berlin Hyp und die netbank machen von den Übergangsbestimmungen gemäß § 339 SolvV Gebrauch, für das Jahr 2007 noch nach Grundsatz I zu berichten. Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte.

Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer (SolvV) in Höhe von 15,04 % und eine Kernkapitalquote (SolvV) in Höhe von 11,80 % nach Feststellung der Abschlüsse.

Wie aus der Grafik ersichtlich ist, wurden die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute im Berichtsjahr stets eingehalten.

<sup>1)</sup> Die Werte für Januar und Februar wurden gemäß GS I ermittelt.

## Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist, sowie das Anteilseignerrisiko, das sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

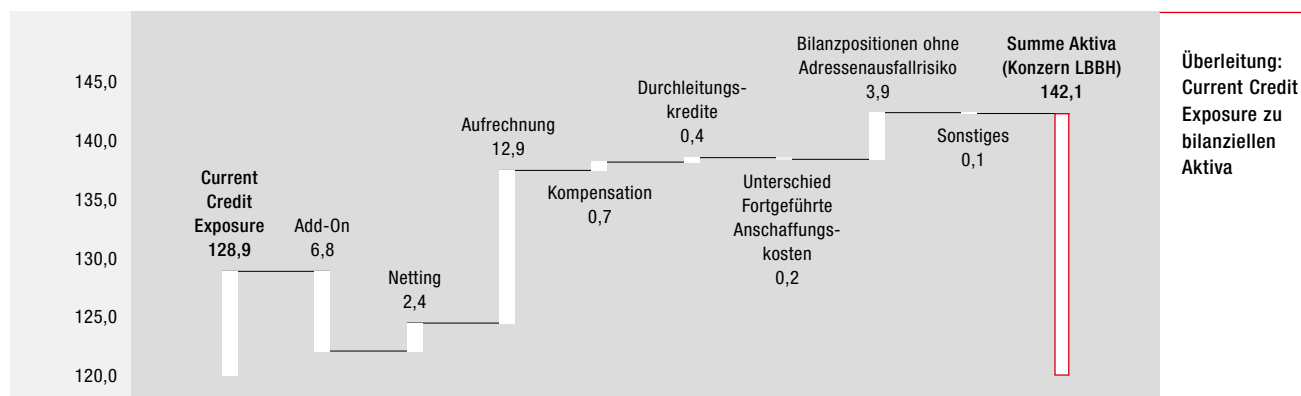
Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wird im Wesentlichen auf Basis dieser Größe bestimmt. Unter diesem Gesichtspunkt werden im Folgenden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen übernommen.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem Current Credit Exposure und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen. Hintergründe hierfür sind aus Sicht des Current Credit Exposure:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Wertpapiere und Derivate wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmer Risiken das Current Credit Exposure berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für den Konzern darstellen, werden nicht mit einbezogen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten methodischen Unterschiede ist eine Überleitung des Current Credit Exposures auf die bilanziellen Aktiva möglich. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den bilanziellen Aktiva auch Bilanzpositionen ohne Adressenausfallrisiko – zum Beispiel immaterielle Vermögensgegenstände oder Sachanlagen – enthalten sind. In der folgenden Grafik werden die wesentlichen Unterschiedseffekte zu den bilanziellen Aktiva dargestellt.

in Mrd. €



Das gesamte Current Credit Exposure des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2007 128,9 Mrd. €. Dabei entfielen 41,6 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von 87,3 Mrd. € im Current Credit Exposure enthalten.

Der überwiegende Teil des Current Credit Exposure entfiel auf die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft, Zinsmanagement und Immobilienfinanzierung, wobei der auf das Kapitalmarktgeschäft entfallende Teil aus weitgehend risikoarmen Treasury-Positionen

bestand. Auch das strategische Geschäftsfeld Immobilien enthält neben den Hypothekendarlehen risikoarmes Treasury-Geschäft der Berlin Hyp.

Neben dem Current Credit Exposure wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

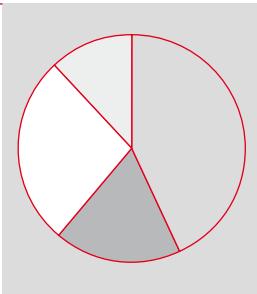
Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des Current Credit Exposures ergab sich für den Konzern zum 31. Dezember 2007 folgende Aufteilung nach den Strategischen Geschäftsfeldern:

#### STRATEGISCHES GESCHÄFTSFELD

in Mio. €	Current Credit Exposure			Summe
	Credit Exposure	Kreditrisiken	Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer-risiken	
Privatkunden	8.937,1	3.181,8	0,0	3.181,8
Firmenkunden	7.281,6	5.466,7	0,0	5.466,7
Immobilien	54.635,0	29.466,4	21.977,1	51.443,5
davon: Hypothekendarlehen	27.170,8	26.360,6	0,0	26.360,6
Kapitalmarktgeschäft	55.971,6	3.463,1	52.120,3	55.583,4
Zinsmanagement	13.201,1	1,1	13.199,4	13.200,5
<b>Gesamt</b>	<b>140.026,4</b>	<b>41.579,1</b>	<b>87.296,8</b>	<b>128.875,9</b>

# Risikobericht

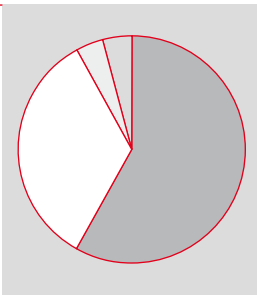
Regionale Verteilung der Kreditrisiken (41,6 Mrd. €)



Alte Bundesländer	27 %
Neue Bundesländer	12 %
Berlin	43 %
Ausland	18 %
Sonstige	0 %

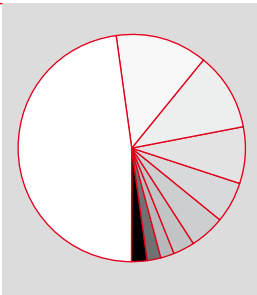
Entsprechend der Risikostrategie geht der Konzern vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik ein. Dagegen führt das Kapitalmarktgeschäft strategiekonform überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im Ausland und den alten Bundesländern.

Regionale Verteilung der Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer-risiken (87,3 Mrd. €)



Alte Bundesländer	34 %
Neue Bundesländer	4 %
Berlin	4 %
Ausland	58 %
Sonstige	0 %

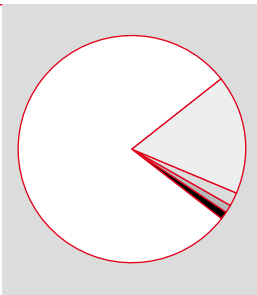
Kreditrisiken (41,6 Mrd. €)



Immobilienfinanzierung	48 %
Enthaftetes Geschäft	13 %
Kreditgewerbe	11 %
Privatpersonen	8 %
Dienstleistungen	6 %
Handel & Gewerbe	5 %
Gebietskörperschaften	3 %
Gesundheit & Soziales	2 %
Beteiligungsgesellschaften	2 %
Sonstige	2 %

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild: Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und Kontrahentenrisiken werden insbesondere mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer-risiken (87,3 Mrd. €)

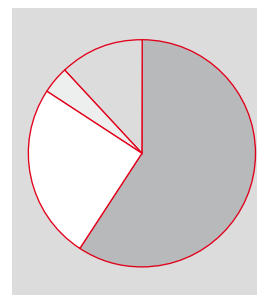


Kreditgewerbe	79 %
Gebietskörperschaften	17 %
Dienstleistungen	2 %
Handel & Gewerbe	1 %
Sonstige	1 %



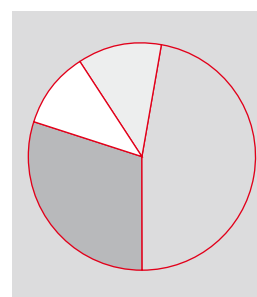
Die volumengewichtete Restlaufzeit liegt bei Kreditrisiken über der bei Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken.

0 bis 3 Monate	25 %
3 Monate bis 1 Jahr	4 %
1 Jahr bis 5 Jahre	12 %
über 5 Jahre	59 %



Restlaufzeiten  
der Kreditrisiken  
(41,6 Mrd. €)

0 bis 3 Monate	11 %
3 Monate bis 1 Jahr	12 %
1 Jahr bis 5 Jahre	47 %
über 5 Jahre	30 %



Restlaufzeiten  
der Emittenten-,  
Kontrahenten-,  
Kreditnehmer-  
risiken  
(87,3 Mrd. €)

### Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten durchgeführt.

### Kreditrisikomessverfahren

Als zentraler Parameter für die Bestimmung der Kreditrisiken wird die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Engagements unter Zuhilfenahme von Rating- und Scoringverfahren ermittelt. Jedes dieser Ratingverfahren dient dem Zweck, für bestimmte Kreditnehmergruppen die Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis statistischer Verfahren valide zu schätzen. Für Privatkunden kommen Scoringverfahren zur Anwendung, die der Konzern im Rahmen seiner Zusammenarbeit mit dem DSGV entwickelt hat.

Im Firmenkundenbereich wird bei Firmen bis zu einem Nettoumsatz von 500 Mio. € ein mit dem DSGV entwickeltes Verfahren eingesetzt. Bei Immobilienfinanzierungen findet das DSGV-Immobilienrating Anwendung. Dieses ermittelt sowohl ein Bonitätsrating des Kunden analog zum DSGV-Firmenkundenrating als auch ein Objektrating basierend auf einer Cashflow-Betrachtung der Immobilie.

## Risikobericht

Gemeinsam mit den anderen Landesbanken wurden acht Ratingverfahren entwickelt, die die spezifischen Anforderungen bei der Risikoeinschätzung der Kundengruppen der Landesbanken berücksichtigen. Das Corporate Rating findet bei großen inländischen Firmenkunden (ab 500 Mio. € Nettoumsatz) und bei ausländischen Firmenkunden Anwendung. Für Banken, Versicherungen und Leasinggesellschaften stehen eigene Bewertungsverfahren zur Verfügung. Für Flugzeug- und Projektfinanzierungen werden gesonderte Verfahren eingesetzt, bei denen das Ausfallrisiko auf der Grundlage der Simulation von Cashflows beurteilt wird. Für internationale Gebietskörperschaften, Länder und Branchen sind ebenfalls spezifische Systeme entwickelt worden und befinden sich im Einsatz.

Alle im Konzern eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren unterliegen einer permanenten Qualitätskontrolle durch das Kreditrisikocontrolling. Die Weiterentwicklung und Pflege erfolgt durch die S-Rating und Risikosysteme GmbH sowie die Rating Service Unit GmbH & Co. KG. Der Konzern arbeitet dort in allen relevanten Arbeitskreisen und Gremien mit.

Die Ratingverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß der Ausfalldefinition nach Basel II kalibriert. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit werden sie einer der 25 Klassen der DSGV-Masterskala zugeordnet.

Die wesentlichen Ratingverfahren wurden im Rahmen der Zulassungsprüfung zum „Internal Rating Based Approach“ unter Basel II durch die Bankenaufsicht analysiert und abgenommen.

Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Die Zuordnung der Ratingklassen zu Ausfallwahrscheinlichkeiten gewährleistet die Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Die Kreditvergaberichtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans,
- Sub-Performing Loans,
- Non-Performing Loans,

wobei Non-Performing Loans entsprechend den Basel II-Kriterien als „ausgefallen“ gelten.

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolios mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells durchgeführt. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Gesamtrisikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sehr sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die Abbildung des Risikos wird durch eine stochastische Modellierung der Verlustquoten (zum Beispiel der Sicherheitenerlöse) verfeinert.

### **Kreditüberwachung**

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh erkennen und proaktiv managen zu können. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, in denen separat zu untersuchende Kreditnehmer aufgeführt werden.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung ständig, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft und insbesondere die Kreditprozesse des Konzerns werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

### **Risikobeschränkung**

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert. Hierfür werden neben den Portfoliobetrachtungen auf Grundlage des Credit-Value-at-Risk-Modells Länderrisiken über eigene Limite gesteuert.

### **Einzelkreditnehmer-Limite**

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer in den Dimensionen Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen Controllingprozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Bearbeitung und die Entscheidung größerer Engagements erfolgen dabei grundsätzlich vom Marktfolgebereich.

### **Portfoliosteuerung**

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Dazu existieren Limite für den Erwarteten wie auch den Unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolios der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

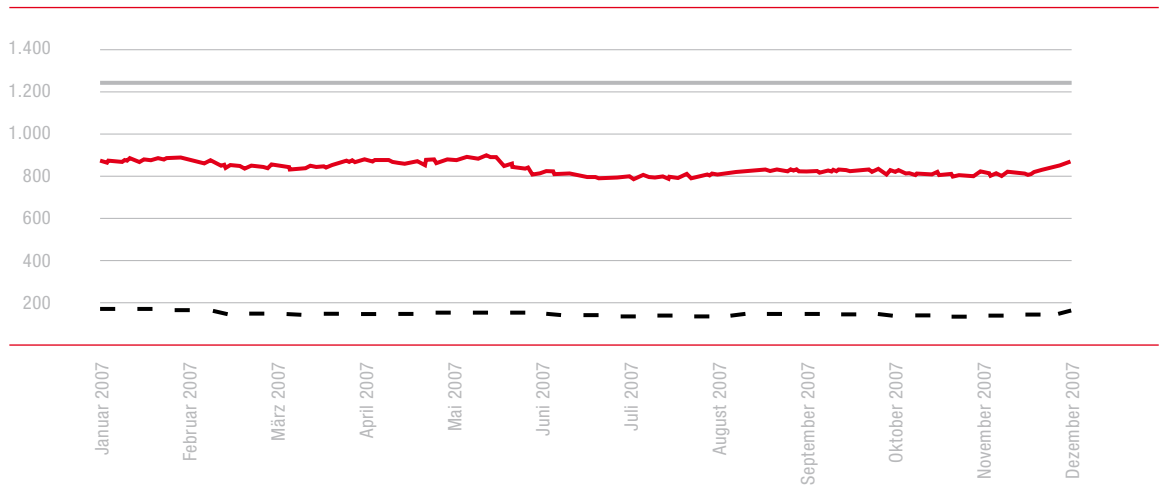
Der Unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der Erwartete Verlust, der Unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2007 dargestellt.

# Risikobericht

## CREDIT-VALUE-AT-RISK-KENNZAHLEN

in Mio. €

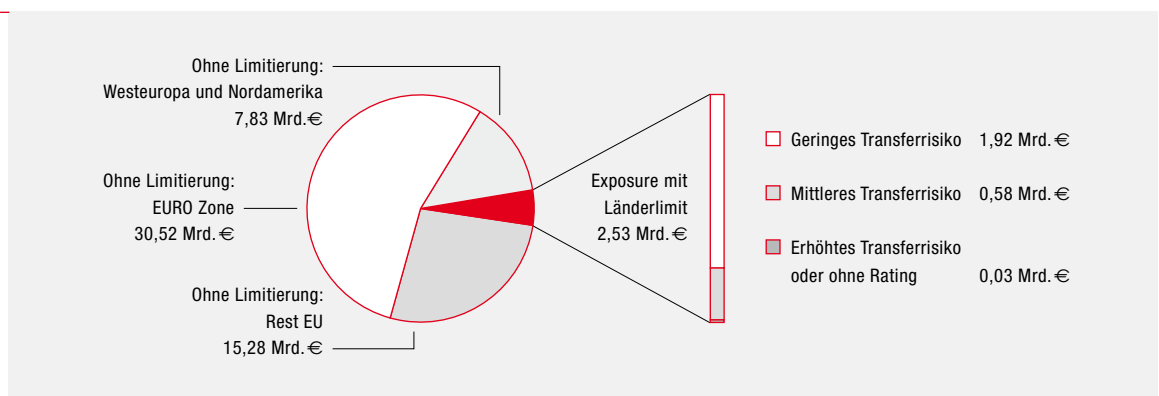
■ Unerwarteter Verlust ■ Limit des Unerwarteten Verlusts ■ Erwarteter Verlust



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limit-höhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Länderlimite beschränken das Current Credit Exposure nach Berücksichtigung der Sicherheiten, das so genannte Netto-Current Credit Exposure. Wie in der folgenden Grafik dargestellt, entfallen von diesem Auslandsvolumen 95 % auf Länder in Westeuropa und Nordamerika mit bester Bonität (das heißt mit einer internen Ratingeinstufung besser als 1 (AA-)). Diese unterliegen keiner Limitierung.

Auslandsvolumen:  
Netto-Current  
Credit Exposure



Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements, für die

der Gesamtvorstand zuständig ist, ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

## KREDITRISIKO

in Mio. €	Alter < 1 Jahr	Alter 1 – 5 Jahre	Alter 5 – 10 Jahre	Alter > 10 Jahre	Summe	Sicherheiten <sup>1)</sup>	Wertberichtigungen <sup>2)</sup>
<b>Good Loans:</b> Current Credit Exposure	10.393,4	8.770,1	8.602,9	8.745,6	36.512,0	26.913,5	
davon in Verzug	90,2	505,9	711,4	822,9	2.130,4		
davon rückständige Leistungen	0,5	7,4	32,7	69,1	109,7		125,0
<b>Sub-Performing:</b> Current Credit Exposure	92,3	182,5	81,7	71,0	427,5	253,8	
davon in Verzug	2,7	12,6	12,6	4,2	32,1		
davon rückständige Leistungen	0,1	5,9	–	–	6,0		
<b>Non-Performing:</b> Current Credit Exposure	269,6	879,7	948,5	2.541,8	4.639,6	3.331,4	1.321,4
davon in Verzug	11,7	46,5	119,4	562,7	740,3		
davon rückständige Leistungen	0,1	3,0	10,1	259,4	272,6		
<b>Gesamt</b>	<b>10.755,3</b>	<b>9.832,3</b>	<b>9.633,1</b>	<b>11.358,4</b>	<b>41.579,1</b>	<b>30.498,7</b>	<b>1.446,4</b>
davon in Verzug	104,6	565,0	843,4	1.389,8	2.902,8		
davon rückständige Leistungen	0,7	16,3	42,8	328,5	388,3		

<sup>1)</sup> gemäß Regelwerk anerkannte Sicherheiten sowie weitere wirtschaftlich anrechenbare Absicherungen (z.B. Erwartete Erlöse von Inkasso-Diensten)

<sup>2)</sup> bei Good Loans und Sub-Performing Loans: Portfolio- und Länderwertberichtigungen;

bei Non-Performing Loans: Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen

**Behandlung von Problemkrediten**

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche. Hier unterliegen gefährdete Kredite einer Sanierung bzw. einer Abwicklung. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem Current Credit Exposure in Höhe von 100,8 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung. Rettungserwerbe waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

In der obigen Tabelle findet sich eine Unterteilung des Portfolios mit Kreditrisiken nach Good Loans / Sub-Performing und Non-Performing Loans sowie nach Alter der Forderung. Zusätzlich werden die Exposure von Kreditnehmern, die in Verzug sind, aber nicht wertberichtigt wurden, ausgewiesen. Gleichzeitig wird die Höhe der rückständigen Leistungen für diese Teilportfolios wiedergegeben. Das Current Credit Exposure und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Non-Performing Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Aufgrund der weitgehend risikoarmen Struktur der Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmer Risiken bestehen dort so gut wie keine Sub- oder Non-Performing Loans.

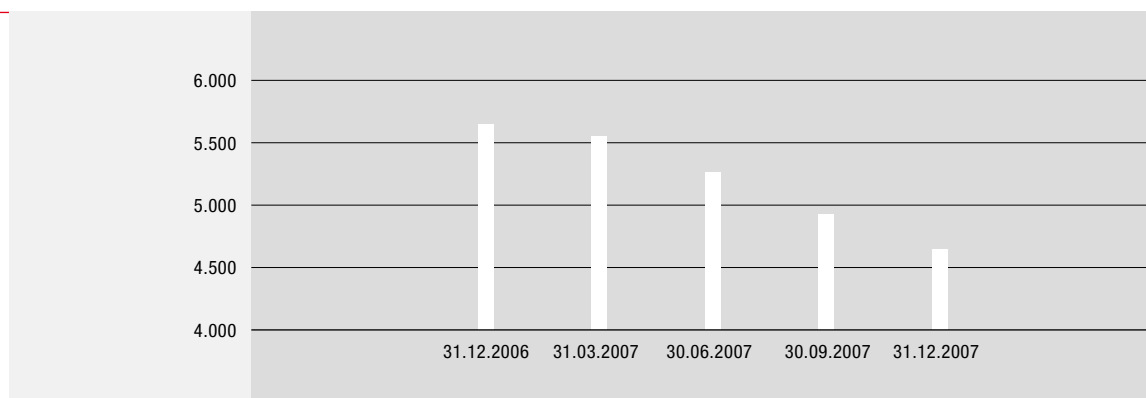
**EMITTENTEN-, KONTRAHENTEN- UND KREDITNEHMERRISIKEN**

	in Mio. €	in %
<b>Good Loans:</b>		
Current Credit Exposure	87.287,9	99,99
<b>Sub-Performing:</b>		
Current Credit Exposure	8,2	0,01
<b>Non-Performing:</b>		
Current Credit Exposure	0,6	0,00
<b>Gesamt</b>	<b>87.296,7</b>	<b>100,00</b>

# Risikobericht

in Mio. €

Current Credit  
Exposure der  
Non-Performing  
Loans



Der Anteil der Non-Performing Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, am Gesamtexposure des Konzerns ging auch in 2007 weiter zurück. Er betrug zum 31. Dezember 2007 3,6% des Current Credit Exposures. Die obige Grafik verdeutlicht den Rückgang der Non-Performing Loans in den letzten Quartalen.

## Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst auch die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfolio-betrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung gehen die gegebenenfalls veränderten Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisikomessverfahrens (zum Beispiel Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) ein.

## Anteileignerrisiken

Die Anteileignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Güte der Risikobestimmung. Im Berichtsjahr wurden Szenariobetrachtungen, zum Beispiel Ausfall der Gesellschaft mit dem höchsten Exposure, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand der LBB wird monatlich über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, werden folgende Teilportfolios gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Die Risiken aus Grundstücksgesellschaften, die in der Vergangenheit unter Anteilseignerrisiken ausgewiesen wurden, erscheinen in der Kategorie Immobilienrisiko. Darüber hinaus werden einige Gesellschaften nicht mehr dem Anteilseignerrisiko zugeordnet. Stattdessen erfolgt eine detailliertere, risikoartenbezogene Betrachtung und entsprechend der Ausweis unter Markt-, Immobilien- oder Adressenausfallrisiko, je nach Art der in der Gesellschaft vorhandenen Risiken. Insgesamt hat sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr im Konzern um 24 % reduziert.

### Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Es wird in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko unterteilt.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisiko-Messverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffern im Konzern gemäß „Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung)“, die mit dem 1. Januar 2007 in Kraft trat und den Grundsatz II ersetzt, betragen per 31. Dezember 2007:

Teilinstitut	2007	2006
Landesbank Berlin	1,61	1,88
Berlin Hyp	1,19	1,29

### Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für den Konzern ein deutlich über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling durchgeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zwecke der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei

getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus, als sie durch die Liquiditätsverordnung angenommen werden, und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve.

Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reporting zur Verfügung gestellt. Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2007 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.



### Steuerung der Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der oben beschriebenen Methodik zu verfügen.

### Risikokonzentrationen

Die Liquiditätsrisiko-Politik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu ca. 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird. Die Neuemissionen der LBB wurden 2007 strategiekonform in kürzeren Laufzeiten emittiert. Dabei wurde ein etwas höherer Anteil an Inlandsplatzierungen beobachtet.

Angaben aus der Bilanz (Passiva):

in %	2007	2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35,7	34,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20,8	20,0
Verbrieftete Verbindlichkeiten	21,5	22,9
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	15,4	15,1
Andere Passiva	6,6	7,4
<b>Bilanzsumme</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

### Restlaufzeitengliederung

Die Restlaufzeitengliederung ist dem Anhang „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ (Note 47) und „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ (Note 48) zu entnehmen.

### Marktpreisrisiken

Der Konzern geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstiger Preisrisiken in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

### Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Bereiche des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk<sup>1)</sup> (VaR)-Limite transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

<sup>1)</sup> 10-tägiges Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %

# Risikobericht

## MARKTPREISRIKOLIMITE UND -INANSPRUCHNAHMEN IM KONZERN 2007

in Mio. €	Capital-at-Risk Konzern 2007							
	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	31.12.2007	31.12.2006
Einheit								
Trading	23,78	20,04	14,27	13,55	42,95	34,54	81,29	40,00
Client Business	6,07	4,07	2,74	2,48	27,32	9,34	25,00	25,00
Treasury	46,92	21,93	12,17	5,62	110,48	36,08	160,00	60,00
Internationales Geschäft	2,74	1,68	1,88	1,30	4,03	2,93	5,00	5,00
<b>Kapitalmarktgeschäft</b>	<b>67,33</b>	<b>37,22</b>	<b>29,81</b>	<b>18,29</b>	<b>128,04</b>	<b>59,25</b>	<b>175,00</b>	<b>75,00</b>
Bankbuch Landesbank	22,07	28,73	8,03	10,60	41,96	43,60	150,00	250,00
Bankbuch Berlin Hyp	6,14	18,28	0,90	2,48	20,89	53,30	90,00	90,00
Sonstige Bankbücher	1,68	3,17	1,15	1,53	2,54	8,16	11,65	11,65
<b>Bankbuch</b>	<b>24,64</b>	<b>49,79</b>	<b>9,03</b>	<b>17,63</b>	<b>56,13</b>	<b>110,11</b>	<b>251,50</b>	<b>351,65</b>
<b>LBB Konzern (gesamt)</b>	<b>78,05</b>	<b>75,52</b>	<b>35,03</b>	<b>37,85</b>	<b>144,87</b>	<b>123,66</b>	<b>426,50</b>	<b>426,65</b>
Aktienrisiko	23,92	30,20	13,30	15,24	40,80	50,07		
Währungsrisiko	4,92	7,33	0,73	1,04	12,18	12,53		
Zinsrisiko	41,10	64,89	16,75	34,09	78,88	115,14		
Credit Spread-Risiko	42,20	20,42	11,21	2,88	97,59	41,25		
<b>LBB Konzern (gesamt)</b>	<b>78,05</b>	<b>75,52</b>	<b>35,03</b>	<b>37,85</b>	<b>144,87</b>	<b>123,66</b>		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzern-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

### Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommen eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der augenblicklichen Positionierung sowie szenarioweise Risikoberechnungen mit veränderten Korrelationen. Diese Darstellungen dienen dazu, Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden.

### Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berech-

nungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird insgesamt gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern ist gegenüber Zinsschwankungen weitgehend neutral aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Darüber hinaus werden Szenario-Berechnungen angestellt, bei denen die Auswirkungen einer allgemeinen Erhöhung der Zinsen um 100 Basispunkte auf das Gesamtportfolio des Konzerns ermittelt werden.

in Mio. €	Konzern	Landesbank Berlin	Berlin Hyp	Andere
Stresstest Ende 2007	-176,9	-152,7	-21,5	-2,7
Stresstest Ende 2006	-277,1	-223,7	-45,0	-8,4

### Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen im Währungsbereich ein. Das aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus Restbeträgen aus Kundengeschäften, aus der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

### Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

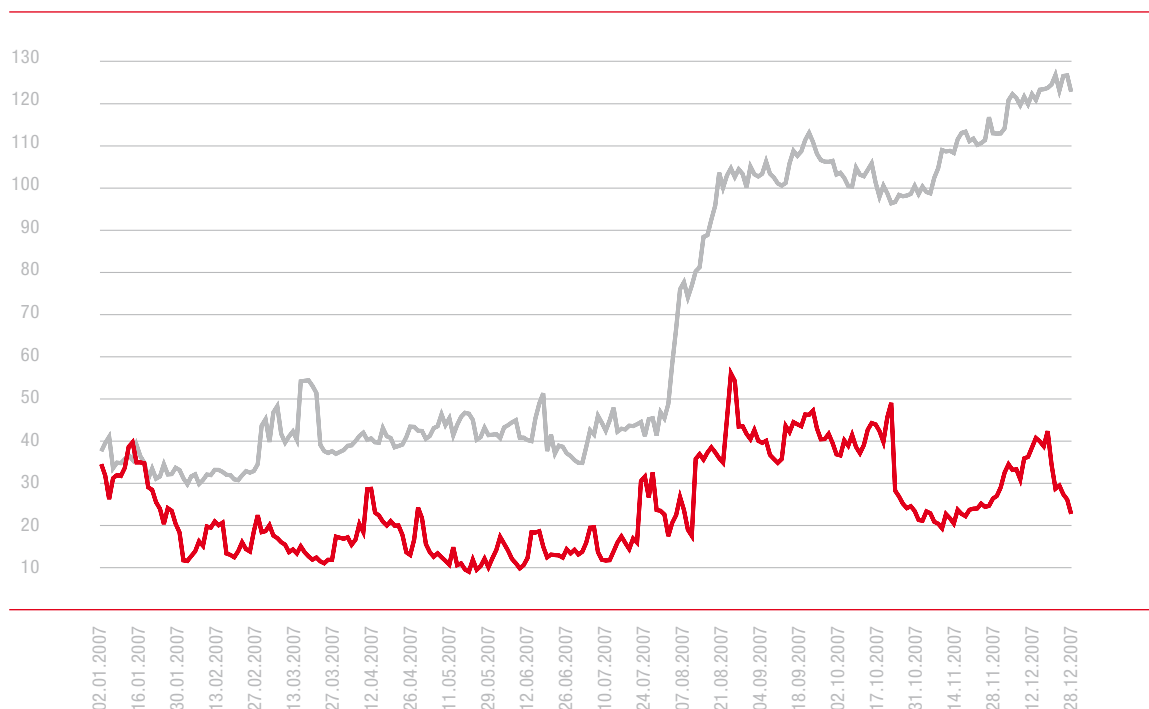
Im Jahresverlauf 2007 hielt der Konzern Bestände in Rentenfonds, Aktienfonds, Mischfonds, Hedgefonds und Immobilienfonds überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Hinzu kommen gesonderte Stresstests für Rentenfonds, Hedgefonds und Immobilienfonds.

Im Jahresverlauf 2007 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Handel; Limit 175 Mio. €) und das Bankbuch (Limit 251,5 Mio. €):

### MARKTPREISRISIKO DES KONZERNS

in Mio. €

■ Bankbuch ■ Kapitalmarktgeschäft



## **Steuerung der Marktpreisrisiken**

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimiten/-auslastungen, der Stresstests und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (zum Beispiel Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risiko-Controlling sowie für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für das Bankbuch erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwert-Veränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

## **Kontrolle der Marktpreisrisiken**

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten des Konzerns auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeines Produktkomitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen Produktkomitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

## **Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken**

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spread-Risiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt den Konzern in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der ca. 2.000 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstände berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das Marktrisiko-System des Konzerns deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

#### Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf

Die im Konzern eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen infolge der Subprime-Krise. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

#### Immobilienrisiken

Das Portfolio der eigenen Immobilien besteht aus Objekten, die im Anlagevermögen der Konzernbanken bilanziert werden oder sich in eigenen Grundstücksgesellschaften befinden. Des Weiteren zählen dazu die Immobilien, deren wirtschaftliches, nicht aber rechtliches Risiko dem Konzern zuzuordnen ist.

Hauptsächlich sind dies die so genannten Finance-Lease-Objekte wie zum Beispiel die Bürogebäude „Dienstleistungszentrum“ und „Alexanderhaus“.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem VaR-Verfahren gemessen. Das Exposure – aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte – der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt. Im Berichtsjahr wurden Szenario-Betrachtungen, zum Beispiel Veränderung der Volatilitäten, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis der eigenständigen Risikoart „Immobilienrisiken“, für die sowohl für den Konzern als auch die strategischen Geschäftsfelder (SGF) Limite festgelegt worden sind und deren Auslastung turnusmäßig überwacht wird. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2007 um ca. 10 Mio. € gesunken.

#### Operationelle Risiken

Im Konzern wird das operationelle Risiko gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken verstehen wir Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

# Risikobericht

## Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken liegt in zentraler Verantwortung im Bereich Controlling. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung eines Rahmenwerks operationeller Risiken, das heißt Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos, verantwortlich und sorgt für dessen Umsetzung und Anwendung. Außerdem befasst sie sich mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Risikovorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäfts- sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

## Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei werden das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt und Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle detaillierte Reports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird;
- die Szenario-Analyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird;
- die Schadensfallsammlung (intern/extern);
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren);
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht);
- ein Risikotransfer durch Versicherungsschutz für verschiedene Sachverhalte (zum Beispiel Vermögensschäden) ist installiert; derzeit wird der Einsatz einer speziellen Versicherung gegen OpRisk-Schadensfälle geprüft.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

### **Messung der operationellen Risiken – Angemessenheit der Eigenmittelausstattung**

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet der Konzern derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2007 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung in Höhe von 160 Mio. € ermittelt.

Der Konzern hat sein Modell zur Berechnung des internen Kapitals (ökonomischen Kapitals) weiter verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden,
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

Insbesondere zur besseren Einschätzung des Risikos aus Großschäden wurde die Szenarioanalyse verbessert und der Loss Distribution Approach (LDA) eingeführt. Der LDA ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthöhen, welches auf Schadensanalysen basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der oben genannten Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2007 einen Wert von 94 Mio. €, der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt wird.

Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der oben genannten Risiken zu erkennen. Im Jahr 2007 waren keine bestandsgefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

### **Personalrisiken**

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- Fluktuationsrisiko: Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- Verfügbarkeitsrisiko: Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- Qualifikationsrisiko: Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- Motivationsrisiko: Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert.

### **IT- und Systemrisiken**

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

# Risikobericht

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung der IT-Infrastruktur und -Verfahren ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit wird durch Orientierung an der ISO-Norm 17799 ständig aktualisiert und verfeinert. Der Konzern hat hierfür ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2007 stand die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher Anforderungen,
- Optimierung des Datenmanagements und der Datenqualität,
- Reduzierung struktureller Komplexität,
- Modernisierung, Konsolidierung und Integration der IT-Infrastruktur sowie IT-Verfahren und
- Einführung eines monatlichen Reportings nach IFRS.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte in erheblichem Umfang zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

## **Sicherheits- und Notfallpläne**

Für das Management von Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab etabliert, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Hierzu werden regelmäßig Übungen durchgeführt.

Weiterhin verfügt der Konzern vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für seine kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse.

Der Konzern hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit operationelle Risiken im Bereich Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

## **Outsourcing**

Im Rahmen der Konsultationsphase zur Anpassung und Integration bestehender Outsourcing-Richtlinien in die MaRisk hat der Konzern frühzeitig begonnen, erste sich abzeichnende neue Anforderungen an die Messung des Risikogehalts von Auslagerungen im Hause zu etablieren. Die Umsetzung der neuen Bestimmungen nach finaler Veröffentlichung in den MaRisk steht für das Jahr 2008 im Fokus. Dabei wird insbesondere auf eine verstärkte Einbindung in die Risikosteuerung und -überwachung der Bank Wert gelegt.



### Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

### Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den früheren Geschäftsberichten dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank)

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat im Jahr 2003 die Anteile an der Allbank an die GE Bank GmbH veräußert. Deren Rechtsnachfolgerin, die GE Money Bank GmbH, macht nunmehr Gewährleistungsansprüche aus dem Aktienkaufvertrag wegen drohender Verjährung im Wege einer Feststellungsklage geltend, für die Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet sind.

### Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den

wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 15 Mio. € pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Im Vorfeld des zwischenzeitlich erfolgten und mit Durchführung der am 1. Juni 2007 geschlossenen Abrechnungs- und Vergleichsvereinbarung zum IDL-Kaufvertrag abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Etwaigen Abwicklungsrisiken, die aus den insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV resultieren könnten, wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Jene Risiken, die im Konzern Landesbank Berlin Holding verblieben und der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) beziehungsweise der GfBI Immobilien Solutions GmbH (GfBI IS) zugeordnet wurden, insbesondere die Sachverhalte der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen, werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht.

## Risikobericht

Im Zusammenhang mit der Übertragung wurden verschiedene gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorgenommen. Die einschlägigen Bestimmungen des Aktienrechts bzw. des Umwandlungsrechts gewähren bei derartigen Umstrukturierungen den Gläubigern der betroffenen Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Sicherheitsleistung für ihre bestehenden Forderungen. Entsprechende Ansprüche wurden mittlerweile bei der Holding, der LBB, der GfBI und der GfBI IS angemeldet. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert, so dass eine Erweiterung der Verpflichtungen des Konzerns hierdurch nicht entstehen kann.

### Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds (IBV-Fonds) sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Holding, die LBB und weitere ehemalige Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder – in jeweils unterschiedlichen Konstellationen – gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die Fonds waren durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, nunmehr firmierend als Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe (IBV), initiiert worden.

Infolge der Unterbreitung von so genannten streitschlichtenden Angeboten, die im Rahmen der DetV gegenüber den Zeichnern von 15 IBV-Fonds im Jahre 2005 und weiteren 5 IBV-Fonds im Jahre 2007 erfolgten, haben die Zeichner mehrheitlich ihre Prospekthaftungsklagen zurückgenommen.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen letztinstanzlich obsiegen sollten, ist der Konzern Landesbank Berlin Holding gegen die Klagesummen im Ergebnis durch die Detailvereinbarung abgesichert.

Ferner hat eine Fondsgesellschaft, „LBB Fonds 13“, Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die Holding, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die Holding und die LBB haben der BOB und der IBV – Letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die Holding, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die Holding und die LBB ausreichend Risikoversorge getroffen.

### Sonstige Risiken

#### Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

## Prognosebericht / Ausblick

### Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Im Inland wird die Investitionsneigung 2008 überdurchschnittlich bleiben. Auch die Auslandsmärkte bieten deutschen Herstellern weiterhin gute Absatzchancen. Die US-Wirtschaft wird sich zwar weiter abschwächen, doch stehen dieser Entwicklung der Ausbau der Handelsbeziehungen mit den asiatischen Märkten und eine stärkere Nachfrage aus den ölproduzierenden Staaten gegenüber. Für zusätzlichen Antrieb im Inland sorgt 2008 der private Verbrauch, der sich aufgrund des Aufwärtstrends am Arbeitsmarkt nach Jahren beleben sollte.

Gleichwohl sind die konjunkturellen Risiken gestiegen. Obwohl die EZB auf weitere Leitzinserhöhungen verzichtete, gingen die Turbulenzen an den Finanzmärkten im zweiten Halbjahr 2007 mit einer deutlichen Verschärfung der Finanzierungskonditionen einher, die 2008 noch nachwirken wird. Darüber hinaus werden sich der hohe Außenwert des Euro und der Kaufkraftentzug im Zuge hoher Energiekosten negativ bemerkbar machen. Insgesamt dürfte die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland das Tempo der letzten beiden Jahre nicht halten können.

Die wirtschaftlichen Perspektiven der Region Berlin-Brandenburg sind für 2008 positiv. Im Verarbeitenden Gewerbe liegen die Auftragsbestände auf hohem Niveau. Zudem stützen die sich bessernde Beschäftigungslage, der boomende Berlin-Tourismus sowie Wachstumsimpulse aus Indien, China, Russland und den neuen EU-Ländern die konjunkturelle Entwicklung. Risiken bestehen im Hinblick auf die derzeit noch nicht quantifizierbaren Folgewirkungen der Subprime-Hypothekenkrise in den USA. Alles in allem bleibt die Einschätzung der Berliner Konjunktur für 2008 jedoch günstig, auch wenn die wirtschaftliche Gesamtleistung mit voraussichtlich 1,5 % etwas schwächer zulegen wird als 2007.

Auch strukturell haben sich die Wachstumschancen der Region in den letzten Jahren erweitert. Der Wirtschaftsstandort Berlin kann im nationalen Vergleich mittlerweile auf eine hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität sowie Erfolge bei der Produktivitätssteigerung verweisen. In Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen ist von einem Präsenzausbau speziell in innovativen Branchen auszugehen. Als Kompetenzfelder sind dabei die Bio- und Medizintechnik, die Verkehrstechnik, die Informations- und Kommunikationstechnik im Verbund mit dem Medienbereich sowie die Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg hervorzuheben. Berlin hat hier in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für Unternehmen deutlich verbessert. So ist die jährliche Wachstumsrate der Betriebe in Berlin über alle Zukunftsbranchen seit 2002 deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

## Prognosebericht / Ausblick

Während die Aussicht für die Gesamtwirtschaft durchaus positiv ist, bleiben die Rahmenbedingungen für das Kreditgewerbe schwierig. Die Zinsstrukturkurve dürfte auch künftig die Ertragspotenziale aus der Fristentransformation begrenzen. Darüber hinaus hält der Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt bei gleichzeitig intensiverer Marktdurchdringung durch ausländische Institute an.

### Geschäftliche Ausrichtung

Der Konzern Landesbank Berlin ist unverändert darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen und durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin und Umland, jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte, eine kleinteilige Unternehmensstruktur und einen zwar wieder belebten, aber noch immer schwächer entwickelten Immobilienmarkt. Die inzwischen erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäfts sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Durch die neue Eigentümerstruktur können sich zusätzliche Marktchancen aus der Zusammenarbeit mit anderen deutschen Sparkassen ergeben.

Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert: Operatives Ergebnis/Ergebnis vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität<sup>1)</sup> und Cost-Income-Ratio. Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittelausstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

### Entwicklung der Geschäftssegmente

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktumfelds sowie der beschriebenen allgemeinen Ausrichtung sind in den einzelnen Geschäftssegmenten folgende Entwicklungen zu erwarten.

#### Private Kunden

Drei Schwerpunkte werden im Geschäft mit privaten Kunden verfolgt. Mit der Verstärkung der Kundenbindung soll durch Ausweitung der Girokontennutzer die Geschäftsbasis weiter verbreitert werden. Zudem liegt der Fokus auf der Stärkung des Anlagegeschäfts und der Intensivierung im Bereich der Konsumentenfinanzierung. Die Erhöhung der Kundendurchdringung (cross-selling) soll über die Hebel Wertpapiergeschäft und Aktivgeschäft in Ratenkrediten zu Ertragssteigerungen führen. Weiterhin wird das überregionale Kartengeschäft durch den bereits erfolgten und weiteren Ausbau von Co-Brandings, insbesondere auch mit Bezug zum Onlinegeschäft, steigende Ergebnisbeiträge ermöglichen. Mit der netbank haben wir die Möglichkeit, unseren überregionalen Kreditkartenkunden weitere Bankprodukte anzubieten.

Das Kerngeschäft der Berliner Sparkasse wird sich positiv weiterentwickeln und in den kommenden zwei Jahren zu einer Eigenkapitalrentabilität im Segment von ungefähr 45 % führen.

<sup>1)</sup> Die Eigenkapitalrendite ist der Quotient aus „operativem Ergebnis“ und „Gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital wird aus einer 6%igen Anrechnung der durchschnittlichen Risikopositionen nach KWG sowie der Anrechnung von operationellen Risiken in Anlehnung an den Standardsatz Basel II ermittelt.

**Firmenkunden**

Im Firmenkundengeschäft liegen die strategischen Ansatzpunkte zur weiteren Ergebnisverbesserung in der Erhöhung der Marktreichweite (Gewinnung neuer Kunden) und der Steigerung der Kundendurchdringung. Schwerpunkte sind das Kreditgeschäft und die Erhöhung der Provisionserträge. Letzteres wird durch den verstärkten Absatz derivativer und innovativer Produkte sowie eine weitere Optimierung in den Preismodellen des Zahlungsverkehrs erreicht.

Das Kerngeschäft der Landesbank Berlin und der Berliner Sparkasse wird den positiven Trend der vergangenen Jahre fortsetzen. In den nächsten zwei Jahren wird eine Eigenkapitalrentabilität von knapp 20 % erwartet.

**Kapitalmarktgeschäft**

Im Bereich Client Business werden die Vertriebsaktivitäten mit Banken, Institutionellen und anderen Finanzdienstleistern fortgesetzt. Im Verhältnis zu den Sparkassen sollten einige Hürden nach dem Abschluss der Privatisierung und der dauerhaften Zugehörigkeit zum Sparkassensektor beseitigt sein. Weiterhin wird die Verzahnung mit unseren Privat-, Firmen- und Immobilienfinanzierungskunden intensiviert und die Interaktion mit dem Internationalen Geschäft erweitert. Dieses wird in der Zielregion Zentral- und Osteuropa mit dem Schwerpunkt in Handels- und Exportfinanzierungen unverändert fortgeführt.

Die Marktposition der LBB-INVEST wird auch durch zusätzliche externe Vertriebsvereinbarungen ausgebaut und das hohe Wachstumstempo insbesondere bei Publikumsfonds aufrechterhalten. Dabei wird das Profil innerhalb der Sparkassenorganisation geschärft.

Der Bereich Treasury und Trading setzt weiterhin auf abgegrenzte kurzfristige Handelsstrategien, die eine flexible Reaktion auf aktuelle Marktentwicklungen ermöglichen, in Kombination mit langfristigen, breit diversifizierten Investmentstrategien. Insgesamt werden die nicht volatilen Erträge im Kapitalmarktgeschäft ein weiter zunehmendes Gewicht bekommen. Trotzdem bleibt der Ergebnisverlauf dieses Geschäftssegments in erheblichem Maße von der Entwicklung der Märkte abhängig, so dass hier stärkere Ergebnisschwankungen auftreten können als in den anderen Segmenten. Da sich die Kapitalbindung durch das Volumenwachstum insbesondere der Investmentstrategien merklich erhöht, gehen wir für das Gesamtsegment von einer erzielbaren Eigenkapitalrentabilität von etwa 15 % aus.

**Immobilienfinanzierung**

Die strategische Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung bleibt unverändert auf bundesweite Investoren-Finanzierung und innovative Finanzierungsstrukturen ausgerichtet. Zur Nutzung zusätzlicher Chancen im Ausland haben wir in London, Warschau und Prag Büros eröffnet und für den Benelux-Markt sind wir in den Niederlanden eine Vertriebskooperation eingegangen. Dies wird uns bei unserem Ziel der Ausweitung des Immobilienkreditbestands und der Qualitätsverbesserung der Kreditportfolios durch die regionale Diversifizierung und Risikoverteilung unterstützen. Die Eigenkapitalrentabilität soll sich zwischen 15 % und 20 % bewegen.

## Prognosebericht / Ausblick

### Soll / Ist-Vergleich

Das für 2007 anvisierte Ziel einer Eigenkapitalrentabilität von mehr als 12 % wurde mit 11,5 % nahezu erreicht.

Im Geschäftsjahr 2007 machte sich nach zunächst gutem Verlauf die Krise an den Anleihemärkten deutlich negativ bemerkbar. Spread-Ausweitungen, insbesondere bei Emissionen von Banken, führten zu erheblichen Bewertungsverlusten im Wertpapierportfolio. Im primär betroffenen Subprime-Segment der Hypothekenkredite in den USA ist der Konzern Landesbank Berlin Holding direkt nicht engagiert.

### Schätzverfahren

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns Landesbank Berlin Holding liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2008 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2012 erwarten wir eine zwar positive, aber im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung in unserer Kernregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve im Mittel flacher sein wird als in den vergangenen Jahren. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmenbedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Hierin wurden die Ziele hinsichtlich Kunden und Marktstellung, Neugeschäft, Erträgen und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten detailliert.

### Mittelfristplanung

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung unserer Kerngeschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2012 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde. Die Auswirkungen der Änderung des Körperschaftsteuersatzes im Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 wurden berücksichtigt.

Das Jahr 2008 wird das erste volle Geschäftsjahr nach dem Abschluss aller Restrukturierungsmaßnahmen und der Privatisierung des Konzerns. Daher können sich das Management und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll auf den Ausbau der Marktstellung konzentrieren; so soll das Kosten-, Risiko- und Qualitätsmanagement konsequent auf dem bereits hohen Niveau fortgesetzt werden.

### Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Konzern Landesbank Berlin Holding erzielt nach der Privatisierung positive operative Ergebnisse. Die Vermögenslage des Konzerns ist geordnet. In einem schwierigen Branchenumfeld und trotz starken Wettbewerbsdrucks sieht der Vorstand den Konzern strategisch gut aufgestellt. In allen vier Geschäftsfeldern bestehen Wachstumspotenziale, die eine stabile Ergebnisentwicklung im Kundengeschäft erwarten lassen. Angesichts der anhaltenden Verwerfungen an den Finanzmärkten rechnet der Konzern Landesbank Berlin Holding mit Belastungen für das Gesamtergebnis.

# Jahresabschluss des Konzerns

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding .....	100
Bilanz des Konzerns Landesbank Berlin Holding .....	101
Entwicklung des Konzerneigenkapitals .....	102
Kapitalflussrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding .....	103
Anhang des Konzerns Landesbank Berlin Holding .....	105

# Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

	1.1. – 31.12.	1.1. – 31.12.	Veränderung	
	2007	2006 <sup>1)</sup>	Mio. €	in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Zinsüberschuss	815	743	72	10
Zinserträge	6.210	5.535	675	12
Zinsaufwendungen	5.395	4.792	603	13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-53	118	-171	< -100
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	868	625	243	39
Provisionsüberschuss	297	368	-71	-19
Provisionserträge	429	459	-30	-7
Provisionsaufwendungen	132	91	41	45
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	3	3	0	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	-45	186	-231	< -100
Ergebnis aus Finanzanlagen	-4	50	-54	< -100
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	12	-4	16	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	119	636	-517	-81
Verwaltungsaufwendungen	965	1.115	-150	-13
<b>Operatives Ergebnis vor Restrukturierung</b>	<b>285</b>	<b>749</b>	<b>-464</b>	<b>-62</b>
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	6	35	-29	-83
<b>Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern</b>	<b>291</b>	<b>784</b>	<b>-493</b>	<b>-63</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	71	97	-26	-27
<b>Konzernüberschuss / Ergebnis nach Steuern</b>	<b>220</b>	<b>687</b>	<b>-467</b>	<b>-68</b>
Konzernfremden Gesellschaftern zustehende Gewinne / Verluste	19	25	-6	-24
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens	201	662	-461	-70
<b>Ergebnis je Aktie</b>	<b>1.1. – 31.12. 2007</b>	<b>1.1. – 31.12. 2006<sup>1)</sup></b>	<b>Veränderung</b>	<b>in %</b>
Konzernüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	201	662	-461	-70
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	986.246.150	13.081.720	1
Gewinn je Aktie (€) <sup>2)</sup>	0,20	0,67	-0,47	-70

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

<sup>2)</sup> verwässertes / unverwässertes Ergebnis



# Bilanz des Konzerns Landesbank Berlin Holding

zum 31. Dezember 2007

## Aktiva

	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Barreserve	986	955	31	3
Forderungen an Kreditinstitute	26.514	28.357	-1.843	-6
Forderungen an Kunden	47.003	50.904	-3.901	-8
Risikovorsorge	-1.411	-1.825	414	23
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	397	318	79	25
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	13.637	14.652	-1.015	-7
Finanzanlagen	50.696	43.538	7.158	16
Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	129	74	55	74
Immaterielle Vermögenswerte	665	650	15	2
Sachanlagen	583	613	-30	-5
Investment Properties	82	83	-1	-1
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	85	128	-43	-34
Latente Ertragsteueransprüche	800	798	2	0
Sonstige Aktiva	1.915	2.270	-355	-16
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	66	110	-44	-40
<b>Gesamt</b>	<b>142.147</b>	<b>141.625</b>	<b>522</b>	<b>0</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

## Passiva

	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.686	48.935	1.751	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.552	28.367	1.185	4
Verbrieftete Verbindlichkeiten	30.517	32.358	-1.841	-6
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	985	1.090	-105	-10
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	21.893	21.434	459	2
Rückstellungen	1.270	1.463	-193	-13
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	199	167	32	19
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	32	73	-41	-56
Sonstige Passiva	1.018	1.778	-760	-43
Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	1	8	-7	-88
Nachrangkapital	3.163	3.328	-165	-5
davon: Stille Einlagen	700	700	0	0
Eigenkapital	2.831	2.624	207	8
Gezeichnetes Kapital	2.554	2.554	0	0
Kapitalrücklage	77	77	0	0
Gewinnrücklagen	-143	-395	252	64
Neubewertungsrücklagen	-182	137	-319	<-100
Rücklage aus Währungsumrechnung	-2	1	-3	<-100
Anteile im Fremdbesitz	414	97	317	>100
Bilanzgewinn /-verlust	113	153	-40	-26
<b>Gesamt</b>	<b>142.147</b>	<b>141.625</b>	<b>522</b>	<b>0</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

## Entwicklung des Konzerneigenkapitals

in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

Mio. €	Gezeichnetes Kapital <sup>1)</sup>	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neubewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
<b>Eigenkapital zum 31.12.2005</b>	<b>2.484</b>	<b>15</b>	<b>-515</b>	<b>1</b>	<b>250</b>	<b>36</b>	<b>-370</b>	<b>1.901</b>
Eigene Aktien	70	62						132
Konzernjahresüberschuss						25	660	685
Erfasste Erträge und Aufwendungen			-19		-113			-132
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			135			36	-137	34
<b>Eigenkapital zum 31.12.2006</b>	<b>2.554</b>	<b>77</b>	<b>-399</b>	<b>1</b>	<b>137</b>	<b>97</b>	<b>153</b>	<b>2.620</b>

<sup>1)</sup> unter Berücksichtigung eigener Anteile

Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus Währungs-umrechnung	Neubewertungs-rücklagen	Anteile im Fremdbesitz	Bilanz-gewinn / -verlust	Eigenkapital gesamt
<b>Eigenkapital zum 31.12.2006</b>	<b>2.554</b>	<b>77</b>	<b>-399</b>	<b>1</b>	<b>137</b>	<b>97</b>	<b>153</b>	<b>2.620</b>
Anpassungen gemäß IAS 8			4					4
<b>Eigenkapital zum 31.12.2006 angepasst</b>	<b>2.554</b>	<b>77</b>	<b>-395</b>	<b>1</b>	<b>137</b>	<b>97</b>	<b>153</b>	<b>2.624</b>
Veränderung Gewinnrücklagen			90				-90	0
Ausschüttungen							-60	-60
Konzernjahresüberschuss						19	201	220
Erfasste Erträge und Aufwendungen			72		-308			-236
Veränderungen im Konsolidierungskreis und sonstige Veränderungen			90	-3	-11	298 <sup>2)</sup>	-91	283
<b>Eigenkapital zum 31.12.2007</b>	<b>2.554</b>	<b>77</b>	<b>-143</b>	<b>-2</b>	<b>-182</b>	<b>414</b>	<b>113</b>	<b>2.831</b>

<sup>2)</sup> darunter 187 Mio. € aus Erstkonsolidierung Albatros Select Fund und 68 Mio. € aus Erstkonsolidierung Keppler Global Value

### Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen

Die direkt im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen umfassen die Veränderungen der Neubewertungsrücklage aus Marktbewertung der Available-for-Sale-Papiere mit -428 Mio. € und Cashflow-Hedge-Veränderungen in Höhe von -32 Mio. € sowie Veränderungen der Gewinnrücklagen aufgrund der Neubewertung der Pensionsverpflichtungen in Höhe von 100 Mio. €. Die latenten Steuern auf direkt mit dem Eigenkapital verrechnete Wertänderungen betragen 124 Mio. €, so dass sich saldiert eine Minderung des Eigenkapitals um 236 Mio. € ergibt.

Unter Berücksichtigung des Konzernjahresüberschusses ergibt sich ein Gesamtwert gemäß IAS 1.96 für das Geschäftsjahr in Höhe von -16 Mio. €; davon entfallen auf Anteilseigner des Mutterunternehmens -14 Mio. € und auf konzernfremde Gesellschafter -2 Mio. €.

# Kapitalflussrechnung des Konzerns Landesbank Berlin Holding

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007

Mio. €	2007	2006 <sup>1)</sup>
<b>Konzernjahresüberschuss</b>	<b>220</b>	<b>687</b>
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	37	188
Veränderungen der Rückstellungen (nur Zuführung und Auflösung)	70	69
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-16	-429
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz-, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-34	-71
Sonstige Anpassungen (per Saldo)	-663	-1.492
<b>Zwischensumme</b>	<b>-386</b>	<b>-1.048</b>
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	1.885	-1.928
Forderungen an Kunden	3.486	354
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	1.103	1.988
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	239	638
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	-20.095	-19.719
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen der operativen Tätigkeit	12.828	17.496
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.705	4.498
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	618	783
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.895	-1.214
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen	645	-3.613
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-952	-268
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.228	5.970
Gezahlte Zinsen	-5.383	-4.950
Ertragsteuerzahlungen	86	-82
<b>Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>	<b>112</b>	<b>-1.095</b>
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	96	391
Sachanlagen	5	269
Immateriellen Vermögenswerten	1	6
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen der Investitionstätigkeit	-4	-323
Sachanlagen	-23	-44
Immateriellen Vermögenswerten	-16	-23
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenden Zahlungsmittelbestands	57	490
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen nach Abzug des übertragenden Zahlungsmittelbestands	-16	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	0	0
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>100</b>	<b>766</b>
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	0
Dividendenzahlungen	-60	0
Mittelzuflüsse aus Nachrangkapital	40	58
Mittelabflüsse aus Nachrangkapital	-161	-53
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	0
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-181</b>	<b>5</b>
<b>Zahlungsmittelbestand zum Beginn der Vorperiode</b>	<b>955</b>	<b>1.279</b>
Cashflow aus operativer Tätigkeit	112	-1.095
Cashflow aus Investitionstätigkeit	100	766
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-181	5
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
<b>Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode</b>	<b>986</b>	<b>955</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Der **Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit** wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit umfassen im Wesentlichen die Zahlungsströme aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen, aus Finanzanlagen, die dem operativen Geschäft zugeordnet werden, sowie aus Zahlungsströmen für gezahlte und erhaltene Zinsen. Hierin enthalten sind insbesondere die Zins- und Dividendenerträge, die Zinsaufwendungen und die Ertragsteueraufwendungen.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und Immateriellen Vermögenswerten sowie aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

In der **Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit** werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern auch die Veränderungen der nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Der ausgewiesene **Zahlungsmittelbestand** umfasst die Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand und dem Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

# Notes – Inhalt

## **Allgemeine Angaben (Notes)**

1	Grundlagen der Berichterstattung	107
2	Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften	107
3	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	108
4	Konsolidierungsgrundsätze	109
5	Konsolidierungskreis	110
6	Segmentberichterstattung	112

## **Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)**

7	Finanzinstrumente	117
8	Barreserve	121
9	Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	121
10	Immaterielle Vermögenswerte	122
11	Sachanlagen	122
12	Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert	122
13	Leasinggeschäft	123
14	Investment Properties	124
15	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	124
16	Rückstellungen	125
17	Ertragsteuern	125
18	Nachrangkapital	126
19	Eigenkapital	126
20	Außerbilanzielles Geschäft	127

## **Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)**

21	Zinsüberschuss	128
22	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	128
23	Provisionsüberschuss	129
24	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)	129
25	Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten	130
26	Ergebnis aus Finanzanlagen	130
27	Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	131
28	Sonstiges betriebliches Ergebnis	131
29	Verwaltungsaufwendungen	132
30	Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	133
31	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	134
32	Ergebnis je Aktie	135

# Notes – Inhalt

## Angaben zur Bilanz (Notes)

33	Barreserve	136
34	Forderungen an Kreditinstitute	136
35	Forderungen an Kunden	137
36	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	138
37	Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	140
38	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	140
39	Finanzanlagen	141
40	Nach der Equity-Methode bewertete Anteile	142
41	Immaterielle Vermögenswerte	143
42	Sachanlagen	143
43	Investment Properties	144
44	Ertragsteueransprüche	145
45	Sonstige Aktiva	145
46	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen	146
47	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	146
48	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	147
49	Verbriefte Verbindlichkeiten	148
50	Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	149
51	Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen	149
52	Rückstellungen	151
53	Ertragsteuerverpflichtungen	156
54	Sonstige Passiva	157
55	Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	157
56	Nachrangkapital	158
57	Eigenkapital	158

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

58	Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8	159
59	Treuhandgeschäfte	160
60	Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen	160
61	Risikomanagement	162
62	Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	162
63	Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte	163
64	Volumina der Fremdwährungsbestände	164
65	Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	164
66	Anzahl Arbeitnehmer	173
67	Ereignisse nach dem 31. Dezember 2007	173
68	Anteilsbesitzliste	174
69	Corporate Governance	179

## Allgemeine Angaben (Notes)

### 1 Grundlagen der Berichterstattung

Die Landesbank Berlin Holding AG (im Folgenden „Holding“ genannt) ist Muttergesellschaft für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin, Deutschland (im Folgenden „Konzern“ genannt). Sie hat ihren Sitz in Berlin, Deutschland, und ist dort im Handelsregister eingetragen. Die Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG) mit Sitz in Berlin, Deutschland, ist oberste Konzerngesellschaft. Sie hält per 31. Dezember 2007 unmittelbar und mittelbar 98,64 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG.

Der vorliegende Bericht stellt einen vollständigen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar. Der hierhin enthaltene Konzernabschluss der Holding für das Geschäftsjahr 2007 wurde in Übereinstimmung mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Darüber hinaus wurden die vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2007 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Eine Übersicht aller angewandten Standards ist in der nachfolgenden Note enthalten.

Des Weiteren erstellt und veröffentlicht die Holding einen Konzernlagebericht nach § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit §§ 315, 340k HGB. Auch hierbei wurden zusätzlich die relevanten DRS berücksichtigt.

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Aufgrund von Rundungen kann es in Einzelfällen zu geringfügigen Abweichungen bei der Addition kommen.

### 2 Angewandte IFRS-, IAS-, SIC-, IFRIC- und DRS-Vorschriften

Bei der Bilanzierung und Bewertung berücksichtigt der Konzern grundsätzlich alle gültigen und zum Stichtag verpflichtend anzuwendenden Standards. Der Konzernabschluss 2007 basiert auf dem IASB-Rahmenkonzept und den folgenden relevanten IAS/IFRS:

Norm	Titel	Stand/ Letzte Änderung	Tag der Erstanwendung
IAS 1	Darstellung des Abschlusses	rev. 2003 / 18.08.2005	01.01.2007
IAS 7	Kapitalflussrechnungen	rev. 1992	01.01.1994
IAS 8	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	rev. 2003	01.01.2005
IAS 10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	rev. 2003	01.01.2005
IAS 12	Ertragsteuern	rev. 2000	01.01.2001
IAS 14	Segmentberichterstattung	rev. 1997	01.07.1998
IAS 16	Sachanlagen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 17	Leasingverhältnisse	rev. 2003	01.01.2005
IAS 18	Erträge	rev. 1993 / Dez. 1998	01.01.2001
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	rev. 2002 / 16.12.2004	01.01.2005
IAS 21	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	rev. 2003 / 15.12.2005	01.01.2006
IAS 23	Fremdkapitalkosten	rev. 1993	01.01.1995
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	rev. 2003	01.01.2005
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen	rev. 2003	01.01.2005
IAS 31	Anteile an Joint Ventures	rev. 2003	01.01.2005
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung	rev. 2003 / 18.08.2005	01.01.2007
IAS 33	Ergebnis je Aktie	rev. 2003	01.01.2005
IAS 36	Wertminderung von Vermögenswerten	rev. 2004	31.03.2004
IAS 37	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	1998	01.07.1999
IAS 38	Immaterielle Vermögenswerte	rev. 2004	31.03.2004
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	rev. 2004 / 18.08.2005	01.01.2006
IAS 40	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	rev. 2003	01.01.2005
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	rev. 2004	31.03.2004
IFRS 5	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebenen Geschäftsbereiche	2004	01.01.2005
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	18.08.2005	01.01.2007

Die Standards IAS 2, 11, 20, 26, 29, 34 und 41 sowie IFRS 1, 2, 4 und 6 waren für den Konzern nicht einschlägig und wurden daher im Konzernabschluss nicht angewendet. IFRS 3 (rev. 2007) sowie IFRS 8 waren noch nicht verpflichtend anzuwenden. Die künftige Anwendung des IFRS 8 ab dem Geschäftsjahr 2009 wird keine materiellen Auswirkungen haben. IFRS 7 wurde erstmals angewendet. Zugleich ist die Anwendung des IAS 30 sowie von Teilen des IAS 32 entfallen, die durch IFRS 7 ersetzt wurden.

## Allgemeine Angaben (Notes)

Neben den aufgeführten Standards werden im Konzernabschluss die folgenden Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und Standing Interpretations Committee (SIC) beachtet:

Norm	Titel	Bezug	Stand	Tag der Erstanwendung
SIC-12	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	IAS 27	1998	01.07.1999
SIC-15	Operating-Leasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen	IAS 17	1998	01.01.1999
SIC-21	Ertragsteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten	IAS 12	1999	15.07.2000
SIC-25	Ertragsteuern – Änderungen im Steuerstatus eines Unternehmens oder seiner Anteilseigner	IAS 12	1999	15.07.2000
SIC-27	Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen	IAS 1, 17, 18	2000	31.12.2001
IFRIC 4	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	IAS 17	02.12.2004	01.01.2006
IFRIC 9	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	IAS 39	01.03.2006	01.06.2006
IFRIC 10	Zwischenberichterstattung und Wertminderungen	IAS 34, 36, 39	02.06.2007	01.11.2006

Die Interpretationen SIC-7, 10, 13, 29, 31 und 32 beziehungsweise IFRIC 1, 2, 5–8 und 11–14 waren für den Konzern nicht einschlägig beziehungsweise noch nicht anzuwenden und wurden daher im Konzernabschluss nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden im vorliegenden Konzernabschluss die folgenden vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bis 31. Dezember 2007 bekannt gemachten Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet:

DRS 2	Kapitalflussrechnung
DRS 2-10	Kapitalflussrechnung von Kreditinstituten
DRS 3	Segmentberichterstattung
DRS 3-10	Segmentberichterstattung von Kreditinstituten
DRS 5	Risikoberichterstattung
DRS 5-10	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten
DRS 15	Lageberichterstattung

### 3 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

#### Grundsätze

Der Konzernabschluss 2007 der Holding steht im Einklang mit den IFRS.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses angewandt wurden, sind im Folgenden dargestellt. Dabei werden hier zunächst übergreifende Aspekte erläutert; detaillierte Erläuterungen finden sich in den Notes 7 bis 20. Die beschriebenen Methoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben wurde.

#### Schätzungsunsicherheiten und Annahmen

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Konzernabschluss ist von Ansatz- und Bewertungsmethoden sowie von Annahmen und Schätzungen abhängig, die als Grundlage für die Aufstellung des Konzernabschlusses verwendet wurden.

Die im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Für die zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verpflichtungen werden Börsenkurse sowie interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern herangezogen. Details hierzu einschließlich Aussagen zu Annahmen und Schätzungen werden in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) ausgeführt.

Die Bilanzierung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von Immateriellen Vermögenswerten ist mit Schätzungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Erwerbszeitpunkt verbunden. Dies gilt für solche Vermögenswerte, die im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworben wurden. Ferner ist die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte zu schätzen. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten und Schulden sowie der Nutzungsdauern der Vermögenswerte basiert auf Beurteilungen des Managements, die in Übereinstimmung mit den Standards auf Basis aller verfügbaren Informationen getroffen wurden.



### Währungsumrechnung

In den Abschlüssen der Gesellschaften werden Zahlungen in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der Erfassung umgerechnet. Kursgewinne und -verluste aus monetären Posten werden ergebniswirksam berücksichtigt. Kursgewinne und -verluste aus nicht monetären Posten werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst.

Im Konzern werden die Jahresabschlüsse ausländischer Geschäftseinheiten gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet. Für die meisten ausländischen Geschäftseinheiten erfolgt die Fremdwährungsumrechnung in die funktionale Währung EUR nach der Zeitbezugsmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgswirksam erfasst.

Die übrigen Gesellschaften betreiben ihr Geschäft selbstständig in GBP beziehungsweise USD. Die funktionale Währung ist daher GBP beziehungsweise USD, und die Umrechnung erfolgt gemäß IAS 21 nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Umrechnungsgewinne und -verluste bei diesen Gesellschaften werden grundsätzlich erfolgsneutral erfasst und im Eigenkapital gesondert ausgewiesen.

### Änderung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Vergleich zum Konzernabschluss 2006 grundsätzlich beibehalten. Aufgrund der Neufassung beziehungsweise Änderung von IAS/IFRS ergaben sich folgende Anpassungen:

- Die handelsinduzierten Refinanzierungszinsen werden, wie von IFRS 7 seit 2007 vorgesehen, nicht mehr dem Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten (Handelsergebnis), sondern dem Zinsergebnis zugeordnet. Die Vergleichswerte zum 31. Dezember 2006 wurden entsprechend angepasst.
- Die Angaben zu Finanzinstrumenten, insbesondere die tabellarischen Ausweise, haben sich durch die von IFRS 7 geforderte höhere Detailliertheit der Angaben zu Finanzinstrumenten strukturell verändert. Insbesondere erfolgen nunmehr die Angaben zu den Finanzinstrumenten den jeweiligen Kategorien folgend.

Freiwillige Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie von Schätzungsannahmen:

- Im Bereich der Risikovorsorge erfolgte eine Änderung gemäß IAS 8.39. Die Ermittlung der Risikovorsorge der nicht signifikanten Forderungen mit Hinweisen auf Wertminderung erfolgt seit dem Abschluss zum 30. September 2007 für einen erweiterten Kreis von Forderungen auf Basis einer Einzelbetrachtung anstelle eines pauschalierten Ansatzes. Die Auswirkungen dieser Schätzungsänderung wurden gemäß IAS 8.36 erfolgswirksam berücksichtigt und führten zum 30. September 2007 zu einer Erhöhung der Risikovorsorge um 21 Mio. €.
- Im Bereich der Notesangaben wurden im Geschäftsjahr 2007 vor dem Hintergrund verbesserter Auswertungsmöglichkeiten zur Analyse des Rückzahlungsverhaltens bei der Ermittlung der Zeitwerte wertberechtigter Forderungen die Schätzungen der Recovery Rates geändert. Hiernach beträgt der Zeitwert 837 Mio. €, gemäß bisheriger Schätzung hätte er 1.238 Mio. € betragen. Daraus ergeben sich keine Auswirkungen auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.

Im Rahmen der Berichterstattung zum 31. Dezember 2007 wurden Anpassungen nach IAS 8.42 für die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2006 vorgenommen. Eine detaillierte Darstellung dieser Anpassungen sowie ihrer betragsmäßigen Auswirkungen findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 58) dieses Berichts.

## 4 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Holding wird gemäß IAS 27.28 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Der Konzernabschluss enthält grundsätzlich alle Unternehmen, die vom Konzern direkt oder indirekt beherrscht werden. Unternehmen, die trotz Stimmrechtsmehrheit als nicht beherrschte Unternehmen eingestuft werden, beziehungsweise Unternehmen, die ohne Stimmrechtsmehrheit als beherrschte Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht. Zudem sind gemäß SIC-12-Gesellschaften (SPV) unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren. Dies trifft unter anderem auf Spezialfonds und ABS-Konstruktionen zu, die im Einzelnen im Abschnitt „Konsolidierungskreis“ dargestellt sind.

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden des erworbenen Unternehmens mit ihrem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt vollständig neu bewertet. Positive Unterschiedsbeträge zwischen den Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses und dem Nettowert der Vermögenswerte und Schulden werden als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert. Erwerbe von Minderheitenanteilen werden genauso abgebildet (Modified Parent Company Model). In den Folgejahren wird der Geschäfts- und Firmenwert zu Anschaffungskosten fortgeführt und jährlich einem Impairmenttest unterzogen. Impairments werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der Bewertung der Vermögenswerte beziehungsweise Schulden und Eventualschulden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen mit Entkonsolidierungserfolgen im sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

Konzerninterne Forderungen und Schulden sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden gemäß IAS 27.24 ff. beziehungsweise IAS 28.20 ff. eliminiert.

## Allgemeine Angaben (Notes)

Alle vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie nach der Equity-Methode bewertete Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2007 aufgestellt. Fonds und SPV's, die einen abweichenden Bilanzstichtag verwenden, haben zum Stichtag 31. Dezember 2007 jeweils geprüfte Meldungen vorgelegt. Damit wurden alle wesentlichen Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres im Konzernabschluss berücksichtigt. Auf die Einbeziehung vom Bilanzstichtag des Konzerns abweichender Abschlüsse wird in der Anteilsbesitzliste (Note 68) hingewiesen.

Nichtkonsolidierte Tochterunternehmen werden grundsätzlich als Available-for-Sale kategorisiert und gemäß IAS 39.46 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet sowie in den Finanzanlagen ausgewiesen. Sofern kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, erfolgt die Bewertung gemäß IAS 39.46 (c) zu Anschaffungskosten.

Gemeinschaftsunternehmen, bei denen eine vertragliche Vereinbarung besteht, in der zwei oder mehr Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt, werden gemäß IAS 31.38 nach der Equity-Methode bewertet und in einem gesonderten Bilanzposten ausgewiesen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, auf welches der Konzern durch die Möglichkeit der Mitwirkung an dessen finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungsprozessen maßgeblichen Einfluss nehmen kann und das weder ein Tochterunternehmen noch ein Gemeinschaftsunternehmen des Konzerns darstellt. Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von mehr als 20 % nicht als assoziiertes Unternehmen eingestuft sind, und Unternehmen, die trotz eines Beteiligungsverhältnisses von unter 20 % als assoziiertes Unternehmen eingestuft werden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Assoziierte Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bewertet. Der Anteil des Konzerns an ergebnisneutralen Eigenkapitalveränderungen der assoziierten Unternehmen wird unmittelbar im Eigenkapital des Konzerns ausgewiesen. Gewinne und Verluste der assoziierten Unternehmen werden anteilig unter dem Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen erfasst.

Die ergebniswirksame beziehungsweise ergebnisneutrale Fortschreibung des Equity-Buchwerts erfolgt grundsätzlich auf der Basis geprüfter Abschlüsse, die in Überleitungsrechnungen an die konzernerheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angepasst werden. Nicht nach der Equity-Methode bewertete Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach IAS 39 bewertet.

Anteile an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden nach IFRS 5 bewertet und gesondert ausgewiesen.

### 5 Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2007 sind neben der Landesbank Berlin Holding AG 110 Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden. Dieser Kreis von Unternehmen stellt den Konsolidierungskreis dar und ist aus der Anteilsbesitzliste (Note 68) ersichtlich. Die Veränderungen im Konsolidierungskreis stellen sich im Geschäftsjahr 2007 wie folgt dar:

	31.12.2006	Zugänge	Abgänge	31.12.2007
Tochterunternehmen	27	2	5	24
SIC-12-Gesellschaften				
Spezialfonds	12	2	1	13
Dotationsbestand Publikumsfonds	3	3	2	4
Weitere SIC-12-Gesellschaften	8	63	2	69
<b>Gesamt</b>	<b>50</b>	<b>70</b>	<b>10</b>	<b>110</b>

### Unternehmenserwerbe und -zusammenschlüsse

#### Erwerb von Anteilen an der netbank AG

Während des Geschäftsjahres 2007 wurden durch die Landesbank Berlin (LBB) Anteile an der netbank AG, Hamburg, (netbank) erworben. Der wirtschaftliche Übergang der 5.533.232 Aktien (einschließlich Dividendenanspruch) an der netbank erfolgte am 31. Dezember 2006 / 1. Januar 2007. Der Vollzug des Vertrags erfolgte am 11. Juli 2007. Gemäß Vertragsbedingungen können seit diesem Zeitpunkt auch die Stimmrechte aus den Aktien geltend gemacht werden. Die Übertragung der Anteile auf die LBB erfolgte zu einem Kaufpreis von 27 Mio. €. Die LBB ist am Grundkapital der Gesellschaft mit 75 % minus einer Aktie beteiligt.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb der Aktien durch die LBB wurde am 11. Juli 2007 eine Barkapitalerhöhung um 20 Mio. € durch die Hauptversammlung der netbank beschlossen. Dies entspricht rund einer Vervierfachung des zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Grundkapitals. Gemäß ihrer Quote hat die LBB einen Betrag von 15 Mio. € übernommen. Die neuen Aktien sind mit einem Gewinnbezugsrecht ab dem 1. Januar 2007 versehen.

Durch den Unternehmenszusammenschluss und die Erstanwendung IFRS in der netbank wurden folgende Vermögenswerte und Schulden erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen:

in Mio. €	Buchwert nach HGB	Anpassung aufgrund Kaufpreis- allokation	Beizulegender Zeitwert nach IFRS
Flüssige Mittel	12	0	12
Kurzfristige Forderungen, sonstige Vermögenswerte sowie aktive latente Steuern	97	6	103
Finanzanlagen	405	-10	395
Immaterielle Vermögenswerte	0	3	3
Sachanlagen	1	0	1
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	504	-1	503
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	0	0	0
Passive latente Steuern	0	1	1
Erworbenes Nettovermögen	11	-1	10

Die Buchwerte der erworbenen Vermögenswerte und Schulden nach IFRS unmittelbar vor dem Zusammenschluss konnten, aufgrund der alleinigen Erstellung des Einzelabschlusses der netbank nach den Vorschriften des HGB, nicht ermittelt werden.

Die Aufteilung des Kaufpreises auf die identifizierbaren Vermögensgegenstände und Schulden zu beizulegenden Zeitwerten erfolgte im Rahmen der Kaufpreisallokation nach IFRS 3.

Die Ermittlung des Firmenwerts ist in folgender Tabelle dargestellt:

in Mio. €	11. Juli 2007
Kaufpreis	27
Anschaffungsnebenkosten	1
<b>Anschaffungskosten gesamt</b>	<b>28</b>
abzüglich zum beizulegenden Zeitwert bewertetes anteiliges Nettovermögen	7
<b>Firmenwert</b>	<b>21</b>

Der Firmenwert spiegelt unsere Erwartungen aus den zusätzlichen Kundenpotenzialen im wachsenden Direktbankgeschäft, für welche kein verlässlicher Fair Value besteht, wider. Der Kaufpreis wurde vollständig mit Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten beglichen.

Die netbank hat im Jahr 2007 nach lokaler Rechnungslegung (HGB) ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 0,3 Mio. € sowie einen Zinsüberschuss von 6,5 Mio. € erzielt. Diese Beträge stehen der LBB gemäß ihrer Beteiligungsquote zu und beinhalten keine eventuellen Konsolidierungseffekte. Die Angabe von Umsätzen sowie Gewinnen und Verlusten für den Konzern unter der Annahme, dass der Erwerb zu Beginn der Berichtsperiode stattgefunden hat, ist aufgrund der alleinigen Rechnungslegung der netbank nach HGB nicht möglich.

Die netbank ist mit ihrem gesamten Ergebnis seit dem Erwerbszeitpunkt in Höhe von -0,7 Mio. € in dem Konzernabschluss enthalten.

#### Sonstige Zugänge zum Konsolidierungskreis

- Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden 62 Gesellschaften im Rahmen des Tender Option Bond-Programms sowie die Crown Court I LLC, Wilmington, Delaware, neu gegründet und in den Konsolidierungskreis aufgenommen.
- Des Weiteren wurden die SIC-12-Gesellschaft Albatros Select Fund, Luxemburg, die Spezialfonds LBB Prisma Unit Trust, Georgetown/ Kaiman-Inseln, und BB-TBG-Fonds, Berlin, sowie die Publikumsfonds ConvertibleBond-INVEST, Berlin, Keppler-Global Value-LBB-INVEST, Berlin, und Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin, neu aufgelegt und ebenfalls in den Konsolidierungskreis einbezogen.

## Allgemeine Angaben (Notes)

### Unternehmensveräußerungen und sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis

- Die Tochtergesellschaft Berlin Capital Fund GmbH, Berlin, wurde im ersten Quartal veräußert.
- Der verbliebene Dotationsbestand am Publikumsfonds FlexBond-Vario-Invest, Berlin, wurde in drei Tranchen an Konzernfremde veräußert.
- Für die Tochtergesellschaft ABT No. 3 Limited, London, wurde im 1. Quartal die Löschung aus dem Handelsregister beantragt, die Gesellschaft nimmt nicht mehr am öffentlichen Wirtschaftsverkehr teil. Die Löschung aus dem Handelsregister wurde am 11. September 2007 vollzogen.
- Die Tochtergesellschaft Rhea CDO 1 PLC, Dublin, wurde liquidiert.
- Die Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, wurde rückwirkend zum 1. Januar 2007 auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin, verschmolzen; die Verschmelzung wurde am 3. April 2007 in das Handelsregister eingetragen.
- Der Spezialfonds BB-BG 11-Fonds, Berlin, wurde per 27. Juni 2007 aufgelöst.
- Die BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin, wurde mit Eintragung am 11. Juli 2007 auf die Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin, verschmolzen.
- Am 22. August 2007 wurden die Anteile der LBB AG und der LBB Holding AG an der BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin, rechtswirksam an die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin, verkauft. Gleichzeitig wurde ein Verschmelzungsvertrag geschlossen. Die Verschmelzung und damit das Erlöschen der BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin, wurde mit der Eintragung in das Handelsregister am 18. September 2007 wirksam.
- Mit Ablauf des 30. September 2007 wurde die Geschäftstätigkeit der PPC Repo Ltd., London, eingestellt.
- Der Publikumsfonds FlexBond-Plus-INVEST, Berlin, wird seit dem 4. Quartal 2007 nicht mehr in den Konsolidierungskreis einbezogen, sondern nach der Equity-Methode bewertet, da die Quote an diesem Fonds dauerhaft unter 50 % gesunken ist.

## 6 Segmentberichterstattung

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist eine Universalbank; seine Geschäftstätigkeit umfasst die nachfolgend beschriebenen vier Geschäftsfelder. Die Darstellung der Segmentergebnisse erfolgt nach Geschäftsfeldern; auf eine sekundäre Segmentdarstellung wird verzichtet.

### Beschreibung der Segmentergebnisse

Im Segment **Private Kunden** lag der Zinsüberschuss mit 340 Mio. € trotz des schwierigen Marktumfelds nur leicht unter dem Wert des Vorjahreszeitraums, Gleiches gilt für den Provisionsüberschuss in Höhe von 198 Mio. €. Dieser Erfolg ist maßgeblich auf die Vertriebs- und Ertragsstärke der Berliner Sparkasse zurückzuführen, die ihre Position im hart umkämpften Berliner Markt weiter ausbauen konnte.

Das Volumenwachstum insbesondere der Einlagen (Stichtagsbestand +5 % im Vergleich zum 31. Dezember 2006) ging dabei marktbedingt mit einer Verringerung der Margen einher. Diese Entwicklung korreliert auch mit jüngsten Marktforschungsstudien, die dem Merkmal „möglichst hoher Zinssatz“ eine hohe Bedeutung bei der Geldanlageentscheidung testieren. Gleichzeitig stieg das valuierte Neugeschäft bei der Baufinanzierung um 26 %. Die Zahl der Kunden mit Privatgirokonto im Regionalgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr um nahezu 6.500 Kunden gesteigert werden. Beim Provisionsüberschuss Wertpapiere setzte sich die positive Entwicklung fort (+3 % im Vergleich zum 31. Dezember 2006), was sich zudem am verbesserten Bruttoabsatz von Zertifikaten (+6 %) ablesen lässt. Positiv entwickelte sich auch der Absatz von Versicherungsprodukten mit einer Steigerung der nettopolicierten Beitragssumme von 12 % gegenüber dem Vorjahr. Das stark wachsende überregionale Kreditkartengeschäft war durch die erforderlichen Marktinvestitionen für gestiegene Verwaltungsaufwendungen für Marketing und Geschäftsbetrieb verantwortlich. Die Risikokosten hingegen konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesenkt werden.

Darüber hinaus wurde mit der Beteiligung an der netbank in weitere zukunftssträchtige Bereiche investiert.

Das Segment **Firmenkunden** konnte seine starke Marktposition festigen. Die zinstragenden Forderungen an Kunden konnten ebenso wie die Kundeneinlagen gegenüber dem Vorjahr ausgebaut werden, neue Gewerbe- und Firmenkunden wurden gewonnen. Dennoch verringerte sich der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr, was im Wesentlichen auf die Margenverengung im Einlagengeschäft zurückzuführen war. Hingegen profitierte das Geschäftsfeld von dem günstigen Verlauf der Kreditrisikovorsorge. Der Provisionsüberschuss lag leicht über dem Vorjahresniveau. Im Ergebnis aus Finanzanlagen wirkte sich in 2006 eine Zahlung aus einem Besserungsschein einer Beteiligung als Einmaleffekt aus. Das sonstige betriebliche Ergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2006 insbesondere durch den Verkauf einer Beteiligung.

Das Ergebnis des Segments **Kapitalmarktgeschäft** ist im Geschäftsjahr 2007 geprägt von den Auswirkungen der Subprime-Krise in den USA. Die resultierende Vertrauenskrise hat zu eingeschränkter Liquidität, massiven Credit Spread-Ausweitungen und extremer Volatilität an den Zins- und Aktienmärkten geführt.

Auch die hochwertigen Assets aus den Investitionsstrategien wurden von den Credit Spread Steigerungen getroffen. Die in der IFRS-Neubewertungsrücklage abgebildeten Bewertungskorrekturen belaufen sich auf 320 Mio. €. Trotz eines breiten Spektrums an Strategien und Portfolien haben die Handelsaktivitäten massiv gelitten. Die aufgetretenen Verluste konnten nicht durch die stetigen, nicht volatilen Erträge aus dem Kundengeschäft und den Investitionsstrategien überkompensiert werden.

Im Geschäftsjahr 2007 erzielte das Kapitalmarktgeschäft ein operatives Ergebnis von 7 Mio. € und lag damit um 93 Mio. € unter dem Ergebnis des Vorjahres. Die Abweichung resultiert vor allem aus einem um 128 Mio. € geringeren Saldo aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten. Bedingt durch Impairments auf Fonds und Beteiligungen lag das Ergebnis aus Finanzanlagen 17 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Demgegenüber stand ein – trotz der Bildung von 19 Mio. € zusätzlichen Portfoliowertberichtigungen – um 37 Mio. € besseres Risikoergebnis im Kreditgeschäft sowie ein im Vergleich zum Vorjahr um 6 Mio. € geringerer Verwaltungsaufwand.

Die Maßnahmen zur Kundengewinnung und Vertriebsintensivierung wurden in 2007 kontinuierlich weiterverfolgt und ausgebaut. So betrug der Bruttoabsatz in Zertifikaten in 2007 1,9 Mrd. € gegenüber 1,45 Mrd. € im Vorjahr. Die LBB-Invest erreichte in 2007 einen Nettomittelzufluss bei Publikumsfonds von ca. 1,6 Mrd. € und konnte den Vorjahreswert somit um 0,4 Mrd. € übertreffen.

Im Auslandskreditgeschäft, das im Wesentlichen durch staatliche Exportkreditversicherungen (ECA) gedeckt ist, konnte das Volumen im Jahresverlauf deutlich ausgeweitet werden. Infolgedessen liegen die Zins- und Provisionserträge über dem Vorjahresergebnis.

Das Segment **Immobilienfinanzierung** erreichte im Berichtszeitraum ein operatives Ergebnis von 255 Mio. €. Im Vorjahresvergleich bedeutet das eine Steigerung um 73 % (Vorjahr: 147 Mio. €). Der Saldo aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten stieg um 19 Mio. €. In der Risikovorsorge konnten Auflösungen vorgenommen werden: Hier spiegelt sich die strategiegemäße Risikoentwicklung des Kreditbestands wider. Gleichzeitig verbesserte sich der Provisionsüberschuss durch das hohe Neugeschäft erheblich.

Das Neugeschäft übertraf mit rund 10,2 Mrd. € (inklusive Sondergeschäften in Höhe von 3,6 Mrd. €) den Vorjahreswert von rund 7,1 Mrd. € (inklusive Sondergeschäften in Höhe von 3,4 Mrd. €) sehr deutlich. Die positive Neugeschäftsentwicklung der Vorjahre konnte somit fortgesetzt werden. Die Neugeschäftsverteilung nach Objektnutzungsarten, Beleihungsgebieten und Kundensegmenten wie auch die Entwicklung der Neugeschäftsmargen entsprachen den Zielsetzungen des Segments. Im Neugeschäft wurde an der risikobegrenzenden Strategie des Segments weiterhin konsequent festgehalten.

Im Segment **Corporate Investments** werden 2006 ausschließlich die Ergebnisse der damals veräußerten Berliner Bank ausgewiesen.

Im Segment **Sonstiges / Konsolidierung** werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen, das Bilanzstrukturmanagement sowie die Konsolidierungsposten im Konzern zusammengefasst. Ausgewiesen werden hier auch unverzinsliche Bilanzpositionen wie zum Beispiel das Anlagevermögen mit den dazu gehörenden Abschreibungen im Verwaltungsaufwand in Höhe von 33 Mio. € (Vorjahr: 40 Mio. €).

Das operative Ergebnis verzeichnete im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 497 Mio. € auf –110 Mio. €. Das Vorjahresergebnis war geprägt durch den Verkaufserlös der veräußerten Berliner Bank in Höhe von 438 Mio. € sowie einen hohen positiven Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen (35 Mio. €).

Die Anzahl der Vollzeit Arbeitsplätze in den Corporate Centern beträgt 2.083 gegenüber 1.856 im Vorjahr. Davon entfallen rund 1.250 auf das Transaction Banking (Organisation, Informationstechnologie, BankenService GmbH). Der Zuwachs von 227 resultiert überwiegend aus der Verlagerung des Direktbank-Service aus der Landesbank Berlin in die BankenService GmbH. Dies führt umgekehrt zu rückläufigen Mitarbeiterkapazitäten im Segment Private Kunden, jedoch in geringerem Umfang, da per 31. Dezember 2007 gegenüber dem Vorjahr die Mitarbeiter der netbank enthalten sind. Wesentliche Auswirkungen auf die Ergebnisse beider Segmente gibt es nicht.

# Allgemeine Angaben (Notes)

## Beschreibung der Segmente

in Mio. €	Private Kunden <sup>1)</sup>		Firmenkunden <sup>1)</sup>		Kapitalmarkt- geschäft		Immobilien- finanzierung	
	2007	2006	2007	2006 <sup>2)</sup>	2007	2006 <sup>2)</sup>	2007	2006
Zinsüberschuss	340	342	111	123	148	126	274	421
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	32	45	-22	19	-30	7	-32	54
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge</b>	<b>308</b>	<b>297</b>	<b>133</b>	<b>104</b>	<b>178</b>	<b>119</b>	<b>306</b>	<b>367</b>
Provisionsüberschuss	198	200	29	28	52	52	19	14
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen						-1	2	3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten					-41	109	48	-118
Ergebnis aus Finanzanlagen		4		16	-26	-9	8	6
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen	4	2			8			
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	3	6		9	9	-6	-6
Verwaltungsaufwendungen	409	390	88	90	173	179	122	119
<b>Operatives Ergebnis vor Restrukturierung</b>	<b>110</b>	<b>116</b>	<b>80</b>	<b>58</b>	<b>7</b>	<b>100</b>	<b>255</b>	<b>147</b>
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen								
<b>Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern</b>	<b>110</b>	<b>116</b>	<b>80</b>	<b>58</b>	<b>7</b>	<b>100</b>	<b>255</b>	<b>147</b>
Segmentvermögen <sup>4)</sup>	4.026	3.677	5.861	5.837	68.921	66.078	49.624	49.484
Segmentverbindlichkeiten (ohne Eigenkapital) <sup>4)</sup>	11.489	10.440	4.699	3.866	58.106	53.703	40.367	40.219
Risikopositionen KWG (Stichtag)	2.652	2.695	4.234	4.499	21.850	18.485	18.581	15.135
Gebundenes Eigenkapital (Durchschnitt) <sup>5)</sup>	226	256	280	295	1.274	1.052	1.000	978
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	2.255	2.427	636	661	454	445	537	571
Eigenkapitalrentabilität <sup>6)</sup>	48,7 %	45,3 %	28,6 %	19,7 %	0,5 %	9,5 %	25,5 %	15,0 %
Cost-Income-Ratio <sup>6)</sup>	74,2 %	70,8 %	60,3 %	53,9 %	> 100 %	62,6 %	35,4 %	37,2 %

<sup>1)</sup> Die Ergebnisse der Berliner Bank werden für 2006 unter Corporate Investments ausgewiesen.

<sup>2)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

<sup>3)</sup> Der Erfolg aus der Verkaufstransaktion Berliner Bank ist in „Sonstiges / Konsolidierung“ enthalten.

<sup>4)</sup> Segmentvermögen /-verbindlichkeiten ohne Steuerpositionen (Stichtag per 31.12.)

<sup>5)</sup> Für den Konzern insgesamt wird unter „gebundenem Eigenkapital“ das Kernkapital per 31.12. Vorjahr nach Gewinnfeststellung gem. § 10 KWG inkl. und exkl. der stillen Einlagen ausgewiesen.

<sup>6)</sup> gerechnet mit gerundeten Werten in Mio. €

	Corporate Investments <sup>1)</sup>		Sonstiges / Konsolidierung		KONZERN vor Vergütung stille Einlagen		Vergütung stille Einlagen		KONZERN nach Vergütung stille Einlagen	
	2007	2006	2007	2006 <sup>2)3)</sup>	2007	2006 <sup>2)</sup>	2007	2006	2007	2006 <sup>2)</sup>
		138	-7	-329	866	821	-51	-78	815	743
		3	-1	-10	-53	118			-53	118
		<b>135</b>	<b>-6</b>	<b>-319</b>	<b>919</b>	<b>703</b>	<b>-51</b>	<b>-78</b>	<b>868</b>	<b>625</b>
		78	-1	-4	297	368			297	368
			1	1	3	3			3	3
			-52	195	-45	186			-45	186
			14	33	-4	50			-4	50
				-6	12	-4			12	-4
		10	101	620	119	636			119	636
		169	173	168	965	1.115			965	1.115
		<b>54</b>	<b>-116</b>	<b>352</b>	<b>336</b>	<b>827</b>	<b>-51</b>	<b>-78</b>	<b>285</b>	<b>749</b>
			6	35	6	35			6	35
		<b>54</b>	<b>-110</b>	<b>387</b>	<b>342</b>	<b>862</b>	<b>-51</b>	<b>-78</b>	<b>291</b>	<b>784</b>
			12.830	15.623	141.262	140.699			141.262	140.699
			24.424	30.533	139.085	138.761			139.085	138.761
			3.174	4.087	50.491	44.901			50.491	44.901
		187	450	536	3.230	3.304	-700	-1.100	2.530	2.204
			2.083	1.856	5.965	5.960			5.965	5.960
		28,9%			10,6%	26,1%	7,2%	7,1%	11,5%	35,6%
		74,8%			77,3%	54,1%			80,6%	56,3%

## Allgemeine Angaben (Notes)

### Methodische Grundlagen und Änderungen nach IAS 8

Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugewiesen. Um den externen Zinsüberschuss den Segmenten zuzuordnen, wird im Zinsbereich die Marktzinsmethode angewendet, ergänzt um Zinsergebnisse aus der Anwendung der dem Konzernabschluss zugrunde liegenden IFRS-Bilanzierungsmethoden. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Die Berlin Hyp setzt zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos Derivate ein, deren Buchwertänderungen seit dem 1. Januar 2006 im Geschäftsfeld „Sonstiges/Konsolidierung“ abgebildet werden. Zinsinduzierte Veränderungen der Host Contracts aus trennungspflichtigen Emissionen werden zwischen den Segmenten Kapitalmarktgeschäft und „Sonstiges/Konsolidierung“ ergebnisneutral verrechnet. Ertragsteueransprüche/-verpflichtungen sind in den Segmentvermögen/-verbindlichkeiten der Geschäftsfelder nicht enthalten.

Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (ohne Geschäfts- und Firmenwert) zusammen. Die internen Leistungsbeziehungen werden über eine Leistungsverrechnung zu Vollkosten abgebildet. Innerhalb des Personalaufwands wird der Aufzinsungseffekt bei der Dotierung der Pensionsrückstellungen dem Segment „Sonstiges/Konsolidierung“ zugerechnet, hier erfolgt in einem zentralen Portfolio die Anlage der Rückstellungen.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments. Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Forderungen an Kreditinstitute, Finanzanlagen (Wertpapiere) sowie Handelsaktiva und positive Marktwerte aus Derivaten. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie im Kapitalmarktgeschäft auch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Handelspassiva und negative Marktwerte aus Derivaten.

Die Risikopositionen bestehen aus den Risikoaktiva und den Marktrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG. Entsprechend den Risikopositionen und der Berücksichtigung operationeller Risiken gemäß SolV stattet die LBB die Segmente mit Eigenkapital aus und berechnet einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Die LBB wendet dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Die durchschnittliche Eigenkapitalbindung wird je Segment ausgewiesen, diese bildet die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität – berechnet auf das Segmentergebnis vor Steuern. Auf Konzernebene ist das Kernkapital 31.12. des Vorjahres nach Gewinnfeststellung gemäß § 10 KWG inklusive und exklusive der stillen Einlagen des Landes Berlin die Bezugsbasis für die Eigenkapitalrentabilitätsberechnung.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) zum Stichtag ausgewiesen. Die Mitarbeiter der Berliner Bank sind in dem Stichtagswert 31. Dezember 2006 nicht mehr enthalten.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Die Anpassungen nach IAS 8 führten in der Segmentdarstellung für 2006 zu folgenden Ausweisänderungen:

- Im Segment Firmenkunden führte die Berücksichtigung des Finanzierungsaufwands bei der Finanzierung eines Mobilienleasingobjekts zu einer Erhöhung des Zinsaufwands um 1 Mio. € und dadurch einer Verminderung des operativen Ergebnisses um 1 Mio. €.
- Im Segment Kapitalmarktgeschäft erfolgte eine Ausweisänderung bei handelsinduzierten Refinanzierungszinsen in Höhe von 106 Mio. €. In dieser Höhe verminderte sich rückwirkend der Zinsüberschuss und erhöhte sich das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, ohne Auswirkung auf das operative Ergebnis.
- Im Segment Sonstiges/Konsolidierung führte ein im Geschäftsjahr 2007 weiterentwickeltes Verfahren zur Bestimmung von vollständigen Wertaufholungen wertberechtigter Forderungen zu einer Anpassung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft Höhe von 5 Mio. €.



## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

### 7 Finanzinstrumente

Der Konzern bilanziert sämtliche Finanzinstrumente, zu denen finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zählen, gemäß IAS 39. Die erstmalige Bewertung sämtlicher Finanzinstrumente erfolgt bei Zugang zu Anschaffungskosten, die dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen oder erhaltenen Gegenleistung entsprechen. Sowohl originäre finanzielle Vermögenswerte als auch originäre finanzielle Verpflichtungen werden nach ihrem Bilanzansatz teilweise mit fortgeführten Anschaffungskosten, teilweise zum beizulegenden Zeitwert (Fair Value) bewertet. Derivative Finanzinstrumente werden ausschließlich zum Fair Value bewertet. Die konkrete Folgebewertung richtet sich nach der Kategorisierung dieser Finanzinstrumente. Der Erstanfang von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zum Handelstag (Trade Date Accounting).

Finanzinstrumente sind nach Klassen zu gliedern. Neben der Unterscheidung von finanziellen Vermögenswerten und Schulden sowie Eigenkapital wird die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten als ein wesentliches klassenrelevantes Merkmal verstanden. Darüber hinaus wird eine weitergehende Aufgliederung vorgenommen.

#### Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen

Im Konzern werden finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in nachfolgend dargestellte (Bewertungs-)Kategorien eingeordnet. Der bilanzielle Ausweis finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen erfolgt jedoch abweichend, so dass sich Kategorien und Bilanzpositionen nicht unmittelbar entsprechen. Eine Überleitung mit Angabe der jeweiligen Buchwerte je Kategorie findet sich in den sonstigen Erläuterungen (Note 62) dieses Berichts.

#### Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR)

Dieser Kategorie werden Kredite zugeordnet, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht, beziehungsweise Forderungen, die unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden. Diese weist der Konzern unter Forderungen an Kreditinstitute sowie unter Forderungen an Kunden aus. Ferner werden in dieser Kategorie erworbene Kredite und Forderungen gezeigt, wenn sie nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden (zum Beispiel auch ABS-Wertpapiere). In diesem Fall erfolgt der Ausweis unter Finanzanlagen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen. Agien/Disagien werden über die Laufzeit verteilt erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode im Zinsergebnis vereinnahmt.

#### Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

##### Handelsaktiva und -passiva (Held-for-Trading, HfT)

Dieser Unterkategorie werden alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet, die zu Handelszwecken eingegangen wurden. Hierzu zählen zum einen originäre Finanzinstrumente – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere – sowie Derivate des Handelsbuchs mit positivem Marktwert (Handelsaktiva) und zum anderen Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sowie derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs mit negativem Marktwert (Handelspassiva). Zudem werden Derivate des Anlagebuchs ebenfalls den Handelsaktiva oder -passiva zugerechnet. Derivative Finanzinstrumente, die gemäß IAS 39 als Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting verwendet wurden, sind nicht Teil dieser Kategorie.

Handelsaktiva und -passiva einschließlich der Derivate des Anlagebuchs werden bilanziell jeweils unter den erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten beziehungsweise Verpflichtungen ausgewiesen. Sie werden zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value bewertet. Gewinne und Verluste aus dieser Bewertung sowie laufende Zins-, Provisions- und Dividendenzahlungen werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

##### Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen (Fair Value Option, FVO)

Der Konzern wendet die so genannte Fair Value-Option an und designiert ausgewählte finanzielle Vermögenswerte und Schulden zum Fair Value. Für Aktiva wird die Fair Value-Option auf Schuldverschreibungen und Aktienbestände angewendet, sofern diese auf Fair Value-Basis gesteuert werden oder um Bewertungsinkongruenzen aus wirtschaftlichen Sicherungszusammenhängen (Accounting Mismatch) zu vermeiden. Als Passiva sind verbriefte Verbindlichkeiten, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten, der Fair Value-Option zugewiesen worden. Ferner wurde die Fair Value-Option für ausgewählte verbriefte Verbindlichkeiten und passive Schuldscheindarlehen angewendet, soweit diese durch derivative Geschäfte abgesichert, aber für ein wirksames Hedge Accounting gemäß IAS 39 ungeeignet sind, und somit ein Accounting Mismatch vorliegt.

Dieser Unterkategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden im Rahmen der Zugangs- und Folgebewertung zum Fair Value bilanziert. Sie sind ebenfalls Teil der Bilanzpositionen für erfolgswirksam zum Zeitwert bewertete Finanzinstrumente. Gewinne und Verluste aus der Bewertung fließen unmittelbar erfolgswirksam in die korrespondierende Ergebnisposition ein. Laufende Zins- und Dividendenzahlungen beziehungsweise Provisionen aus diesen Finanzinstrumenten werden im Zins- beziehungsweise Provisionsüberschuss ausgewiesen.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

### Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS)

Diese Kategorie umfasst solche nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die keiner der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Hierunter fallen im Wesentlichen verzinsliche Wertpapiere, Aktien sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung einbezogen beziehungsweise nach der Equity-Methode bewertet worden sind. Der Ausweis erfolgt unter Finanzanlagen. Ferner wurden im Konzern auch Darlehen, für die ein aktiver Markt existiert, der Kategorie AfS zugeordnet. Sie werden unter Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise unter Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Bewertung zum Zeitpunkt des Zugangs erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Folgebewertung wird mit Ausnahme von nicht notierten Eigenkapitaltiteln zum Fair Value vorgenommen. Wertveränderungen werden – sofern es sich nicht um ein Impairment handelt – in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) erfasst. Das in der Neubewertungsrücklage erfasste kumulierte Bewertungsergebnis wird bei Veräußerung des finanziellen Vermögenswerts aufgelöst und im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Falle einer Wertminderung (Impairment) ist die Neubewertungsrücklage unmittelbar zu korrigieren und der Abschreibungsbetrag im Finanzanlageergebnis zu berücksichtigen. Wertaufholungen werden für Fremdkapitaltitel erfolgswirksam und für Eigenkapitaltitel erfolgsneutral vorgenommen. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und – wie auch Zins- und Dividendenzahlungen – im Zinsergebnis erfolgswirksam berücksichtigt.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen (Other Liabilities, OL)

In diese Kategorie fallen alle originären finanziellen Verpflichtungen, soweit sie nicht Handelspassiva oder zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen darstellen. Sie werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten, sonstige Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital bilanziell ausgewiesen.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien oder Disagien werden über die Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt und ebenso wie Zinszahlungen erfolgswirksam im Zinsergebnis vereinnahmt.

### Forderungen

Forderungen werden in Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden unterschieden. Sie umfassen Hypothekendarlehen, Kommunalkredite, Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen und sonstige Darlehen – das Kreditgeschäft – sowie Forderungen aus Geldmarktgeschäft. Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, werden aufgrund der Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin den Kommunalkrediten zugeordnet. Die Bewertung erfolgt überwiegend zu fortgeführten Anschaffungskosten, also unter Fortschreibung eventueller Agien/Disagien. Erforderliche Wertberichtigungen werden unter dem Bilanzposten Risikovorsorge ausgewiesen. Eine kleine Gruppe von Forderungen ist Teil der Kategorie AfS und wird somit zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Ermittlung des Zeitwerts erfolgt durch eine Barwertermittlung der vertraglich vereinbarten Cashflows, diskontiert mit einem risikoangepassten Marktzinssatz, der abhängig von der Bonität des Schuldners ist. Für wertberichtigte Forderungen werden die erwarteten Cashflows (zum Beispiel Zins- und Tilgungszahlungen, Verwertung der Sicherheiten) herangezogen.

Ausgewählte Forderungen werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges verwendet. Die Buchwerte dieser Forderungen werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; dies wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Agio- und Disagiobeträge werden grundsätzlich nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien/Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Forderungen ausgewiesen.

### Wertberichtigung auf Forderungen

Der Konzern trägt den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB), Portfoliowertberichtigungen (PoWB) und pauschalierten Einzelwertberichtigungen (pEWB) Rechnung.

### Einzelwertberichtigungen (EWB)

Signifikante Forderungen unterliegen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein Hinweis auf eine Wertminderung vor (Vertragsbruch, Zugeständnisse an den Kreditnehmer nur aufgrund finanzieller Schwierigkeiten, Insolvenz, sonstige Sanierungsmaßnahmen oder finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder Schuldners), wird eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ausfalls vorgenommen. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung durch Zahlungseingänge verringert, weitere Sicherheiten gestellt wurden oder sich die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert hat.

### Portfoliowertberichtigungen (PoWB)

Für Forderungsbestände, die keine Einzelwertberichtigung erfahren haben, werden Portfoliowertberichtigungen aufgrund allgemeiner Kreditrisiken (zum Beispiel allgemeines Konjunkturrisiko) und Transferrisiken (Länderwertberichtigung) gebildet. Als Bemessungsgrundlage dient dabei der gesamte Forderungsbestand abzüglich der bereits einzelwertberichtigten Forderungen. Auf Basis von Ratings und Scorings werden entsprechende Ausfallwahrscheinlichkeiten auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

### Pauschalierte Einzelwertberichtigungen (pEWB)

Nicht signifikante Forderungen mit vorstehend genannten Hinweisen auf eine Wertminderung sowie Forderungsbestände mit Rechtsunsicherheiten werden in eng abgegrenzten Portfolien zusammengeführt und als Forderungsgruppe nach einheitlicher Methodik bewertet.

Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte (Kreditzusagen, Wechselverbindlichkeiten) wird durch eine Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft berücksichtigt beziehungsweise in die PoWB einbezogen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Weitere Informationen sind im Abschnitt Risikomanagement aufgeführt.

### Verbindlichkeiten

Finanzielle Verpflichtungen werden in finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten und Nachrangkapital unterschieden und entsprechend ausgewiesen. Zudem werden einige finanzielle Verbindlichkeiten als sonstige Passiva bilanziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agio- und Disagiobeträge werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und im Zinsergebnis erfolgswirksam vereinnahmt. Zinsabgrenzungen werden zusammen mit der jeweiligen Verbindlichkeit ausgewiesen. Beim Rückkauf eigener Emissionen werden die verbrieften Verbindlichkeiten in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Eventuelle Gewinne oder Verluste zwischen Buchwert und Anschaffungskosten (Zeitwert) bei Rückkauf werden erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

Ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten werden im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Grundgeschäfte in Mikro Fair Value-Hedges designiert. Die Buchwerte dieser Verbindlichkeiten werden um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst; diese Wertänderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Finanzielle Verpflichtungen, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option), werden nicht im Rahmen der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

### Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente

Diese Bilanzposition unterteilt sich zum einen in Finanzinstrumente der Handelskategorie (Held-for-Trading) – hierzu zählen die finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen, welche zu Handelszwecken im Bestand sind, sowie derivative Geschäfte des Anlagebuchs (Handelsaktiva oder -passiva) – und zum anderen in Finanzinstrumente, die freiwillig zum Fair Value bewertet werden (Fair Value-Option). Finanzinstrumente dieser Kategorie mit positiven Marktwerten werden als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen, solche mit negativen Marktwerten als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen dargestellt.

Derivate, die im Rahmen des bilanziellen Hedge Accounting als Sicherungsgeschäfte eingesetzt werden, sind gesondert als positive und negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten auszuweisen.

### Eingebettete Derivate

Eingebettete Derivate sind derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die keine eigenständigen Instrumente darstellen, sondern Bestandteile strukturierter Finanzinstrumente sind. Dabei handelt es sich meist um strukturierte Produkte, welche sich aus einem zinstragenden, nicht zu Handelszwecken gehaltenen Basisvertrag sowie einem oder mehreren Derivaten zusammensetzen, wobei die Einzelbestandteile zu einer rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit verbunden sind.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate wurden im Konzern bei strukturierten Emissionen auf Eigenkapitaltitel sowie bei strukturierten Zinsemmissionen mit inhärentem Bonitätsrisiko (Credit Linked Notes) identifiziert.

Kommt es zu einer Trennung, wird der Basisvertrag der Kategorie OL zugeordnet, mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den verbrieften Verbindlichkeiten ausgewiesen. Separierte Derivate hingegen sind Teil der Unterkategorie HfT, werden zum Fair Value bewertet und im Handelsbestand gezeigt. Sofern strukturierte Finanzinstrumente, die eingebettete Derivate enthalten, nach dem 31. Dezember 2005 erstmals bilanziert wurden, werden diese ausnahmslos als erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Finanzinstrumente designiert. In diesem Falle wird keine Trennung der Bestandteile vorgenommen, sondern das gesamte strukturierte Finanzinstrument zum Fair Value bewertet und entsprechend der Kategorie in der Bilanz ausgewiesen.

# Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

## Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

Die Regeln von IAS 39 ermöglichen die bilanzielle Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge unter restriktiven Voraussetzungen. Für dieses so genannte bilanzielle Hedge Accounting werden drei Abbildungskonzepte vorgeschlagen. Im Konzern kommen davon das Mikro Fair Value-Hedging und das Makro Cashflow-Hedging zur Anwendung.

### Mikro Fair Value Hedge Accounting

Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges sichert der Konzern den Fair Value von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände der Liquiditätssteuerung. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet.

Die Sicherungsderivate werden in der Bilanz unter positiven beziehungsweise negativen Marktwerten aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen und zum Fair Value bewertet, wobei die Bewertungsänderungen vollständig erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst werden. Für die Grundgeschäfte LaR/OL wird der Buchwert in der Bilanz jeweils um die kumulierte, aus dem gesicherten (Zins-)Risiko resultierende Marktwertveränderung (Hedge Adjustment) angepasst. Diese Wertveränderung wird im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst. Für Grundgeschäfte der Kategorie AfS wurde das Hedge Adjustment ebenfalls im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen, während der übrige – nicht vom abgesicherten Zinsrisiko verursachte – Teil der Wertänderung in der Neubewertungsrücklage erfolgsneutral erfasst wird.

Da diese bilanzielle Behandlung von der Effektivität der Mikro Fair Value-Hedges abhängt, hat der Konzern Effektivitätstests durchgeführt. Hierfür kommen die Dollar-Offset-Methode auf kumulativer Basis und die Regressionsanalyse zum Einsatz. Es erfolgt die Gegenüberstellung der Fair Value-Änderungen aus Sicherungsgeschäft (Derivat) und Grundgeschäft über alle abgelaufenen Berichtsperioden seit Begründung der Hedgebeziehung. Im Rahmen des prospektiven Effektivitätstests werden Fair Values bis zum Ende der Laufzeit der Grund- und Sicherungsgeschäfte auf der Grundlage von Marktdatenszenarien (+ 100 Basispunkte-Shift) ermittelt oder ein so genannter Critical Term Match durchgeführt.

### Makro Cashflow Hedge Accounting

Im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges sichert der Konzern die Schwankung von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps.

Alle hierfür eingesetzten und designierten Zinsderivate werden als positive beziehungsweise negative Marktwerte aus Sicherungsinstrumenten zum Fair Value bilanziert. Deren kumulierte Wertveränderungen werden, soweit sie die der Grundgeschäfte nicht übersteigen (so genannter effektiver Teil), im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage Cashflow-Hedges erfasst. Sofern die Summe der kumulierten Wertänderungen aus dem Sicherungsderivat die Summe der Wertveränderungen des Grundgeschäfts (so genannter ineffektiver Teil) übersteigt, wird diese Differenz erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Für die gesicherten Grundgeschäfte ändern sich hierbei die allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Der Effektivitätsnachweis der Makro Cashflow-Hedges erfolgt auf Basis der Change-in-Fair-Value-of-Cashflows-Methode. Beim prospektiven Test erfolgt die Gegenüberstellung der erwarteten Cashflows aus dem Sicherungsgeschäft und dem Grundgeschäft für die entsprechenden Laufzeitbänder. Retrospektiv wird die Einhaltung der 80% – 125%-Bandbreite mittels der Hedge-Ratio aus den tatsächlichen Cashflows aus Sicherungs- und Grundgeschäften überprüft.

## Finanzanlagen

Im Finanzanlagebestand werden alle nicht Handelszwecken dienenden Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen, Anteile an assoziierten Unternehmen (soweit nicht nach der Equity-Methode bewertet) sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen ausgewiesen. Diese sind grundsätzlich als AfS kategorisiert. Ferner enthalten die Finanzanlagen nicht an einem aktiven Markt gehandelte Asset-Backed-Securities (ABS-Papiere), die als Loans and Receivables kategorisiert sind.

Die AfS-Bestände werden zum Fair Value bewertet. Die Erfassung der Wertänderungen erfolgt bis zur Veräußerung erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage. Sofern der Fair Value für Eigenkapitaltitel nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden diese zu Anschaffungskosten angesetzt. ABS-Papiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Für alle enthaltenen Finanzinstrumente wird regelmäßig ein Impairmenttest zur Prüfung auf wesentliche dauerhafte Wertminderungen durchgeführt. Sofern eine entsprechende Wertminderung vorliegt, wird der Betrag der Wertminderung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bei Schultiteln wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ebenfalls im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Bei Eigenkapitaltiteln sind ergebniswirksame Wertaufholungen bei Wegfall des Abschreibungsgrunds nicht zulässig; sie werden stattdessen erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst und erst bei Veräußerung erfolgswirksam im Ergebnis aus Finanzanlagen aufgelöst. Für Eigenkapitaltitel, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist eine Wertaufholung generell unzulässig.

## Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

### Echte Pensionsgeschäfte

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Kombinationen aus Kassa-Käufen oder Kassa-Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten. Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkäufe) werden in der Konzernbilanz weiterhin als Wertpapierbestand ausgewiesen und bewertet. Die aus dem Repo-Geschäft zufließende Liquidität wird als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden bilanziert. Vereinbarte Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen erfasst.

Im umgekehrten Fall von Reverse-Repo-Geschäften werden die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassa-Käufe) im Konzern nicht bilanziert. Die Liquiditätsabflüsse werden als Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden bilanziert und entsprechend bewertet. Vereinbarte Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

### Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierleihegeschäfte werden mit Kreditinstituten und Kunden abgeschlossen. Die verliehenen Wertpapiere werden als Wertpapierbestand ausgewiesen, während entlehene Wertpapiere nicht bilanziert und auch nicht bewertet werden. Gestellte Barsicherheiten für entlehene Wertpapiere werden als Forderungen ausgewiesen. Erhaltene Barsicherheiten für verliehene Wertpapiere werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die aus Wertpapierleihegeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zinsergebnis berücksichtigt.

## Finanzgarantien

Finanzgarantien sind Verträge, bei denen die Bank als Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet ist, die den Garantienehmer für seinen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den ursprünglichen oder geänderten Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Zu den Finanzgarantien können Bankgarantien, Kreditbürgschaften und Akkreditive zählen.

Beim erstmaligen Ansatz werden die Finanzgarantien von der Bank mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für Finanzgarantien, die im Rahmen einer marktgerechten Transaktion gegeben wurden, entspricht der beizulegende Zeitwert der Prämie für die Gewährung der Garantie (IAS 39.43 in Verbindung mit IAS 39.AG4(a)). Es wird die Nettomethode angewendet. Erfolgt die Prämienzahlung an den Garantiegeber verteilt über die Laufzeit der Finanzgarantie, wird diese mit null angesetzt und die jeweilige Prämienzahlung vereinnahmt. Finanzgarantien gegen Einmalzahlungen werden über die Gesamtlaufzeit der Finanzgarantie zeitanteilig abgegrenzt.

An den folgenden Stichtagen wird die Finanzgarantie mit dem höheren Wert aus der Bewertung gemäß IAS 37 und dem im Rahmen der Erstbewertung ermittelten Wert, der nach den Vorschriften von IAS 18 fortgeführt wurde, angesetzt.

## 8 Barreserve

Schuldtitel öffentlicher Stellen werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Alle anderen Bestände (Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken) werden zum Nennwert ausgewiesen.

## 9 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

In dieser Kategorie werden Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

Als assoziierte Unternehmen im Sinne von IAS 28 gelten die Anteile, bei denen ein Investor maßgeblichen Einfluss ausüben kann, ohne dass Kontrolle beziehungsweise gemeinschaftliche Führung vorliegt. Als Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von IAS 31 gelten vertragliche Vereinbarungen, bei denen zwei oder mehrere Parteien eine wirtschaftliche Tätigkeit durchführen, die einer gemeinschaftlichen Führung unterliegt.

	31.12.2006	Zugänge	Abgänge	31.12.2007
Joint Ventures (IAS 31) – at Equity bewertet	1	0	0	1
Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – at Equity bewertet	3	0	0	3
Spezial- und Publikumsfonds – at Equity bewertet	0	2	0	2
<b>Gesamt</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>6</b>

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

Anteile, die nach der Equity-Methode bewertet werden, sind zunächst mit ihren Anschaffungskosten anzusetzen, und in der Folge verändert sich der Buchwert entsprechend dem Anteil des Anteilseigners am Periodenergebnis des Beteiligungsunternehmens. Darüber hinaus verändern ergebnisneutrale Änderungen des Eigenkapitals des assoziierten beziehungsweise Gemeinschaftsunternehmens ergebnisneutral dessen Buchwert. Ausschüttungen des Beteiligungsunternehmens werden ergebnisneutral erfasst und verringern den Buchwert der Beteiligung.

Ergebnisse aus Transaktionen mit Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden, werden anteilig eliminiert.

### 10 Immaterielle Vermögenswerte

Ein immaterieller Vermögenswert ist ein identifizierbarer, nicht monetärer Vermögenswert ohne physische Substanz, der für die Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke genutzt wird. Die immateriellen Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Zu den immateriellen Vermögenswerten zählen insbesondere Software, Rechte und Lizenzen sowie der Geschäfts- und Firmenwert. Die Dauer der linearen Abschreibung für diese Vermögenswerte – mit Ausnahme der Geschäfts- und Firmenwerte – beläuft sich auf 3 bis 5 Jahre.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren historischen Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt. Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden nur dann aktiviert, wenn Bedingungen gemäß IAS 38.21 und IAS 38.57 kumulativ erfüllt sind.

### 11 Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt.

Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Ebenso werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Sachanlagen werden bis auf einen Erinnerungswert von 1 € linear abgeschrieben. Ergeben sich Anzeichen für über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehende Wertminderungen, werden Impairmenttests gemäß IAS 36 durchgeführt und erforderliche Wertminderungen ergebniswirksam erfasst. Entfallen die Gründe für die vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung, wird bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

#### Abschreibungsdauer in Jahren

Eigegenutzte Gebäude sowie sonstige Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume nach der Nutzungsart abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 – 25 Jahre
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrags, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Der Ausweis von Abschreibungen und Wertminderungen erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

### 12 Wertminderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten einschließlich Geschäfts- und Firmenwert

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- und Firmenwert des Unternehmens werden an jedem Bilanzstichtag einem Impairmenttest unterzogen, um festzustellen, ob eine Wertminderung (Impairment) vorliegt. Werden Anhaltspunkte für eine Wertminderung identifiziert, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswerts ermittelt, um die Höhe des entsprechenden Wertminderungsaufwands zu bestimmen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert eines Vermögenswerts.

Im Rahmen der Ermittlung der Wertminderung von Vermögenswerten des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögensgegenständen werden Schätzungen vorgenommen, die sich unter anderem auf Ursache, Zeitpunkt und Höhe der Wertminderung beziehen. Die Identifizierung von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung hindeuten, die Schätzung von künftigen Cashflows sowie die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Vermögenswerten (oder von Gruppen von Vermögenswerten) sind mit wesentlichen Einschätzungen verbunden, die das Management hinsichtlich der Identifizierung und Überprüfung von Anzeichen für eine Wertminderung, der erwarteten Cashflows, der zutreffenden Abzinsungssätze, der jeweiligen Nutzungsdauern sowie der Restwerte zu treffen hat.

Eine Wertminderung basiert auf einer Vielzahl von Faktoren. Grundsätzlich werden Änderungen der gegenwärtigen Wettbewerbsbedingungen, Erwartungen bezüglich des Wachstums, Erhöhungen der Kapitalkosten, Änderungen der künftigen Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln, technologische Veralterung, die Einstellung von Dienstleistungen, aktuelle Wiederbeschaffungskosten und sonstige das Umfeld betreffende Änderungen, die auf eine Wertminderung hindeuten, berücksichtigt. Der erzielbare Betrag und die beizulegenden Zeitwerte werden in der Regel unter Anwendung der Discounted Cashflow-Methode ermittelt, in die angemessene Annahmen von Marktteilnehmern einfließen.

Bilanzierte Geschäfts- und Firmenwerte werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern auf vorliegende Wertminderungen untersucht (Impairmenttest). Ein Impairmenttest wird jährlich zum Bilanzstichtag durchgeführt und zusätzlich immer dann, wenn Anzeichen für Wertminderungen vorliegen.

Liegt der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts unter dessen Buchwert, wird dieser auf den erzielbaren Betrag abgeschrieben. Der Wertminderungsaufwand wird sofort ergebniswirksam erfasst; der Ausweis bei immateriellen Vermögenswerten (ohne Geschäfts- und Firmenwerte) erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen, bei Geschäfts- und Firmenwerten hingegen im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Bei einer Wertaufholung in einer Folgeperiode wird der Buchwert des Vermögenswerts entsprechend dem festgestellten erzielbaren Betrag angepasst. Eine Zuschreibung ist jedoch höchstens bis zu dem Betrag zulässig, der sich als Buchwert ergeben würde, wenn zuvor kein Impairment gebildet worden wäre. Die Zuschreibung wird erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Eine Zuschreibung für den Geschäfts- und Firmenwert wird nicht vorgenommen.

### 13 Leasinggeschäft

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend bilanziert.

Ein Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Alle anderen Leasingverhältnisse werden als Operating Leasing klassifiziert. Die Klassifizierung wird zu Beginn des Leasingverhältnisses vorgenommen.

#### Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

Bei Konzerngesellschaften, die das Operating Lease-Geschäft betreiben, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrages bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen sowie unter Investment Properties ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen oder aufgrund von Wertminderungen erforderlichen Wertminderungsaufwendungen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

#### Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)

Das wirtschaftliche Eigentum an den im Rahmen eines Operating Lease-Vertrags geleasten Anlagegütern verbleibt beim Leasinggeber.

Die gezahlten Leasingraten aus Operating Lease-Verhältnissen werden in voller Höhe als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Aufwandsrealisierung erfolgt linear über die Vertragslaufzeit. Die Leasingraten werden wie Mietzahlungen auf einer planmäßigen, dem Verlauf des Nutzens entsprechenden Grundlage ermittelt und in der Gewinn- und Verlustrechnung im Verwaltungsaufwand erfasst.

#### Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Zum Bilanzstichtag waren keine Finance Lease-Verträge vorhanden, bei denen der Konzern als Leasinggeber auftritt.

#### Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)

Im Rahmen von Finance Lease gehaltene Vermögenswerte werden als Vermögenswerte des Konzerns mit ihren beizulegenden Zeitwerten oder mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen, falls diese niedriger sind, zu Beginn des Leasingverhältnisses erfasst. In der Bilanz werden sowohl der Vermögenswert (Leasingobjekt) als auch die Verpflichtung (Barwert der Mindestleasingzahlungen) ausgewiesen.

Der Ausweis des Leasingobjekts erfolgt in der Bilanz entweder unter Sachanlagen oder Investment Properties, und die Leasingverpflichtung wird im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ beziehungsweise „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ verbucht.

Die vom Konzern zu zahlenden Leasingraten werden in einen ergebnisneutralen Tilgungs- und einen ergebniswirksamen Zinsaufwandsanteil aufgeteilt. Dabei werden die Leasingzahlungen so auf die Zinsaufwendungen und die Verminderung der Leasingverbindlichkeit aufgeteilt, dass eine konstante Verzinsung der verbleibenden Verbindlichkeit erzielt wird. Zinsaufwendungen werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der in den Leasingraten enthaltene Tilgungsanteil wird von den Leasingverbindlichkeiten abgesetzt.

Die als Vermögenswerte ausgewiesenen Leasingobjekte werden wie selbst erworbene Vermögenswerte abgeschrieben. Der Ausweis der Abschreibungen erfolgt entsprechend dem nicht geleasten Sachanlagen beziehungsweise Investment Properties.

# Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

## 14 Investment Properties

Gemäß IAS 40 werden solche Immobilien als Investment Properties behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zweck der Wertsteigerung gehalten werden. Es ist nicht Ziel, diese Immobilien zum Erbringen von Dienstleistungen oder für eigene Verwaltungszwecke zu nutzen. Zur Abgrenzung von Immobilien, die als Investment Properties gehalten werden, und Immobilien, die vom Eigentümer selbst genutzt werden, sind folgende Merkmale festgelegt worden:

Investment Properties erzeugen Cashflows, die weitgehend unabhängig von den anderen vom Unternehmen gehaltenen Vermögenswerten anfallen.

Gemischt genutzte Immobilien, deren Eigennutzung mehr als 5 % der Gesamtfläche beträgt, wurden als eigengenutzte Sachanlagen gemäß IAS 16 klassifiziert und ausgewiesen.

Immobilien, die im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs verkauft werden sollen (IAS 2), sind im Konzern nicht vorhanden.

Investment Properties werden – gemäß dem so genannten cost model – mit ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in der Bilanz angesetzt und als eigenständiger Posten ausgewiesen. Hiervon werden die planmäßigen Abschreibungen auf Basis der linearen Abschreibungsmethode abgesetzt; die Abschreibung erfolgt bis zu einem Erinnerungswert von 1 €. Die Abschreibungsdauer wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer ermittelt. Sofern vereinbart, werden rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Beim Vorliegen von Wertminderungen, die über die planmäßigen Abschreibungen hinausgehen, werden diese vorgenommen. Entfallen die Gründe für die vorgenommene Wertminderung, dann wird höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugeschrieben.

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, soweit diese dem Unternehmen künftig wirtschaftlich zusätzlichen Nutzen bringen.

Alle Erträge und Aufwendungen, die aus Investment Properties resultieren, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

Investment Properties werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

Nutzungsart	Wirtschaftliche Nutzungsdauer
Wohn- und Geschäftshäuser (< 10 % gewerblicher Anteil)	60 – 80 Jahre
Wohn- und Geschäftshäuser (> 10 % gewerblicher Anteil)	50 – 70 Jahre
Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40 – 60 Jahre
Parkhäuser, Tiefgaragen	40 – 50 Jahre

Bei Finance Lease-Objekten richtet sich die wirtschaftliche Nutzungsdauer nach der Laufzeit des Leasingvertrages, wobei Restwerte berücksichtigt werden.

Es bestehen keine Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich Nutzbarkeit oder Veräußerbarkeit von Investment Properties.

## 15 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und zur Veräußerung gehaltene Vermögensgruppen werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. Die Veräußerungskosten werden, sofern die Veräußerung nach mehr als 12 Monaten erfolgt, mit ihrem Barwert berücksichtigt.

Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn die Veräußerung – und nicht die fortgeführte Nutzung – im Vordergrund steht. Diese Voraussetzung wird erfüllt, wenn es höchstwahrscheinlich ist, dass eine planmäßige Veräußerung erfolgt und der langfristige Vermögenswert beziehungsweise die Veräußerungsgruppe in seinem beziehungsweise ihrem aktuellen Zustand zur sofortigen Veräußerung verfügbar ist.

Umgliederungen und Anpassungen für vorangegangene Perioden werden für langfristige Vermögenswerte und für solche Vermögenswerte, die eine Veräußerungsgruppe bilden, nicht vorgenommen.

Die zur Veräußerung verfügbaren langfristigen Vermögenswerte und die langfristigen Vermögenswerte, die eine Veräußerungsgruppe bilden, werden ab dem Zeitpunkt der Umklassifizierung nicht mehr planmäßig abgeschrieben. Wertminderungen werden für diese Vermögenswerte grundsätzlich nur dann erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unterhalb des Buchwerts liegt. Im Fall einer späteren Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ist die zuvor erfasste Wertminderung rückgängig zu machen. Die Zuschreibung ist auf die zuvor für die betreffenden Vermögenswerte erfassten Wertminderungen begrenzt. Die zugeordneten Verbindlichkeiten sind mit den dafür anzusetzenden Zahlungsverpflichtungen bewertet.

Wertminderungsaufwendungen beziehungsweise Erträge aus Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen, die als zur Veräußerung verfügbar gehalten klassifiziert werden, werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.



## 16 Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige Verpflichtung hat, die wahrscheinlich zu einem Abfluss von wirtschaftlich nutzbaren Ressourcen führt, die zuverlässig geschätzt werden kann. Die Verpflichtung ist bezüglich ihrer Fälligkeit und ihrer betraglichen Höhe ungewiss. Wegen der mit der Beurteilung verbundenen Unsicherheiten können die tatsächlichen Verpflichtungen gegebenenfalls von den ursprünglichen Schätzungen und damit von dem Rückstellungsbetrag abweichen. Zudem ist die Ermittlung von Rückstellungen für Steuern und Rechtsrisiken mit erheblichen Schätzungen verbunden.

Es werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur dann gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich und deren Höhe zuverlässig ermittelbar ist.

Rückstellungen mit einer Laufzeit von über einem Jahr werden mit einem konzernerheitlich vorgegebenen Zinssatz abgezinst und in den Folgeperioden ergebniswirksam aufgezinnt.

Ansatz und Bewertung der Rückstellungen im Zusammenhang mit anhängigen Rechtsstreitigkeiten sind in erheblichem Umfang mit Einschätzungen durch den Konzern verbunden. So beruht die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit, dass ein anhängiges Verfahren Erfolg hat oder eine Verbindlichkeit entsteht, beziehungsweise die Quantifizierung der möglichen Höhe der Zahlungsverpflichtung auf der Einschätzung der jeweiligen Situation. Es erfolgen keine Angaben zu Rückstellungen, die aus allgemeinen Rechtsstreitigkeiten mit anderen Parteien resultieren, weil durch die Publikation dieser Informationen die Ausgangssituation des Konzerns gegenüber den anderen Parteien im laufenden Prozess geschwächt werden könnte.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen beruht auf dem in IAS 19 vorgeschriebenen Anwartschafts-Barwertverfahren für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Der bilanziellen Bewertung der Verpflichtung liegen verschiedene Schätzannahmen zugrunde. Dabei sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rententrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung getroffen worden. Die Annahmen zum Gehalts- und Rententrend stützen sich auf in der Vergangenheit beobachtete Entwicklungen und berücksichtigen die Arbeitsmarktentwicklungen. Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Lebenserwartungen bilden anerkannte biometrische Rechnungsgrundlagen (Richttafeln von Prof. Dr. Klaus Heubeck).

Die erwartete langfristige Entwicklung des vorhandenen Planvermögens wird in Abhängigkeit der Fondsstruktur unter Berücksichtigung historischer Erfahrungswerte festgelegt.

## 17 Ertragsteuern

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen Wertansätzen nach IFRS und Steuerwerten gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Daraus resultieren voraussichtliche zukünftige Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurden in der Höhe angesetzt, in der sie mit hinreichender Wahrscheinlichkeit innerhalb eines Planungszeitraums von 5 Jahren – unter Berücksichtigung der Mindestbesteuerung und eines für die Jahre 2 bis 5 vorgenommenen Sicherheitsabschlags – realisiert werden können. Dieses ist gegeben, wenn zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen entsteht; zur Beurteilung wird auf die jeweils aktuelle Ergebnisplanung der Gesellschaft zurückgegriffen. Für die Berechnung der zukünftigen Steueransprüche beziehungsweise Steuerverpflichtungen werden die zum Bilanzstichtag gültigen Steuersätze verwendet.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Aufwendungen und Erträge aus latenten Steuern zusammen mit den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen in dem Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgte – in Abhängigkeit von der Behandlung des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder erfolgswirksam in den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition.

Tatsächliche Ertragsteueransprüche resultieren aus Steuervorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern, soweit sie den laufenden, vom jeweiligen Unternehmen berechneten Steueraufwand für das betreffende Veranlagungsjahr überschreiten, und aus Erstattungsansprüchen gemäß ergangenen Steuerbescheiden. Steuerrückstellungen sind für voraussichtliche Steuerverpflichtungen zurückliegender Jahre unter Berücksichtigung der geleisteten Vorauszahlungen und anrechenbaren Kapitalertragsteuern anhand des ermittelten steuerlichen Ergebnisses der Unternehmen beziehungsweise für bestehende Betriebsprüfungsrisiken gebildet worden.

In der Bilanz werden tatsächliche und latente Steueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen jeweils in einem separaten Posten ausgewiesen.

# Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (Notes)

## 18 Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden dem Konzern überlassene Kapitalbeträge bilanziert, die aufgrund des Rückforderungsrechts des jeweiligen Kapitalgebers als finanzielle Verpflichtung zu qualifizieren sind und eine temporäre Haftungsfunktion haben.

Das Nachrangkapital setzt sich aus Einlagen stiller Gesellschafter (§ 10 Abs. 4 KWG) und nachrangigen Verpflichtungen (§ 10 Abs. 5a KWG) zusammen. Die Bilanzierung des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt und ergebniswirksam im Zinsüberschuss vereinnahmt. Nachrangkapital, das in das Hedge Accounting einbezogen ist, wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Buchgewinn oder -verlust angepasst.

## 19 Eigenkapital

### Zusammensetzung des Eigenkapitals

Das Eigenkapital der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus gezeichnetem Kapital (Grundkapital) in Form von Inhaberaktien sowie diversen Rücklagen.

### Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) der Landesbank Berlin Holding AG besteht aus nennwertlosen Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von 2,56 € je Aktie. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 2.554 Mio. €. Vorzugsrechte oder Beschränkungen in Bezug auf die Ausschüttung von Dividenden liegen bei der Landesbank Berlin Holding AG nicht vor. Alle ausgegebenen Aktien sind voll eingezahlt.

### Eigene Aktien

Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres keine eigenen Aktien im Bestand.

### Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen. Außerdem sind hier die Beträge, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen für Wandlungs- und Optionsrechte zum Erwerb von Anteilen erzielt wurden, enthalten.

### Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen untergliedern sich in die gesetzliche Rücklage und die anderen Rücklagen. In der gesetzlichen Rücklage sind nach nationalem Recht zwingend zu bildende Rücklagen erfasst; die hier eingestellten Beträge unterliegen im Einzelabschluss der Holding einem Ausschüttungsverbot. Der Gesamtbetrag der in der Bilanz ausgewiesenen Gewinnrücklagen setzt sich zu 13 Mio. € (Vorjahr: 7 Mio. €) aus gesetzlichen Rücklagen (Aktiengesetz) und zu –156 Mio. € (Vorjahr: –402 Mio. €) aus anderen Gewinnrücklagen zusammen.

### Rücklage aus Währungsumrechnung

Die Rücklage aus Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind. Einbezogen wurden dabei Wechselkursdifferenzen aus der Konsolidierung von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen.

### Neubewertungsrücklagen

In die Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung des Beteiligungs- und AfS-Wertpapierbestands, der sich aus zinstragenden und dividendenorientierten Instrumenten zusammensetzt, sowie vereinzelte Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden zum Marktwert (Fair Value) eingestellt. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt nur, wenn der Vermögenswert veräußert beziehungsweise abgeschrieben worden ist. In diesem Eigenkapitalposten sind zudem die aus Sicherungsinstrumenten zur Absicherung des Cashflows ermittelten Bewertungsergebnisse aus wirksamer Makro-Absicherung ausgewiesen. Im Berichtszeitraum wurden hierfür –32 Mio. € (Vorjahr: 48 Mio. €) erfasst; jedoch wurde in 2007 und in 2006 kein Betrag ausgebucht und erfolgswirksam im Zinsüberschuss erfasst.

In der Neubewertungsrücklage werden ferner latente Steuern erfasst, die ergebnisneutral ausgewiesen werden (zum Beispiel solche auf AfS-Wertpapiere und Sicherungsderivate aus Cashflow-Hedges).

### Mindestkapitalanforderungen

Die Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung – SolvV), basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Basler Accords (Basel II), ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Das im Rahmen des Kapitalmanagements berücksichtigte Kapital, das heißt die interne ökonomische Deckungsmasse, umfasst die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel, die Effekte aus der Feststellung des Jahresabschlusses, die Erträge für das laufende Geschäftsjahr sowie die Nachrangverbindlichkeiten. Per 31. Dezember 2007 ergab sich auf Ebene der Landesbank Berlin Holding eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 5.293 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2007 4.898 Mio. €.

Durch den Erwerb der Landesbank Berlin Holding durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und des DSGVO ö.K. (Kommanditist) gehört die Holding aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Die Kapitalausstattung stellt sich nunmehr wesentlich günstiger dar. Für die RVG werden die aufsichtsrechtlichen Meldungen abgegeben. Zusätzlich weisen wir Werte auf Ebene der Landesbank Berlin Holding aus.

Der Konzern hat erstmalig zum Stichtag 31. März 2007 eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung erstellt. Hierbei kommt für die LBB AG und die LBB International S.A. der auf internen Ratingverfahren basierende Ansatz (IRBA) für das Kreditrisiko zum Tragen. Neben den bisher unterlegungspflichtigen Risiken (Adressenausfall und Marktpreis) ist nunmehr auch das operationelle Risiko separat mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die Berlin Hyp und die netbank machen von den Übergangsbestimmungen gemäß § 339 SolvV Gebrauch, für das Jahr 2007 noch nach Grundsatz I zu berichten. Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer (SolvV) in Höhe von 15,04 % und eine Kernkapitalquote (SolvV) in Höhe von 11,80 % nach Feststellung der Abschlüsse. Beide regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten wurden sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute stets eingehalten.

### Kapitalmanagement

Im Berichtsjahr hat die Bank das Kapitalmanagement-Komitee eingeführt. Die Aufgabe dieses Komitees besteht in erster Linie darin, konzernweit Maßnahmen zu koordinieren, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Ausführliche Darstellungen zum Kapitalmanagement finden sich im Abschnitt „Gesamtrisikosteuerung“ des Risikoberichts.

### Dividendenzahlung

Im Jahr 2007 wurde eine Dividende von 0,06 € je Aktie an die Aktionäre ausgeschüttet. Das entspricht einer Ausschüttungssumme von 60 Mio. €.

## 20 Außerbilanzielles Geschäft

### Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte, die eine Verwaltung oder Platzierung von Vermögenswerten im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung zur Basis haben, werden nach IFRS nicht bilanziert, sondern stellen außerbilanzielles Geschäft dar. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

### Eventualschulden

Bei Eventualschulden handelt es sich um bestehende Verpflichtungen, die aus vergangenen Ereignissen resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse, die nicht vollständig unter der Kontrolle des Konzerns stehen, erst noch bestätigt werden. Hierzu gehören im Bankgeschäft unter anderem Verbindlichkeiten aus Bürgschaften sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Weiterhin zählen hierzu gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, jedoch nicht passiviert werden, weil ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtungen nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann.

Provisionszahlungen aus obigen Sachverhalten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Provisionsüberschuss enthalten.

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

### 21 Zinsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
<b>Zinserträge</b>			
Zinserträge aus Forderungen	3.205	3.559	- 10
Zinserträge aus Finanzanlagen	1.868	1.328	41
Zinsähnliche Erträge aus Finanzanlagen	25	23	9
Sonstige Zinserträge	1.112	625	78
<b>Summe der Zinserträge</b>	<b>6.210</b>	<b>5.535</b>	<b>12</b>
<b>Zinsaufwendungen</b>			
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten	3.807	3.531	8
Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten	63	92	- 32
Zinsähnliche Aufwendungen aus Finanzanlagen	2	2	0
Sonstige Zinsaufwendungen	1.523	1.167	31
<b>Summe der Zinsaufwendungen</b>	<b>5.395</b>	<b>4.792</b>	<b>13</b>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>815</b>	<b>743</b>	<b>10</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

In den sonstigen Zinserträgen/-aufwendungen sind Erträge in Höhe von 185 Mio. € (Vorjahr: 63 Mio. €) und Aufwendungen in Höhe von 632 Mio. € (Vorjahr: 649 Mio. €) enthalten, die aus erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) resultieren. Weiterhin sind hierin Zinserträge in Höhe von 927 Mio. € (Vorjahr: 558 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 891 Mio. € (Vorjahr: 519 Mio. €) aus Hedge Accounting enthalten; diese wurden im Vorjahr unter den Zinserträgen/-aufwendungen aus Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten ausgewiesen.

In den Zinserträgen sind ferner Erträge aus wertberichtigten Finanzinstrumenten (Unwinding-Effekte) in Höhe von 109 Mio. € (Vorjahr: 126 Mio. €) enthalten. Die Unwinding-Effekte ergeben sich aus der Fortschreibung der Barwerte zum Bilanzstichtag bei unveränderter Erwartung der zukünftigen Zahlungsströme. Für die Barwertermittlung wird der ursprüngliche effektive Zinssatz des jeweiligen Finanzinstruments zugrunde gelegt.

### 22 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge stellt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns wie folgt dar:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	434	460	- 6
Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	381	578	- 34
<b>Gesamt</b>	<b>- 53</b>	<b>118</b>	<b>&lt; - 100</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Die Risikovorsorge resultiert aus Forderungen der Kategorie „Loans and Receivables“.

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Struktur und die Qualität der Kreditportfolien sowie der gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren bestimmt.

## 23 Provisionsüberschuss

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
<b>Provisionserträge</b>			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	176	185	- 5
Zahlungsverkehr / Kontoführung	115	143	- 20
Kreditgeschäft	35	32	9
Kartengeschäft	76	65	17
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	14	23	- 39
Sonstige Provisionserträge	13	11	18
<b>Summe der Provisionserträge</b>	<b>429</b>	<b>459</b>	<b>- 7</b>
<b>Provisionsaufwendungen</b>			
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	53	33	61
Zahlungsverkehr / Kontoführung	9	12	- 25
Kreditgeschäft	7	5	40
Kartengeschäft	45	27	67
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	14	12	17
Sonstige Provisionsaufwendungen	4	2	100
<b>Summe der Provisionsaufwendungen</b>	<b>132</b>	<b>91</b>	<b>45</b>
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>297</b>	<b>368</b>	<b>- 19</b>

Im Provisionsüberschuss sind auch Provisionserträge und -aufwendungen enthalten, die aus erfolgswirksam zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) resultieren.

Die Provisionserträge aus Treuhandgeschäften betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) und sind in den sonstigen Provisionserträgen enthalten. Provisionsaufwendungen aus Treuhandgeschäften sind weder 2007 noch 2006 angefallen.

## 24 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	- 67	- 115	42
Ergebnis aus als Sicherungsinstrumente eingesetzten Derivaten	70	118	- 41
<b>Gesamt</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>0</b>

Hierin enthalten sind Bewertungsergebnisse aus Grund- und Sicherungsgeschäften in Mikro Fair Value-Hedges, soweit diese gemäß IAS 39 die Kriterien des Hedge Accountings erfüllen.

Aus Makro Cashflow-Hedges können ebenfalls Ergebniseffekte resultieren. Modellbedingt entsteht kein als Ineffektivität zu bezeichnender Anteil an der Wertänderung von Derivaten in Makro Cashflow-Hedges.

Darüber hinaus kommt im Konzern kein Hedge Accounting zur Anwendung.

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

### 25 Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten

Das Ergebnis aus der erfolgswirksamen Fair Value-Bewertung unterteilt sich in:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten			
klassifiziert als Handel (Held-for-Trading)	-373	-329	-13
designiert zum Fair Value (Fair Value-Option)	328	515	-36
<b>Gesamt</b>	<b>-45</b>	<b>186</b>	<b>&lt; -100</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Die Teilergebnisse gliedern sich wie folgt auf:

#### Ergebnis der Handelskategorie (HFT)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Ergebnis des Handelsbuchs	164	322	-49
Devisenergebnis	-71	-72	1
Ergebnis der Anlagebuchderivate	-466	-579	20
<b>Gesamt</b>	<b>-373</b>	<b>-329</b>	<b>-13</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

#### Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO)

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Bewertungsergebnis aus Aktiva	161	39	> 100
Bewertungsergebnis aus Passiva	167	476	-65
<b>Gesamt</b>	<b>328</b>	<b>515</b>	<b>-36</b>

Das Ergebnis der Handelskategorie (HFT) enthält – neben Bewertungs- und Veräußerungseffekten – auch Zinserträge und -aufwendungen, Provisionserträge und -aufwendungen sowie Dividendenerträge. Im Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten (FVO) sind diese Ergebniskomponenten hingegen nicht enthalten.

### 26 Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse des Finanzanlagebestands ausgewiesen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen	37	52	-29
Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen	59	90	-34
Aufwendungen aus dem Abgang von Finanzanlagen	22	38	-42
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen	-41	-4	< -100
Erträge aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	3	1	> 100
Aufwendungen aus Wertminderungen von Finanzanlagen	44	5	> 100
Sonstiges Ergebnis aus Finanzanlagen	0	2	-100
<b>Gesamt</b>	<b>-4</b>	<b>50</b>	<b>&lt; -100</b>

Vom Ergebnis aus Finanzanlagen entfallen -6 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €) auf Finanzanlagen der Kategorie AfS und 2 Mio. € (Vorjahr: 6 Mio. €) auf solche der Kategorie LaR.

Für Finanzinstrumente wird ein so genanntes „Nettoergebnis“ je Kategorie ermittelt. Das Ergebnis der Kategorien LaR, AfS und OL umfasst zum einen Ergebniseffekte aus der Bewertung (also Wertberichtigungen – erfasst als Risikovorsorge – sowie Wertminderungen und -aufholungen) einschließlich Bewertungen aus Hedge Accounting und zum anderen aus Veräußerungen. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

- Das Nettoergebnis der Kategorie LaR beläuft sich auf – 71 Mio. € (Vorjahr: – 330 Mio. €). Es umfasst den auf LaR-Instrumente entfallenden Teil des Ergebnisses aus Finanzanlagen, die gebildete (oder aufgelöste) Risikovorsorge, Bewertungseffekte von gesicherten LaR-Grundgeschäften im Rahmen des Hedge Accountings sowie einen Teil des Ergebnisses aus verkauften Forderungen, der im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.
- Das Nettoergebnis der Kategorie AfS setzt sich aus dem AfS-Anteil am Ergebnis aus Finanzanlagen und aus Bewertungseffekten von gesicherten AfS-Grundgeschäften zusammen und beträgt – 125 Mio. € (Vorjahr: – 259 Mio. €). Enthalten sind – 6 Mio. € (Vorjahr: 44 Mio. €), die der Neubewertungsrücklage (AfS) entnommen und erfolgswirksam erfasst wurden. Ferner wurden – 434 Mio. € (Vorjahr: – 169 Mio. €) erfolgsneutral direkt in diese Rücklage eingestellt. Nach Berücksichtigung latenter Steuern ergibt sich ein Gesamteffekt auf die Neubewertungsrücklage von – 308 Mio. € (vgl. Entwicklung des Konzerneigenkapitals).
- Das Nettoergebnis der Kategorie OL umfasst nur Ergebniseffekte aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen und Bewertungseffekte von gesicherten OL-Grundgeschäften und beläuft sich auf 161 Mio. € (Vorjahr: 419 Mio. €).

## 27 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen

Dieser Posten setzt sich aus den Ergebnissen von assoziierten Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammen.

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Bewertungsergebnis	9	– 7	> 100
Laufendes Ergebnis	3	3	0
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>– 4</b>	<b>&gt; 100</b>

## 28 Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Sondereffekte aus Beteiligungen	0	452	– 100
Ergebnis aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	18	44	– 59
Zinsen aus Steuererstattungen	8	27	– 70
Ergebnis aus Investment Properties	7	– 9	> 100
Ergebnis aus Schuldscheindarlehen	– 17	16	< – 100
Umsatzerlöse der Nicht-Kreditinstitute	33	23	43
IT-Erträge und -Aufwendungen	12	3	> 100
Entkonsolidierungserfolge	4	6	– 33
Sonstige Steueraufwendungen	– 4	– 37	89
Übriges sonstiges betriebliches Ergebnis	50	37	35
<b>Gesamt</b>	<b>119</b>	<b>636</b>	<b>– 81</b>

Das Ergebnis aus Schuldscheindarlehen enthält Veräußerungsergebnisse von Schuldscheindarlehen der Kategorie LaR. Zudem sind hier Erträge aus dem Rückkauf eigener Schuldscheindarlehen erfasst.

Die Position „sonstige Steueraufwendungen“ entspricht einem Ertrag. Dieser beinhaltet Steuererstattungen und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Substanzsteuern aufgrund von Betriebsprüfungen sowie Verkehrssteuern.

Die Sondereffekte aus Beteiligungen im Vorjahr stellen den Erlös aus dem Verkauf der Berliner Bank dar.

Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis umfasst Posten, die anderen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zugeordnet werden können.

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

### Der Konzern als Leasinggeber (Operating Lease)

In den übrigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen sind Erträge aus Operating Lease-Verhältnissen enthalten. Diese betreffen einen Mobilien-Leasing-Fonds in dessen Funktion als Leasinggeber. Nach Ablauf des Leasingvertrages hat der Leasing-Fonds das Recht, dem Leasingnehmer den Leasinggegenstand zu einem Mindestverwertungserlös von rund 28 Mio. € zum Kauf anzudienen. Die künftigen Mindestleasingzahlungen verteilen sich auf die Restlaufzeit des Leasingvertrages bis zum 16. Dezember 2008 und beinhalten neben dem Mindestverwertungserlös laufende Zahlungen von rund 3 Mio. € p.a.

Der Bruttobuchwert der verleaste Gegenstände beträgt 85 Mio. €.

Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen gliedert sich wie folgt:

Restlaufzeiten in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
bis ein Jahr	4	3	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	4	4	33
über fünf Jahre	1	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>9</b>	<b>7</b>	<b>29</b>

### 29 Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwendungen, Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert) sowie anderen Verwaltungsaufwendungen. Die Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Personalaufwendungen	511	589	- 13
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	66	74	- 11
Andere Verwaltungsaufwendungen	388	452	- 14
<b>Gesamt</b>	<b>965</b>	<b>1.115</b>	<b>- 13</b>

#### Personalaufwendungen:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	389	446	- 13
Soziale Abgaben	60	70	- 14
Aufwendungen für Unterstützung und für Altersversorgung	62	73	- 15
<b>Gesamt</b>	<b>511</b>	<b>589</b>	<b>- 13</b>

#### Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwert):

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Abschreibungen auf Sachanlagen	37	43	- 14
Planmäßige Abschreibungen	37	41	- 10
Wertminderungen	0	2	- 100
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	29	31	- 6
Planmäßige Abschreibungen	29	31	- 6
Wertminderungen	0	0	x
<b>Gesamt</b>	<b>66</b>	<b>74</b>	<b>- 11</b>



**Andere Verwaltungsaufwendungen:**

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Gebäude- und Raumkosten	69	74	-7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	4	0
IT-Aufwendungen	153	205	-25
Werbung und Marketing	28	30	-7
Geschäftsbetriebskosten	60	65	-8
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	57	54	6
Personalabhängige Sachkosten	15	15	0
Sonstige	2	5	-60
<b>Gesamt</b>	<b>388</b>	<b>452</b>	<b>-14</b>

Das im Geschäftsjahr 2007 erfasste Abschlussprüferhonorar gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
für Jahresabschlussprüfungen	5	5	0
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	3	1	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>8</b>	<b>6</b>	<b>33</b>

In den sonstigen Bestätigungs- und Bewertungsleistungen sind überwiegend projektbegleitende Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Privatisierung enthalten.

**Der Konzern als Leasingnehmer (Operating Lease)**

Die künftigen Mindestleasingzahlungen, aufgrund von unkündbaren Operating Lease-Verhältnissen, gliedern sich wie folgt:

Restlaufzeiten in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
bis ein Jahr	23	23	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	71	57	25
über fünf Jahre	21	5	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>115</b>	<b>85</b>	<b>35</b>

Die Summe der erwarteten künftigen Mindestzahlungen aus unkündbaren Untermietverhältnissen beträgt 2 Mio. €.

Die Mindestleasingzahlungen des Geschäftsjahres betragen 39 Mio. € (Vorjahr: 32 Mio. €), die bedingten Mietzahlungen betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €); aus Untermietverhältnissen fielen im Jahr 2007 und im Vorjahr keine Zahlungen an.

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen Operating Lease-Verhältnisse für Geschäftsfilialen in Höhe von 101 Mio. € (Vorjahr: 69 Mio. €) sowie für IT-Systeme in Höhe von 8 Mio. € (Vorjahr: 14 Mio. €).

**30 Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen**

in Mio. €	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006	Veränderung in %
Restrukturierungserträge	11	43	-74
Restrukturierungsaufwendungen	5	8	-38
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>35</b>	<b>-83</b>

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung (Notes)

### 31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Konzern Landesbank Berlin Holding besteht aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die diesen Organkreisen nicht angehören.

Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die Landesbank Berlin AG fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	- 10	96	< - 100
Latente Steuern	81	1	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>71</b>	<b>97</b>	<b>- 27</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Der im Vergleich zum Vorjahr hohe Aufwand im Bereich der latenten Steuern ist auf die Effekte im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform zurückzuführen, deren Auswirkungen durch die zusätzliche Aktivierung von latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge aufgrund einer verbesserten Mittelfristplanung gemindert werden. Im Vorjahr basierte der im Saldo ausgewiesene Ertrag aus latenten Steuern insbesondere auf der Bildung von aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge. Der Ertrag aus tatsächlichen Steuern fußt auf aperiodischen Effekten.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung stellt die Unterschiede zwischen dem rechnerischen und dem ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern dar:

in Mio. €	2007	2006 <sup>1)</sup>
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern nach IFRS</b>	<b>291</b>	<b>784</b>
Konzernertragsteuersatz	38,9 %	38,9 %
<b>Rechnerischer Ertragsteueraufwand</b>	<b>113</b>	<b>305</b>
1. Steuerfreie Erträge	- 24	- 40
2. Nicht abzugsfähige Aufwendungen	39	72
3. Abweichende Gewerbesteuer	10	5
4. Steuersatzabweichungen	1	- 2
5. (Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern	- 241	- 176
6. Effekte aus Änderungen des Steuersatzes	220	0
7. Aperiodische Effekte	- 48	- 71
8. Sonstiges	1	4
<b>Ausgewiesener Ertragsteueraufwand / Steuerertrag (-)</b>	<b>71</b>	<b>97</b>
Effektiver Steuersatz	24,4 %	12,2 %

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte Konzernertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Körperschaftsteuersatz von 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem bis zum 31. Dezember 2007 geltenden Steuersatz für die Gewerbesteuer von 17,0 %. Da die Konzerngesellschaften im Wesentlichen ihren Sitz in Berlin haben, wurde für die Berechnung der Gewerbesteuer der Berliner Hebesatz zugrunde gelegt (410 %). Unter Beachtung der Abzugsfähigkeit der Gewerbesteuer von der Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer ergibt sich ein Konzernertragsteuersatz von 38,9 %.

Für die Berechnung der latenten Steuern sind dagegen die Ertragsteuersätze der jeweiligen Gesellschaft zugrunde gelegt worden, wobei für die Bewertung der latenten Steuern die zukünftig geltenden Steuersätze für die Berechnung anzuwenden sind. Das hat zur Folge, dass insoweit insbesondere die infolge des Unternehmensteuerreformgesetzes vom 14. August 2007 in Deutschland ab 2008 geltende Rechtslage zu berücksichtigen war. Der Konzernsteuersatz der Landesbank Berlin Holding AG reduziert sich dadurch von 38,9% auf 30,2%. Die Steuersatzreduzierung führt im Ergebnis zu einem erheblichen Aufwand aus latenten Steuern.

Die Effekte aus steuerfreien Erträgen resultieren im Wesentlichen aus nach § 8b Abs. 1 und 2 KStG steuerfreien Erträgen.

Die Mehrbelastungen aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die nach § 8a beziehungsweise § 8b Abs. 2 und 3 KStG nicht abzugsfähigen Aufwendungen, soweit sie nicht bei der Ermittlung des Gewerbeertrags bereits losgelöst davon hinzuzurechnen sind, und Avalprovisionen, die aufgrund der mit der DetV übernommenen Risikoabschirmung an das Land Berlin zu leisten sind.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 12% und 31%. Der Steuereffekt, der sich aufgrund des Unterschieds zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung unter Steuersatzabweichungen dargestellt.

Die Position „(Nicht-)Ansatz und Bewertung aktiver latenter Steuern“ reflektiert im Wesentlichen Steuereffekte im Zusammenhang mit der zusätzlichen Aktivierung latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorräte aufgrund der verbesserten Planergebnisse der Mittelfristplanung.

Für körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 1.132 Mio. € (Vorjahr: 573 Mio. €) und gewerbsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 766 Mio. € (Vorjahr: 447 Mio. €) wurden latente Steuern in Höhe von insgesamt 294 Mio. € (Vorjahr: 209 Mio. €) angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorräten wurden aktive latente Steuern in Höhe von 23 Mio. € (Vorjahr: 125 Mio. €) aufgelöst. Dies betraf die Gesellschaften LBB Holding AG und Berlin Hyp (Vorjahr: LBB Holding AG und Berlin Hyp). Für körperschaftsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 2.307 Mio. € (Vorjahr: 3.082 Mio. €) und gewerbsteuerliche Verlustvorräte in Höhe von 2.723 Mio. € (Vorjahr: 3.237 Mio. €) wurden keine latenten Steuern angesetzt. Die Verlustvorräte sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Die Prüfung der Ansatzfähigkeit und der Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorräte sowie abzugsfähige temporäre Differenzen erfolgt auf der Grundlage einer Planungsrechnung des künftig zu versteuernden Einkommens. Diese Planungsrechnung berücksichtigt außerbilanzielle steuerliche Kürzungs- und Hinzurechnungsvorschriften (insbesondere § 8b KStG, steuerfreie Betriebsstätten-ergebnisse und § 8 GewStG). Die im Konzern der LBBH bilanzierten aktiven latenten Steuern sind dabei durch zukünftige positive steuerliche Ergebnisse gedeckt. Abschreibungen auf latente Steuern waren im Berichtszeitraum nicht erforderlich.

Die Neubewertungsrücklage latente Steuern beträgt 77 Mio. € (Vorjahr: –75 Mio. €). Diese entfällt mit 82 Mio. € (Vorjahr: –56 Mio. €) auf die AfS-Rücklage und mit –5 Mio. € (Vorjahr: –19 Mio. €) auf die Rücklage für Cashflow-Hedges.

Die temporären Unterschiede gemäß IAS 12.81(f), auf die keine latenten Steuerschulden bilanziert wurden, betragen 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Das Körperschaftsteuerguthaben gemäß § 37 Abs. 2 KStG beträgt nominal 4 Mio. € (Vorjahr: 4 Mio. €). Es wird von 2008 bis 2017 in zehn gleichen Jahresbeträgen ausgezahlt werden. Der Endbetrag an EK02 beträgt 0 Mio. €.

## 32 Ergebnis je Aktie

	1.1. – 31.12. 2007	1.1. – 31.12. 2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Konzernjahresüberschuss der Anteilseigner des Mutterunternehmens (Mio. €)	201	662	–70
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stammaktien (Stück)	999.327.870	986.246.150	1
<b>Gewinn je Aktie (€)</b>	<b>0,20</b>	<b>0,67</b>	<b>–70</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Im Geschäftsjahr und zum 31. Dezember 2007 waren keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf. Der bereinigte Gewinn je Aktie entspricht daher dem Gewinn je Aktie.

## Angaben zur Bilanz (Notes)

### 33 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Kassenbestand	503	420	20
Guthaben bei Zentralnotenbanken	483	535	-10
<b>Gesamt</b>	<b>986</b>	<b>955</b>	<b>3</b>

Alle Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 451 Mio. € (Vorjahr: 513 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Das Mindestreserve-Soll zum Bilanzstichtag betrug 495 Mio. € (Vorjahr: 387 Mio. €).

### 34 Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
<b>LaR</b>			
<b>Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>0</b>
bis drei Monate	1	1	0
über drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	2	1	100
über fünf Jahre	4	5	-20
<b>Kommunalkredite der Hypothekenbanken</b>	<b>3.050</b>	<b>1.856</b>	<b>64</b>
bis drei Monate	180	90	100
über drei Monate bis ein Jahr	698	112	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.484	1.351	10
über fünf Jahre	688	303	> 100
<b>Andere Forderungen</b>	<b>22.930</b>	<b>25.462</b>	<b>-10</b>
täglich fällig	3.368	6.752	-50
bis drei Monate	10.937	5.228	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	5.466	8.867	-38
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.419	3.602	-33
über fünf Jahre	740	1.013	-27
<b>Gesamt LaR</b>	<b>25.987</b>	<b>27.325</b>	<b>-5</b>
<b>AfS</b>			
<b>Kommunalkredite der Hypothekenbanken</b>	<b>527</b>	<b>1.032</b>	<b>-49</b>
bis drei Monate	59	59	0
über drei Monate bis ein Jahr	176	450	-61
über ein Jahr bis fünf Jahre	292	523	-44
über fünf Jahre	0	0	0
<b>Andere Forderungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Gesamt AfS</b>	<b>527</b>	<b>1.032</b>	<b>-49</b>
<b>Gesamt</b>	<b>26.514</b>	<b>28.357</b>	<b>-6</b>

Hierin sind Forderungen an Kreditinstitute im Inland in Höhe von 26.005 Mio. € (Vorjahr: 27.912 Mio. €) und Forderungen an Kreditinstitute im Ausland in Höhe von 509 Mio. € (Vorjahr: 445 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Für Forderungen an Kreditinstitute bestanden zum 31. Dezember 2007 Wertberichtigungen in Höhe von 9 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €).

### 35 Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
<b>LaR</b>			
<b>Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken</b>	<b>14.545</b>	<b>14.885</b>	<b>-2</b>
bis drei Monate	2.402	2.547	-6
über drei Monate bis ein Jahr	2.167	1.511	43
über ein Jahr bis fünf Jahre	6.099	7.251	-16
über fünf Jahre	3.877	3.576	8
<b>Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen</b>	<b>1.808</b>	<b>2.265</b>	<b>-20</b>
bis drei Monate	53	339	-84
über drei Monate bis ein Jahr	96	79	22
über ein Jahr bis fünf Jahre	374	413	-9
über fünf Jahre	1.285	1.434	-10
<b>Kommunalkredite der Hypothekenbanken</b>	<b>6.531</b>	<b>7.545</b>	<b>-13</b>
bis drei Monate	765	457	67
über drei Monate bis ein Jahr	710	1.294	-45
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.362	2.321	-41
über fünf Jahre	3.694	3.473	6
<b>Kommunalkredite anderer Kreditinstitute</b>	<b>8.655</b>	<b>11.193</b>	<b>-23</b>
bis drei Monate	1.998	2.702	-26
über drei Monate bis ein Jahr	1.359	2.159	-37
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.366	3.321	-29
über fünf Jahre	2.932	3.011	-3
<b>Andere Forderungen</b>	<b>13.481</b>	<b>12.366</b>	<b>9</b>
täglich fällig	2.357	2.187	8
bis drei Monate	1.884	1.532	23
über drei Monate bis ein Jahr	1.492	974	53
über ein Jahr bis fünf Jahre	3.288	3.096	6
über fünf Jahre	4.460	4.577	-3
<b>Gesamt LaR</b>	<b>45.020</b>	<b>48.254</b>	<b>-7</b>
<b>AfS</b>			
<b>Kommunalkredite der Hypothekenbanken</b>	<b>1.983</b>	<b>2.650</b>	<b>-25</b>
bis drei Monate	76	353	-78
über drei Monate bis ein Jahr	370	323	15
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.089	1.506	-28
über fünf Jahre	448	468	-4
<b>Andere Forderungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Gesamt AfS</b>	<b>1.983</b>	<b>2.650</b>	<b>-25</b>
<b>Gesamt</b>	<b>47.003</b>	<b>50.904</b>	<b>-8</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Hierin sind Forderungen an Kunden im Inland in Höhe von 46.961 Mio. € (Vorjahr: 50.866 Mio. €) und Forderungen an Kunden im Ausland in Höhe von 42 Mio. € (Vorjahr: 38 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung des Forderungsbestands nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 2.374 Mio. € (Vorjahr: 3.159 Mio. €).

Für Forderungen an Kunden bestanden zum 31. Dezember 2007 Wertberichtigungen in Höhe von 1.402 Mio. € (Vorjahr: 1.812 Mio. €).

#### Konzern als Leasinggeber (Finance Lease)

Forderungen gegenüber Kunden aus geschlossenen Leasingvereinbarungen, in denen der Konzern als Leasinggeber fungiert (Finance Lease), bestehen derzeit nicht.

## Angaben zur Bilanz (Notes)

### 36 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge wurde gebildet für folgende Forderungen (ausschließlich in der Kategorie Loans and Receivables):

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	9	13	-31
Forderungen an Kunden	1.402	1.812	-23
<b>Gesamt</b>	<b>1.411</b>	<b>1.825</b>	<b>-23</b>

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Risikovorsorge	1.411	1.825	-23
zuzüglich Rückstellungen	35	74	-53
<b>Gesamt</b>	<b>1.446</b>	<b>1.899</b>	<b>-24</b>

Im Geschäftsjahr hat sich der Bestand der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge sowie der Bestand der Rückstellungen wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen				Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen	
	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		2007	2006	2007	2006
	2007	2006	2007	2006				
<b>Stand 1.1. vor Konsolidierungskreisänderung</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>1.224</b>	<b>3.793</b>	<b>386</b>	<b>29</b>	<b>119</b>	<b>178</b>
Konsolidierungskreisänderung	0	0	1	-437	0	-2	1	-11
<b>Stand 1.1.</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>1.225</b>	<b>3.356</b>	<b>386</b>	<b>27</b>	<b>120</b>	<b>167</b>
Zuführungen	1	0	273	437	33	35	0	0
Abgänge								
Inanspruchnahmen	0	0	191	1.795	86	35	0	0
Auflösungen	0	3	227	311	70	0	6	47
Unwinding	0	0	105	114	4	12	0	0
Wechselkursveränderungen / Umbuchungen	0	0	139	-349	-148	371	1	-1
<b>Stand 31.12.</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>1.114</b>	<b>1.224</b>	<b>111</b>	<b>386</b>	<b>115</b>	<b>119</b>
<b>Stand 31.12. nach Forderungsarten:</b>								
Hypothekendarlehen der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	306	392				
Grundpfandrechtl. gesicherte Darlehen (LaR)	0	0	101	172				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (LaR)	0	0	0	0				
Kommunalkredite anderer KI (LaR)	0	0	0	0				
Andere Forderungen (LaR)	2	1	707	660				
Kommunalkredite der Hypothekenbanken (AfS)	0	0	0	0				
Andere Forderungen (AfS)	0	0	0	0				

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst



## Angaben zur Bilanz (Notes)

### 37 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem positiven Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Positive Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	378	260	45
Positive Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	19	58	-67
<b>Gesamt</b>	<b>397</b>	<b>318</b>	<b>25</b>

### 38 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte

In dieser Position sind Handelsaktiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Handelsaktiva	10.231	11.626	-12
Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (Fair Value-Option)	3.406	3.026	13
<b>Gesamt</b>	<b>13.637</b>	<b>14.652</b>	<b>-7</b>

#### Handelsaktiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.713	2.620	4
Geldmarktpapiere	53	0	x
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.660	2.620	2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.568	1.854	-15
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	4.927	5.917	-17
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	1.023	1.235	-17
<b>Gesamt</b>	<b>10.231</b>	<b>11.626</b>	<b>-12</b>

Gliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	292	184	1.476	761	2.713
Geldmarktpapiere	42	11	0	0	53
Anleihen und Schuldverschreibungen	250	173	1.476	761	2.660
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0	1.568	1.568
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	395	549	2.351	1.632	4.927
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	136	100	416	371	1.023
<b>Gesamt</b>	<b>823</b>	<b>833</b>	<b>4.243</b>	<b>4.332</b>	<b>10.231</b>



### Zum Zeitwert designierte finanzielle Vermögenswerte (FVO)

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	51	104	-51
Finanzanlagen	3.355	2.922	15
<b>Gesamt</b>	<b>3.406</b>	<b>3.026</b>	<b>13</b>

Das maximale Ausfallrisiko der Forderungen an Kunden zum 31. Dezember 2007 beträgt 51 Mio. € (Vorjahr: 104 Mio. €); Kreditderivate o. Ä. zu deren Absicherung bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Vermögenswerte (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Forderungen an Kunden	0	0	0	51	51
Finanzanlagen	36	75	1.349	1.895	3.355
<b>Gesamt</b>	<b>36</b>	<b>75</b>	<b>1.349</b>	<b>1.946</b>	<b>3.406</b>

Die auf eine Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2007 auf -60 Mio. € (Vorjahr: -1 Mio. €).

Für die Berechnung dieser Beträge wurden die Forderungen und Finanzanlagen zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread, anschließend mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Die Differenz dieser beiden Bewertungen entspricht der Zeitwertveränderung, die auf die Veränderung des Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist.

### 39 Finanzanlagen

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
<b>LaR</b>	<b>5.341</b>	<b>4.275</b>	<b>25</b>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.341	4.275	25
<b>AfS</b>	<b>45.355</b>	<b>39.263</b>	<b>16</b>
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	44.763	38.464	16
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	423	512	-17
Beteiligungen	165	275	-40
Verbundene Unternehmen	4	12	-67
<b>Gesamt</b>	<b>50.696</b>	<b>43.538</b>	<b>16</b>

Sie gliedern sich wie folgt nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
<b>LaR</b>					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26	2	414	4.899	5.341
<b>AfS</b>					
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.444	5.135	26.028	11.156	44.763
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6	37	0	380	423
Beteiligungen	0	0	0	165	165
Verbundene Unternehmen	0	0	0	4	4
<b>Gesamt</b>	<b>2.476</b>	<b>5.174</b>	<b>26.442</b>	<b>16.604</b>	<b>50.696</b>

## Angaben zur Bilanz (Notes)

Die Entwicklung der Beteiligungen und nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Beteiligungen		Verbundene Unternehmen	
	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2006
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>275</b>	<b>292</b>	<b>12</b>	<b>29</b>
Zugänge	2	320	1	4
Abgänge	73	297	7	20
Umbuchungen	-5	-12	0	0
Abschreibungen	20	3	2	1
Wertminderungen	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Veränderung aus der Bewertung zum Fair Value	-14	-25	0	0
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>165</b>	<b>275</b>	<b>4</b>	<b>12</b>

Die Abgänge bei verbundenen Unternehmen beinhalten 6 Mio. € aus Änderungen des Konsolidierungskreises.

### Assoziierte Unternehmen und Joint Ventures

In den Beteiligungen sind 20 (Vorjahr: 28) assoziierte Unternehmen und Joint Ventures, die nicht nach der Equity-Methode bilanziert werden, enthalten. Die Bewertung erfolgt nach IAS 39 zu Anschaffungskosten. In der Anzahl enthalten sind 2 (Vorjahr: 9) assoziierte Unternehmen, die nach IFRS 5 bewertet werden.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Zusammengefasste finanzielle Informationen der nicht nach der Equity-Methode bewerteten assoziierten Unternehmen und Joint Ventures:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	382	492	-22
Summe der Verpflichtungen	325	289	12
Erträge	256	325	-21
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	8	-4	> 100

### 40 Nach der Equity-Methode bewertete Anteile

Es werden insgesamt 3 (Vorjahr: 3) assoziierte Unternehmen und 1 (Vorjahr: 1) Joint Venture sowie 2 (Vorjahr: 0) Fonds nach der Equity-Methode bewertet und gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz ausgewiesen.

Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von mehr als 20 % wegen Unwesentlichkeit nicht als assoziierte Unternehmen eingestuft wurden, beziehungsweise Unternehmen, die trotz eines Stimmrechtsanteils von weniger als 20 % wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung als assoziiertes Unternehmen eingestuft wurden, sind in der Anteilsbesitzliste kenntlich gemacht.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Anteile an Kreditinstituten	68	70	-3
Anteile an sonstigen Unternehmen	61	4	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>129</b>	<b>74</b>	<b>74</b>

In der nachfolgenden Tabelle werden finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen und Joint Ventures, die nach der Equity-Methode bewertet werden, zusammengefasst:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Summe der Vermögenswerte	7.962	8.103	-2
Summe der Verpflichtungen	7.458	7.732	-4
Erträge	542	520	4
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	41	-13	> 100

#### 41 Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Geschäfts- oder Firmenwerte	595	571	4
Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	6	8	-25
Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte	64	71	-10
<b>Gesamt</b>	<b>665</b>	<b>650</b>	<b>2</b>

Der Betrag der aktivierten Entwicklungskosten betrug 1 Mio. € (Vorjahr: 2 Mio. €). Der nicht aktivierungsfähige Forschungsaufwand für selbst erstellte Software beträgt 1 Mio. € (Vorjahr: 1 Mio. €).

Die Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Geschäfts- oder Firmenwerte		Sonstige selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>571</b>	<b>570</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>71</b>	<b>79</b>	<b>650</b>	<b>657</b>
Zugänge	0	1	1	2	16	20	17	23
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	24	0	0	0	4	0	28	0
Zugänge aus unternehmensinterner Entwicklung	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	0	1	0	1	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	3	2	26	28	29	30
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>595</b>	<b>571</b>	<b>6</b>	<b>8</b>	<b>64</b>	<b>71</b>	<b>665</b>	<b>650</b>

Der Bruttobuchwert der Geschäfts- und Firmenwerte entspricht im Berichtsjahr und im Vorjahr jeweils dem Buchwert. Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

Der Bruttobuchwert der sonstigen immateriellen Vermögenswerte beträgt 255 Mio. € (Vorjahr: 237 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 158 Mio. € und zum Ende der Periode auf 185 Mio. €.

#### 42 Sachanlagen

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude	448	473	-5
Betriebs- und Geschäftsausstattung	135	140	-4
<b>Gesamt</b>	<b>583</b>	<b>613</b>	<b>-5</b>

Sachanlagen mit einem Nettobuchwert von 329 Mio. € (Vorjahr: 344 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

## Angaben zur Bilanz (Notes)

Die Entwicklung der Sachanlagen stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>473</b>	<b>594</b>	<b>140</b>	<b>158</b>	<b>613</b>	<b>752</b>
Zugänge	-6	16	23	22	17	38
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	79	4	3	4	82
Umbuchungen	-20	-49	0	-14	-20	-63
Abschreibungen	14	19	24	23	38	42
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0
Wertaufholungen	17	9	0	0	17	9
Effekte aus Wechselkursänderungen	-2	1	0	0	-2	1
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>448</b>	<b>473</b>	<b>135</b>	<b>140</b>	<b>583</b>	<b>613</b>

Der Bruttobuchwert der selbst genutzten Grundstücke und Gebäude beträgt 537 Mio. € (Vorjahr: 651 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 178 Mio. € und zum Ende der Periode auf 89 Mio. €.

Der Bruttobuchwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 386 Mio. € (Vorjahr: 391 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 251 Mio. € und zum Ende der Periode auf 251 Mio. €.

### 43 Investment Properties

In dieser Position werden gemäß IAS 40 fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude ausgewiesen.

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Unbebaute Grundstücke	1	1	0
Grundstücke und Gebäude	81	82	-1
<b>Gesamt</b>	<b>82</b>	<b>83</b>	<b>-1</b>

Investment Properties mit einem Nettobuchwert von 16 Mio. € (Vorjahr: 47 Mio. €) werden im Rahmen von Finanzierungsleasing genutzt.

Die Investment Properties haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Investment Properties	
	2007	2006
<b>Buchwert 1.1.</b>	<b>83</b>	<b>183</b>
Zugänge	-1	30
Zugänge – nachträgliche Anschaffungskosten	0	0
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0
Abgänge	21	104
Umbuchungen	20	-10
Abschreibungen	3	17
Wertminderungen	0	0
Wertaufholungen	4	1
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
<b>Buchwert 31.12.</b>	<b>82</b>	<b>83</b>

Der Bruttobuchwert der Investment Properties beträgt 194 Mio. € (Vorjahr: 116 Mio. €). Die Höhe der kumulierten Abschreibungen zu Beginn der Periode beläuft sich auf 33 Mio. € und zum Ende der Periode auf 112 Mio. €. Fair Values konnten wegen fehlender aktueller Marktdaten nicht ermittelt werden.

Es besteht ferner die vertragliche Verpflichtung, ein Objekt im Jahr 2008 zum Kaufpreis von 64 Mio. € zu erwerben.

#### 44 Ertragsteueransprüche

Die Ertragsteueransprüche gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	85	128	-34
Latente Steuern	800	798	0
<b>Gesamt</b>	<b>885</b>	<b>926</b>	<b>-4</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernternehmen ab. Außerdem werden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge angesetzt, sofern eine Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist.

Aktive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	629	450	40
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	1	173	-99
Finanzanlagen	194	63	> 100
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	6	18	-67
Sonstige Aktiva	6	18	-67
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	18	3	> 100
Verbriefte Verbindlichkeiten	35	488	-93
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	153	189	-19
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten	1.914	3.709	-48
Rückstellungen	132	102	29
Nachrangkapital	38	47	-19
Sonstige Passiva	34	60	-43
Verlustvorträge	294	209	41
<b>Zwischensumme</b>	<b>3.454</b>	<b>5.529</b>	<b>-38</b>
Saldierungen mit passiven latenten Steuern	-2.654	-4.731	44
<b>Gesamt</b>	<b>800</b>	<b>798</b>	<b>0</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte unter Berücksichtigung der in DBA-Staaten vorhandenen Betriebsstätten auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise für den jeweiligen Organkreis eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

#### 45 Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Forderungen aus gestellten Sicherheiten	1.774	2.062	-14
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	59	63	-6
Rechnungsabgrenzung	8	12	-33
Sonstige Steuerforderungen (außer Ertragsteueransprüchen)	2	5	-60
Übrige	72	128	-44
<b>Gesamt</b>	<b>1.915</b>	<b>2.270</b>	<b>-16</b>

Alle ausgewiesenen Vermögenswerte sind kurzfristig verfügbar.

## Angaben zur Bilanz (Notes)

### 46 Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Grundstücke und Gebäude fremdgenutzt	8	22	-64
Finanzielle Vermögenswerte	58	88	-34
<b>Gesamt</b>	<b>66</b>	<b>110</b>	<b>-40</b>

Die Veräußerung der entsprechend klassifizierten Vermögenswerte und Abgangsgruppen erfolgt aufgrund der von der Bank langfristig verfolgten Strategie, sich auf ihre Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren. Die Veräußerung beziehungsweise der Eigentumsübergang der jeweiligen langfristigen Vermögenswerte und Abgangsgruppen soll im Jahre 2008 erfolgen.

Unter den „zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ bestand kein Abwertungsbedarf.

Die fremdgenutzten Grundstücke und Gebäude sowie die finanziellen Vermögenswerte – vier Beteiligungen und Vermögenswerte eines weiteren Unternehmens – sind in den Segmenten „Immobilienfinanzierung“ beziehungsweise „Sonstiges“ enthalten.

### 47 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
<b>Termin- und Sichteinlagen</b>	<b>35.468</b>	<b>30.947</b>	<b>15</b>
täglich fällig	702	1.914	-63
bis drei Monate	31.854	23.217	37
über drei Monate bis ein Jahr	2.912	5.816	-50
<b>Pfandbriefe der Hypothekenbanken</b>	<b>385</b>	<b>434</b>	<b>-11</b>
bis drei Monate	28	12	> 100
über drei Monate bis ein Jahr	112	5	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	134	246	-46
über fünf Jahre	111	171	-35
<b>Andere Verbindlichkeiten</b>	<b>14.833</b>	<b>17.554</b>	<b>-16</b>
täglich fällig	196	952	-79
bis drei Monate	9.507	7.841	21
über drei Monate bis ein Jahr	1.347	3.674	-63
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.523	3.758	-33
über fünf Jahre	1.260	1.329	-5
<b>Gesamt</b>	<b>50.686</b>	<b>48.935</b>	<b>4</b>

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Inland in Höhe von 47.302 Mio. € (Vorjahr: 46.158 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Ausland in Höhe von 3.384 Mio. € (Vorjahr: 2.777 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Darüber hinaus sind 348 Mio. € (Vorjahr: 302 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

## 48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
<b>Termin- und Sichteinlagen</b>	<b>2.654</b>	<b>3.015</b>	<b>-12</b>
täglich fällig	1.396	1.700	-18
bis drei Monate	1.073	928	16
drei Monate bis ein Jahr	185	387	-52
<b>Pfandbriefe der Hypothekenbanken</b>	<b>3.830</b>	<b>2.862</b>	<b>34</b>
bis drei Monate	167	106	58
über drei Monate bis ein Jahr	71	29	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.247	1.204	4
über fünf Jahre	2.345	1.523	54
<b>Spareinlagen</b>	<b>7.033</b>	<b>6.942</b>	<b>1</b>
bis drei Monate	6.964	6.856	2
über drei Monate bis ein Jahr	14	13	8
über ein Jahr bis fünf Jahre	50	67	-25
über fünf Jahre	5	6	-17
<b>Andere Verbindlichkeiten</b>	<b>16.035</b>	<b>15.548</b>	<b>3</b>
täglich fällig	6.660	6.484	3
bis drei Monate	2.454	1.609	53
über drei Monate bis ein Jahr	594	1.093	-46
über ein Jahr bis fünf Jahre	2.420	2.724	-11
über fünf Jahre	3.907	3.638	7
<b>Gesamt</b>	<b>29.552</b>	<b>28.367</b>	<b>4</b>

Hierin sind Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Inland in Höhe von 29.439 Mio. € (Vorjahr: 28.261 Mio. €) und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Ausland in Höhe von 113 Mio. € (Vorjahr: 106 Mio. €) enthalten. Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten nach Inland oder Ausland erfolgt nach dem Sitz des Tochterunternehmens.

Insgesamt sind darin 309 Mio. € (Vorjahr: 244 Mio. €) abgegrenzte Zinsen enthalten.

**Der Konzern als Leasingnehmer (Finance Lease)**

Die Nettobuchwerte der gemieteten Vermögenswerte, die dem wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns zuzurechnen sind, betragen 345 Mio. € (Vorjahr: 382 Mio. €).

Ausgewiesen werden hauptsächlich Verpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen (Laufzeiten bis einschließlich 2026) für Büro- und Geschäftsgebäude an den Standorten Alexanderplatz, Gustav-Meyer-Allee/Brunnenstraße, Prinzregentenstraße, Hardenbergstraße, Bismarck-/Wilmsdorfer Straße sowie Fasanenstraße.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz und Prinzregentenstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für den Konzern ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 57 Mio. € (Vorjahr: 58 Mio. €).

Der Gesamtbestand der Verbindlichkeiten enthält Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen in Höhe von 618 Mio. € (Vorjahr: 611 Mio. €).

Die Mindestleasingzahlungen lassen sich wie folgt darstellen:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
bis ein Jahr	58	58	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	243	303	-20
über fünf Jahre	904	967	-7
<b>Gesamt</b>	<b>1.205</b>	<b>1.328</b>	<b>-9</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

## Angaben zur Bilanz (Notes)

Die Abzinsungsbeträge stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
bis ein Jahr	2	3	-33
über ein Jahr bis fünf Jahre	50	54	-7
über fünf Jahre	522	573	-9
<b>Gesamt</b>	<b>574</b>	<b>630</b>	<b>-9</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Der Barwert der Mindestleasingzahlungen (Restlaufzeiten) gliedert sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
bis ein Jahr	56	55	2
über ein Jahr bis fünf Jahre	193	249	-22
über fünf Jahre	382	394	-3
<b>Gesamt</b>	<b>631</b>	<b>698</b>	<b>-10</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Dem stehen künftige Einnahmen aus unkündbaren Untermietverträgen in Höhe von 38 Mio. € (Vorjahr: 42 Mio. €) gegenüber.

### 49 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle splittet den Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten nach der Art der Finanzinstrumente auf. Für jede Gruppe von verbrieften Verbindlichkeiten sind Informationen über den Buchwert angegeben.

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen	30.035	32.186	-7
Hypothekendarlehen	6.625	7.726	-14
Öffentliche Pfandbriefe	15.291	14.588	5
Sonstige Schuldverschreibungen	8.119	9.872	-18
Sonstige verbrieft verbundene Verbindlichkeiten	482	172	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>30.517</b>	<b>32.358</b>	<b>-6</b>

In den sonstigen Schuldverschreibungen sind Geldmarktpapiere (zum Beispiel Commercial Papers, Certificates of Deposit und Euro Notes) und eigene Akzepte enthalten.

Vertragliche Restlaufzeiten der verbrieften Verbindlichkeiten:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
bis drei Monate	2.289	2.232	3
über drei Monate bis ein Jahr	5.417	5.108	6
über ein Jahr bis fünf Jahre	12.912	17.409	-26
über fünf Jahre	9.899	7.609	30
<b>Gesamt</b>	<b>30.517</b>	<b>32.358</b>	<b>-6</b>



Wesentliche, im Geschäftsjahr 2007 begebene Emissionen, Rückzahlungen und Rückkäufe von Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltiteln sind:

	Gattung	Währung	Nominal (in Mio. WE)
Emissionen	Geldmarktpapiere	GBP	1.970
	Anleihen	EUR	6.460
Rückzahlungen	Geldmarktpapiere	GBP	2.000
	Anleihen	EUR	6.315
	Anleihen	DEM	473
Rückkäufe	keine		

Weiterhin enthält der Gesamtbetrag der verbrieften Verbindlichkeiten abgegrenzte Zinsen in Höhe von 528 Mio. € (Vorjahr: 474 Mio. €). Für eigene Verbindlichkeiten wurden im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Sicherheiten gestellt.

### 50 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die Sicherungsinstrumente mit einem negativen Marktwert, welche für das bilanzielle Hedge Accounting nach IAS 39 eingesetzt wurden, teilen sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Negative Marktwerte aus Derivaten in Mikro Fair Value-Hedges	555	578	-4
Negative Marktwerte aus Derivaten in Makro Cashflow-Hedges	430	512	-16
<b>Gesamt</b>	<b>985</b>	<b>1.090</b>	<b>-10</b>

### 51 Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Verpflichtungen

In dieser Position sind Handelspassiva und Derivate des Anlagebuchs (zusammen HfT) sowie zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO) enthalten.

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Handelspassiva	7.774	8.217	-5
Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (Fair Value-Option)	14.119	13.217	7
<b>Gesamt</b>	<b>21.893</b>	<b>21.434</b>	<b>2</b>

#### Handelspassiva (HfT)

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	811	471	72
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	5.432	5.797	-6
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	1.531	1.949	-21
<b>Gesamt</b>	<b>7.774</b>	<b>8.217</b>	<b>-5</b>

## Angaben zur Bilanz (Notes)

Gliederung der Handelspassiva nach Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	470	0	80	261	811
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs	408	560	2.383	2.081	5.432
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Anlagebuchs	144	129	626	632	1.531
<b>Gesamt</b>	<b>1.022</b>	<b>689</b>	<b>3.089</b>	<b>2.974</b>	<b>7.774</b>

### Zum Zeitwert designierte finanzielle Verpflichtungen (FVO)

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	465	390	19
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	873	858	2
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.604	11.787	7
Nachrangkapital / Hybridkapital	177	182	-3
<b>Gesamt</b>	<b>14.119</b>	<b>13.217</b>	<b>7</b>

Gliederung der zum Zeitwert designierten finanziellen Verpflichtungen (FVO) nach vertraglichen Restlaufzeiten:

in Mio. €	bis drei Monate	drei Monate bis ein Jahr	ein Jahr bis fünf Jahre	über fünf Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	20	370	75	465
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	52	13	389	419	873
Verbriefte Verbindlichkeiten	566	2.095	5.787	4.156	12.604
Nachrangkapital / Hybridkapital	0	0	52	125	177
<b>Gesamt</b>	<b>618</b>	<b>2.128</b>	<b>6.598</b>	<b>4.775</b>	<b>14.119</b>

Die auf eine Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführende Änderung der Zeitwerte für die vorstehenden Positionen beläuft sich für das Jahr 2007 auf 6 Mio. € (Vorjahr: -1 Mio. €).

Für die Berechnung der oben genannten Beträge wurden die Verbindlichkeiten zunächst am Stichtag mit dem jeweils aktuellen Credit Spread bewertet. Anschließend wurden die Verbindlichkeiten mit dem jeweiligen Credit Spread des Vorjahresstichtages bewertet. Der Teil der Zeitwertveränderung, der auf die Veränderung des (eigenen) Ausfallrisikos (Credit Spread) zurückzuführen ist, ergibt sich somit aus der Differenz dieser beiden Bewertungen.

Die Differenz zwischen dem Buchwert der finanziellen Verbindlichkeit und dem höheren Betrag, den die Bank vertragsgemäß bei Fälligkeit zurückzahlen muss, beläuft sich auf 809 Mio. € (Vorjahr: 948 Mio. €). Darin enthalten ist ein Effekt aus Zerobonds und Zero-Schuldscheindarlehen von 612 Mio. € (Vorjahr: 1.092 Mio. €), der sich aufgrund der für Zerobonds beziehungsweise Zero-Schuldscheindarlehen typischen abgezinsten Auszahlung und der Rückzahlung zum Nennwert ergibt. Dagegen stehen 197 Mio. € (Vorjahr: 144 Mio. €) aus Verbindlichkeiten mit einer laufenden Verzinsung.

## 52 Rückstellungen

Die Rückstellungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Rückstellungen für Pensionen	842	920	- 8
Sonstige Rückstellungen	428	543	- 21
Rückstellungen wegen EU-Maßnahmen	21	32	- 34
Restrukturierungsrückstellungen	63	81	- 22
Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft	35	74	- 53
Übrige Rückstellungen	309	356	- 13
<b>Gesamt</b>	<b>1.270</b>	<b>1.463</b>	<b>- 13</b>

Die Rückstellungen für Pensionen, Restrukturierung und EU-Maßnahmen laufen mehrheitlich länger als ein Jahr. In den übrigen Rückstellungen sind Beträge für Personal und sonstige Steuern enthalten. Diese sind in der Regel innerhalb eines Jahres fällig.

### Pensionsrückstellungen

Nachfolgend werden Detailangaben zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gemacht.

#### Grundsätzliches

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding erwerben die Mitarbeiter Ansprüche und Anwartschaften aus unmittelbaren Versorgungszusagen. Für diese unmittelbaren Versorgungszusagen werden zur Erfüllung der Pensionsverpflichtung die erforderlichen Pensionsrückstellungen gebildet und entsprechend passiviert.

#### Bewertungsmethode und versicherungsmathematische Annahmen

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen wird jährlich durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschafts-Barwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) gemäß IAS 19.64 (Methode der laufenden Einmalprämie) durchgeführt. Diese Methode geht davon aus, dass in jedem Dienstjahr ein zusätzlicher Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird, und bewertet jeden dieser Leistungsbausteine separat, um so die endgültige Verpflichtung aufzubauen.

#### Vermögenswerte

Das Planvermögen wird mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt (IAS 19.102).

#### Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste

Zur Tilgung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste wird von der Möglichkeit der Verrechnung aller im Bilanzjahr anfallenden Gewinne und Verluste gegen das Eigenkapital Gebrauch gemacht (IAS 19.93A). Damit werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste in voller Höhe im Eigenkapital berücksichtigt.

Die Auswirkungen im Eigenkapital betragen im Geschäftsjahr 2007 101 Mio. € (Vorjahr: -20 Mio. €). Zusätzlich wurden im Vorjahr versicherungsmathematische Gewinne und Verluste von -7 Mio. € für die Berliner Bank erfolgsneutral mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

#### Versorgungsverpflichtungen

##### a) Defined Contribution Plan (Beitragsdefinierte Zusage)

Bei einem Kreis von Mitarbeitern wird die Versorgungszusage als mittelbare beitragsorientierte Zusage (Defined Contribution Plan) durchgeführt, bei der der Arbeitgeber einen festgelegten Beitrag zur Altersversorgung an externe Versorgungsträger (Pensionskassen und Unternehmen der Lebensversicherung) gegebenenfalls unter Beteiligung der Arbeitnehmer zahlt. Die Höhe der künftigen Versorgungsleistung wird hier durch die gezahlten Beiträge und – für den nicht garantierten Teil der Leistung – die daraus aufgelaufenen Vermögenserträge bestimmt. Die Klassifizierung dieser Versorgung führt dazu, dass die Beiträge an die externen Versorgungsträger als laufender Aufwand erfasst werden und somit keine Pensionsrückstellungen zu bilden sind.

Im Geschäftsjahr wurden 595 T€ als laufender Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst (Vorjahr: 563 T€).

## Angaben zur Bilanz (Notes)

### b) Defined Benefit Plan (Leistungsdefinierte Zusage)

Im Konzern der Landesbank Berlin Holding bestehen mehrere, in der Systemgestaltung unterschiedliche Versorgungsordnungen. Alle Zusagen basieren kollektivrechtlich auf entsprechenden Dienstvereinbarungen oder auf individuellen arbeitsvertraglichen Zusagen (Pensionsverträge). Die wesentlichen Versorgungsordnungen sind:

- Konzern-Ruhegeldordnung (Plan 100)
- Versorgungsordnungen für Mitarbeiter, die vor dem 1. Juli 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 200)
- Versorgungsordnung für Mitarbeiter, die nach dem 30. Juni 1988 in das Unternehmen eingetreten sind (Plan 210)
- Individuelle Pensionsverträge (Plan 220/230)
- Versorgung nach den Satzungsbestimmungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – (Plan 300)
- Versorgungsordnung der Landesbank Berlin (Plan 310)
- Versorgungsordnung vom 1. Januar 1984 (Berlin Hyp)
- Versorgungsordnung vom 30. Dezember 1993 (Berlin Hyp)
- Versorgungsordnung der ehemaligen Berliner Industriebank (Plan 520/521)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um beitragsorientierte Systeme (Rentenbausteine/Versorgungspunkte) sowie um Endgehalts- und Nominalbetragssysteme. In Abhängigkeit vom Eintritt des Versicherungsfalls in der gesetzlichen Rentenversicherung werden Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten gewährt. Geschlechts- oder altersspezifische Unterscheidungen bestehen nicht. Als Regelaltersgrenze gilt generell die Vollendung des 65. Lebensjahres, soweit in der Versorgungsordnung nicht auf die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung abgestellt wird. Die Betriebsrenten werden lebenslang gezahlt; Kapitalabfindungen sind in der Regel nicht vorgesehen. Die Anpassung der laufenden Leistungen erfolgt nach vereinbarten Kriterien (zum Beispiel Entwicklung Gehaltstarifvertrag) oder im Rahmen der Anpassungsprüfungspflicht des § 16 Betriebsrentengesetz (BetrAVG).

Zum 31. Dezember 1994 wurden sämtliche kollektivrechtlichen Versorgungswerke für Neueintritte geschlossen. Seit dem 1. Januar 1995 bestimmen sich die unmittelbaren Versorgungszusagen für neu eingestellte Mitarbeiter ausschließlich nach den Regularien der Konzern-Ruhegeldordnung.

Für die Landesbank Berlin International S.A. (Luxemburg) und die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, besteht ein Versorgungswerk für die betriebliche Altersversorgung. Die Verpflichtung wurde auf einen externen Versicherer ausgegliedert. Das Versorgungswerk sieht Leistungen im Alter, bei Invalidität und an Hinterbliebene vor. Die Finanzierung obliegt ausschließlich dem Arbeitgeber. Dabei werden die Jahresprämien nach handelsrechtlichen Bestimmungen berechnet. Es handelt sich hierbei gleichfalls um ein leistungsorientiertes System, da sich die Höhe der Leistung – unabhängig von den gezahlten Prämien – letztlich aus dem ruhegeldfähigen Jahresgehalt zum Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls errechnet.

Im Geschäftsjahr wurden die Auswirkungen auf die Pensionsverpflichtung aufgrund des Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung (RVAGAnpG) für alle Versorgungsordnungen als Past Service Cost ergebniswirksam erfasst (ca. –7 Mio. €).

### **Unterstützungskasse**

Bei der „Unterstützungskasse der Landesbank Berlin Holding AG e.V.“ handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Versorgungseinrichtung in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Sie wurde 1952 gegründet und verfolgt ausschließlich den Zweck, ihren Mitgliedern Unterstützungsleistungen (Renten wegen Alter oder Erwerbsminderung beziehungsweise Renten an Hinterbliebene) zu gewähren. Die Finanzierung der Unterstützungskasse folgt den Grundsätzen des § 4d EStG, der den Umfang und die Zulässigkeit von Dotierungen / freiwilligen Zuwendungen der Trägerunternehmen und die Höhe des steuerlich zulässigen Kassenvermögens bestimmt.

Zum 1. Juli 1999 wurde der Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung im Konzern vereinheitlicht. Von diesem Zeitpunkt an werden laufende Betriebsrenten im Konzern ausschließlich aus den Pensionsrückstellungen der Unternehmen finanziert. Soweit Mitglieder bis dahin bereits laufende Leistungen aus der Unterstützungskasse erhielten, trat keine Änderung ein.

Zum 31. Dezember 2007 erhielten noch 913 Rentner aus der Unterstützungskasse eine monatliche Leistung. Das Kassenvermögen der Unterstützungskasse (alle Trägerunternehmen) betrug zum 31. Dezember 2007 rund 22,7 Mio. € (Vorjahr: rund 25,6 Mio. €).

**Versicherungsmathematische Annahmen**

## Ökonomische Annahmen

	31.12.2007	31.12.2006
Rechnungszins	5,70 %	4,50 %
Gehaltstrend	2,50 % – 3,00 %	2,50 % – 3,00 %
Rententrend (individuell nach Versorgungszusage)	1,00 % – 3,00 %	1,00 % – 2,50 %
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der gesetzlichen Rentenversicherung	1,00 % – 2,50 %	1,00 % – 2,50 %
Ertragsrate aus Vermögenswerten (nur Unterstützungskasse)	4,93 %	3,91 %
Fluktuation (gesamter aktiver Bestand)		
Bis Alter 30	5,00 %	5,00 %
Bis Alter 40	3,00 %	3,00 %
Bis Alter 50	1,00 %	1,00 %
Ab Alter 50	0,00 %	0,00 %

## Demographische Annahmen

- Pensionsalter: Frühestmöglicher Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß RVAGAnpG
- Biometrische Risiken: „Richttafeln 2005 G“ (Heubeck), IGSS-Sterbetafeln (Luxemburg)

## Zusammensetzung der Rückstellung für Pensionen

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006
Barwert fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	26	28
abzüglich Fair-Value-Planvermögenswerten	-23	-26
	<b>3</b>	<b>2</b>
Barwert nicht fondsfinanzierter Pensionsverpflichtungen (DBO)	839	918
<b>Gesamt</b>	<b>842</b>	<b>920</b>

## Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen

in Mio. €	2007	2006
<b>Rückstellungen für Pensionen zum 1.1.</b>	<b>920</b>	<b>915</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	23	25
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-7	0
Zinsaufwand	42	40
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-34	-32
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	-54
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	-101	27
<b>Rückstellungen für Pensionen zum 31.12.</b>	<b>842</b>	<b>920</b>

## Entwicklung der Pensionsverpflichtungen (DBO)

in Mio. €	2007	2006
<b>Pensionsverpflichtungen zum 1.1.</b>	<b>946</b>	<b>943</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	23	25
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-7	0
Zinsaufwand	42	40
Erbrachte Pensionsleistungen im Berichtsjahr	-37	-36
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	-53
Versicherungsmathematischer Gewinn / Verlust	-102	27
<b>Pensionsverpflichtungen zum 31.12.</b>	<b>865</b>	<b>946</b>

## Angaben zur Bilanz (Notes)

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verringerten sich – unter Berücksichtigung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste – im Konzern um 78 Mio. € auf 842 Mio. € (Vorjahr: 920 Mio. €).

### Zusammensetzung des Planvermögens

Die dargestellte Struktur des Planvermögens bezieht sich nur auf die Unterstützungskasse.

in %	2007	2006
Schuldverschreibungen		
Festverzinslich	74,2	84,4
Nicht festverzinslich	4,5	4,0
Aktien, Investmentzertifikate, Optionen		
Inland	16,9	6,2
Ausland	3,7	5,1
Bankguthaben	0,7	0,3
Übriges Vermögen	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Die erwarteten Ertragsraten des Planvermögens werden aus den aktuellen Renditen des Geschäftsjahres für die verschiedenen Anlagearten und unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung am Gesamtvermögen abgeleitet.

### Entwicklung des Planvermögens

Das Planvermögen setzt sich aus den Vermögenswerten der Unterstützungskasse (22,5 Mio. €) und drei Direktversicherungen (0,4 Mio. €) zusammen.

in Mio. €	2007	2006
<b>Fair Value des Planvermögens zum 1.1.</b>	<b>26</b>	<b>28</b>
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	1	1
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	-1	0
Rentenzahlungen	-3	-3
<b>Fair Value des Planvermögens zum 31.12.</b>	<b>23</b>	<b>26</b>

Die tatsächlichen Erträge aus dem Planvermögen betragen –81 T€ (Vorjahr: 1.132 T€).

In den Vermögenswerten der Unterstützungskasse sind festverzinsliche Schuldverschreibungen von Tochterunternehmen in Höhe von 2,4 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) und nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €) enthalten.

### Darstellung der mit dem Eigenkapital verrechneten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste

in Mio. €	2007	2006
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste		
Geschäftsjahr	101	-20
Kumuliert Vorjahre	-143	-123
<b>Gesamt</b>	<b>-42</b>	<b>-143</b>

### Zusammenfassung der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Beträge

in Mio. €	2007	2006
Laufender Dienstzeitaufwand	23	25
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-7	0
Zinsaufwand	42	40
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-1	-1
<b>Gesamt</b>	<b>57</b>	<b>64</b>

Die Beträge werden alle in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Übersicht über Eckdaten für das Geschäftsjahr und die vorherigen maximal 4 Jahre

in Mio. €	2007	2006	2005	2004
Pensionsverpflichtung (DBO)	865	946	943	780
Planvermögen	23	26	28	29
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	101	-20 <sup>1)</sup>	-86	-37
<b>in %</b>				
Erfahrungsbedingte Anpassungen an:				
DBO	12,5 <sup>2)</sup>	-0,75		
Planvermögen	-5,0	1,4		

<sup>1)</sup> ohne Berücksichtigung Berliner Bank

<sup>2)</sup> betrifft nahezu ausschließlich die Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen

Darstellung der erwarteten zukünftigen Ein- und Auszahlungen

in Mio. €	2008	2007
Einzahlungen in das Planvermögen (Unterstützungskasse)	0	0
Erwartete direkte Rentenzahlungen	-34	-33

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen und Altersteilzeitvereinbarungen, die gleichfalls nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Hierbei wurde zum 31. Dezember 2007 ein Rechnungszins von 4,8 % (Vorjahr: 3,8 %) berücksichtigt. Diese Verpflichtungen werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

### Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	2007	2006 <sup>1)</sup>
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>543</b>	<b>758</b>
Zuführungen	129	132
Inanspruchnahme	144	149
Auflösungen	122	132
Umbuchungen	15	-41
Änderung Konsolidierungskreis	0	-31
Aufzinsungseffekte	7	6
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>428</b>	<b>543</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Davon: Rückstellung wegen EU-Maßnahmen

in Mio. €	2007	2006 <sup>1)</sup>
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>32</b>	<b>108</b>
Zuführungen	0	0
Inanspruchnahme	6	13
Auflösungen	6	38
Umbuchungen	0	-31
Änderung Konsolidierungskreis	0	4
Aufzinsungseffekte	1	2
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>21</b>	<b>32</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

## Angaben zur Bilanz (Notes)

Davon: Restrukturierungsrückstellungen

in Mio. €	2007	2006 <sup>1)</sup>
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>81</b>	<b>91</b>
Zuführungen	1	3
Inanspruchnahme	8	27
Auflösungen	8	3
Umbuchungen	-6	16
Änderung Konsolidierungskreis	0	-1
Aufzinsungseffekte	3	2
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>63</b>	<b>81</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Davon: Rückstellungen für Risiken im Kreditgeschäft

in Mio. €	2007	2006
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>74</b>	<b>138</b>
Zuführungen	14	25
Inanspruchnahme	10	2
Auflösungen	46	39
Umbuchungen	3	-41
Änderung Konsolidierungskreis	0	-7
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>35</b>	<b>74</b>

Davon: Übrige Rückstellungen

in Mio. €	2007	2006 <sup>1)</sup>
<b>Stand zum 1.1.</b>	<b>356</b>	<b>421</b>
Zuführungen	114	104
Inanspruchnahme	120	107
Auflösungen	62	53
Umbuchungen	18	15
Änderung Konsolidierungskreis	0	-26
Aufzinsungseffekte	3	2
<b>Stand zum 31.12.</b>	<b>309</b>	<b>356</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

### 53 Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen gliedern sich wie folgt auf:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern	199	167	19
Latente Steuern	32	73	-56
<b>Gesamt</b>	<b>231</b>	<b>240</b>	<b>-4</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst



Passive latente Steuern stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz nach IFRS und den Steuerbilanzwerten nach lokalen steuerrechtlichen Vorschriften der Konzernunternehmen dar. Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Posten gebildet (vor Saldierung):

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich Risikovorsorge	16	43	-63
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsbeziehungen	110	101	9
Zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	1.719	3.277	-48
Finanzanlagen	11	98	-89
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	114	190	-40
Sonstige Aktiva	153	216	-29
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	441	375	18
Verbriefte Verbindlichkeiten	86	74	16
Rückstellungen	3	10	-70
Sonstige Passiva	33	420	-92
<b>Zwischensumme</b>	<b>2.686</b>	<b>4.804</b>	<b>-44</b>
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern	-2.654	-4.731	-44
<b>Gesamt</b>	<b>32</b>	<b>73</b>	<b>-58</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

Für Zwecke des Bilanzausweises erfolgte auf Ebene der einzelnen Gesellschaft beziehungsweise des jeweiligen Organträgers unter Berücksichtigung von ausländischen Betriebsstätten eine Saldierung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern.

#### 54 Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	675	821	-18
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	69	177	-61
Rechnungsabgrenzungsposten	98	117	-16
Sonstige Steuerverbindlichkeiten (außer Ertragsteuerverpflichtungen)	4	4	0
Übrige	172	659	-74
<b>Gesamt</b>	<b>1.018</b>	<b>1.778</b>	<b>-43</b>

Alle Verpflichtungen sind kurzfristig zu erfüllen.

#### 55 Zur Veräußerung gehaltenen Abgangsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	8	-100
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	0	x
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>	<b>8</b>	<b>-88</b>

Der ausgewiesene Posten enthält Verpflichtungen eines zur Veräußerung vorgesehenen Unternehmens (vgl. Note 46). Die Veräußerung dieses Unternehmens steht im Zusammenhang mit der von der Bank verfolgten Strategie, sich auf die Kerngeschäftsfelder zu konzentrieren.

## Angaben zur Bilanz (Notes)

### 56 Nachrangkapital

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.459	2.628	-6
bis drei Monate	23	149	-85
über drei Monate bis ein Jahr	224	14	> 100
über ein Jahr bis fünf Jahre	1.948	1.743	12
über fünf Jahre	264	722	-63
Genusrechtskapital	4	0	x
bis drei Monate	4	0	x
Stille Einlagen	700	700	0
bis drei Monate	0	0	0
über drei Monate bis ein Jahr	0	0	0
über ein Jahr bis fünf Jahre	0	0	0
über fünf Jahre	700	700	0
<b>Gesamt</b>	<b>3.163</b>	<b>3.328</b>	<b>-5</b>

Gemäß § 10 Abs. 5a KWG zählen nachrangige Verbindlichkeiten zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln. Dabei bezieht sich die Nachrangigkeit auf die Rangfolge der Befriedigung von Gläubigeransprüchen im Insolvenz- beziehungsweise Liquidationsfall. Nachrangige Verbindlichkeiten werden in diesem Fall erst nach Befriedigung der Ansprüche aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Für stille Einlagen wurden Zinsaufwendungen in Höhe von 51 Mio. € (Vorjahr: 78 Mio. €) ausgewiesen. Als stille Einlagen wurden im Vorjahr zwei stille Einlagen von insgesamt 1.100 Mio. € ausgewiesen, die das Land Berlin in 2004 im zeitlichen Zusammenhang mit der Ausgründung der Investitionsbank Berlin (IBB) eingebracht hat. Mit Wirkung vom 31. Dezember 2006 erfolgten Teilrückführungen der stillen Einlagen in Höhe von insgesamt 400 Mio. € von der Landesbank Berlin AG an das Land Berlin. Bis zur Zahlung erfolgte der Ausweis unter den sonstigen Passiva. Die verbleibende stille Einlage in Höhe von 700 Mio. € ging mit Wirkung zum 1. Januar 2008 vom Land Berlin auf die S-Erwerbsgesellschaft über. Die gewinnabhängige Verzinsung hierfür beträgt 7,22 %. Eine Kündigung durch die Bank ist frühestens zum 31. Dezember 2014 möglich.

### 57 Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	2.554	2.554	0
Kapitalrücklagen	77	77	0
Gewinnrücklagen	-143	-395	64
Gesetzliche Rücklage	13	7	86
Andere Gewinnrücklagen	-156	-402	61
Rücklage aus Währungsumrechnung	-2	1	<-100
Neubewertungsrücklagen	-182	137	<-100
Neubewertungsrücklage (AfS)	-275	164	<-100
Neubewertungsrücklage (CFH)	16	48	-67
Neubewertungsrücklage Latente Steuern	77	-75	> 100
Anteile im Fremdbesitz	414	97	> 100
Bilanzgewinn / -verlust	113	153	-26
<b>Gesamt</b>	<b>2.831</b>	<b>2.624</b>	<b>8</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

### 58 Anpassung aufgrund Veränderungen nach IAS 8

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 sowie den Zwischenabschlüssen zum 31. März 2007, 30. Juni 2007 und 30. September 2007 wurden Anpassungen gemäß IAS 8.42 vorgenommen. Die fortgeführte Anpassung eines alten Sachverhalts führte zu folgender Anpassung der Vorjahreszahlen zum 31. Dezember 2006:

#### ■ Mobilienleasing

Der Finanzierungsaufwand für ein Mobilienleasingobjekt wurde im Jahr 2007 erstmals im Konzernabschluss erfasst. Die nachträgliche Erfassung führte in 2006 zu einer Erhöhung des Zinsaufwands um 1,1 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2007 führte ein neu aufzunehmender Sachverhalt zu weiteren Anpassungen:

#### ■ Wertaufholung von Forderungen

Im Geschäftsjahr 2007 wurde das Verfahren zur Bestimmung von vollständigen Wertaufholungen wertberechtigter Forderungen weiterentwickelt. Das Verfahren ermöglicht eine genaue Identifikation der relevanten Forderungen sowie die Quantifizierung der entsprechenden Beträge. Im Zusammenhang mit dem Einsatz dieses Verfahrens wurden ebenfalls Wertaufholungen identifiziert, welche den Jahren 2006 (5,3 Mio. €) und 2005 (1,4 Mio. €) zuzuordnen sind. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden darüber hinaus Sachverhalte für 2006 identifiziert (0,7 Mio. €), die im Sinne einer korrekten Darstellung der Risikovorsorgeentwicklung gleichzeitig mit angepasst wurden.

#### ■ Latente Steuern

Die oben genannten Ergebnisadjustierungen, einschließlich der Folgewirkungen aufgrund der Anpassung des Vorjahres, führen per Saldo zu einem Aufwand aus latenten Steuern in Höhe von 1,4 Mio. € in der Gewinn- und Verlustrechnung der Vergleichszahl zum 31. Dezember 2006 sowie zu einer ergebnisneutralen Verringerung der Gewinnrücklage in Höhe von 1,0 Mio. €.

Die vorgenannten Anpassungen wirken sich auf die Vergleichszahlen der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2006 wie folgt aus (nach Berechnung latenter Steuern auf die Korrekturen):

Gewinn- und Verlustrechnung 2006	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung <sup>1)</sup>
in Mio. €			
Zinsaufwendungen <sup>2)</sup>	4.685	1	4.686
Risikovorsorge im Kreditgeschäft <sup>3)</sup>	123	5	118
<b>Operatives Ergebnis vor Restrukturierung</b>	<b>745</b>	<b>4</b>	<b>749</b>
Saldo aus Restrukturierungsaufwendungen und -erträgen	35	–	35
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>780</b>	<b>4</b>	<b>784</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag <sup>4)</sup>	95	2	97
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>685</b>	<b>2</b>	<b>687</b>

<sup>1)</sup> vor Berücksichtigung der Ausweisänderung bezüglich handelsinduzierter Zinsen (106 Mio. €; vgl. Note 3)

<sup>2)</sup> aus Sachverhalt Mobilienleasing

<sup>3)</sup> aus Sachverhalt Wertaufholung

<sup>4)</sup> aus Sachverhalt latente Steuern

Diese Anpassungen haben keine Auswirkungen auf den Gewinn je Aktie des Vorjahres.

Im Zusammenhang mit den vorgenannten Anpassungen haben wir die betreffenden Bilanzpositionen der Vergleichszahlen 2006 wie folgt korrigiert:

Bilanz zum 31.12.2006	Veröffent- lichter Konzern- abschluss	Anpassung	Konzern- abschluss nach Anpassung
in Mio. €			
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	50.898	6	50.904
Latente Ertragsteuerverpflichtung <sup>2)</sup>	71	2	73
Gewinnrücklagen <sup>1)2)</sup>	– 399	4	– 395

<sup>1)</sup> aus Sachverhalt Wertaufholung

<sup>2)</sup> aus Sachverhalt latente Steuern

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

Folgende weitere Anpassungen wurden vorgenommen:

### ■ Zeitwerte

Bei der Erhebung der beizulegenden Zeitwerte für die Positionen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden zum 31. Dezember 2006 (Note 75 im Geschäftsbericht zum 31. Dezember 2006) wurde für vorgenommene Umgliederungen der Verbindlichkeiten aus Finance Lease kein Zeitwert angegeben. Darüber hinaus wurden Salden, die nicht aus Kundenkonten herrührten (Sachkontobestände), nicht berücksichtigt. Eine Korrektur der entsprechenden Vorjahreswerte in der Zeitwerttabelle (Note 62) wurde vorgenommen.

### ■ Barwertberechnung Finance Lease

Die Berechnung des Barwertes erfolgte im Vorjahr nicht auf den Bilanzstichtag, sondern auf den jeweiligen Beginn des Leasingverhältnisses. Gleichzeitig wurden die angegebenen Beträge um Andienungszahlungen für zwei Objekte korrigiert. Eine Korrektur der entsprechenden Vorjahreswerte „Der Konzern als Leasingnehmer“ (Note 48) wurde vorgenommen.

Die ebenfalls angepassten Vergleichszahlen 2006 der Segmentberichterstattung sowie weitere methodische Veränderungen in den Segmenten sind in Note 6 dargestellt.

## 59 Treuhandgeschäfte

Die in der Bilanz nicht auszuweisenden Treuhandgeschäfte hatten am Bilanzstichtag folgenden Umfang:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	343	413	- 17
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>343</b>	<b>413</b>	<b>- 17</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	2	50
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	340	411	- 17
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>343</b>	<b>413</b>	<b>- 17</b>

## 60 Eventualschulden und ähnliche Verpflichtungen

Folgende Sachverhalte wurden nicht passiviert. Sie beschreiben gegenwärtige Verpflichtungen des Konzerns, bei denen ein Abfluss wirtschaftlicher Ressourcen zur Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht wahrscheinlich ist beziehungsweise Höhe und/oder Erfüllungszeitpunkt der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden können.

Die Risikovorsorge für Eventualschulden wurde von den entsprechenden Posten abgesetzt. Einem möglichen Ausfall aus unwiderruflichen Kreditzusagen wurde durch die Bildung einer Portfoliowertberichtigung Rechnung getragen, die unter der Risikovorsorge (Note 36) ausgewiesen wird.

### Quantifizierbar

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Eventualschulden aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	4.399	1.402	> 100
Kreditbürgschaften	2.334	868	> 100
Akkreditive	52	41	27
Sonstige Bürgschaften	2.013	493	> 100
Unwiderrufliche Kreditzusagen (Buchkredite, Avalkredite, Kommunal- / Hypothekendarlehen, Sonstige unwiderrufliche Kreditzusagen)	5.402	4.606	17
Sonstige Eventualschulden (Schecks, Wechsel)	59	29	> 100
<b>Gesamt</b>	<b>9.860</b>	<b>6.037</b>	<b>63</b>

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2007 in Höhe von 1.153 Mio. € (Vorjahr: 499 Mio. €). Der Konzern ist hiervon auf Basis der Detailvereinbarung durch das Land Berlin überwiegend freigestellt.

Die Haftungsverteilung für die in einigen Fällen in der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vereinbarte gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften im Innenverhältnis erfolgt durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004. Sie sieht eine teilweise Kostenerstattung vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an den haftungsverursachenden Gesellschaften, die im Jahr 2006 an das Land Berlin veräußert wurden, orientiert.

Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgt ebenfalls aufgrund der Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 13 Mio. € (Vorjahr: 13 Mio. €) und resultieren im Berichtsjahr vollständig aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank. Darüber hinaus bestehen für Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 10 Mio. € (Vorjahr: 3 Mio. €).

Bei vier geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtungen betragen nominell (100 %) insgesamt 188 Mio. €. Die Rücknahmewerte können bis zu 115 % oder 216 Mio. € der nominellen Verpflichtungen betragen, sofern die Andienungsrechte erst im Jahr 2024 ausgeübt werden.

Die Landesbank Berlin AG war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewährträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewährträger.

Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert zum Jahresabschluss für die Landesbank Berlin AG eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 134,6 Mio. €. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH (FinanzIT) und der Siemens IT Solutions and Services Management GmbH (SIS) hat die Bank die vereinbarten Mindestabnahmemengen erreicht.

#### **Nicht quantifizierbar**

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin Holding AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG anfallen.

Eventualverbindlichkeiten, die sich auf Rechtsstreitigkeiten beziehungsweise Rechtsrisiken beziehen, sind im Wesentlichen:

- Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG,
- Veräußerung der Anteile an der Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (Allbank),
- Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin sowie
- Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds (IBV-Fonds) sowie eine Klage einer Fondsgesellschaft.

Am 10. beziehungsweise 13. Dezember 2007 unterzeichneten der DSGV und die LBB einen Vergleich über die Beilegung des Rechtsstreits, in dem es um die Nutzung der Marken des Verbands und die Mitgliedschaft der LBB im DSGV ging. Der Vergleich ist nach den erforderlichen Gremienzustimmungen inzwischen wirksam, der Rechtsstreit wurde beendet. Nach dem Vergleich ist die LBB Mitglied im DSGV und zur Nutzung der Verbandsmarken berechtigt.

Demgegenüber bestehen auch Eventualforderungen aus Rechtsstreitigkeiten. Deren Wert kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht verlässlich bestimmt werden. Die Angabe eines Werts unterbleibt deshalb gemäß IAS 37.92.

Nähere Angaben zu den Rechtsrisiken sind im Risikobericht als Teil des Lageberichts aufgeführt.

Im Rahmen des Haftungsverbands der Sparkassen-Finanzgruppe hat die Bank an einer Stützungsaktion für die IKB Deutsche Industriebank AG mitgewirkt. Daneben ist sie an einer konzertierten Aktion des DSGV für die SachsenLB beteiligt.

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

### Patronatserklärungen

Die Landesbank Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gemäß § 313 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Weiterhin trägt die Landesbank Berlin AG alle Verbindlichkeiten und Verpflichtungen aus den dem Vorgenannten entsprechenden Patronatserklärungen, die die vormalige Bankgesellschaft Berlin AG (jetzt firmierend unter Landesbank Berlin Holding AG), Berlin, gegenüber jeweils einem bestimmten Gläubiger der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin, und der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin, (im Jahre 2007 verschmolzen auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin) ausdrücklich abgab. Im Falle der IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH gilt diese Patronatserklärung befristet bis zum 30. Juni 2015; im Falle der von der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien GmbH aufgenommenen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen der vormaligen Mario Göhr Grundstücks GmbH gilt diese befristet längstens bis zum 31. Dezember 2010.

### 61 Risikomanagement

Die Zielsetzung der Offenlegungsvorschriften der IFRS ist, den Bilanzadressaten einen umfassenden Einblick in die Risikolage des Konzerns zu geben, damit sie ein besseres Verständnis für die Auswirkungen von Finanzinstrumenten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entwickeln können.

Angaben gemäß IFRS 7 zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, sowie zu deren Management finden sich im Risikobericht, der Teil des Lageberichts ist.

### 62 Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ist der Betrag, zu dem sachverständige, vertragswillige und voneinander unabhängige Geschäftspartner einen Vermögenswert tauschen oder eine Verpflichtung begleichen. Sofern Börsenkurse vorliegen, werden diese zugrunde gelegt. Bei fehlenden Marktpreisen wird der Fair Value anhand von finanzmathematischen Verfahren ermittelt. Zur Anwendung kommen dabei vor allem die Barwertmethode und Optionspreismodelle. Die in die Ermittlung eingehenden Parameter resultieren aus Marktkonditionen zum Bilanzstichtag.

Nachstehend findet sich eine Gegenüberstellung der Fair Values und der Buchwerte für jede Klasse von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz (teilweise oder vollständig) zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt wurden:

in Mio. €	Marktwert (Fair Value)		Buchwert		Differenz	
	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	31.12.2007	31.12.2006 <sup>1)</sup>	31.12.2007	31.12.2006
<b>Aktiva</b>						
<b>LaR</b>	<b>75.172</b>	<b>79.423</b>	<b>74.937</b>	<b>78.028</b>	<b>235</b>	<b>1.395</b>
Forderungen an Kreditinstitute	25.949	27.362	25.978	27.312	-29	50
Forderungen an Kunden	44.028	47.774	43.618	46.441	410	1.333
Finanzanlagen	5.196	4.287	5.341	4.275	-145	12
<b>AFS</b>	<b>47.865</b>	<b>42.945</b>	<b>47.865</b>	<b>42.945</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Forderungen an Kreditinstitute	527	1.032	527	1.032	0	0
Forderungen an Kunden	1.983	2.650	1.983	2.650	0	0
Finanzanlagen	45.355	39.263	45.355	39.263	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>123.037</b>	<b>122.368</b>	<b>122.802</b>	<b>120.973</b>	<b>235</b>	<b>1.395</b>
<b>Passiva</b>						
<b>OL</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50.734	49.137	50.686	48.935	48	202
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden <sup>2)</sup>	28.438	27.435	29.552	28.367	-1.114	-932
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden <sup>3)</sup>	29.569	28.557	29.552	28.367	17	190
Verbriefte Verbindlichkeiten	30.424	32.331	30.517	32.358	-93	-27
Nachrangkapital inkl. stille Einlagen	3.134	3.368	3.163	3.328	-29	40
<b>Gesamt<sup>2)</sup></b>	<b>112.730</b>	<b>112.271</b>	<b>113.918</b>	<b>112.988</b>	<b>-1.188</b>	<b>-717</b>
<b>Gesamt<sup>3)</sup></b>	<b>113.861</b>	<b>113.393</b>	<b>113.918</b>	<b>112.988</b>	<b>-57</b>	<b>405</b>

<sup>1)</sup> Vorjahreszahlen angepasst

<sup>2)</sup> unter Berücksichtigung steuerrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

<sup>3)</sup> ohne Berücksichtigung steuerrelevanter Ablauffiktionen für ablaufvariable Finanzinstrumente

Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente in den Finanzanlagen sowie das außerbilanzielle Geschäft konnten Fair Values nicht ermittelt und somit nicht angegeben werden.

Für Finanzinstrumente der Fair Value-Kategorie (HfT und FVO) sowie für Derivate in Sicherungsbeziehungen entsprechen sich Buchwerte und Fair Values; diese Geschäfte sind in der vorstehenden Tabelle daher nicht enthalten, sondern jeweils in der entsprechenden Note zu finden.

### Methoden und Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

#### Finanzinstrumente der Kategorien HfT und FVO sowie Sicherungsderivate

Fair Values für Finanzinstrumente des Handelsbestands und Anlagebuchderivate (zusammen HfT) sowie als Sicherungsderivate ausgewiesene Bestände werden – entsprechend der Bewertungshierarchie des IAS 39 – primär auf Basis von Börsen- oder Maklerkursen ermittelt. Bei Nichtexistenz derartiger Wertansätze erfolgt die Fair Value-Bewertung unter Rückgriff auf marktübliche Bewertungsmodelle, in die finanzinstrumentenspezifische Marktparameter einfließen. Letzteres trifft auf alle OTC-Derivate zu.

Die im Rahmen der FVO bilanzierten Forderungen und Verbindlichkeiten werden in der Regel anhand von Börsenpreisen bewertet. Indes werden Fair Values von Schuldscheindarlehen und ausgewählten Bonds der FVO mithilfe anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle bestimmt.

#### Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie AfS

Nicht zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere sowie Beteiligungen und verbundene Unternehmen, die als Finanzanlagen ausgewiesen werden, sowie einige Darlehen, für die jeweils ein aktiver Markt besteht, werden als AfS-Bestand kategorisiert. Deren Fair Value wird auf Basis von Börsenkursen beziehungsweise Marktpreisen bestimmt. Sofern der Fair Value nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei Letzteren handelt es sich überwiegend um nicht börsennotierte Anteile an Unternehmen.

#### Forderungen und Finanzanlagen der Kategorie LaR

Kredite und Forderungen, die unmittelbar an den Schuldner ausgereicht oder unmittelbar gegen den Schuldner begründet wurden, erworbene Kredite und Forderungen sowie ABS-Wertpapiere, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, bilanziert der Konzern – unter Berücksichtigung eventueller Wertminderungen – zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die hierfür angegebenen Fair Values werden grundsätzlich mithilfe eines marktüblichen Bewertungsmodells ermittelt. Hierbei werden grundsätzlich marktbasierende Bewertungsfaktoren verwendet; lediglich bei Kundenforderungen finden interne Schätzungen in Bezug auf die aus internen Ratings berechneten Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie produktspezifischen Laufzeiten Eingang in das Modell. Für Forderungen, die als wertgemindert gelten, werden jeweils auf Basis der anzusetzenden Sicherheiten und Verwertungszeiträume sowie der Erwartungen in Bezug auf die zukünftigen Zahlungen und Kosten Cashflow-Profile abgeleitet. Der erzielbare Betrag und mithin der Fair Value ergibt sich durch Summation der diskontierten Cashflows zum Bewertungsstichtag.

#### Verbindlichkeiten, verbrieft Verbindlichkeiten und Nachrangkapital (Kategorie OL)

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten, verbrieft Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital werden grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Fair Values für Verbindlichkeiten – sowie bei Nichtexistenz von Marktpreisen auch für verbrieft Verbindlichkeiten – werden anhand anerkannter marktüblicher Bewertungsmodelle ermittelt. Eine Spezifizierung erfährt das Bewertungsmodell bei ablaufvariablen Produkten, da hier mittels historischer Beobachtungen validierte Ablaufkationen mit einfließen. Dem werden gemäß IAS 39.49 in der obigen Tabelle (Fußnote 3) die Zeitwerte ohne Berücksichtigung dieser Ablaufkationen zum Vergleich gegenübergestellt.

Die Ermittlung der Fair Values von Nachrangkapital inklusive der stillen Einlage basiert auf der Barwertmethode unter Anwendung des aktuellen Marktzinses und angemessener Risikoaufschläge.

## 63 Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheiten gestellt wurden, umfassen die folgenden Positionen (Buchwerte):

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	3.873	4.950	-22
Forderungen an Kunden	6.186	6.722	-8
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte finanzielle Forderungen	1.040	1.286	-19
Finanzanlagen	31.073	30.326	2
Sonstige Aktiva	1.281	1.556	-18

Die Sicherheiten wurden im Rahmen der standardisierten Rahmenverträge (gemäß ISDA und Deutschem Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte), die im internationalen Bankgeschäft üblich sind, gestellt.

Sicherheiten, die der Konzern erhalten hat und bei nicht gegebenem Ausfall des Sicherungsnehmers verwerten kann, lagen nicht vor.

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

### 64 Volumina der Fremdwährungsbestände

in Mio. €	USD	JPY	GBP	Andere	31.12.2007 Gesamt	31.12.2006 Gesamt	Veränderung in %
<b>Aktiva</b>							
Barreserve	0	0	1	0	1	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	4.494	8	491	541	5.534	2.174	> 100
Forderungen an Kunden	566	15	392	674	1.647	1.315	25
Risikovorsorge aus Kreditgeschäft Erfolgswirksam zum Zeitwert	-27	0	0	0	-27	0	0
bilanzierte finanzielle Vermögenswerte	2.495	194	1.196	1.555	5.440	620	> 100
Finanzanlagen	3.223	77	1.350	51	4.701	3.965	19
Andere Bilanzposten	264	4	41	1	310	150	> 100
<b>Fremdwährungsaktiva</b>	<b>11.015</b>	<b>298</b>	<b>3.471</b>	<b>2.822</b>	<b>17.606</b>	<b>8.224</b>	<b>&gt; 100</b>
<b>Passiva</b>							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.059	3	1.183	1.111	5.356	4.757	13
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	117	0	204	10	331	693	-52
Verbriefte Verbindlichkeiten	680	6	371	0	1.057	1.820	-42
Andere Bilanzposten einschließlich erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierter finanzieller Verpflichtungen	2.139	806	967	1.548	5.460	1.473	> 100
<b>Fremdwährungspassiva</b>	<b>5.995</b>	<b>815</b>	<b>2.725</b>	<b>2.669</b>	<b>12.204</b>	<b>8.743</b>	<b>40</b>

### 65 Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Der Vereinbarung vom 18. Februar 2004 mit der Europäischen Kommission (EU-Beihilfeentscheidung) folgend, hat das Land Berlin seine Mehrheitsbeteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG im Geschäftsjahr 2007 veräußert. Mit Wirkung vom 8. August 2007 hat die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (im Folgenden: S-Erwerbsgesellschaft) alle vom Land Berlin gehaltenen Anteile (rund 81 % der Aktien der Holding) vom Land Berlin erworben und wurde damit neuer Mehrheitseigner.

Damit umfassen die dem Konzern Landesbank Berlin Holding nahestehenden Unternehmen und Personen gemäß IAS 24 die Gruppen:

- das Land Berlin und den Interessenbereich des Landes Berlin (bis zum 7. August 2007),
- die S-Erwerbsgesellschaft und (als Komplementär der S-Erwerbsgesellschaft) die Regionalverbandsgesellschaft mbH – RVG (ab 8. August 2007),
- die Tochterunternehmen der Holding und Unternehmen, auf die die Holding maßgeblichen Einfluss nehmen kann, sowie
- natürliche Personen in Schlüsselpositionen der LBB und Holding, zu denen insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat gehören, sowie die Geschäftsführer des beherrschenden Mutterunternehmens.

#### Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit den Mehrheitseignern der Holding

##### Geschäftsbeziehungen zum Land Berlin und den mehrheitlich im Landesbesitz befindlichen Beteiligungen an Unternehmen privaten und öffentlichen Rechts für den Zeitraum 1. Januar 2007 bis 7. August 2007

Bis zum 7. August 2007 hielt das Land Berlin rund 81 % der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG und war damit eine der Holding gemäß IAS 24 nahestehende Person. Geschäfte und Rechtsbeziehungen bestanden zum Land Berlin wie auch zu seinem Interessenbereich.

Folgende Unternehmen gehörten im Betrachtungszeitraum mehrheitlich dem Land Berlin, lagen somit im Interessenbereich des Landes Berlin und galten bis zum Verkauf der Anteile der Holding als nahestehende Personen im Sinne von IAS 24:



Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen privaten Rechts:

- BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
- BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH
- BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH
- BEHALA Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH
- Berliner Großmarkt GmbH
- BIH Berliner Immobilien Holding GmbH und Tochtergesellschaften (unter anderem LPFV, IBG, BAVARIA, ARWOBAU, IBV)
- Berliner Immobilienmanagement GmbH
- Berliner Werkstätten für Behinderte GmbH (BWB)
- Berlinwasser Holding AG
- Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin mbH
- BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH
- BSGM Berliner Stadtgutliegenschafts-Management GmbH
- BSGM Berliner Stadtgutliegenschafts-Management GmbH & Co. Grundstücks KG
- DEGEWO Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues gemeinnützige AG
- Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin GmbH
- Friedrichstadtpalast Betriebsgesellschaft mbH
- Gemeinnützige Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin (GEWOBAG)
- GESOBAU AG
- Grün Berlin Park und Garten GmbH
- Hebbel-Theater Berlin GmbH
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide – Landesmusikakademie – gGmbH
- Kulturprojekte Berlin GmbH
- Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG
- Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG
- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH
- Messe Berlin GmbH
- Olympiastadion Berlin GmbH
- STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH
- Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH
- Wasserstadt GmbH Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin
- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH
- WISTA-MANAGEMENT GMBH

Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen öffentlichen Rechts:

- Berliner Bäder-Betriebe Anstalt des öffentlichen Rechts
- Berliner Stadtreinigungsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts (BSR)
- Berliner Verkehrsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts (BVG)
- Berliner Wasserbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts (BWB)
- BF Rückversicherung Anstalt des öffentlichen Rechts
- Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts
- Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts (IBB)
- IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist durch die „**Detailvereinbarung**“ über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgesichert. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 15 Mio. € pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV ebenfalls zu tragen sind.

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

Die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse wurden durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Hier sind insbesondere die Übertragung von Vermögensteilen der BIH im Wege der Abspaltung auf die GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) sowie die Herauslösung von Sachverhalten der „Erweiterten Negativliste“ aus verschiedenen IDL-Gesellschaften zur Aufnahme in die GfBI Immobilien Solutions GmbH (GfBI IS) zu erwähnen. Die GfBI hielt unter anderem noch Forderungen gegen auf das Land Berlin übergegangene Gesellschaften (im Wesentlichen BIH und Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) i.L.). Diese Konzernforderungen wurden durch die Landesbank Berlin AG im August 2006 (BOB i.L. 66 Mio. €) sowie im Mai 2007 (BIH 25 Mio. €) angekauft.

Den im Konzern verbliebenen und der GfBI beziehungsweise deren Tochterunternehmen zugeordneten Risiken, die aus den insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV resultieren könnten, wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Jene Risiken, die in der Holding verblieben und der Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) beziehungsweise deren Tochtergesellschaft zugeordnet wurden, insbesondere die Sachverhalte der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen, werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht.

Aufgrund des Kaufvertrags vom 19. Dezember 2005 sollten die für die Kaufpreisbestimmung maßgeblichen Faktoren der Eigenkapitalausstattung und des Geschäftsverlaufs zum 30. Juni 2006 überprüft werden. Die Vertragsparteien haben in einer im 2. Quartal 2007 abgeschlossenen Abrechnungs- und Vergleichsvereinbarung zum IDL-Kaufvertrag grundsätzlich sämtliche wechselseitigen Ansprüche aus dem Vertrag gegen eine von der Verkäuferin am 1. Juni 2007 geleistete Zahlung in Höhe von 37 Mio. € abgegolten.

Die Landesbank Berlin Holding AG steht weiterhin ohne betragsmäßige Begrenzung dafür ein, dass in der BIH und ihren Tochterunternehmen keine Risiken verblieben sind, die von der Risikoabschirmung nach der Detailvereinbarung ausdrücklich ausgenommen sind.

Im Vertrag zur Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin verpflichteten sich die Konzernbanken zu einer **Aufrechterhaltung bestehender Finanzierungen** der übergegangenen Gesellschaften. Seit dem 1. Januar 2006 werden die Kredite an diese Gesellschaften mit dem in der Detailvereinbarung vereinbarten und dementsprechend auch der Bewertung der IDL-Gesellschaften im gemeinsamen Gutachten der KPMG und SUSAT zugrunde gelegten 12-Monats-Euribor (sog. Referenzzinssatz) verzinst. Zum 31. Dezember 2007 waren hiervon Kreditlinien im Konzern in Höhe von 875 Mio. € betroffen, die ausschließlich von der Landesbank Berlin AG bereitgestellt werden.

Weiterhin wurde im Rahmen des Kaufvertrags eine unbegrenzte Verpflichtung zum Ankauf von aus der Detailvereinbarung resultierenden Ansprüchen gegen das Land Berlin übernommen. Im Rahmen dieser Verpflichtung erwirbt die Landesbank Berlin Holding AG – oder ein Tochterunternehmen – weiterhin von den der Detailvereinbarung unterliegenden Gesellschaften dem Grunde und der Höhe nach anerkannte Ausgleichsansprüche aus der Abrechnung im Rahmen der Detailvereinbarung gegenüber dem Land Berlin. Dies dient der Gewährleistung der Liquidität der betroffenen Gesellschaften. Es werden dabei regelmäßig Forderungen angekauft, die im Wesentlichen bereits im Rahmen der anderen Kreditlinien finanziert wurden. Damit ist Schuldner für diese Finanzierungen das Land Berlin. Für diese **Forfaitierungslinie** wird analog zu den übrigen dargestellten Finanzierungen für die IDL-Gesellschaften der Referenzzinssatz aus der Detailvereinbarung (12-Monats-Euribor oder nachgewiesener höherer Bankeneinstand) angewandt.

Per 31. Dezember 2007 waren Forderungen aus der Buchwertgarantie in Höhe von 97,1 Mio. € nebst enthaltenem Verzinsungsanspruch gemäß DetV angekauft. Im Dezember 2007 wurden weiterhin Ausgleichsansprüche der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV), in der das Risikomanagement und -controlling hinsichtlich der DetV zusammengefasst war, aus der Erfüllungsübernahmegarantie gegenüber dem Land Berlin in Höhe von 23,9 Mio. € (hinzu kommen noch die Beträge aus der nachfolgend geschilderten Forfaitierung von Ausgleichsansprüchen gegen das Land Berlin aus dem Erwerb von Fondsanteilen) nebst der Zinsansprüche (hier gleitender 12-Monats-Euribor) angekauft. Der anerkannte Jahressaldo 2006 (35,8 Mio. €) sowie die im Februar und Juni 2007 angekauften Ansprüche aus der Buchwertgarantie (insgesamt 54,1 Mio. €) wurden zusammen mit den im Juli 2007 angekauften Ansprüchen aus der Erfüllungsübernahmegarantie (16,7 Mio. €) einschließlich der Zinsen vom Land Berlin am 1. Oktober 2007 vollständig ausgeglichen (insgesamt 109,4 Mio. €). Die Ankäufe von Ansprüchen aus der DetV wurden regelmäßig von der Landesbank Berlin AG abgewickelt.

Die mit dem Land für diese Finanzierungen festgelegten Konditionen wurden im Gesamtkontext der Vereinbarungen zur Übertragung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts vereinbart. Damit stehen sich Leistung und Gegenleistung in angemessener Weise gegenüber.

Gegen die Holding, die LBB und weitere ehemalige Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder – in jeweils unterschiedlichen Konstellationen – gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die Fonds waren durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, nunmehr firmierend als Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe (IBV), initiiert worden.

Infolge der Unterbreitung von so genannten streitschlichtenden Angeboten, die im Rahmen der DetV gegenüber den Zeichnern von 15 IBV-Fonds im Jahre 2005 und weiteren 5 IBV-Fonds im Jahre 2007 erfolgten, haben die Zeichner mehrheitlich ihre Prospekthaftungsklagen zurückgenommen. Die aus dem Erwerb der Fondsanteile resultierenden, dem Grunde und der Höhe nach durch die BCIA anerkannten Ausgleichsansprüche gegenüber dem Land Berlin werden durch die Landesbank Berlin AG angekauft. Die LBB hat für diesen Forderungsankauf im Jahr 2005 eine nicht revolving Forfaitierungslinie von bis zu 2 Mrd. € bereitgestellt, die per 31. Dezember 2007 noch in Höhe von 944 Mio. € bestand. Das Land Berlin ist also Schuldner der angekauften Ansprüche. Die angekauften Forderungen werden mit dem Referenzzinssatz gemäß DetV verzinst. Die Landesbank Berlin AG erhält darüber hinaus eine angemessene Bearbeitungsgebühr. Der Forderungsankauf wird zu marktgerechten Konditionen abgewickelt.

Per 30. Juni 2007 wurden die bis zum 31. Dezember 2006 von der Landesbank Berlin AG angekauften Ansprüche in Höhe von 768 Mio. € fristgerecht ausgeglichen. Der Ausgleich erfolgte über einen Forderungsankauf durch die Investitionsbank Berlin. Per 1. Oktober 2007 wurden darüber hinaus vorfristig die bis 30. August 2007 angekauften Ansprüche ausgeglichen (230 Mio. € inkl. Zinsen und Bearbeitungsgebühr).

Das die im Jahr 2007 neu aufgenommenen 5 Fonds betreffende Vertragskonvolut verpflichtet die Landesbank Berlin AG zum Ankauf aller bis zum 31. Dezember 2009 entstehenden Ausgleichsansprüche (Ausgleich der letzten Tranche durch das Land Berlin dann per 30. Juni 2010). Da die Annahmefrist für die Fondszeichner jedoch zwischenzeitlich abgelaufen ist, wird sich das Forfaitierungsvolumen auf die im Zusammenhang mit der Fondszeichnung begebene Inhaberschuldverschreibung (7 Mio. €) sowie einzelne noch nicht abgewickelte Vorgänge beschränken. Die Forfaitierungslinie kann daher zunächst auf 20 Mio. € reduziert werden.

Für Fondszeichner, die das Verkaufsangebot nicht sofort annehmen, sondern ihre Anteile erst zu einem späteren Zeitpunkt veräußern wollen, hatte sich die Landesbank Berlin AG vertraglich gegenüber dem Land verpflichtet, ein Treuhand-Kreditprogramm für ausschließlich in den Jahren 2005 und 2006 zu vergebende Kredite aufzulegen. Sie hat im Auftrag des Treugebers (wirtschaftlich das Land Berlin) im Jahr 2006 insgesamt 13.200 Kredite an Fondszeichner zu bereits festgelegten Konditionen gewährt, von denen zum 31. Juli 2007 noch 10.658 Kredite mit einem Nominalvolumen von 312,9 Mio. € valutieren. Die Kredite werden einheitlich mit 3 % verzinst. Als Sicherheit wurden der LBB die Fondsanteile abgetreten. Zusätzlich erhielt die LBB eine volumenabhängige Bearbeitungsgebühr für die Abwicklung der Kredite. In Hinblick auf die entstehenden Aufwendungen sowie die Besicherung der Kredite waren die vereinbarten Konditionen im Zeitpunkt der Vergabe angemessen.

Nach der Ausgliederung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts ist der Konzern in deutlich vereinfachter Weise von der Detailvereinbarung betroffen. Es verbleiben weiterhin die Risikoabschirmung für die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Kreditnehmer des Immobiliendienstleistungsgeschäfts sowie die damit verbundenen und vom Konzern einzuhaltenden Verfahrensregeln.

In der Landesbank Berlin AG bestand im Jahr 2007 eine **stille Einlage** des Landes Berlin in Höhe von 700 Mio. €, die im Rahmen des Verkaufs der Anteile an der Landesbank Berlin Holding AG mit Wirkung zum 1. Januar 2008 durch die S-Erwerbsgesellschaft übernommen wurde. Für die stille Einlage wurde im Geschäftsjahr 2007 eine Vergütung in Höhe von 50,5 Mio. € (Vorjahr: 77,7 Mio. € aufgrund der bis zum 31. Dezember 2006 bestehenden stillen Einlage in Höhe von 1.100 Mio. €) an das Land Berlin gezahlt.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen des Konzerns Landesbank Berlin Holding zum Land Berlin und seinem Interessenbereich bestanden nahezu ausschließlich in Form von Geschäfts-, insbesondere Kreditbeziehungen zur Landesbank Berlin und zur Berlin Hyp. Das Einlagengeschäft hatte keine wesentliche Bedeutung für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns.

Zwischen dem **Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft** und folgenden Geschäftspartnern bestehen Rahmenverträge für Finanzdienstleistungsgeschäfte:

- Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR (BSR)
- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH
- WISTA-Management GmbH
- Investitionsbank Berlin AöR (IBB)
- Stadt und Land Wohnbauten GmbH

Auf Basis dieser Verträge wurde im Berichtszeitraum mit der WISTA-Management GmbH ein Zinsswap mit einem anfänglichen Nominalbetrag von 3,5 Mio. € über den Zeitraum 2. Juli 2007 bis 1. April 2027 abgeschlossen. Das Geschäft wurde im Rahmen des üblichen Geschäftsbetriebs ohne Gewährung von Sonderkonditionen getätigt.

Von der IBB wurde im Berichtszeitraum ein Schuldscheindarlehen erworben:

- 1. Juni 2007; 5 Mio. €; 4,675 %; Fälligkeit 7. Juni 2018

Das Geschäft wurde zu Marktkonditionen abgeschlossen. Es handelt sich um ein Geschäft im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit.

Weiterhin wurden im Rahmen des üblichen Bankgeschäfts mit der IBB Geldhandelsgeschäfte abgewickelt. Die Geschäfte wurden ausschließlich zu marktüblichen Konditionen getätigt.

Im Rahmen der Zinsrisikosteuerung wurden Schuldtitel des Landes Berlin und der IBB eingesetzt. Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit folgende Schuldscheindarlehen direkt von den Emittenten zu marktüblichen Konditionen erworben:

- 2. Mai 2007; 100 Mio. €; 4,328 %; Land Berlin; Fälligkeit 4. Mai 2011
- 2. Mai 2007; 70 Mio. €; 4,417 %; IBB; Fälligkeit 4. Mai 2017
- 20. Juni 2007; 200 Mio. €; 4,630 %; IBB; Fälligkeit 22. Juni 2009
- 20. Juni 2007; 45 Mio. €; 4,720 %; IBB; Fälligkeit 22. Juni 2010

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

Der **Kreditbereich Kapitalmarkt** schloss im August 2004 einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der IBB. Im Rahmen dieses Vertrags werden von der LBB Bonitätsanalysen für Kreditnehmer der IBB aus dem Bereich von Banken, Versicherungen und Unternehmen der öffentlichen Hand erstellt, Geschäftsanfragen aus diesem Kundensegment votiert sowie Kreditsachbearbeitungsaufgaben übernommen. Die Vergütung erfolgt aufwandsabhängig im Rahmen der auch im Konzern angewandten Verrechnung von Mitarbeiterkapazitäten. Im Berichtszeitraum wurden für die erbrachten Dienstleistungen rund 170 T€ (inklusive Umsatzsteuer) durch die LBB als angemessenes Entgelt vereinnahmt.

Im Rahmen der **Immobilienfinanzierung** steht die LBB seit vielen Jahren verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften im Beteiligungskreis des Landes Berlin mit Kreditlinien zur Verfügung.

Obwohl für die WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH und Tochtergesellschaften im vergangenen Jahr zunächst Tilgungsaussetzungen bis zum 30. Juni 2008 beschlossen wurden, konnte die bei der LBB bestehende Risikovorsorge aufgrund umfangreicher Sondertilgungen aus Objektverkäufen sowie der Vereinbarung von Zusatzsicherheiten zum 30. November 2007 vollständig aufgelöst werden. Sowohl im Kreditgeschäft als auch im Anlagegeschäft werden der WBM-Gruppe marktübliche Konditionen gewährt.

Ferner bewilligte die LBB im Berichtszeitraum ein Darlehen zu marktüblichen Konditionen über 2,6 Mio. € an die Stadt und Land Wohnbauten GmbH. Zu den bestehenden Geschäftsbeziehungen mit anderen Wohnungsbaugesellschaften im Beteiligungskreis des Landes Berlin gab es im Berichtsjahr keine berichtspflichtigen Veränderungen.

Mit der Berliner Wasserbetriebe AöR besteht seit dem 1. Januar 2006 ein Mietvertrag für Flächen im Objekt Fasanenstraße 7–8 in 10623 Berlin. Auf Basis der vertraglichen Miete von 8,95 €/qm Bürofläche und 5,00 €/qm Kellerfläche wurden im Berichtszeitraum Zahlungen von insgesamt 561 T€ (inklusive Stellplatzgebühren, Betriebskostenvorauszahlung und Umsatzsteuer) vereinnahmt. Die Konditionen sind marktüblich.

Zwischen der LBB und der Investitionsbank Berlin besteht seit 2004 eine Vereinbarung, die die Übertragung von Darlehensverträgen der IBB mit verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften an die LBB gegen eine marktgerechte Gegenleistung von 0,63 % effektiver Marge für die Gesamtlaufzeit beinhaltet. In § 3 der Vereinbarung wurde die Option einer Rückübertragung (statt einer nachträglichen Anpassung der Gegenleistung) nach Ablauf der Zinsfestschreibung vereinbart. Die IBB bezahlt der LBB für die Rückübertragung das dann gültige Restkapital des Darlehens einschließlich eventueller offener Rückstände zuzüglich der etwa gesetzlich geltenden Umsatzsteuer. Die IBB beabsichtigt, ihr Optionsrecht zum Ablauf der jeweiligen Zinsfestschreibung auszuüben. Zum 30. März 2007 wurden zwei Darlehen mit einem Restkapital von insgesamt 5,6 Mio. € an die IBB rückübertragen.

Die LBB steht dem Land Berlin und einer Vielzahl der mit dem Land verbundenen Unternehmen des privaten Rechts und Anstalten öffentlichen Rechts als Haus- beziehungsweise Zweitbank mit allen Bankdienstleistungen zu marktüblichen Konditionen zur Verfügung. Sonderkonditionen aufgrund der Gesellschafterverhältnisse wurden nicht gewährt. Teilweise vorhandene Abweichungen von Standardkonditionen wurden entsprechend der Größe des Unternehmens und in Abhängigkeit von den getätigten Geschäften analog zu anderen in diesem Marktsegment tätigen Unternehmen gewährt. Leistungsbeziehungen zu diesen Unternehmen, wie zum Beispiel Geschäftsbesorgungsverträge, Mietverträge oder Werbeverträge, wurden von der LBB ebenfalls nur zu gewöhnlichen Marktpreisen abgeschlossen.

Neben den oben aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen der LBB bestehen zum einen Versorgungsverträge mit mehreren Tochterunternehmen des Landes Berlin, insbesondere mit den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) AöR und den Berliner Wasserbetrieben (BWB) AöR, sowie zum anderen Mietverträge mit einer Reihe von Wohnungsbaugesellschaften. Diese Verträge betreffen die gewöhnliche Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen und wurden ausschließlich zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Im Rahmen der Veräußerung der IDL-Gesellschaften an das Land Berlin (bei der auch die BIH GmbH veräußert wurde) wurde zwischen den Verhandlungsparteien vereinbart, dass 5,1 % der Anteile an der **Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH** (ehemals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH) – einer Tochtergesellschaft der BIH GmbH – bei der Landesbank Berlin Holding AG verbleiben. Die BIH GmbH hat der Landesbank Berlin Holding AG eine unwiderrufliche Put-Option bezüglich des 5,1 %-Anteils – ausübbar ab 1. Januar 2008 – eingeräumt. Die Ausübung der Put-Option durch die LBBH gegenüber der BIH Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH ist beschlossen.

Beim Abbau des so genannten Schattenkonzerns war zur Vermeidung des Anfalls von Grunderwerbsteuer die Beteiligung der LBB, als seinerzeit außerhalb des Grunderwerbsteuerlichen Organkreises stehende Gesellschaft, notwendig. In dieser Funktion hat die **IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG** Beteiligungen in Höhe von jeweils 6 % an Objektgesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts übernommen. Die Landesbank Berlin AG hält 100 % der Anteile an ihrer Komplementärin, der IDL Beteiligungsgesellschaft mbH. Die IDL KG verfügt aktuell über 15 Beteiligungen an Objektgesellschaften in Höhe von jeweils 6 %.

Von den herausgelegten Krediten entfielen zum 31. Juli 2007 auf den Interessenbereich des Landes Berlin insgesamt seitens der LBB 2,4 Mrd. € (31. Dezember 2006: 2,6 Mrd. €), seitens der Berlin Hyp 0,7 Mrd. € (31. Dezember 2006: 0,8 Mrd. €).

Wertberichtigungen bestehen hierauf zum 31. Juli 2007 seitens der LBB in Höhe von 2,0 Mio. € (31. Dezember 2006: 9,1 Mio. €); in der Berlin Hyp bestehen wie zum 31. Dezember 2006 keine Wertberichtigungen.

Der Interessenbereich des Landes hatte zum 31. Juli 2007 Einlagen von insgesamt 0,4 Mrd. € (31. Dezember 2006: 0,5 Mrd. €).

Mit den Aktionären werden Bankgeschäfte im Rahmen üblicher Konditionen getätigt.

Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.

### Geschäftsbeziehungen zur S-Erwerbsgesellschaft und der RVG für den Zeitraum 8. August 2007 bis 31. Dezember 2007

Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen der Holding im Sinne des IAS 24 gehören neben der S-Erwerbsgesellschaft und der RVG auch die Geschäftsführer der RVG.

Der Berliner Senat hatte am 15. Juni 2007 beschlossen, die Anteile des Landes Berlin an der Landesbank Berlin Holding AG mit Wirkung zum 8. August 2007 an die durch den Deutschen Sparkassen- und Giroverband Körperschaft des öffentlichen Rechts (DSGV) vertretene Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG zu verkaufen. Zusätzlich wurde die bestehende stille Einlage des Landes Berlin mit Wirkung zum 1. Januar 2008 vom Käufer abgelöst sowie das in Art. 60 DetV geregelte Provisionsrecht (mit Wirkung zum 1. Januar 2008) und das in Art. 61 DetV geregelte Besserungsrecht (mit Wirkung zum 1. Januar 2007) übertragen. Mit dem Kaufvertrag beendete das Land Berlin das im Januar 2007 gestartete diskriminierungsfreie und transparente Bieterverfahren; die parallel dazu vorbereitete Platzierung an der Börse wurde infolgedessen nicht weiter verfolgt.

Das Bieterverfahren startete am 19. Januar 2007 mit der Aufforderung zur Abgabe von Interessenbekundungen. Von den Interessenten (fünf aus dem Sektor der deutschen Sparkassen und Landesbanken, eine deutsche Großbank, acht ausländische Banken, fünf Private-Equity-Unternehmen und eine Privatperson) wurden aufgrund der in der Ausschreibung angegebenen Auswahlkriterien 15 für den weiteren Prozess zugelassen. Neun von ihnen reichten innerhalb der gesetzten Frist bis zum 22. März 2007 auf der Grundlage des ihnen zur Verfügung gestellten Informationsmemorandums indikative Angebote ein, sieben dieser Bieter wurden nach einem vorher festgelegten Vorgehensmodell für das weitere Verfahren ausgewählt und hatten im April und Mai 2007 Zugang zu vertieften Informationen in Bezug auf die Holding („Datenraumphase“).

Parallel zum Bieterverfahren wurde mit den Vorbereitungen für eine alternativ mögliche Platzierung der Anteile an der Börse (Secondary Public Offering, SPO) begonnen. Ein Börsenprospekt wurde vorbereitet und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Prüfung übersandt.

Im Bieterverfahren reichten am 1. Juni 2007 fristgerecht drei Bieter verbindliche Angebote ein, nach deren Auswertung mit allen drei Bietern Kaufvertragsverhandlungen aufgenommen wurden. Diese wurden am 15. Juni 2007 mit der Unterzeichnung des Kaufvertrags mit der S-Erwerbsgesellschaft abgeschlossen, die das für das Land Berlin beste Angebot vorgelegt hatte.

Nach Zustimmung durch das Abgeordnetenhaus von Berlin, das Bundeskartellamt, die Luxemburger Bankenaufsicht und die BaFin konnte der am 15. Juni 2007 geschlossene Kaufvertrag am 8. August 2007 vollzogen werden.

Mit der RVG, Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft, besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher nur in geringem Umfang (23 T€) einlageseitig genutzt wird. Meldepflichtige Geschäfte wurden im Berichtszeitraum nicht getätigt. Mit der S-Erwerbsgesellschaft besteht zum Stichtag keine bankgeschäftliche Beziehung.

Mit einem Geschäftsführer der RVG besteht eine zu marktüblichen Bedingungen geführte Girokonto-Verbindung, die bisher in einem geringen Umfang (6 T€) einlageseitig genutzt wird.

Die Mitglieder der Geschäftsführung der RVG haben keine weiteren berichtspflichtigen Geschäfte getätigt.

### Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann

Die nahestehenden Personen des Anteilsbesitzes sind im „Verzeichnis des Anteilsbesitzes“ unter „Konsolidierte beziehungsweise nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgeführt. Das Verzeichnis des Anteilsbesitzes beinhaltet auch die Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann.

Zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Forderungen an Kunden	209	608	-66
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	90	81	11

Zu Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, bestanden Geschäftsbeziehungen in folgendem Umfang:

in Mio. €	31.12.2007	31.12.2006	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.155	1.277	-10
davon assoziierte Unternehmen	1.140	1.262	-10
davon Joint Ventures	15	15	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	189	184	3
davon assoziierte Unternehmen	189	181	4
davon Joint Ventures	0	3	-100

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

Die an nicht konsolidierte Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, ausgegebenen Kredite wurden zu marktüblichen Konditionen gewährt. Im Zinsüberschuss des Konzerns sind die Zinsaufwendungen und die Erträge aus den Geschäftsbeziehungen als Zinsergebnis enthalten. Das **Zinsergebnis des Konzerns** wird aus den Geschäftsbeziehungen zu nicht konsolidierten Tochterunternehmen und Unternehmen, auf die der Konzern maßgeblichen Einfluss nehmen kann, entsprechend den Volumina und der marktüblichen Verzinsung beeinflusst. Es bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 2 Mio. € (31. Dezember 2006: 21 Mio. €), davon entfallen auf nicht konsolidierte Tochterunternehmen 2 Mio. € (31. Dezember 2006: 10 Mio. €). Es wurden Abschreibungen in Höhe von 14 Mio. € vorgenommen, davon entfallen 4 Mio. € auf nicht konsolidierte Tochterunternehmen.

### Angaben zu den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG beziehungsweise der Landesbank Berlin AG wurden folgende Vergütungen zuteil:

in T€	2007	2006
Gesamtbezüge des Vorstands der LBB <sup>1)</sup>	7.496	6.396
davon Gesamtbezüge des Vorstands der Holding <sup>2)</sup>	2.841	2.331
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der Holding <sup>3)</sup>	636	647
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats der LBB <sup>3)</sup>	262	229
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	6.160	6.456
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	90.661	94.397
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB zum Jahresende zurückgestellt	11.840	14.735 <sup>4)</sup>
darin für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding zum Jahresende zurückgestellt	6.236	5.414
Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der LBB	754	1.981
darin Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern der Holding	822	658

<sup>1)</sup> bestehend aus den Herren Vetter, Dr. Veit, Demolière, Dr. Evers, Kruschinski (bis 30. Juni 2007), Kulartz und Müller

<sup>2)</sup> bestehend aus den Herren Vetter und Dr. Veit

<sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer, Vorjahreszahl angepasst

<sup>4)</sup> hierin enthalten mit 3.649 T€ Herr Kruschinski, der zum 30. Juni 2007 aus der aktiven Vorstandstätigkeit ausgeschieden ist

Die „Gesamtbezüge“ sind „kurzfristig fällige Leistungen“ entsprechend dem Standard; „andere langfristig fällige Leistungen“ bestehen nicht.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. Ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge Lösung des Vertragsverhältnisses durch die Bank, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstands veranlasst ist (§ 626 BGB). Für zwei Mitglieder des Vorstands ist dienstvertraglich das Ausscheiden im Rahmen eines Kontrollerwerbs geregelt. Im Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2007 werden personenbezogene Angaben zu den Versorgungszusagen, den Ansprüchen auf Ruhegehalt und den sonstigen Leistungen nach oder aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses dargestellt.

Von der Landesbank Berlin AG gewährte Vorschüsse und Kredite an Gremienmitglieder:

in T€	2007	2006
an Mitglieder des Vorstands der LBB	388	1.186
davon an Mitglieder des Vorstands der Holding	0	20
an Mitglieder des Aufsichtsrats der Holding	98	123
an Mitglieder des Aufsichtsrats der LBB	98	120

Die Salden beinhalten zu Marktkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Bei den Mitgliedern des Vorstands resultiert die Veränderung insbesondere aus der Ablösung zweier Annuitätendarlehen in Höhe von 565 T€; darüber hinaus wurden bestehende Darlehen getilgt.

Geschäftsvorfälle wie Grundstücksverkäufe, geleistete und bezogene Dienstleistungen, Leasingverhältnisse, Kredit- und sonstige Geschäfte bei Personen in Schlüsselstellungen zu nicht marktkonformen Konditionen liegen nicht vor.

Nahe Familienangehörige des Vorstands und des Aufsichtsrats haben keinen Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen.

Die Publikationen zu Aktientransaktionen des Vorstands veröffentlicht die Holding auf ihrer Internetseite unter „Investor Relations“. Sie erfüllt damit die Meldeerfordernisse nach § 15a WpHG.

#### Darstellung zu § 314 Abs. 1 Nr. 6 a) 5. Satz HGB

Den im **Geschäftsjahr 2007** amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2007 die nachstehenden Vergütungen zuteil:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung			Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung	Sonstige Vergütungen <sup>1)</sup>	
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB)	1.068	675	26	1.769
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	521			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	689	350	33	1.072
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	300			
<b>Summe Organmitglieder der Holding</b>	<b>1.757</b>	<b>1.025</b>	<b>59</b>	<b>2.841</b>
Serge Demolière (LBB)	986	270	34	1.290
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	489			
Dr. Johannes Evers (LBB)	627	300	46	973
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	246			
Uwe Kruschinski (LBB) <sup>2)</sup>	331	185	17	533
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	150			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	627	245	45	917
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	246			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	38	942
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	290			
<b>Vergütungsaufwand 2007 Gesamt (LBB)</b>	<b>4.932</b>	<b>2.325</b>	<b>239</b>	<b>7.496</b>

<sup>1)</sup> Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (geldwerter Vorteil der Nutzung der Dienstwagen) von 116 T€ sowie den so genannten Arbeitgeberanteil-Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 119 T€. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- beziehungsweise Pflegeversicherung erhalten hat.

<sup>2)</sup> Herr Kruschinski ist zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Eine Zuordnung der Pauschalprämie für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern wird nicht vorgenommen.

Den am **31. Dezember 2006** amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2006 die nachstehenden Vergütungen zuteil:

Mitglieder des Vorstands in T€	Jahresvergütung			Gesamt
	erfolgsunabhängige Vergütung	erfolgsabhängige Vergütung	Sonstige Vergütungen <sup>1)</sup>	
Hans-Jörg Vetter (Holding, LBB)	999	450	25	1.474
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	460			
Dr. Thomas Veit (Holding, LBB)	677	150	30	857
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	300			
<b>Summe Organmitglieder der Holding</b>	<b>1.676</b>	<b>600</b>	<b>55</b>	<b>2.331</b>
Serge Demolière (LBB)	974	75	32	1.081
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	489			
Dr. Johannes Evers (LBB)	615	120	41	776
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	246			
Uwe Kruschinski (LBB)	662	40	30	732
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	300			
Hans Jürgen Kulartz (LBB)	615	75	42	732
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	246			
Martin K. Müller (LBB)	590	120	34	744
davon nicht ruhegehaltstfähige Festtantieme	290			
<b>Vergütungsaufwand 2006 Gesamt (LBB)</b>	<b>5.132</b>	<b>1.030</b>	<b>234</b>	<b>6.396</b>

<sup>1)</sup> Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (geldwerter Vorteil der Nutzung der Dienstwagen) von 126 T€ sowie den so genannten Arbeitgeberanteil-Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 104 T€. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- beziehungsweise Pflegeversicherung erhalten hat.

Eine Zuordnung der Pauschalprämie für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern wird nicht vorgenommen.

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

Die für das Geschäftsjahr 2007 an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

Mitglieder des Aufsichtsrats	Jahresvergütung			
	Holding		LBB	
	2007	2006	2007	2006
in T€				
Dr. h. c. Klaus G. Adam <sup>1)8)</sup>	54	91	24	34
Heinrich Haasis <sup>2)9)</sup>	25	–	11	–
Bärbel Wulff <sup>10)</sup>	64	57	29	22
Dr. h. c. Axel Berger <sup>1)8)</sup>	27	29	17	14
Dietmar P. Binkowska <sup>2)9)</sup>	11	–	6	–
Gregor Böhmer <sup>2)9)</sup>	13	–	5	–
Dagmar Brose	15	24	–	–
Thomas Dobkowitz <sup>1)</sup>	10	15	–	–
Hans Jörg Duppré <sup>2)</sup>	5	–	–	–
Dr. Michael Endres <sup>1)8)</sup>	22	46	12	18
Claudia Fieber <sup>3)10)11)</sup>	–	21	–	6
Christina Förster <sup>10)</sup>	26	24	11	9
Dr. Thomas Guth <sup>1)8)</sup>	17	26	7	11
Sascha Händler <sup>10)</sup>	26	24	11	9
Jürgen Hilse <sup>2)9)</sup>	11	–	3	–
Claus Friedrich Holtmann <sup>2)9)</sup>	10	–	5	–
Michael Jänichen <sup>10)</sup>	33	37	18	13
Daniel Kasteel <sup>10)</sup>	26	24	11	9
Thomas Mang <sup>2)9)</sup>	10	–	5	–
Astrid Maurer <sup>4)12)</sup>	26	–	11	2
Dr. Hannes Rehm <sup>1)</sup>	10	15	–	–
Heiko Reinhard <sup>5)10)11)</sup>	–	18	–	6
Andreas Rohde <sup>6)12)</sup>	26	4	11	2
Senator Dr. Thilo Sarrazin <sup>7)13)</sup>	27	42	11	17
Peter Schneider <sup>2)9)</sup>	9	–	3	–
Friedrich Schubring-Giese <sup>2)</sup>	5	–	–	–
Dr. Heinz-Gerd Stein <sup>1)8)</sup>	21	40	11	16
Joachim Tonndorf	25	25	–	–
Dr. Harald Vogelsang <sup>2)9)</sup>	10	–	5	–
Frank Wolf <sup>10)</sup>	34	28	16	13
Senator Harald Wolf <sup>7)13)</sup>	17	27	7	12
Bernd Wrede <sup>1)8)</sup>	21	31	11	16
<b>Summe</b>	<b>636</b>	<b>647</b>	<b>262</b>	<b>229</b>
zuzüglich USt	95	100	40	34
<b>Gesamtaufwand</b>	<b>731</b>	<b>747</b>	<b>302</b>	<b>263</b>

1) Mitglied im AR der Holding bis 31. August 2007

2) Mitglied im AR der Holding seit 1. September 2007

3) Mitglied im AR der Holding bis 31. Dezember 2006

4) Mitglied im AR der Holding seit 1. Januar 2007

5) Mitglied im AR der Holding bis 31. Oktober 2006

6) Mitglied im AR der Holding seit 30. November 2006

7) Mitglied im AR der Holding bis 28. August 2007

8) Mitglied im AR der LBB bis 31. August 2007

9) Mitglied im AR der LBB seit 1. September 2007

10) Mitglied im AR der LBB seit 7. März 2006

11) Mitglied im AR der LBB bis 30. September 2006

12) Mitglied im AR der LBB seit 6. Oktober 2006

13) Mitglied im AR der LBB bis 28. August 2007



## 66 Anzahl Arbeitnehmer

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer, getrennt nach Gruppen:

	2007	2006
Vollzeit	5.117	6.066
Teilzeit	1.348	1.648
Auszubildende	208	262
<b>Gesamt</b>	<b>6.673</b>	<b>7.976</b>

## 67 Ereignisse nach dem 31. Dezember 2007

Die LBB hat mit Wirkung zum 2. Januar 2008 die Sparte Absatzfinanzierung von der BHW Bank Aktiengesellschaft erworben. Der Erwerb umfasst einen Stamm von 179.000 Kunden mit Privatdarlehen und 125.000 Kreditkarten sowie rund 8.300 aktive Händlerbeziehungen. Das Kreditvolumen liegt bei rund 485 Mio. €.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Berliner Bank konnten die noch offenen Fragen hinsichtlich der endgültigen Kaufpreisfestsetzung mit dem Käufer am 4. Februar 2008 endgültig geklärt werden.

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 0,10 € je Aktie zu zahlen.

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

### 68 Anteilsbesitzliste

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital <sup>2)</sup>	Ergebnis <sup>2)</sup>	vom 31.12.2007 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
<b>Landesbank Berlin Holding AG</b>						
<b>Konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)</b>						
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	100,0	-3.608	-1.433	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	100,0	100,0	705	-1.638	
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin <sup>5)</sup>	90,4	90,4	90,4	623.093	53.579	
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking <sup>5)</sup>	94,9	94,9	67,8	290	115	
Crown Court I LLC, Wilmington, Delaware <sup>5)19)</sup>	100,0	100,0	100,0	-13.645	-13.933	
Crown Court Property London Ltd., London <sup>5)20)</sup>	100,0	100,0	100,0	20.217	2.753	
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin <sup>5)6)</sup>	48,5	48,5	48,5	-50.415	1.707	
GfBl Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	100,0	100,0	33.912	-3.722	
GfBl Immobilien Solutions GmbH, Berlin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	100,0	4.939	4.942	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	94,9	100,0	6.570	2.611	
Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde / Gardelegen GbR, Berlin <sup>5)</sup>	76,1	76,1	76,1	-20.163	461	
Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>5)</sup>	99,9	99,9	99,9	-7.790	-25	
HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking <sup>5)</sup>	92,5	92,5	92,5	3.903	1.510	
Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin <sup>5)</sup>	100,0	95,0	100,0	16.510	-4	
Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	0,0	100,0	1.879.806	-42.296	
Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg <sup>5)</sup>	100,0	100,0	100,0	168.972	-9.851	
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	100,0	100,0	10.321	-510	
LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	100,0	1.747	160	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	100,0	100,0	6.024	829	
LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	100,0	100,0	1.103	181	
LBB Reinsurance Ltd., Dublin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	100,0	12.175	3.139	
netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>5)</sup>	75,0	75,0	75,0	27.484	-853	
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>1)5)</sup>	100,0	100,0	100,0	962	-54	
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg <sup>3)5)</sup>	100,0	100,0	100,0	-1	-288	
<b>SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)</b>						
Albatros Select Fund, Luxemburg <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	188.509	1.320	
Check Point Charlie Inc., London <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	0	0	
Check Point Charlie Ltd., London <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	509	511	
Portfolio Purchasing Company 1 Ltd., London <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	-2.088	-2.214	
Portfolio Purchasing Company 2 Ltd., London <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	-3.434	-3.380	
Portfolio Purchasing Company 3 Ltd., London <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	-169	-175	
Portfolio Purchasing Company 4 Ltd., London <sup>5)</sup>	0,0	0,0	0,0	-1.683	-1.742	
RR II R-11004, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11014, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11017, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11056, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11057, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11063, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11064, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11066, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	
RR II R-11072, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	-	-	

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital <sup>2)</sup>	Ergebnis <sup>2)</sup>	vom 31.12.2007 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
RR II R-11075, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11077, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11080, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11082, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11085, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11087, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11133, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11140, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11144, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11145, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11148, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11157, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11161, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11163, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11172, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11176, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11184, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11189, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11227, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11231, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11232, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11247, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11249, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11251, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11253, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11254, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11262, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11263, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11264, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11265, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11266, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11270, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11277, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11280, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11281, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11282, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11285, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11288, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11289, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11290, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11291, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11292, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11295, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11297, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11298, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11300, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11301, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11302, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11303, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11304, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-11306, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-817, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	
RR II R-846, City of Wilmington / Delaware <sup>5)17)</sup>	0,0	0,0	0,0	–	–	

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital <sup>2)</sup>	Ergebnis <sup>2)</sup>	vom 31.12.2007 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
<b>SIC-12-Gesellschaften / Spezialfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)</b>						
ABN AMRO EMMA INKA, Düsseldorf <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	35.782	2.032	
BB TBG Fonds, Berlin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	78.600	1.379	
BG-Asset-Fonds, Berlin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	18.637	604	
dbi Pimco Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	99.713	4.801	
DeAM EICO Fonds, Frankfurt am Main <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	101.331	382	
DEKA - ABS Europe-Fonds, Frankfurt am Main <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	76.909	236	
GSIM Global Corporate Bond Fonds, Frankfurt am Main <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	100.408	3.927	
LBB INKA Credit Plus, Düsseldorf <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	96.602	-5.390	
LBB Prisma Unit Trust, Georgetown / Kaiman-Inseln <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	85.616	4.069	
LBB-Spezialsituationen-Fonds, Berlin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	6.898	2.718	
LBB-TopPick-Fonds, Berlin <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	79.456	6.497	
UNIQA GLOBAL ABS INCOME FUND, Wien, Austria <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	32.239	-5.773	
WAMCO INKA Global Corporate Bond Fonds, Düsseldorf <sup>5)</sup>	100,0	100,0	0,0	99.819	4.711	
<b>Dotationsbestand Publikumsfonds – konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)</b>						
ConvertibleBond-INVEST, Berlin <sup>5)</sup>	92,4	92,4	0,0	31.651	-572	
Keppler-Global Alpha-LBB-INVEST, Berlin <sup>5)</sup>	98,0	98,0	0,0	50.244	-732	
Keppler-Global Value-LBB-INVEST, Berlin <sup>5)</sup>	61,9	61,9	0,0	175.850	-2.815	
LINGOHR-ALPHA-SYSTEMATIC-LBB-INVEST, Berlin <sup>5)</sup>	55,5	55,5	0,0	271.578	11.649	
<b>Nicht konsolidierte Tochterunternehmen (IAS 27)</b>						
Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin	100,0	100,0	100,0	72	6	29.06.2007
Bankenservice AO i. L., Moskau	100,0	100,0	100,0	k. A.	k. A.	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin <sup>1)</sup>	100,0	94,9	100,0	51	0	31.12.2006
BB-Leasing GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	1.892	359	31.12.2006
Berlin Hyp Projekt GmbH i. L., Berlin	100,0	100,0	100,0	250	0	31.12.2006
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München <sup>6)</sup>	94,0	94,0	47,0	26	398	31.05.2007
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München <sup>6)</sup>	94,0	94,0	47,0	-2.687	75	31.12.2006
DELTAG Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin	100,0	100,0	100,0	142	-28	31.12.2006
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	100,0	100,0	100,0	103	1	30.09.2007
egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin	94,0	94,0	94,0	-1.677	-500	31.12.2006
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	425	-2	31.12.2006
FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	25	0	31.12.2005
FinTech Dreiundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	47	-35	31.12.2006
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking <sup>6)</sup>	94,0	94,0	50,0	14	1	31.12.2006
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin <sup>6)</sup>	49,0	49,0	49,0	3	-1	31.12.2006
GfBI Beteiligungsmanagement GmbH (ehemals: Bavaria Vertriebs GmbH), Berlin	100,0	100,0	100,0	100	0	
GfBI Group Services GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	272	17	
Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin	60,2	60,2	60,2	3.833	129	31.12.2006
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München	78,1	78,1	78,1	611	11.471	31.12.2005
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1)</sup>	100,0	100,0	100,0	6.136	0	31.12.2006
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	20	0	31.12.2006
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	100,0	100,0	100,0	156	-6	31.12.2006
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin <sup>1)</sup>	100,0	100,0	100,0	2.275	460	31.12.2006
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, München <sup>6)</sup>	94,0	94,0	47,0	-2.530	99	31.12.2006
Klinikzentrum Lindenallee GmbH, Bad Schwalbach	100,0	100,0	100,0	-4.461	971	31.12.2006
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München	94,0	94,0	55,3	25	0	31.12.2006
SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	42	-3	31.12.2006
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	100,0	100,0	43	-58	31.12.2006

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital <sup>2)</sup>	Ergebnis <sup>2)</sup>	vom 31.12.2007 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
<b>SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – nicht konsolidiert – (IAS 27 i. V. m. SIC 12)</b>						
Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Public Golf Wilkendorf KG, Berlin	0,0	0,0	0,0	0	-33	31.12.2006
Bavaria Immobilien Development GmbH & Co. Sandy-Lyle Wilkendorf KG, Berlin	0,0	0,0	0,0	0	-212	31.12.2006
Portfolio Purchasing Company RT1 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	-1	31.12.2006
Portfolio Purchasing Company RT2 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	-1	31.12.2006
Portfolio Purchasing Company RT3 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2006
Portfolio Purchasing Company RT4 Ltd., London	0,0	0,0	0,0	0	0	31.12.2006
PPC Holdings Ltd., London	0,0	0,0	0,0	6	0	31.12.2006
<b>Joint Ventures (IAS 31) – bewertet –</b>						
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin	45,0	45,0	45,0	2.542	265	31.12.2006
<b>Joint Ventures (IAS 31) – nicht bewertet –</b>						
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	45,0	45,0	45,0	27	1	31.12.2006
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover	50,0	50,0	50,0	1.152	5	31.12.2006
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin	50,0	50,0	50,0	123	-29	31.12.2006
GbR TOCOTAX	0,0	0,0	20,0	0	-146	31.12.2006
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße / Parkaue, Berlin	50,0	50,0	50,0	-2.379	-297	31.12.2006
KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München	33,0	33,0	33,0	26	1	31.12.2006
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin / Hannover	0,0	0,0	50,0	192	36	31.12.2006
<b>Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – bewertet –</b>						
Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main <sup>16)</sup>	25,1	25,1	25,1	9.889	0	31.12.2006
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin / Hannover <sup>7)</sup>	12,0	12,0	12,0	310.770	13.600	31.12.2006
PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum	42,4	42,4	42,4	664	-12.929	31.12.2006
<b>SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – bewertet –</b>						
FlexBond-Plus-INVEST, Berlin <sup>12)</sup>	41,6	41,6		30.785	515	31.12.2006
Keppler-Emerging Markets-LBB-INVEST, Berlin <sup>11)</sup>	32,6	32,6		98.710	368	31.03.2007
<b>SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds – assoziiert (IAS 28) – nicht bewertet –</b>						
Stratego Offensiv, Berlin <sup>12)13)</sup>	21,1	21,1		6.444	55	31.03.2007
<b>Assoziierte Unternehmen (IAS 28) – nicht bewertet –</b>						
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin	42,4	42,4	42,4	36.123	1.794	31.12.2006
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	30,0	30,0	30,0	63	4	31.12.2006
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	25,1	25,1	25,1	12.435	3.630	30.09.2007
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin	21,8	21,8	21,8	7.786	297	31.12.2006
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin <sup>9)</sup>	100,0	100,0	100,0	-1	-64	31.12.2006
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin	49,0	49,0	49,0	-2.029	2.531	31.12.2006
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München	39,6	39,6	20,0	26	0	31.12.2006
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam <sup>3)7)18)</sup>	25,0	25,0	14,3	183.820	5.328	31.12.2006
Modernisierungsgesellschaft „Wohnen in Berlin-Charlottenburg, Fritschestraße 67“ GbR, Berlin	30,9	30,9	30,9	k. A.	k. A.	
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin	40,0	40,0	40,0	0	0	31.12.2003
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin <sup>3)</sup>	26,8	26,8	26,8	78.943	-14.663	31.12.2005
WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München	49,0	49,0	36,3	-3.346	140	

## Sonstige Erläuterungen (Notes)

Gesellschaft, Sitz	Anteile im Konzernbesitz insgesamt	davon mittelbar	Stimmrechte im Konzern	Eigenkapital <sup>2)</sup>	Ergebnis <sup>2)</sup>	vom 31.12.2007 abweichender Jahresabschluss
	in %	in %	in %	in T€	in T€	
<b>Beteiligungen von mindestens 20 v. H.</b>						
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin <sup>8)9)</sup>	94,0	94,0	94,0	1.889	202	31.12.2006
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>8)9)</sup>	94,0	94,0	94,0	-2.494	2.030	31.12.2005
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz <sup>10)</sup>	60,0	60,0	60,0	-8	0	31.12.2006
Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz <sup>10)</sup>	70,0	70,0	70,0	-84.326	-11	31.12.2006
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin <sup>8)9)</sup>	100,0	100,0	100,0	-852	-181	31.12.2006
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg <sup>8)9)</sup>	75,0	75,0	75,0	33	2	31.12.2006
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg <sup>8)9)</sup>	75,0	75,0	75,0	602	-597	31.12.2006
<b>SIC-12-Gesellschaften / Spezial- und Publikumsfonds von mindestens 20 v. H.</b>						
ACATIS Modul.Colleg.Fds.-Nr.1, Luxemburg <sup>12)14)15)</sup>	32,2	32,2		3.709	35	30.06.2007
E.I. Cap.-Welt-Kasko 100 PlusZins, Luxemburg <sup>12)13)15)</sup>	68,8	68,8		39.868	2.265	31.07.2007
E.I. Cap.-Welt-Kasko 100 PlusZins II, Luxemburg <sup>12)13)15)</sup>	55,2	55,2		38.968	2.054	31.07.2007
E.I. Cap.-Welt-Kasko 95 Top Level, Luxemburg <sup>12)13)15)</sup>	38,6	38,6		16.170	929	31.07.2007
Europa Aktien-Kasko 04/2008, Luxemburg <sup>12)13)15)</sup>	52,1	52,1		17.519	1.797	30.04.2007
HSBC GIF Euro Strategic Credit Bond (vorm. HSBC GIF Euro Corporate Bond), Luxemburg <sup>12)13)15)</sup>	40,4	40,4		59.079	1.533	31.03.2007
S.A.M. Global II Miteig.ant. Inh.-Thesaurierungs-A, Graz, Austria <sup>12)13)15)</sup>	77,1	77,1		29.922	2.711	30.09.2006
<b>Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)</b>						
FinanzIT GmbH, Hannover	15,0	15,0	15,0	29.448	210	31.12.2006
Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH, Berlin <sup>3)</sup>	5,1	0,0	5,1	33.165	-5.109	31.12.2006
MLP AG, Wiesloch <sup>4)</sup>	6,1	6,1	6,1	323.439	64.642	31.12.2006

1) Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und/oder ein Ergebnisabführungsvertrag.

2) Angabe der Jahresabschlussdaten nach HGB, wenn nicht anders gekennzeichnet

3) zur Veräußerung gehalten (Held for Sale gemäß IFRS 5)

4) IFRS-Abschluss

5) IFRS-Konsolidierungsdaten

6) Tochterunternehmen wegen Beherrschung durch die Möglichkeit der Bestimmung der Finanz- und Geschäftspolitik und/oder Organbestellungsrecht (IAS 27.13) beziehungsweise Mehrheit der Chancen und Risiken (SIC 12.10)

7) assoziiertes Unternehmen wegen maßgeblichen Einflusses durch Organvertretung beziehungsweise durch Mitwirkung an Finanz- und Geschäftspolitik (IAS 28.7)

8) kein Tochterunternehmen wegen fehlender Beherrschung (Abschirmung durch Detailvereinbarung)

9) kein assoziiertes Unternehmen wegen fehlenden maßgeblichen Einflusses (Venture Capital, keine faktische Einflussnahme - Widerlegung IAS 28.7) beziehungsweise Vermittlung über nicht konsolidiertes Tochterunternehmen

10) kein Tochter- oder assoziiertes Unternehmen, da Insolvenzverwalter bestellt

11) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen. Angaben aus veröffentlichtem Jahresbericht zum 31. März 2007.

12) Das Eigenkapital entspricht dem Fondsvolumen, das Ergebnis entspricht der Summe aus ordentlichem Nettoertrag, Nettoergebnis der realisierten Gewinne und Verluste sowie der Nettoveränderung der nicht realisierten Gewinne.

13) Angaben aus geprüftem Jahresbericht / Rechenschaftsbericht

14) Angaben aus Halbjahresbericht

15) Es handelt sich um Publikumsfonds, die auflegende KAG gehört nicht zum Konzern und Beherrschung beziehungsweise maßgeblicher Einfluss wird nicht ausgeübt.

16) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungsvertrag zu konzernfremdem Mehrheitsgesellschafter.

17) Es handelt sich um die einzelnen Tranchen zum „Tender Option Bonds“-Programm der Crown Court I LLC; TOB gesamt in T€: Eigenkapital: -713; Jahresüberschuss/-fehlbetrag: 14.266.

18) Die Beteiligung wurde zum 31.12.2005 gekündigt; eine Feststellungsklage ist anhängig, die Entscheidung steht noch aus.

EZB-Kurse vom 31.12.2007

19) 1 EUR = 1,47210 USD

20) 1 EUR = 0,73335 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- /Ergebnisabführungsvertrag im Konzern Landesbank Berlin Holding

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnisab- führung in T€	vom 31.12.2007 abweichender Jahres- abschluss
Landesbank Berlin AG, Berlin	Landesbank Berlin Holding AG	49.471	

## 69 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von den börsennotierten Aktiengesellschaften des Konzerns (Landesbank Berlin Holding AG, Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG) jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht.

# Organe der Landesbank Berlin Holding AG

## Vorstand

### **Hans-Jörg Vetter**

Vorsitzender

### **Dr. Thomas Veit**

## Aufsichtsrat

### **Heinrich Haasis**

seit 1. September 2007

Vorsitzender (seit 13. September 2007)

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

### **Dr. h. c. Klaus G. Adam**

bis 31. August 2007

Vorsitzender

Wirtschaftsprüfer

### **Bärbel Wulff\***

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

### **Dr. h. c. Axel Berger**

bis 31. August 2007

Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V. Berlin; Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

### **Dietmar P. Binkowska**

seit 1. September 2007

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

### **Gregor Böhmer**

seit 1. September 2007

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

### **Dagmar Brose\***

Referentin Finanzen der Landesbank Berlin AG

### **Thomas Dobkowitz**

bis 31. August 2007

Unternehmensberater

### **Hans Jörg Duppré**

seit 1. September 2007

Landrat des Landkreises Südwestpfalz

### **Dr. Michael Endres**

bis 31. August 2007

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG;

Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung



**Christina Förster\***

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der  
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**Dr. Thomas Guth**

bis 31. August 2007  
Vorsitzender der Geschäftsführung der  
SALOMON OPPENHEIM GmbH

**Sascha Händler\***

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG

**Jürgen Hilse**

seit 1. September 2007  
Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

**Claus Friedrich Holtmann**

seit 1. September 2007  
Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen  
Sparkassenverbands

**Michael Jänichen\***

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

**Daniel Kasteel\***

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Thomas Mang**

seit 1. September 2007  
Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

**Astrid Maurer\***

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG

**Dr. Hannes Rehm**

bis 31. August 2007  
Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank  
Girozentrale

**Andreas Rohde\***

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Senator Dr. Thilo Sarrazin**

bis 28. August 2007  
Senator für Finanzen des Landes Berlin

**Peter Schneider**

seit 1. September 2007  
Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg

**Friedrich Schubring-Giese**

seit 1. September 2007  
Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

**Dr. Heinz-Gerd Stein**

bis 31. August 2007  
ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG

**Joachim Tonndorf\***

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der  
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**Dr. Harald Vogelsang**

seit 1. September 2007  
Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der  
Hamburger Sparkasse AG

**Frank Wolf\***

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der  
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**Senator Harald Wolf**

bis 28. August 2007  
Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin

**Bernd Wrede**

bis 31. August 2007  
ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

\* Arbeitnehmersvertreter

---

## Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Berlin, 2. April 2008

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Dr. Thomas Veit

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 3. April 2008

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Borgel)	(ppa. Maternus)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

## Wichtige Adressen

### **Landesbank Berlin Holding AG**

Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030/869 500  
Telefax: 030/869 509  
[www.lbb-holding.de](http://www.lbb-holding.de)

### **Landesbank Berlin AG**

Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030/869 801  
Telefax: 030/869 830 74  
[www.lbb.de](http://www.lbb.de)

### **Niederlassung London**

LBB Landesbank Berlin London Branch  
1 Crown Court, Cheapside  
GB-London EC2V 6 LR  
Telefon: +44/20/757 262 00  
Telefax: +44/20/757 262 99

### **Niederlassung Luxemburg**

LBB Landesbank Berlin  
30, Boulevard Royal  
L-2449 Luxemburg  
Telefon: +352/468 939 0  
Telefax: +352/468 939 201 9

### **Berliner Sparkasse**

Niederlassung der Landesbank Berlin AG  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030/869 801  
Telefax: 030/869 830 74  
[www.berliner-sparkasse.de](http://www.berliner-sparkasse.de)

Eine aktuelle Aufstellung der Privatkunden-, Firmenkunden-, Vermögensanlage- und ImmobilienCenter finden Sie im Internet unter [www.berliner-sparkasse.de/Standorte](http://www.berliner-sparkasse.de/Standorte).

<b>Privatkunden</b>			
<b>Private Banking</b>	Bundesallee 171	10715 Berlin	030 / 869 840 70
<b>Vertriebsbereich Süd</b>			
Neukölln, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Zehlendorf			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Uhlandstraße 97	10715 Berlin	030/869 747 624
<b>Vertriebsbereich Ost</b>			
Hellersdorf, Köpenick, Lichtenberg, Marzahn, Treptow			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Frankfurter Allee 147	10365 Berlin	030/869 742 694
<b>Vertriebsbereich Zentrum</b>			
Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Prenzlauer Berg			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Friedrichstraße 185–190	10117 Berlin	030/869 746 547
<b>Vertriebsbereich Nord</b>			
Hohenschönhausen, Pankow, Reinickendorf, Wedding, Weißensee			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Scharnweberstraße 14	13405 Berlin	030/869 747 865
<b>Vertriebsbereich West</b>			
Charlottenburg, Spandau, Tiergarten, Wilmersdorf			
Privatkunden			
Vermögensanlagen	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 737 796
<b>Vertriebsbereich ImmobilienCenter</b>	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 840 51

<b>Firmenkunden</b>			
<b>Zentrale Direktion Firmenkunden</b>	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 843 89
<b>Direktion Firmenkunden Nord</b>	Berliner Straße 40–41	10715 Berlin	030/869 737 777
<b>Direktion Firmenkunden Süd / Direktion Brandenburg</b>	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 747 671 030/869 747 485
<b>Direktion Firmenkunden Zentrum</b>	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 746 575
<b>Direktion FirmenkundenCenter</b>	Badensche Straße 23	10715 Berlin	030/869 830 23
<b>Direktion BusinessLine</b>	Brunnenstraße 111	13355 Berlin	030/869 824 40

## Wichtige Adressen

### Immobilienfinanzierung

<b>Geschäftsstelle Berlin</b>	Corneliusstraße 7	10787 Berlin	
Alte Bundesländer			030/259 957 90
Berlin und neue Bundesländer			030/259 955 80
Investoren			030/259 955 82
Wohnungsunternehmen			030/259 956 88
Konsortialfinanzierungen/Syndizierung			030/259 955 95
Ausländische Investoren			030/259 996 65
<b>Geschäftsstelle Düsseldorf</b>	Königsallee 60 G	40212 Düsseldorf	0211/839 23 50
<b>Geschäftsstelle Frankfurt/Main</b>	Bockenheimer Anlage 2	60322 Frankfurt/Main	069/150 66 11
<b>Geschäftsstelle Hamburg</b>	Neuer Wall 19	20354 Hamburg	040/286 658 921
<b>Geschäftsstelle München</b>	Perusastraße 7	80333 München	089/291 949 10
<b>Geschäftsstelle Amsterdam</b>	Schouwweg 13 A	NL-2243 BB Wassenaar	+31/70/514 599 9
<b>Geschäftsstelle London</b>	Crown Court, Cheapside	GB-London EC2V6LR	+44/20/757 264 93
<b>Geschäftsstelle Prag</b>	Meteor Centre Office Park Sokolovská 100/94	CZ-18000 Prag 8	+420/2/360 801 50
<b>Geschäftsstelle Warschau</b>	ul. Widok 8	PL-00-023 Warschau	+48/22/690 656 6

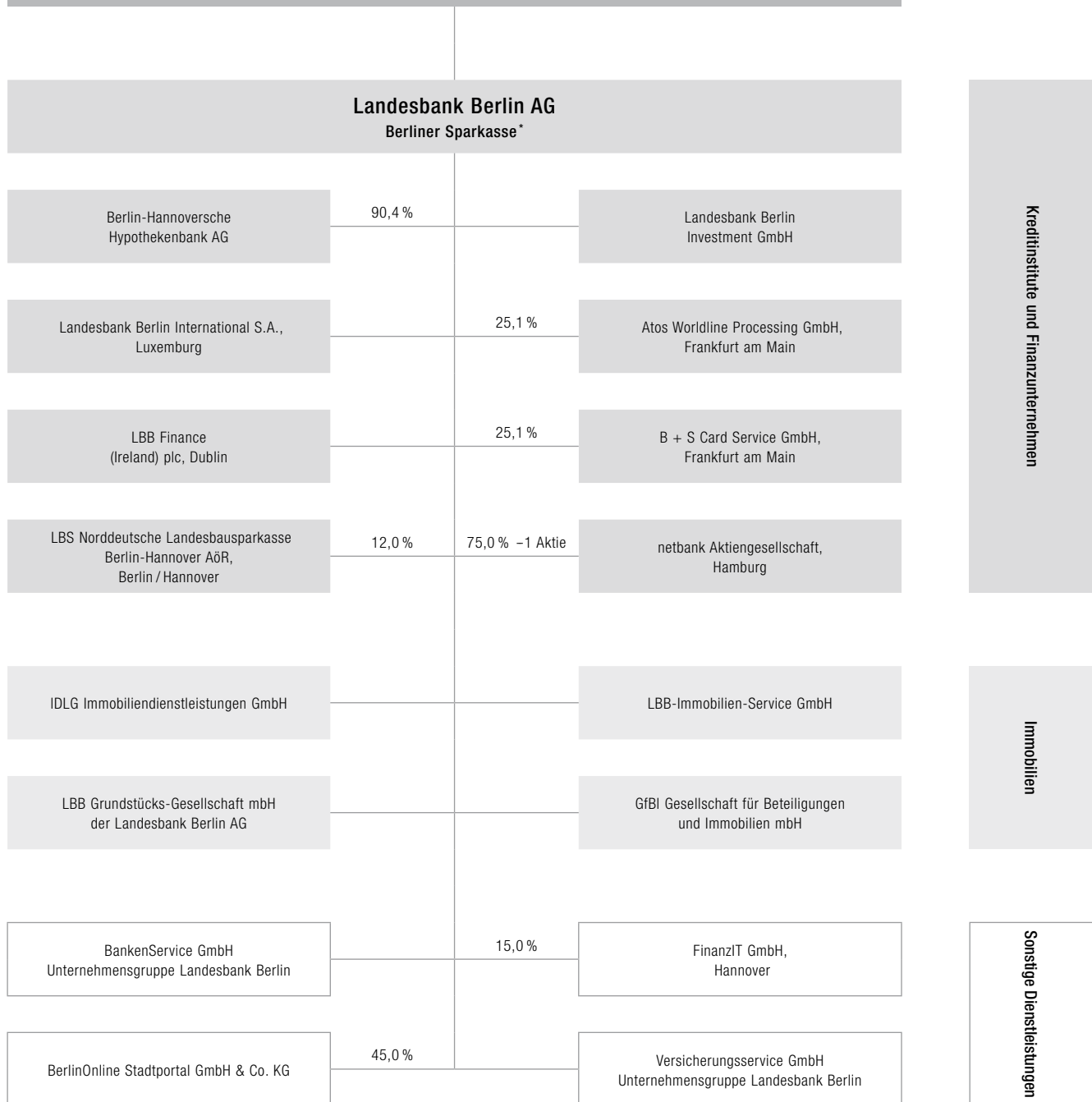
### Kapitalmarktgeschäft

<b>Business Management</b>	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 625 65
Relationship Management			030/245 929 03
<b>Client Business</b>	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/869 629 18
Sparkassen und Genobanken			030/869 624 30
Banken und Vermögensverwalter			030/869 619 01
Institutionelle Kunden			030/869 620 00
Credit			030/869 625 51
Private Kunden			030/869 629 00
<b>Treasury und Trading</b>	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 624 07
			030/245 665 01
<b>Internationales Geschäft</b>	Alexanderplatz 2	10178 Berlin	030/245 925 70

## Abkürzungsverzeichnis

<b>ABS</b>	Asset-Backed-Securities	<b>IASB</b>	International Accounting Standards Board
<b>AfS</b>	Available for Sale	<b>IBAG</b>	IBAG Immobilien- und Beteiligungen AG
<b>AktG</b>	Aktiengesetz	<b>IBB</b>	Investitionsbank Berlin
<b>AR</b>	Aufsichtsrat	<b>IBG</b>	IBG Immobilien und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH
<b>ARWOBAU</b>	ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbau-gesellschaft mbH	<b>IBV</b>	Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesell-schaft der IBAG-Gruppe mbH
<b>BaFin</b>	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	<b>IDL</b>	Immobilien dienstleistungsbereich
<b>BBG</b>	Beitragsbemessungsgrenze	<b>IDLG</b>	Immobilien dienstleistungsgeschäft
<b>BCIA</b>	BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH	<b>IDW</b>	Institut der Wirtschaftsprüfer
<b>Berlin Hyp</b>	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	<b>IFRIC</b>	International Financial Reporting Interpretations Committee
<b>BetrAVG</b>	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung	<b>IFRS</b>	International Financial Reporting Standards
<b>BGB</b>	Bürgerliches Gesetzbuch oder Bankgesellschaft Berlin	<b>IRBA</b>	Auf internen Ratings basierender Ansatz
<b>BGH</b>	Bundesgerichtshof	<b>ISDA</b>	International Swaps and Derivatives Association
<b>BIH</b>	BIH Berliner Immobilien Holding GmbH (vormals: IBAG Immobilien und Beteiligungen AG)	<b>IT</b>	Informationstechnologie
<b>BOB</b>	Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH	<b>JPY</b>	Japanische Yen
<b>BPS-</b>	Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategie-ausschuss des Aufsichtsrats	<b>KAG</b>	Kapitalanlagegesellschaft
<b>Ausschuss</b>		<b>KMG</b>	Kapitalmarktgeschäft
<b>BVI</b>	Bundesverband Investment und Asset Management	<b>KPMG</b>	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktien-gesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
<b>CDAX</b>	Composite DAX	<b>KStG</b>	Körperschaftsteuergesetz
<b>CDO</b>	Collateralized Debt Obligation	<b>KWG</b>	Kreditwesengesetz
<b>CFH</b>	Cashflow Hedging	<b>LaR</b>	Loans and Receivables
<b>CSO</b>	Chief Security Officer	<b>LBB</b>	Landesbank Berlin AG
<b>CVaR</b>	Credit-Value-at-Risk	<b>LBBH</b>	Landesbank Berlin Holding AG
<b>DAX</b>	Deutscher Aktienindex	<b>LBB-Invest</b>	Landesbank Berlin Investment GmbH
<b>DBA</b>	Doppelbesteuerungsabkommen	<b>LDA</b>	Loss Distribution Approach
<b>DBO</b>	Defined Benefit Obligation	<b>LPFV</b>	LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH
<b>DCGK</b>	Deutscher Corporate Governance Kodex	<b>MaRisk</b>	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
<b>DEM</b>	Deutsche Mark	<b>OL</b>	Other Liabilities
<b>DetV</b>	Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft von den wesent-lichen Risiken des Immobiliendienstleistungs-geschäfts	<b>OpRisk</b>	Operationelle Risiken
<b>D&amp;O-</b>	Directors & Officers Vermögensschaden-Haft-pflicht-Versicherung	<b>pEWB</b>	pauschalierte Einzelwertberichtigung
<b>Versicherung</b>		<b>P&amp;L</b>	Profit & Loss (Gewinn und Verlust)
<b>DRS</b>	Deutscher Rechnungslegungs-Standard	<b>PoWB</b>	Portfoliowertberichtigung
<b>DSGV</b>	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.	<b>PUC</b>	Projected Unit Credit
<b>DSR</b>	Deutscher Standardisierungsrat	<b>RVAGAnpG</b>	Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung
<b>ECA</b>	European Credit Agency	<b>RVG</b>	Regionalverbandsgesellschaft mbH
<b>EU</b>	Europäische Union	<b>S-Beteiligungs-</b>	Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG
<b>Euribor</b>	Euro Interbank Offered Rate	<b>S-Erwerbs-</b>	Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG
<b>EWB</b>	Einzelwertberichtigung	<b>gesellschaft</b>	
<b>EZB</b>	Europäische Zentralbank	<b>gesellschaft</b>	
<b>FVO</b>	Fair Value Option	<b>SGF</b>	Strategisches Geschäftsfeld
<b>GBP</b>	Britische Pfund	<b>SIC</b>	Standing Interpretation Committee
<b>GewStG</b>	Gewerbsteuergesetz	<b>SIS</b>	Siemens IT Solutions and Services Management GmbH
<b>GfBI</b>	Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH	<b>SolvV</b>	Solvabilitätsverordnung
<b>GfBI IS</b>	GfBI Immobilien Solutions GmbH	<b>SPV</b>	Special Purpose Vehicle (Zweckgesellschaft)
<b>GUS</b>	Gemeinschaft unabhängiger Staaten	<b>SUSAT</b>	SUSAT GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
<b>GuV</b>	Gewinn- und Verlustrechnung	<b>USD</b>	US-Dollar
<b>HfT</b>	Held for Trading	<b>USt.</b>	Umsatzsteuer
<b>HGB</b>	Handelsgesetzbuch	<b>VaR</b>	Value at Risk
<b>IAS</b>	International Accounting Standards	<b>VBL</b>	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
		<b>WpHG</b>	Gesetz über den Wertpapierhandel (Wertpapier-handelsgesetz)

# Landesbank Berlin Holding AG



Abgebildet sind wesentliche Beteiligungen;  
Beteiligungen ohne Prozentangaben entsprechen einer Kapitalanteilsquote von 100,0%;  
Sitz Berlin, wenn nicht anders angegeben.

\* Niederlassung der Landesbank Berlin AG

Stand: April 2008



---

## Impressum

### **Herausgeber**

Landesbank Berlin Holding AG  
Unternehmenskommunikation  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin

### **Konzeption und Gestaltung**

HGB Hamburger Geschäftsberichte GmbH & Co. KG

### **Fotos**

artur  
Getty Images  
laif  
plainpicture  
Sabine Wenzel  
strandperle

### **Druck**

ColorDruck Leimen GmbH

Landesbank Berlin Holding AG  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Postfach 11 08 01  
10838 Berlin  
Telefon: 030/869 500  
Telefax: 030/869 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht  
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Unternehmenskommunikation  
Christina Pries  
Telefon: 030/869 663 89  
Telefax: 030/869 663 93  
E-Mail: [ir@lbb.de](mailto:ir@lbb.de)

[www.lbb-holding.de](http://www.lbb-holding.de)  
[www.lbb.de](http://www.lbb.de)

